

---

# AUFTRAG



---

**GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN**

**189/190**

Februar 1990

● **AUFTRAG**

Februar 1990

Heft 189/190 — 30. Jahrgang

3	Liebe Leserinnen und Leser!	H.F.
4	Freiheit sei kein Traum	Hans Bahrs
5	<b>Um den Frieden</b>	H.F.
7	Gemeinsame Erklärung — Pax Christi — GKS	Koppe/Schulz
10	Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz	Karl Lehmann
12	Geht hinaus und bringt den Frieden	Kurt Landl
17	<b>Für den Frieden</b>	
	Weltfriedenstag 1990	H.F.
	— Begrüßung — Bonn	Paul E. Vosseler
20	— Ist Feindesliebe möglich?	Pinchas Lapide
28	— Internationaler Gottesdienst — Köln	H.F.
29	— Predigt	Joachim Meisner
31	— Berggüßung	Hermann-Josef Kusen
34	— Dank	Dieter Wellershoff
36	— Ermutigung	Paul Schulz
38	<b>Akademie Oberst Helmut Korn</b>	
	„Heute in den Streitkräften führen“	Ekkehard Richter
53	Kurzbericht	Gebhard Gerner
54 <sup>6</sup>	<b>Probleme der Gesellschaft — hüben und drüben</b>	
	Sozialismus (noch) gefährlich?	Helmut Fettweis
60	Romania Libera?	Gyula Orban
65	Reise in die Vergangenheit	Klaus Brandt
72	Eid und feierliches Gelöbniß im Widerstreit der Meinungen	Lothar Groppe SJ
78	Der Neue	Hans Bahrs
80	Folklore und Brauchtum	Wolfgang Altendorf
83	Brief an den Sohn	Hans Bahrs
85	Potentielle Mörder?	Lothar Groppe SJ
86	Was soll die Kirche noch tun?	Helmut Fettweis
88	Blume des Jahres 1990	Wolfgang Altendorf
90	<b>OIC</b>	Jürgen Bringmann
94	<b>Medien</b>	
	Jahrestagung GKP	Willy Trost
99	Überfluß im All	Willy Trost
103	<b>Aus der nahen und fernen Welt</b>	
	Santiago de Chile	Eduardo Cano
107	Ein Wechselspiel zwischen Grausamkeit und Milde	Karl Breyer
110	Libanon	Helmut Fettweis
113	Das verschlammte Paradies kämpft ums Überleben	Karl Breyer
116	Polens Armee reformiert	Joachim Georg Görlich
117	<b>Aus GKS und PGR</b>	
	Donauwörth	Kurt Unglert
118	Freyung	Heinrich Vierlinger
119	Flensburg	Hiltrud Thy
120	Poing	Arthur Schopf
121	Donauwörth	Kurt Unglert
123	Anzing	Arthur Schopf
124	Köln	Hans-Dieter Vogels
124	Stuttgart	Hans-Peter Bott
125	Donauwörth/Neuburg	Kurt Unglert
127	<b>Informationen aus Kirche und Welt</b>	
141	<b>Buchhinweise</b>	
143	Der Königsteiner Engel — 30 Jahre unser treuer Begleiter	

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieses, Ihnen vorliegende Heft 189/190 ist das letzte, das unter meiner ausschließlichen Verantwortung erstellt wurde.

Heft 191 wird von Oberstleutnant Klaus Brandt, dem neuen Redakteur, verantwortet werden.

Damit ziehe ich mich — nach 25 Jahren — mit Wilhelm Lehmkämpfer in die zweite Reihe zurück.

Wir werden das Heft mit Rat und Tat — wenn wir gefragt werden — begleiten.

Wir hoffen aber, daß Ihre Treue zu unserer Zeitschrift auch den neuen Redakteur so tragen wird, wie Sie uns immer durch Anregungen und Kritik geholfen haben.

Dafür sei den treuen Stammlesern schon heute gedankt.

Mit dem Redaktionswechsel sind aber auch einige technische Änderungen notwendig. Die wichtigste Änderung für die lebendige Verbindung ist die neue Anschrift! Sie lautet ab 1. Mai 1990:

**Auftrag**

**Klaus Brandt**

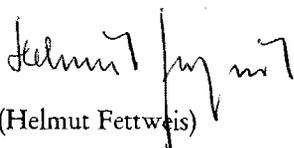
**Postfach 300303**

**5060 Bergisch Gladbach 1**

Bitte speichern Sie diese Anschrift, denn die alte Adresse bleibt nur noch eine kurze Zeit bestehen.

Ihnen allen, einer guten Entwicklung der GKS und des Auftrages gelten meine guten Wünsche und die Hoffnung auf Gottes Segen.

Ihr

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Helmut Fettweis'. The signature is written in dark ink on a white background.

(Helmut Fettweis)

## Freiheit sei kein Traum!

Begreife jeder sie, wie er nur will.  
Es wird nur frei sein, wer die Freiheit still  
und zäh verteidigt gegen allen Zwang,  
der aus der eig'nen Willkür auch entsprang.  
Des andern Freiheit, die mir lästig ist,  
setzt mir in Wahrheit eine letzte Frist,  
zu prüfen, ob ich sie auch recht erkenn'  
und nicht nur sorglos ihren Namen nenn'. —  
Bescheiden wird, wer seinen Kreis begreift,  
wie selten uns ein Hauch der Freiheit streift,  
wie sehr wir in den eig'nen Ketten gehn  
aus Feigheit, Furcht und bloßem Nichtverstehn.  
Es blüht der Traum in jeglichem Geschlecht,  
die Freiheit zu erwerben — nun erst recht! —

Hans Bahrs

# Um den Frieden

In dem Arbeitsbericht der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) aus dem Jahr 1974, veröffentlicht unter dem Titel: „Wenn Soldaten Frieden sagen“, aus der Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, eingeleitet und bearbeitet von Walter Loch, herausgegeben im Auftrag der GKS von Helmut Fettweis und Helmut Korn, 1974, Echter Verlag, Würzburg, steht auf den Seiten 184 und 185 eine bemerkenswerte Feststellung.

„Wer als Soldat für Menschenrechte und Menschenwürde einzustehen hat — welches andere Wehrmotiv gäbe es? —, dessen Recht darf nicht mit Füßen getreten, dessen Würde nicht verletzt werden. Konflikte bleiben, aber sie müssen fair und menschenwürdig ausgeglichen werden können.“

Walter Loch ist damals den Arbeiten des Königsteiner Offizierkreises und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten nachgegangen. Er kam dabei zu der vorzitierten Aussage.

Weiterhin betont Loch in seinem Vorwort, daß es der GKS und auch bereits den „Königsteinern“ immer darauf ankam, „Brücken zu schlagen“, Brücken zwischen Soldaten und Öffentlichkeit.

Loch stellte weiter fest, daß es, trotz des Willens der kath. Soldaten zum Dialog, ein „Defizit an Kenntnissen“ in der Öffentlichkeit und auch „tradierte Mißverständnisse“ gebe.

Er mahnt in der Neuausgabe dieses Buches — 1980 — an, daß die Brücken zur Öffentlichkeit und zur Kirche noch immer nicht in vollem Umfang angenommen würden.

In der 3. Auflage des gleichnamigen Buches, 1988, zeigt der Autor dann noch einmal die vielen Dialogbemühungen der GKS mit dem BDKJ, mit Pax Christi und anderen Gruppierungen auf.

Weltfriedenstage setzten Zeichen, auf Katholikentagen — z.B. in Düsseldorf — wurden Angebote gemacht. Lange Zeit sah es so aus, als ob alle Mühen vergeblich bleiben würden.

Dankbar wurde in dieser Zeit die verständnisvolle Haltung unserer Bischöfe angenommen.

Und in diesen Tagen keimt Hoffnung auf.

Nach mehreren ausführlichen Gesprächen zwischen GKS und Pax Christi ist es nun zur ersten gemeinsamen Stellungnahme gekommen.

Dieses gemeinsame faire Ringen um die wichtige Sache des Weges zum Frieden zeigt erste Knospen.

Erfreulich ist, daß auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, Mainz, von dieser gemeinsamen Stellungnahme Pax Christi—GKS nicht nur Kenntnis genommen, sondern diesen Schritt auch ausdrücklich anerkannt hat.

In Dankbarkeit gegenüber unserem Hirten ist daher der Brief des Bischofs im Anschluß an die Erklärung veröffentlicht.

In dieser Zeit, da sich in der nationalen und internationalen Politik atemberaubende Veränderungen abzeichnen, ist es notwendig, daß wir Soldaten die Lage immer neu prüfen. Wir müssen aber auch jedem Wunschdenken absagen, denn wir erkennen, daß noch so viele alte Strukturen bestehen, daß ein Rückfall in die Zeiten der Gewalt möglich sein kann. Es gilt daher der alte Satz: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.“ Unsere Offenheit zum Dialog, zum gemeinsamen Suchen nach dem besten Weg ist dabei aber selbstverständlich.

H.F.

## Gemeinsame Erklärung

zum „Soldatenurteil“ des Frankfurter Landgerichts vom 20. Oktober 1989

Zur Feier des Weltfriedenstages 1990 in der Bundesrepublik Deutschland wollen wir mit der nachfolgenden gemeinsamen Erklärung ein Signal für katholische Gruppen setzen, die aus Evangelium und kirchlicher Friedenslehre zu unterschiedlichen Folgerungen kommen, wie Frieden weltweit zu sichern und zu fördern ist. Trotz bestehender Differenzen und Vorurteile ist es möglich, das gemeinsame Gespräch nach den Regeln des Dialogs zu führen, die unterschiedlichen Überzeugungen zu achten und sich gemeinsam den ethischen Fragen der Friedenspolitik zu stellen. Wir erklären zum „Frankfurter Soldatenurteil“:

(1) — Die Diskussion existentieller Fragen wie Schutz, Sicherung und Verteidigung einer Gesellschaftsordnung im internationalen Beziehungsgeflecht unter heutigen Bedingungen wird mit sehr unterschiedlichen oder gar einander ausschließenden Positionen geführt. Dies erfordert, daß auch bei mangelnder Übereinstimmung keiner der Beteiligten diffamiert oder in einer Weise behandelt wird, die den weiteren Dialog zwischen den jeweiligen Befürwortern und Gegnern einer Auffassung ausschließt. Eine solche Art des Umgangs miteinander ist nicht nur die Voraussetzung lebendiger Demokratie, sondern auch Zeichen politischer Kultur, die sich auf der Achtung jedes Gliedes der Gesellschaft gründet. Seinerseits muß der Bürger an der Erhaltung der Demokratie und Achtung der Würde des Menschen interessiert sein. Dies gilt in besonderem Maße für Konfliktpartner, die sich dem Evangelium verpflichtet fühlen.

(2) — Vor allem dürfen Sachkonflikte nicht personalisiert werden, das heißt nicht zu Lasten der Betroffenen gehen, einerlei, ob diese als Soldaten ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen oder als Verweigerer ihrem Gewissen folgen. Insbesondere darf das Gewissen nicht von einer Gruppe der Beteiligten monopolisiert werden.

(3) — In diesem Verständnis darf ein Soldat nicht „Mörder“ und auch nicht „potentieller Mörder“ geheißen werden, zumal er seinen Dienst im Vollzug einer gesetzlichen Pflicht und nicht aus niederer Gesinnung leistet. Ebenso wenig darf einem Verweigerer, der gewaltfreien zivilen Ungehorsam leistet, eine niedrige Gesinnung unterstellt werden, wie es jene Gerichte tun, die solche Personen wegen „verwerflichen Tuns“ verurteilen (gemeint ist hier die Anklage der „Verwerflichkeit“, nicht die Verurteilung wegen der Verletzung gesetzlicher Normen).

(4) — Der öffentliche Streit, zu dem das Frankfurter Urteil durch unterschiedliche Bewertung geführt hat, ist in einer pluralistischen Gesellschaft legitim. Denn Kritik an einem Urteil muß ebenso erlaubt sein, wie die Unabhängigkeit eines Richters zu achten ist.

(5) — Über den Streit darf aber der Anlaß des Verfahrens nicht aus dem Blick geraten. Dieser war nämlich die Bewertung des Tatbestandes, daß ein Soldat ausgebildet wird, um notfalls töten und dadurch zum Mörder werden zu können. Was jedoch sowohl in der mündlichen Urteilsbegründung als auch in der anschließenden öffentlichen Diskussion zu kurz kommt, ist die rechte Absicht (*intentio recta*), in der etwas geschieht und in der der Auftrag des Soldaten zu sehen ist. Die Bundeswehr ist nach der Idee des Grundgesetzes ein Instrument der Friedenssicherung. Im gewollten Gegensatz zu frühen Armeen ist sie kein Machtinstrument und Mittel des Staates zur Durchsetzung politischer Ziele. Absicht der Verteidigung ist es, einen ungerechten Angriff abzuwehren, Kriegsschäden zu begrenzen und durch schnelle Kriegsbeendigung die Voraussetzung zu schaffen, daß mit politischen Mitteln der Frieden wiederhergestellt werden kann.

So hat die Ausbildung des Soldaten gerade nicht die Tötungsbereitschaft zum Ziel. Es soll vielmehr durch die Fähigkeit der Soldaten zum Kämpfen der Selbstbehauptungswille unseres Staates demonstriert werden, die selbstgewählte, freie und menschenwürdige Rechtsordnung zu schützen oder ggf. wiederherzustellen. Kämpfen aber, dessen ist sich der Soldat bewußt, schließt Töten und Getötetwerden ein. Kämpfen heißt, Waffen mit hoher Vernichtungswirkung — auch gegenüber der Zivilbevölkerung — zu bedienen, selbst wenn diese Ausbildung zum Kämpfen im Verständnis der Abschreckungsstrategie dazu dienen soll, Krieg zu verhindern; d. h., eben nicht töten zu müssen.

(6) — Das Dilemma der militärischen Sicherheitspolitik und des soldatischen Dienstes besteht gegenwärtig darin, daß ein Versagen der Abschreckung und damit der Kriegsfall nicht absolut ausgeschlossen werden können. Dann beginnt mit dem Kämpfen letztlich doch das Töten. Dieses Problem darf aber weder allein der Bundeswehr noch dem einzelnen Soldaten aufgebürdet werden, vielmehr ist dieser Umstand eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Eben darum ist auch die Position derjenigen zu bedenken und zu achten, die gerade wegen des verbleibenden Risikos den Wehrdienst verweigern, weil er im Ernstfall Kriegsdienst ist.

Es muß möglich und erlaubt sein, sowohl die Problematik des Wehrdienstes als auch seiner Gegenposition in aller Schärfe darzustellen. Es ist dem Soldaten zuzumuten, die darin liegende Kritik und den darin liegenden Vorwurf auszuhalten, die Ausbildung zum Kämpfen beinhalte auch das Töten. Ebenso muß sich der Kriegsdienstverweigerer den Vorwurf gefallen lassen, seine Haltung könne einen Krieg nicht verhindern.

(7) — Weil aber Gefahr besteht, daß der juristische Konflikt die politische Auseinandersetzung zurückdrängt und den Dialog erschwert, sollte alles vermieden werden, was einen Beteiligten veranlassen könnte, den Rechtsweg zu suchen. So wäre beispielsweise auch nicht zu billigen, wenn ein Gericht zu dem umgekehrten Schluß käme, daß einem Soldaten unter keinen Umständen vorgeworfen werden dürfe, zum Töten ausgebildet zu werden, da dies eine Verharmlosung des geschilderten Dilemmas wäre. In diesem Verständnis soll auch das Frankfurter Urteil bewertet werden, das keineswegs die Aussage „Soldaten sind potentielle Mörder“ als zulässig erklärt hat.

Das Gericht hat, um in einer ganz bestimmten Situation die Eindeutigkeit einer abweichenden Position darzustellen, dem Recht auf freie Meinungsäußerung Vorrang vor dem Ehrenschatz des einzelnen Soldaten eingeräumt. Diese ernst zu nehmende Auffassung des Gerichts darf jedoch nicht die Werteordnung unseres Staates infrage stellen, die der Unantastbarkeit der menschlichen Würde (Art. 1 GG) einen höheren Rang zuweist als dem Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG).

(8) — Auch bei sachlicher Auseinandersetzung mit den in der Urteilsbegründung genannten Sachverhalten werden unterschiedliche moralische Bewertungen nicht aufgelöst werden können. Offen bleibt darüber hinaus die Frage, wie weit die Diskussion auf die Bundeswehr beschränkt bleiben kann.

Es muß schmerzen, daß der Tatbestand des ungerechten Tötens (und damit der Vorwurf „Soldaten sind Mörder“) immer wieder auf bestimmte Aspekte des Verhaltens von Soldaten in Kriegen und kriegsähnlichen Situationen der Vergangenheit wie der Gegenwart zutrifft. Zudem darf nicht übersehen werden, daß Soldaten und nicht nur solche, die im Dienst autoritärer oder pseudodemokratischer Regierungen stehen, häufig an schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind oder gar dieses Unrecht erst durch die Strukturen von Streitkräften und ihr Selbstverständnis ermöglicht wird.

(9) — Ohne Selbstgerechtigkeit stellen wir abschließend fest:

Wenn auch die inkriminierende Aussage, Soldaten sind potentielle Mörder, für die Soldaten der Bundeswehr unter der Geltung und Zielsetzung des Grundgesetzes unbedingt zurückzuweisen ist, so trifft dies leider noch nicht für die Soldaten aller Armeen zu.

Für die Glaubwürdigkeit des soldatischen Friedensdienstes gilt es, die in einer unvollkommenen Welt auftretenden Spannungen zwischen den ethischen Anforderungen und der zu beobachtenden Wirklichkeit zu mindern. GKS und Pax Christi können an dieser wichtigen Aufgabe, durch mehr Gerechtigkeit stabileren Frieden zu schaffen, mitarbeiten.

Bonn, 7. Januar 1990

DER VORSITZENDE  
DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ

Postanschrift:  
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz  
Kaiserstraße 163  
5300 BONN , 15. Jan. 1990

Jr. Nr. V 9782/89

Herrn  
Paul Schulz  
Bundesvorsitzender der Gemeinschaft  
Katholischer Soldaten  
Adenauerallee 115

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Schulz,

für Ihren Brief vom 29. Oktober 1989, mit dem Sie mir eine Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zum sog. "Frankfurter Soldatenurteil" zukommen ließen, danke ich Ihnen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Gemeinschaft Katholischer Soldaten als ein Zusammenschluß engagierter katholischer Christen in den Streitkräften nicht nur zu dem genannten Urteil als solchem Stellung nimmt, sondern immer wieder sittliche und auch religiöse Grundfragen bedenkt, die sich im Zusammenhang mit dem Dienst des Soldaten stellen. Darin sehe ich einen Ausdruck jenes "wachen Bewußtseins" moralischer Verantwortung, zu dem wir deutschen Bischöfe in unserem gemeinsamen Wort "Gerechtigkeit schafft Frieden" in besonderer Weise die Soldaten der Bundeswehr eingeladen haben.

Ohne zum Urteil des Frankfurter Landgerichtes als solchem Stellung nehmen zu wollen, kann ich an dieser Stelle nur bekräftigen, was auch andere Mitglieder unserer Deutschen Bischofskonferenz schon zum Ausdruck gebracht haben: Soldaten der Bundeswehr, die unter Beachtung grundlegender moralischer Forderungen im Hinblick auf die Sicherheitspolitik unseres Landes und die konkreten Vollzüge des Dienstes des Soldaten handeln, tragen wahrhaft zur Sicherung und Förderung des Friedens bei. Ihr Dienst ist ein Dienst für die Gemeinschaft, der des öffentlichen Respektes und der Anerkennung durch alle Bürger bedarf. Soldaten, die ihren Dienst so verstehen,

"potentielle Mörder" zu nennen, heißt, sie in ihrer menschlichen Würde herabzusetzen. Das widerspricht nicht nur dem Evangelium; auch die staatliche Rechtsordnung sollte in geeigneter Weise gegen einen derartigen Mißbrauch der Meinungsfreiheit Vorsorge treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

+ 

Bischof Karl Lehmann

# Geht hinaus und bringt den Frieden

*Der Friedensgruß, verwirklicht im täglichen Dienstbetrieb des Soldaten*

Kurt Landl

Die Frage, die nach dieser Darstellung beantwortet sein soll, lautet: „Bringen wir als katholische Soldaten im täglichen Dienstbetrieb den Frieden?“

Hierzu muß etwas weiter ausgeholt werden. Traditionen werden nicht in Konferenzen, Tagungen und Feiern stabil und auch nicht durch Feiern stabil. Traditionen haben etwas zu tun mit Vergangenheit, und Traditionen ist ein statisches Element eigen.

Den Frieden zu bringen — im täglichen Dienstbetrieb, das hat etwas zu tun mit Gegenwart, mit Zukunft und mit Konzeptionen. Es wird daher nicht immer möglich sein, aus der Erinnerung an Traditionen die Kraft zu gewinnen, die wir benötigen, um Probleme der Gegenwart und Probleme der Zukunft zu lösen.

Auch äußere Erscheinungsbilder alleine reichen nicht aus, wenn wir jüngere Menschen — und hier denke ich an unsere jungen Soldaten — von unseren Ideen überzeugen wollen. Jene Menschen, die in den nächsten 20, ja 30 Jahren nicht nur die katholische Kirche mittragen, sondern gewiß auch unsere Gesellschaft, ja unseren Staat mitbestimmen werden. Was wollen wir denn eigentlich mit dem Friedensgruß? Wir sind damit auch sicherlich aufgefordert, anderen Menschen zu helfen. Da denkt man unwillkürlich sofort an eine Spende, an die Ausstellung eines Schecks. Aber ist das wirklich alles? Ist damit auch wirklich geholfen? Das allein kann doch nicht der Inhalt unserer Tätigkeit als Menschen sein. Wir sollten uns mehr unterhalten über das Tun und nicht bloß über die Erfüllung von Formalien. Erlauben wir uns hierzu eine eigene Meinung zu bilden, sie zu vertreten und sie auch zu artikulieren.

Dadurch Diskussionen vorzubereiten, auszulösen und zu führen, ist eine erstrebenswerte Zielsetzung. Wir alle dienen, dienen den verschiedensten Zielen und Interessen in unserem Beruf, in Organisationen, Verbänden und Vereinen. Dienen hat etwas zu tun mit Dienstleistung, und diese wird wiederum erbracht durch Menschen, und diese Menschen — besser formuliert, wir Menschen, mit unseren persönlichen Eigenheiten und Eigenschaften, mit unseren Vorzügen und unseren Fehlern, werden von unserer Umwelt, unseren Mitmenschen laufend beobachtet.

Unser Tun wird daher in Beziehung gesetzt zu unserem Sagen und unserem Handeln — und da ist jeder von uns angesprochen — unser Handeln wird täglich von unserer Umwelt beobachtet und gewertet. Und der Gehalt unseres Tuns und nicht das Gehalt wird täglich einer kritischen Prüfung unterzogen.

Was ist nun aber der Gehalt unseres gemeinsamen Anliegens? Wo haben wir eingängige, zukunftsorientierte, traditionelle, griffige Formulierungen zu dem: „Geht hinaus und bringt den Frieden?“ Wie stellen wir das unseren Mitmenschen, ja Mitbrüdern dar? Wie begegnen wir damit unserer Umwelt? Wie erklären wir nicht nur unseren älteren Kader-

angehörigen, sondern auch und gerade den jungen Soldaten, was wir eigentlich wollen, was uns heute verbindet und was uns für die Zukunft verbinden sollte?

Ich erlaube mir jetzt, keine Rücksicht zu nehmen auf Hierarchien, und möchte aufgrund meiner bisherigen Lebenserfahrungen Ausführungen bringen, die vielleicht entschlossener, radikaler, mutiger und ausschweifender sind, als Gedanken manch engagierter Jugend. Ich erlaube mir Denkanstöße zu geben für unseren täglichen Dienstbetrieb, für das kommende Jahrzehnt, ja für das, was für uns katholische Soldaten — auch für die jungen unter uns — Bedeutung hat, auch über die anstehende Jahrtausendwende hinaus. Denkanstöße, die vom Vertrauen getragen sind, einer guten Sache zu dienen, und hier gilt es nachzudenken.

Spätestens jetzt kann man mit Recht fragen, welche generellen Leitlinien meine Haltung bestimmen, wie ich die Zukunft, speziell die Zukunft der AKS sehe. Im Leben zu stehen heißt für mich, Visionen zu haben. Von Visionen wurde ich stets und werde ich noch immer fasziniert. Das heißt, Vorstellungen zu haben, die die Zukunft betreffen. Sie sind hoffentlich mit mir darin einig, daß das, was uns heute erreicht, das ist, was wir vor Jahren beschlossen und entschieden haben. Das, was wir heute beschließen, erreicht uns in zwei, drei oder mehr Jahren. Das ist im Alltag so, am Markt so, in der Politik und sieht auch nicht anders aus in unserem täglichen Dienstbetrieb. Es ist also wichtig, Utopien und Visionen zu haben. Ich bin der Meinung, daß Utopien das einzige sind, was die Welt verändert. Und ich, als Soldat, danke Gott, daß Visionen die Welt mehr geprägt und verändert haben als Divisionen. Wer hätte die Entwicklungen, die heute in der DDR, Polen, der CSSR, in Ungarn, im gesamten „Ostblock“ Platz greifen, nicht noch vor Jahren, Monaten, ja Wochen als Utopien schlechthin dargestellt.

Unsere Welt ist in ständigem Umbruch begriffen. Nichts wird so bleiben wie es war und wie es ist. Und das ist nicht negativ gemeint. Viel zu häufig sind wir durch eingerostete Erfahrungen blind für Veränderungen, sowohl was die Gefahren als auch was die Chancen betrifft. Für fragwürdig halte ich die Behauptung: Erfahrung schaffe auch Weisheit. Allzuoft habe ich in meinem Berufsleben als Soldat Gegenteiliges erlebt, wenn auf überholten Weisheiten und einzementierten Irrtümern beharrt wurde. Tradition hat gewiß ihren Wert. Aber nicht, wenn sie Vorstellungen von gestern heilig spricht und damit der Blick verstellt wird für Chancen und Möglichkeiten von morgen.

Was hat das alles mit dem Friedensgruß zu tun? Hat Frieden nicht ganz wesentlich mit der Zukunft zu tun? Können wir den Frieden bringen, ohne klare Zukunftsperspektiven zu besitzen? Ohne Standortbestimmung? Und ist dies wirklich nur möglich mit bereits vorgegebenen — somit traditionellen — Inhalten?

Ich als katholischer Soldat empfinde mich als Demokrat europäischer Prägung, der hofft, daß sein Denken und Handeln stets vom Glauben und von der Toleranz bestimmt wird, der sich bewußt bekennt zur Widersetzlichkeit im Sinne einer geschliffenen und niveauvollen Diskussion, angereichert mit Witz und ironischer Distanzierung und der sich ehrlich bemüht, seinem Handeln Leitbild-Charakter zu geben — wohlwissend, daß tägliches

Versagen der Realität entspricht, und der trotzdem diese Bemühungen fortsetzen wird, weil er überzeugt ist, daß Menschsein heißt: Utopien zu haben.

Ich habe mich bemüht, 12 Leitgedanken zu formulieren. Leitgedanken, die noch nicht sehr konkret sind, und die auch nicht den Anspruch erheben, alles abzudecken, die aber etwas zu tun haben mit Visionen und künftigen Perspektiven. Ich möchte damit eine Diskussion auslösen über die Zukunft unserer Ideen, die wir ja in manchen Broschüren sehr umfassend dargelegt haben. Ich glaube fest daran — und auch darüber bin ich froh —, daß künftige Organisationsformen keine Chance mehr haben, die nur bei und im Gleichschritt funktionieren. Auch nicht in der Organisation Kirche und Militär. Kleine, bewegliche, selbstverantwortliche und diskussionsfreudige Gruppen, getragen von gemeinsamen Zielen und Ideen, verbunden mit einer dienenden — nicht einer verdienenden — Verwaltung, in einer zukunftsorientierten, das Jahr 2000 anvisierenden, motivationsstarken Organisation — z.B. die katholischen Soldaten in unserem Heer — sind unsere Zukunft.

Nun zur Konkretisierung dieser Gedanken:

1. Wir reichen allen Menschen die Hand, ganz gleich welcher Hautfarbe, welchen Standes, welcher Konfession, welchen Geschlechts und welcher Nationalität. Auch der Rang, der Dienstgrad ist hierfür für uns nicht entscheidend.

„Kirche sind wir alle.“

2. Wir akzeptieren alle Menschen, die im Miteinander, in der Fürsorge für in Not Geratene, im Zusammenspiel von Organisationen und Einrichtungen die Realisierungsmöglichkeit für ein Konzept sehen, zum Wohle einer menschenwürdigen und freien Gesellschaft.

„Frieden kann es nur geben, wenn die Menschen einander verstehen.“

3. Wir sehen uns als Menschen, die bereit sind, bei allen Leistungen unserer Dienstleistungsgesellschaft auch die Verantwortung, besser formuliert „das Prinzip der Verantwortung“ — als Dienstleistung anzuerkennen.

„Jeder wirke als Apostel entsprechend seiner Fähigkeiten.“

4. Wir stehen zu allen Menschen positiv, die, aufbauend auf dem Prinzip: „Verantwortung“, bereit sind, mit der uns nachfolgenden Generation über die unverantwortliche Zerstörung der Natur, der Umwelt, nicht nur zu diskutieren, sondern Maßnahmen zum gemeinsamen Handeln zu überlegen, und die diese Maßnahmen auch realisieren. Wir bekennen uns zur Achtung jeder Kreatur und zur Achtung der Schöpfung überhaupt. Wir stellen uns damit auch uneingeschränkt den Fragen der Verantwortungsethik und wollen damit erreichen, daß das Schlagwort „no future“ wirklich nur ein Schlagwort bleibt. Wir werden dafür Phantasie beweisen müssen. „Phantasie ist wichtiger als Wissen“, sagt Einstein. Ohne Phantasie, ohne Utopien bleiben wir der Gegenwart verfallen. Die Utopie, das Platzlose, hat sich für die Zukunft häufig mehr bewährt als das sogenannte Bewährte.

„Menschsein heißt, Utopien zu haben!“

5. Wir reichen allen Menschen die Hand, die erkennen und wissen, daß wir nicht nach

dem beurteilt werden, was wir sagen, sondern nur nach den Inhalten unseres Handelns. Werte und Maßstäbe wie Dienen, Disziplin und Gehorsam, aber auch wie Selbstverwirklichung, Beteiligung und Mitwirken, Freizeit und Familie haben für uns verbindlichen Charakter.

„Nichts ist so beispielhaft, wie das eigene Vorbild.“

6. Wir reichen allen Menschen die Hand, die bereit sind anzuerkennen, daß es sich lohnen würde, die Grundsätze von Freiheit, von Gerechtigkeit, von Solidarität *im persönlichen Tun* als Richtschnur anzuerkennen. Leider suchen wir selbst oft nicht die Wahrheit, sondern nur die Bestätigung unserer Ansichten. Kritischsein heißt jedoch immer auch selbstkritisch sein. Selbstkritisch dem eigenen Urteil gegenüber. Das fällt uns um so schwerer, je mehr unser Urteil ein Vor-Urteil ist, also damit ein Urteil, das *vor* dem Denken kommt.

„Wir möchten in einer Kirche sein, die denken darf.“

7. Wir sind einig mit allen Menschen, die wissen, daß es Freiheit nur mit dem anderen, dem Mitmenschen, in der Gesellschaft, in einer Gemeinschaft geben kann, im Sinne einer anzustrebenden Solidarität und nur im Einklang mit der Natur.

„Die Freiheit des Einzelnen hat ihr Ende zu finden bei der Gefährdung des Gemeinwohles.“

8. Wir reichen allen Menschen die Hand, die bedingungslos anerkennen, daß die humanen Voraussetzungen für unser Leben, die Freiheit der Erkenntnis, die Freiheit der Selbstbestimmung und die Freiheit der Selbstverpflichtung sind. Unser aller Tun ist politisches Handeln und Politik bestimmt unser Tun. Das Leben ist Politik. Politik ist aber nicht Glaubenssache — Glaubenskämpfer sind nur mit Gewalt zu schlagen —, sondern Politik ist eine Frage von Sachkunde, von Sachlichkeit, Verantwortung und Kompromißbereitschaft.

„Wir vertreten die Idee einer politischen Kirche, nicht jedoch die Idee einer Kirche, die politisiert; und jeder übernehme und trage *die* Verantwortung, die ihm im Sinne des Ganzen zukommt.“

9. Wir reichen allen Menschen die Hand, die erstreben, nicht auf Dauer in einem autoritären, sondern in einem demokratischen Staat zu leben, weil nur dieser den persönlichen Freiraum gewährt, der erst das Menschsein ausmacht. Er gewährt auch Sicherheit und Sicherheit ist die Folge von verantwortlichem Handeln der Bürger und nicht das Ergebnis eines staatlichen Gewaltmonopols.

„Freiheit bedeutet auch, den eigenen Glauben bekennen zu können.“

10. Wir unterstützen alle Menschen, die mit uns die Einigung Europas voranbringen wollen, nicht nur eines Teiles — der EG oder eines Westeuropas —, und die den Mut haben, sich weiterhin zur Utopie eines Weltstaates zu bekennen. Die Entwicklung der letzten Monate bestärkt in dieser Hinsicht unsere Hoffnungen.

„Kirche kennt keine Grenzen und baut Straßen, die zueinander führen.“

11. Wir begrüßen alle jene Menschen, die überzeugt davon sind, daß Anständigkeit mehr bedeutet als eine schöne Sentimentalität und Menschlichkeit mehr als nur eine Phrase. Sie sind in der heutigen Zeit beinahe schon ein Wagnis, und damit dieses Wagnis keine Torheit ist, bedarf es der Anstrengung vieler Menschen. Beginnen wir damit bei der AKS, beginnen wir bei uns.

„Im Mittelpunkt steht der Mensch.“

12. Wir gehen auf alle Menschen offen zu, die mit Überzeugung anerkennen, daß es nicht nur wichtig ist, daß ein Mensch das Richtige denkt, sondern auch, daß der, der das Richtige denkt, ein Mensch ist.

„Mensch sein im Sinne der Nachfolge Christi“

Ist es wirklich eine so utopische Vorstellung, wenn wir als katholische Soldaten uns dazu bekennen, daß wir uns bemühen, das Richtige zu denken und Menschen zu sein?

Mögen die hier dargestellten Gedanken — wie bereits schon erwähnt, bedürfen sie für den Alltag noch einer konkreten Umsetzung — Anregung sein, für den Auftrag „Gehet hinaus und bringt den Frieden“.

Mögen sie aber auch zur Diskussion beitragen und da und dort vielleicht zur Besinnung aufrufen.

Dieses Thema war auch Inhalt eines Referates bei der Herbstkonferenz 1989 der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreichs im Schloß Johnsdorf/Steiermark. Ebenso wurde dieses Thema zum Hauptthema des Jahres 1990 des Apostolats Militaire International (AMI) erklärt.

# Für den Frieden

## Weltfriedenstag 1990

Wie immer war die Feier des Weltfriedenstages in Bonn sorgfältig vorbereitet und durchgeführt.

In diesem Jahr verdiente dieser Tag intern besondere Beachtung, weil in der Leitung der GKS-Bonn ein Generationswechsel stattgefunden hatte. Major Paul E. Vosseler hat mit Geschick und Einfühlsamkeit die Vorbereitungen der „alten“ Mannschaft übernommen und zu einer guten Feier gestaltet. Der Besuch des Abends war gut, wenn auch nicht ganz so stark wie in den vergangenen Jahren. Das lag zum einen an mehreren gleichlaufenden Veranstaltungen in der Stadt Bonn, zum anderen an einer grassierenden Grippe. Man wird jedoch auch beobachten müssen, ob die allgemeine Entspannungseuphorie nicht von Friedensveranstaltungen ablenkt, weil man glaubt, daß der Friede gesichert sei. Nichts jedoch wäre törichter, denn aus der Geschichte wissen wir ebenso wie aus den Mahnungen der Heiligen Schrift, daß der Friede niemals sicher ist, solange wir Sünder sind.

Die musikalische Gestaltung durch das Kammerorchester des Heeresmusikkorps 7, Düsseldorf, unter Leitung von Oberstleutnant Dr. Bernhard Höfele war wie immer gekonnt, einfühlsam und beeindruckend. Der Beifall war dementsprechend sehr herzlich. Bei der diejährigen Veranstaltung, die durch den Festredner Professor Dr. Pinchas Lapide einen besonderen, fast meditativen Charakter bekam, fiel auf, daß sich das Musikprogramm nahtlos in die Stimmungslage einfügte. So war die Veranstaltung aus einem Guß.

Der Sprecher des GKS-Kreises Bonn begrüßte die Besucher:

## Begrüßungsansprache

*während der Festveranstaltung zum Welttag des Friedens 1990*

Paul E. Vosseler\*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kameraden, Mitglieder und Freunde der GKS!

Zu Beginn eines jeden Jahres begehen katholische Christen in der ganzen Welt den einst von Papst Paul VI. initiierten Welttag des Friedens. In Gottesdiensten und im Gebet, aber auch im Rahmen anderer gemeinsamer Aktionen halten sie inne und gedenken des christlichen Auftrages, den Paulus einst im Römerbrief so formulierte: „Wenn möglich, haltet, soviel an euch liegt, Frieden mit allen Menschen!“ (Röm 12,18).

Auch wir, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Bonn, pflegen uns seit Jahren im Januar, anlässlich des Weltfriedenstages, mit allen, die da guten Willens sind, zu versammeln. So auch heute. Gemeinsam wollen wir über die Bedingungen und Möglichkeiten des christlichen Friedensgebotes in heutiger Zeit nachdenken.

\*) Major P.E. Vosseler ist der neue Sprecher GKS-Bonn

Gerade als Christen und Soldaten haben wir Grund, uns immer wieder über unser Handeln Rechenschaft abzulegen. Während der täglichen Arbeit fehlt uns in der Regel die Muße, unser Tun zu reflektieren. Es bedarf meist eines besonderen Anlasses, eines besonderen Rahmens, uns aus dem Alltagsstrott zu lösen, um uns ethischen Fragen unserer Existenz gegenüber zu öffnen.

Ich danke Ihnen, daß Sie sich die Zeit genommen haben, mit uns gemeinsam diese Feier zu begehen, und heiße Sie alle im Namen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten willkommen.

Bilder von Menschen, die sich freudetrunken unter dem Brandenburger Tor in den Armen liegen, von durchbrochenen Mauern, eingerissenen Grenzzäunen und Bilder eines Volkes, das sich unter großen Opfern einer gewalttätigen Diktatur entledigt hat, haben uns in den letzten Wochen und Monaten in ihren Bann gezogen.

Endlich scheint der weihnachtliche Gruß der Engel an die Hirten auf dem Felde auch für unsere Zeit in Erfüllung zu gehen: „... und auf Erden Frieden unter Menschen eines guten Willens“ (Luk 2,18).

Können wir uns nun nicht beruhigt zurücklehnen, da augenscheinlich unsere Hoffnungen beginnen, Wirklichkeit zu werden, und wir offenbar einem befriedeten Jahrzehnt entgegengehen?

„Was sollen wir noch tun“ angesichts einer derartigen Entwicklung in Europa, die hoffentlich die Spaltung unseres Kontinents überwinden und die Verhältnisse zum Guten wenden wird?

Ist in Anbetracht dieser Ereignisse in Osteuropa unsere Frage, „ob Feindesliebe möglich und Jesuworte heute noch aktuell sind“, nicht längst obsolet geworden?

„Frieden lasse ich euch zurück, meinen Frieden gebe ich euch; nicht wie die Welt gibt, gebe ich euch.“ (Joh 14,27) Mit diesen Worten entließ einst Jesus seine Jünger in die Welt. Im Bewußtsein, daß Frieden, wie ihn die Welt gibt, ein zerbrechliches und stets gefährdetes Gut ist. Frieden, wie ihn die Welt zu geben vermag, zu schaffen und zu erhalten ist darum für uns Christen eine immerwährende Aufgabe.

Wir wollen uns heute mit einem Aspekt, einer notwendigen, aber nicht hinreichenden Bedingung dieses fragilen Gutes beschäftigen und haben dazu Gäste aus den Bereichen der Politik, der Kirchen, Verwaltungen, Verbände und Organisationen und, nicht zuletzt, natürlich auch aus dem Bereich der Bundeswehr eingeladen. Es ist mir deshalb eine große Ehre, stellvertretend für alle Eingeladenen und heute zu uns Gekommenen, die ich nicht einzeln begrüßen kann, in unserm Kreise willkommen zu heißen:

- das Mitglied des Deutschen Bundestages, Herrn Franz Sauter,
- den Abteilungsleiter Unterbringung, Liegenschafts- und Bauwesen im Bundesministerium der Verteidigung, Herrn Ministerialdirektor Dr. Heinz Schaefgen, und mit ihm alle aktiven und ehemaligen zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr sowie

- den Abteilungsleiter Personal im Bundesministerium der Verteidigung, Herrn Generalleutnant Dieter Clausß, und den Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens, Herrn Generaloberstabsarzt Dr. med. Gunter Desch, und mit ihm alle aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr.

Aus dem kirchlichen Bereich begrüße ich

- als Vertreter des Katholischen Militärbischofsamtes Herrn Militärdekan Prälat Werner Köster,
- als Vertreter des Evangelischen Kirchenamtes, Herrn Militärdekan Friedrich Schell, und
- als Vorsitzenden des Katholikenrates der Stadt Bonn, Herrn Oberst a.D. Helmut Fettweis.

Es ist mir eine besondere Freude, auch

- den Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten, Herrn Oberstleutnant Heinrich Havermann,
- unseren Bundesvorsitzenden, Herrn Oberstleutnant i.G. Paul Schulz, sowie
- den Bundesvorsitzenden der Cornelius-Vereinigung, Herrn Oberstleutnant Gerhard Keiser,

als Gäste willkommen zu heißen.

Mit einschließen in die Begrüßung möchte ich

- die Teilnehmer aus den benachbarten GKS-Kreisen,
- die Angehörigen der Presse und
- Schülerinnen und Schüler der Bonner Schulen.

Meine Damen und Herren,

das Gebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (3. Moses 19,18), kann zum Schwersten dessen werden, was einem Menschen abverlangt wird. Kein anderes Volk hat diese Erfahrung mit allen Konsequenzen schmerzhafter erlebt als das jüdische. Auch und gerade im Verhältnis zu christlichen Völkern, insbesondere zum deutschen Volk.

Ich bin Ihnen, Herr Professor Lapide, dankbar, daß Sie als jüdischer Gelehrter und Förderer der jüdisch-christlichen Verständigung heute die Festansprache halten.

Dann folgte der mit Spannung erwartete Festvortrag. Professor Dr. Pinchas Lapide ist in Bonn kein Unbekannter. Auch GKS-Kreise hatten ihn schon öfter zu Gast. In unserer Arbeit — Auftrag — ist er jedoch *durch* sein mutiges Eintreten für Papst Pius XII. bekannt geworden. Und im Gespräch versicherte Prof. Lapide, daß ihm auch neues Material über diesen großen Papst zugänglich gemacht worden sei, das beweise, daß Pius XII. schon als Nuntius in München 1917 sich für die Juden in Palästina eingesetzt habe. Wir werden noch mehr davon hören.

Der Vortrag fand aufmerksame Zuhörer.

## Ist Feindesliebe möglich?

oder: *Ist die Bergpredigt noch aktuell?*

Pinchas Lapide

Einer der schönsten Abschnitte im Neuen Testament ist zweifelsohne die sogenannte Bergpredigt, die mit Recht auch zu den Meisterwerken der Weltliteratur gehört. Das Malheur dabei ist nur, daß sie ihren Lesern einen Weltrekord an Moralität zumutet, der, ehrlich gesagt, den Durchschnittsmenschen bei weitem zu überfordern scheint.

„Jeder, der eine Frau begehrlieh ansieht, hat schon im Herzen Ehebruch begangen. . .“, so heißt es hier ganz unzweideutig.

Wer weiß schon, daß sich hinter der griechischen Vokabel „Frau“ eine hebräische „Ehefrau“ verbirgt, die zu Jesu Lebzeiten durch ihre Haartracht und Haube von weitem als solche erkennbar war. Wer als Junggeselle eine unverheiratete Frau *nicht* begehrlieh ansieht, sollte zum Psychiater gehen.

„Wer seinen Bruder einen Dummkopf nennt, der ist der Hölle verfallen“, so heißt es in der Folge. Das sollte man in goldenen Lettern auf den Portalen des Bundestages in Bonn einmeißeln.

„Wenn jemand dich auf deine rechte Backe schlägt, dem biete auch die andere dar.“ So heißt es gleich danach.

Kein Wunder, daß Martin Luther behaupten konnte, die Bergpredigt gehöre nicht aufs Rathaus, denn mit ihr lasse sich nicht regieren.

Bismarck ging einen Schritt weiter, indem er erklärte, die Bergpredigt sei nur für das persönliche Verhältnis einzelner gedacht — nicht aber für das öffentliche Leben, von der Politik ganz zu schweigen.

Dies gilt vor allem für die Spitzenaussage jesuanischer Ethik, die als die sogenannte „Feindesliebe“ weltberühmt geworden ist: „Ihr habt gehört, daß gesagt ist: Liebe deinen Nächsten und hasse deinen Feind. Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet.“ (Mt 5,43 ff.)

Nehmen wir diesen Absatz einmal unter die jüdische Lupe: Der erste Satz dieser wohlbekannten Stelle enthält ein alttestamentliches Gebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ (Lev. 19,18), das Jesus anderswo auch als „das erste Gebot“ betont (Mt 22,39), gefolgt von einer Unwahrheit, die unmöglich von Jesus selbst stammen kann: „Hasse deinen Feind!“ Auch die katholische „Jerusalem Bibel“ muß betreffs des angeblich gebotenen Feindeshasses zugeben: „Der zweite Teil dieses Gebotes steht nicht im Alten Gesetz, kann hierin auch nicht stehen.“

Es wird angenommen, daß der Endredaktor des Evangeliums, das über 40 Jahre nach Jesu Tod niedergeschrieben wurde, gemäß den damaligen politischen Umständen im Römischen Reich diesen Zusatz hinzugefügt hat.

Das Gegenteil des Feindeshasses liegt dem Judentum viel näher: „Wenn dein Feind zu Fall kommt, freue dich nicht, und wenn er stürzt, frohlocke nicht dein Herz!“ So heißt es schon in den Sprüchen Salomos, und gleich auf der nächsten Seite lesen wir: „Wenn dein Feind hungert, so speise ihn mit Brot. Wenn er durstet, so tränke ihn mit Wasser!“

„Auch den besiegt Feind haben wir immer mit Güte behandelt.“ So berichtet Flavius Josephus über die Anwendung der jüdischen Liebesgebote im 1. Jahrhundert.

Kurzum: Schadenfreude, Feindeshaß und Vergeltung des Bösen mit Bösem sind im Judentum ausdrücklich verboten, während Großmut und Liebesdienste für den Feind in der Not geboten werden — aber Feindesliebe als moralisches Prinzip scheint doch alles normale Menschentum zu übersteigen.

Mit Recht stellt sich daher die Frage nach der Erfüllbarkeit: Kann man diejenigen lieben, die uns hassen und uns Böses antun? Ist das nicht eine moralische Illusion?

Die Antwort, die erst bei der Rückübersetzung der Worte Jesu ins Hebräische, seine Muttersprache, zutage tritt, besagt: Hier wird weder Sympathie für Feinde noch Schwärmerei gefordert. Denn weder Gefühle noch das Martyrium können befohlen werden, wohl aber „das Tun“ — das häufigste Zeitwort im jesuanischen Sprachschatz. Und in der Tat, steht im Gebot der Nächstenliebe *nicht*: „Liebe deinen Nächsten“ im vierten Fall, sondern im dritten Fall, eine Wortfolge, die sich nicht übersetzen, sondern nur umschreiben läßt — wie etwa: Erweise ihm Liebe, durch Handwerk, nicht durch Mundwerk! oder: Tue ihm Liebe an! Was besagen will, daß nicht eine Herzensregung noch Empfindungen gefordert werden, sondern praktische Liebeserweise, wie etwa Krankenbesuche, das heimliche Geben von Almosen, Brot für die Hungernden — mit einem Wort: All die 1000 wirksamen Liebestaten, die Vertrauen schaffen, Feindseligkeit abbauen und die Liebe fördern.

Da Jesus in prallen Kontrastpaaren zu lehren pflegte, muß daher auch die Steigerung: „Liebet eure Feinde“ im ursprünglichen semitischen Wortlaut als im 3. Fall verstanden werden, der keineswegs zur platonischen Feindesliebe auffordert, sondern zum versöhnlichen Umgang mit dem Gegner, der einzig und allein seine Entfeindung bezweckt.

Daß es Jesus um eben die „Entfeindung“ durch tatkräftige Versöhnlichkeit geht, bezeugt der Vers zuvor:

„Wer dich nötigt, eine Meile weit zu gehen, mit dem geh’ zwei!“ Gemeint war der berüchtigte Frondienst der Römer, der es jedem Legionär erlaubte, seinen Sack und Pack jedem vorbeigehenden Juden aufzuhalsen, und ihn eine Meile lang als Lasttier zu mißbrauchen. Zu Ende dieser Strecke konnte der Jude dem Zwingherren sein Gepäck vor die Füße werfen und entfliehen, oder er konnte schon vorher das Weite suchen, was jedoch mit drakonischen Strafen geahndet wurde. Jesus schlägt eine dritte Handlungsweise vor:

Den Frondienst nach der Vorschriftsmeile in ein freiwilliges Geleit zu verwandeln, um den erstaunten Römer durch Zuvorkommenheit im besten Sinne des Wortes: zu *entfeinden*. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich im Laufe der zweiten Meile ein freundschaftliches Gespräch zwischen Jude und Römer anbaut, denn wie schon das Prophetenwort bezeugt, das Jesus sicherlich kannte: „Können denn zwei miteinander wandern, es sei denn, sie werden einig unterwegs?“ (Amos 3,3) Was also ist die Entfeindungs-*liebe*, wie Jesus sie uns nahelegt? Sie beruht vor allem auf einem Realismus, der die Übel dieser Welt als Tatsachen akzeptiert — auch die Feindseligkeit, aber: als Herausforderung, um sie aus der Welt zu schaffen!

Feindschaft gibt es wohl — aber es muß sie nicht geben, denn wie Jesus uns empfiehlt, gilt es die Feindschaft zu bekämpfen — aber *nicht* den Feind als Menschen.

Derselbe realistische Idealismus beseelt auch die zweite Spitzenaussage der Bergpredigt: „Wer dich auf die rechte Backe schlägt, dem halte auch die andere hin!“ (Mt 5,39)

Hier ist vorerst zu bemerken, daß das im Normalfall gar nicht geht. Versuchen Sie doch einmal, eine Person, die vor Ihnen steht, auf die rechte Backe zu schlagen! Nur Linkshänder oder Akrobaten bringen das fertig. Da Jesus jedoch zu keinem dieser beiden gehörte, müssen wir tiefer schürfen, um seiner Aussage gerecht zu werden. Auch hier hilft uns der Talmud aus der Patsche.

Im Traktat über Körperverletzungen lesen wir: „Wenn jemand seinem Nächsten eine Ohrfeige gibt . . . so zahlt er ihm vor dem Richter 200 SUS, etwa DM 60,— als Wiedergutmachtung . . . Gescha es aber mit verkehrter Hand, also mit dem Handrücken, so zahlt er ihm 400 SUS — das Doppelte.“ Warum? Denn der Schlag mit dem Handrücken schmerzt zwar weniger, gilt aber als Geste der Verachtung, die größeren Schimpf verursacht und zweifach bloßstellt und blamiert. Also nicht von Schmerzensgeld allein ist hier die Rede, sondern von einer gezielten Verunglimpfung, auf die Jesus den Seinen empfiehlt, mit äußerster Zurückhaltung zu reagieren.

Wer jemanden auf die rechte Backe schlägt, will ihn *nicht* umbringen, sondern öffentlich beleidigen. Das Hinhalten der anderen Backe ist daher als Demutsgebärde gemeint, die eine zweite Ohrfeige vermeiden will, indem sie dem Gegner ohne Umschweife zu verstehen gibt, daß ich meine Unterlegenheit eingestehe, so daß sich seinerseits jede weitere Demütigung meiner Person erübrigt. In der Tierwelt ist diese Geste seit Jahrtausenden bekannt: Das besiegte Tier bietet dem Sieger die Schlagader dar — als Zeichen der Unterwerfung — womit seine Ermordung vermieden wird.

Zu klären bleibt noch der Sinn des scheinbar selbstmörderischen Auftrags Jesu zur passiven Selbstausslieferung an das Böse: „Ihr habt gehört, daß gesagt wird: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ich aber sage euch: Widersteht dem Bösen nicht!“ (Mt 5,38f.) Im ersten Satz hat der Endredaktor des Evangeliums das Zeitwort weggelassen, so daß wir nicht wissen können, was mit Aug um Aug oder mit Zahn um Zahn eigentlich geschehen soll? Aus dieser beabsichtigten Lücke folgern die christlichen Leser seit 1900 Jahren, daß es *nimm*

Aug um Aug; *nimm* Zahn um Zahn heißen sollte! — was sie als eine Art Freibrief für den Geschädigten deuten, sich selbst zu rächen, indem er Böses mit Bösem vergilt.

Im Hebräischen Urtext jedoch steht ausdrücklich: *Gib* Auge anstelle von Auge — *gib* Zahn anstelle von Zahn! — was eindeutig an den Schädiger adressiert ist, der vor dem Richter Wiedergutmachung in Form einer Abgeltung durch Schadenersatz leisten muß. Dies also ist das genaue Gegenteil von der populären Auffassung, die Jesus in den Mund gelegt wird. Es ist keinerlei Berechtigung herauszulesen für den Geschädigten, sich selbst zu seinem Recht zu verhelfen.

Auch hier hat der Endredaktor um die Wende des 1. Jahrhunderts antijudaistische Tendenzen in Jesu Worte hineinprojiziert.

Dasselbe gilt auch für die Aussage: Widersteht dem Bösen nicht! (Mt 5,39).

Hier ist der verlässlichste Zeuge Dr. Franz Kamphaus, der katholische Bischof von Limburg, der in einer amtlichen Veröffentlichung der Deutschen Bischofskonferenz vom 5.9.82 feststellt: „Dieser Aufruf, keinen Widerstand zu leisten, ist erst durch den Evangelisten Matthäus eingefügt worden.“

Man muß nur nüchtern zu Ende denken, was hier angeblich unsereinem zugemutet wird. Wir werden zur schweigenden Passivität verurteilt, um uns schutzlos den Boshafte auszuliefern und ihnen freie Bahn zu gewähren. Das wäre in der Tat auch ein Rezept für den Frieden — aber es wäre ein Friedhofsfrieden, in dem die Erde lautlos die Guten und die Schwachen zudeckt, und die Gewalttäter triumphieren.

Jesu Auftrag an seine Jünger hieß: Klug wie die Schlangen und zugleich sanft wie die Tauben zu sein — also: eine Kombination von Friedfertigkeit und gesundem Menschenverstand. Vernünftig kann aber keine bedingungslose Selbstpreisgabe sein, denn dem widerspricht nicht nur die Heiligkeit des Menschenlebens, die der Leitstern der ganzen Bibel ist, sondern auch das berühmte Schwertwort Jesu, das als Auftrag an dieselben 12 Jünger ergeht, die die Adressaten der Bergpredigt sind. In Lukas 22 lesen wir:

„Und Jesus sprach zu ihnen: Als ich euch ohne Börse, Tasche und Sandalen ausgesandt habe, mangelte euch an etwas? . . . Jetzt aber sage ich: Wer eine Börse hat, der nehme sie und kaufe ein Schwert; und wer keine hat, der verkaufe seinen Mantel und kaufe ein Schwert. . . Sie aber sprachen: Herr, siehe, hier sind zwei Schwerter. Er aber sprach zu ihnen: Es ist genug!“ (Lk 22,35—36)

Drei Dinge lernen wir aus dieser aufschlußreichen Episode, die ganz und gar dem sanften Jesusbild des Lukas widerspricht, und daher um so glaubwürdiger als vorlukianische Überlieferung aus dem jüdischen Jüngerkreis gelten darf:

1. Daß mindestens zwei der Jünger gar nicht auf Jesu Ratschlag gewartet hatten, sondern

sich schon zuvor — sein Einverständnis voraussetzend — Schwerter besorgt hatten. In der Tat rügt sie Jesus nicht.

2. Daß Jesus sich mit zwei Schwertern für 13 Mann begnügt — was sicherlich nur zur Verteidigung reichen konnte — keineswegs als Verlockung zur Aggression.

3. Nicht zuletzt aber muß das damalige Römergesetz erwähnt werden, das allen Juden das Tragen von Schwertern aufs strengste verbot, wobei Zuwiderhandelnde häufig als Rebellen gekreuzigt wurden. Wohlgemerkt: Nicht das Verwenden, sondern bereits das Tragen von Schwertern war todessträflich!

So war also Jesus bereit, der vernünftigen Selbstwehr den Vorrang einzuräumen, auch gegen das Gesetz der heidnischen Besatzungsmacht; all dies, um das Leben und die Sicherheit der ihm Anvertrauten zu gewährleisten.

Wir lernen also, daß eine Einladung zum Selbstmord sich aus Jesu Lehre genausowenig folgern läßt, wie der radikale Pazifismus *nicht* aus der Bibel einzuklagen ist.

Sie mögen mich nun fragen: Nachdem ich den Schwertkauf der Jünger erörtert habe, als Auftrag Jesu beim Aufstieg nach Jerusalem — wieso sagt derselbe Jesus in Gethsemane kurz danach zu Petrus: „Stecke das Schwert *zurück* in die Scheide.“ (Joh 18,11)?

Jesus bleibt sich selber treu und widerspricht sich keineswegs, obwohl es auf dem Papier so scheinen mag. Auf dem gefährlichen Weg nach Jerusalem hinauf benötigte die Gruppe Schwerter zur Selbstverteidigung. Das Gebiet, das sie durchqueren mußten, war nämlich sprichwörtlich bekannt als Schlupfwinkel von Wegelagerern und Räubern.

Daher verantwortet Jesu die Schwerter um des Überlebens willen. In Gethsemane hingegen, so erzählt uns das Neue Testament, waren die Schwerter bereits in Benutzung der Jünger. Sonst wäre ja kein Ohr des Malchus, wie wir lesen, im Getümmel abgehauen worden — ein Ohr, das wohl stellvertretend erwähnt wird, für so manchen anderen verletzten Körperteil der Soldaten der römischen Kohorte, die die Jünger und Jesus verhaften wollte. Wenn Jesus sagt: „Steckt die Schwerter *zurück* in die Scheide!“ wissen wir alle, daß die Schwerter bereits in Benutzung waren, was sowohl verboten als auch lebensgefährlich war.

Beide Schwertworte Jesu also — sowohl vom Schwertkauf als auch vom Schwertverzicht — waren zeitbedingt und ortsgebunden *richtig* — und hatten ihre Berechtigung zum Wohl und zur Bewahrung des Lebens der ihm Anvertrauten, wenn auch unter ganz verschiedenen Umständen.

Als es im Gethsemane hart auf hart ging, und die Übermacht der Römer erdrückend wurde (wie wir aus Joh 18 wissen), da sie eine ganze Kohorte von etwa 800 Mann unter dem Befehl eines Bataillonskommandeurs (den das Neue Testament als Chiliarchos uns vorstellt), zum Einsatz brachten, entschließt sich Jesus, die Seinen zu retten. Dies tut er, indem er ihnen befiehlt, die bereits gezückten Schwerter in die Scheiden zu stecken, wonach er sich selbst dem römischen Kommandeur ausliefert. Auch hier ist er sich treu geblieben.

So handelten auch die Widerstandskämpfer von der Weißen Rose in München und die Männer und Frauen, die am 20. Juli 1944 Hitler *gewaltsam* zu beseitigen suchten, um *Gewalt* einzudämmen und zahllose Mitmenschen vor dem sicheren Massenmord zu bewahren.

Widerstandslosigkeit wäre in ihrem Fall ein Akt der Feigheit, der Selbstsucht und der gleichgültigen Preisgabe Unschuldiger gewesen — im himmelschreienden Widerspruch zum Geist der gesamten Bergpredigt.

Verzicht auf Widerstand hilft auch dem Bösen nicht, der Gewalt ausübt — noch entfendet es ihn. Ganz im Gegenteil! Es bekräftigt ihn in seiner Feindseligkeit und lädt ihn ein, ungestraft weitere Gewalttaten zu begehen. Ein passives Hinnehmen böser Taten kann nur das Unrecht mehren, die Armen und die Schwachen der Willkür und Gewalt ausliefern und den *Nächstenhaß* fördern — wie das 3. Reich und Hitlers Endlösung nur allzu deutlich bewiesen haben.

In eine ähnliche Kerbe haut auch Paulus, der den Ephesern rät: „Seid stark! Auf daß ihr bestehen könnt. . . und *Widerstand leisten* und das Feld behalten möget. . .“ (Eph 6,10ff.). Paulus hätte wohl kaum zum Widerstand aufgerufen, hätte dies sein Herr und Heiland verboten!

Von der schöpferischen, streitbaren Liebe, die die aufgezwungene Auseinandersetzung nicht scheut noch sich kleinkriegen läßt, schreibt der Heidenapostel im 12. Kapitel seines Römerbriefes, wo er eine Kurzfassung der Bergpredigt bringt:

„Wenn möglich, so viel an euch liegt, lebet mit allen Menschen in Frieden!“ (Röm 12,18), so lesen wir.

Wobei die ersten 6 Worte ganz unzweideutig sowohl gegen jedwede passive Selbstunterwerfung also auch gegen ein Sichheraushalten aus unvermeidlichen Konflikten plädieren.

Ein sachlich und moralisch einwandfreier Vorschlag, der vollauf mit Jesu Entfeindungs-*liebe* übereinstimmt — ohne auf Menschenwürde, auf Notwehr und auf Friedfertigkeit zu verzichten.

Der langen Rede kurzer Sinn: *Drei* Methoden schlägt Jesus vor, um friedensfördernd mit dem Feind umzugehen:

1. Mit demjenigen Feind, der dich nur ausnützen will, gehe eine zweite Meile, um ihn durch Zuvorkommenheit zu entfenden!
2. Den Feind, der dich durch Schläge entwürdigen will, versuche durch Prestige-Verzicht und Demut *geistig* zu entfenden.
3. Gegen den Feind aber, der dich umbringen will, helfen nur zwei Schwerter: Zur Vorbeugung oder zur Selbstbehauptung; ganz im Sinn Jesu, der den Seinen in einem Gleichnis rät: „Wenn der Starke bewaffnet seinen Hof bewacht, so bleibt sein Besitztum in Frieden.“ (Lk 11,21)

Kurzum: Aus Entfeindungs Liebe, aus maximaler Nachgiebigkeit, aber auch aus der Bereitschaft zur Notwehr besteht die dreifache Friedensstrategie des Nazareners, die auch heute kein Jota von ihrer Aktualität eingebüßt hat.

Sie bedarf nach wie vor der Schlangenklugheit und der Taubensanftmut *zugleich*, um sie zweckdienlich und besonnen anzuwenden.

Wie diese wenigen Beispiele Ihnen vor Augen führen, können wir durch Rückübersetzung der Evangelien in die Muttersprache des Nazareners häufig seiner Aussageabsicht wesentlich näherkommen und dunkle Stellen in der Bibel einsichtiger verdeutlichen.

Das gilt u. a. auch für das 6. Gebot, nach katholischer Zählung das 5. Gebot, das in den meisten deutschen Bibelübersetzungen als „*Du sollst nicht töten!*“ wiedergegeben wird. Darauf berufen sich seit langem viele Wehrdienstverweigerer. Nun steht aber im hebräischen Grundtext das Zeitwort *razach*, das einwandfrei ermorden und *nicht* töten besagt, wobei der Mord als die böswillige Missetat des einzelnen gilt.

Die Bibel hat also mit dieser Wortwahl die Selbstverteidigung eindeutig in den Bereich des Erlaubten gestellt — und den Soldaten, der sein Leben und das seiner Mitbürger verteidigt — *nicht* zum Mörder entwürdigt.

Nun wird sich so mancher von Ihnen fragen: Was geht uns das alles eigentlich heute noch an — zur Zeit der *Perestroika* und *Glasnost*? Die Antwort lautet: Auch wenn endlich alte Mauern fallen, Zäune abgebaut werden und eiserne Vorhänge zu rosten beginnen, können die Leitlinien der Bibel das Zusammenfinden und das Zusammenleben von Menschen, als Individuen und als Volksgemeinschaften, humaner und friedvoller gestalten. Jetzt erst recht!

Wie aber können wir diese erhabenen Grundsätze in den Niederungen unseres Alltags umsetzen?

Vor allem gilt es sich *fünfer* Tugenden zu befeißigen, die seit eh und je zur Grundlage der humanen Koexistenz gehören:

1. *Die Konfliktfähigkeit*, um Kontroversen fair und gewaltlos auszutragen. Mehr noch! Konflikte totzuschweigen oder zu verdrängen verschärft sie nur und erschwert dann jedwede friedliche Lösung. So ist es also ratsam, den Konflikt auszuhalten und, ohne Brücken abzubauen, durchzustehen. Auf keinen Fall aber dürfen wir den Respekt voneinander verlieren — auch wenn die Sache an sich hart umstritten wird.

2. *Die Dialogbereitschaft* auf allen Ebenen der Gesellschaft — von der Familie bis in die Politik, auch mit Gegnern und Konkurrenten, die aber niemals verteufelt werden dürfen. Als Motto für solche Toleranz empfiehlt sich die talmudische Einsicht, daß Sprachlosigkeit sehr rasch zur Handgreiflichkeit führen kann. Jede Streitfrage, sagte einst ein alter Rabbi, hat *drei* Seiten: Deine Seite — meine Seite — und die richtige Seite!

3. *Die flexible Kompromißbereitschaft*, mit uns selbst zuerst, aber auch mit allen Andersdenkenden, die zwar Opponenten bleiben mögen, aber gerade deshalb emotionell entfeindet werden sollen.

4. *Die Einfühlsamkeit* in den Kopf und das Herz des Kontrahenten sowie die Kenntnisnahme seiner Schmerzgrenze, die niemals überschritten werden darf.

4. *Die Geduld*, die aus der Einsicht stammt, daß diese Welt weder heil noch heillos ist, wohl aber heilbar — wenn wir bereit sind, auf trügerische Sofort-Erfolge zu verzichten, um gemeinsam, mittels vieler kleiner Schritte, ein kreatives Miteinander anzupeilen.

Dies waren die Ziele zu Bibelzeiten, sie sind es heute in der Bundesrepublik — und werden uns hoffentlich dem ersehnten Weltfrieden näherbringen.

Langer Applaus zeigte, daß die Zuhörer vom Vortrag bewegt und angerührt waren.

Der Katholische Standortpfarrer Bonn, Militärdekan Manfred von Schwartzberg, dankte dann in seiner launigen Art dem alten Vorstand, den neuen Mitgliedern, dem Redner, dem Hausherrn des Collegium Josephinum und seinen Mitarbeitern, aber auch besonders der Musik.

Er ließ auch noch einmal die Gedanken zur Feier eines solchen Tages anklingen und wies auf den diesjährigen Gedanken Papst Johannes Pauls II. hin: „Friede mit Gott dem Schöpfer — Friede mit der ganzen Schöpfung“.

Er schloß nach dem Zitat der Mahnung des Papstes zu „tiefster menschlicher Brüderlichkeit“ mit der Einladung zum Gespräch im Foyer und zu einer kleinen Stärkung.

Diese Aussprache am Rande wurde mit Freude und Interesse wahrgenommen.

H. F.

## Internationaler Soldatengottesdienst

Von großer Eindringlichkeit war wieder der diesjährige Internationale Soldatengottesdienst aus Anlaß des Weltfriedenstages am 30. Januar 1990 im Kölner Dom.

Seit 14 Jahren wird dieser Gottesdienst vom Kölner Erzbischof mit den Soldaten gefeiert. Der unermüdliche Organisator ist der Wehrbereichsdekan III, Militärdekan Prälat Hermann-Josef Kusen. Ihm ist es zu verdanken, daß aus den ersten Ideen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten eine so ausdrucksvolle Veranstaltung sich entwickelt hat.

Erzbischof Kardinal Joachim Meisner hatte sich sofort bereit erklärt, die Tradition seiner Vorgänger aufzunehmen und weiterzuführen. Diese hohe Feier steht über die Zeit der Einführung zum Weltfriedenstag hinaus in der Tradition der großen Soldatengottesdienste in Köln. Am 10. Oktober 1956 mahnte bereits Kardinal Josef Frings im ersten großen Soldatengottesdienst der Bundeswehr:

„Ziel allen Soldatentums ist nicht der Krieg, sondern der Friede.“

Dieser Mahnung hat sich die GKS und ihr Vorläufer, der Königsteiner Offizierkreis, immer verpflichtet gefühlt.

Sichtbares Zeichen für die Friedensbereitschaft sind nicht nur die Gottesdienste, die Schriften, sondern auch das Handeln.

Und so ist es ein guter Brauch, daß immer wieder auch zu Opfern für die schweren Anliegen und Nöte unserer Zeit aufgerufen wird. So wurde im Dom für das Hilfswerk, das Kardinal Höffner ins Leben gerufen hat, „Mütter in Not“, gesammelt.

Der Gottesdienst stand unter dem Leitspruch

**„Friede mit Gott dem Schöpfer,  
Friede mit der gesamten Schöpfung“.**

*Konzelebranten* waren deutsche, belgische und britische Militärgeistliche, darunter der Militärgeneralvikar des Katholischen Militärbischofs, Prälat Dr. Ernst Niermann.

*Teilnehmer am Gottesdienst:* ca. 2 500 deutsche, belgische, britische, amerikanische, kanadische und italienische Soldaten, sowie 300 Beamte des BGS.

*Prominente Teilnehmer:*

Admiral Wellershoff  
GenLeutnant Jungkurth  
GenOberstabsarzt Dr. Desch

Generalinspekteur der Bw  
Inspekteur der Luftwaffe  
Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bw

GenLeutnant Odendahl  
GenLeutnant Sochaczewski  
GenMajor Philip  
GenMajor Genotte (B)  
Brigadier Burden (GB)

Amtschef Heeresamt  
Amtschef Luftwaffenamt  
Befehlshaber Wehrbereich III  
I. Belgisches Korps  
Northag

General Blume (USA)  
Willi Weiskirch  
Stadtverordneter Lohmer

Nato-E-3A-Verband  
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages  
Rat der Stadt Köln

Nach dem Gottesdienst bestand für alle Soldaten die Möglichkeit, an *Besichtigungen* teilzunehmen: Stadtrundfahrt, Röm.-Germanisches Museum, Museum Ludwig.

Die Feier wurde musikalisch begleitet von Domorganist Prof. Clemens Glanz an der Orgel, vom Heeresmusikkorps 7, Düsseldorf, unter der Leitung von OTL Dr. Bernhard Höfele und der Soldatenschola aus der Lüttich-Kaserne, Köln.

Die Texte waren in Deutsch, Englisch, Französisch und Flämisch verteilt.

Die verinnerlichte Musik im harmonischen Zusammenspiel von Orgel und Orchester sowie die Gebete und Fürbitten in verschiedenen Sprachen gaben dem heiligen Amt eine große Feierlichkeit, die zum Nachdenken und zum Gebet anregte. Nicht unwesentlich trugen dazu auch die Worte der Predigt bei.

*Begrüßung durch Militärdekan Prälat Hermann-Josef Kusen*

Eminenz, liebe Schwestern und Brüder, liebe Soldaten!

Im Namen der Militärgeistlichen aller Nationen begrüße ich Sie zu diesem Internationalen Soldatengottesdienst anlässlich des diesjährigen Weltfriedenstages. Zusammengekommen sind an diesem Morgen hier im Kölner Dom amerikanische, belgische, britische, kanadische, italienische und deutsche Soldaten, die im Erzbistum Köln und in benachbarten Garnisonen stationiert sind, sowie Beamte des BGS vom BGS-Kdo West.

Wir sind Ihnen, Eminenz, sehr dankbar, daß Sie sich auf die Bitte der Militärgeistlichen hin sofort bereit erklärt haben, diesen Gottesdienst mit uns zu feiern. Es ist der 14. Internationale Soldatengottesdienst, den der Erzbischof von Köln anlässlich des Weltfriedenstages mit den in seinem Erzbistum stationierten Soldaten feiert. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Anliegen unserer Soldaten in diesen Gottesdienst hinein: die großen Anliegen um den Frieden zwischen den Völkern und den Frieden innerhalb der Völker; aber auch die kleinen persönlichen Anliegen jedes Einzelnen.

Wie in jedem Jahr halten wir die Kollekte in diesem Gottesdienst für den Hilfsfonds „Mütter in Not“, der seinerzeit von Kardinal Höffner eingerichtet wurde. Wir bringen dadurch zum Ausdruck, daß es uns ein Anliegen ist, das Leben des Menschen überall dort, wo es gefährdet ist, zu schützen und zu bewahren. Ich möchte Ihnen diese Kollekte ans Herz legen.

Und nun bitte ich Sie, Eminenz, mit uns den Gottesdienst zu feiern.

*In seiner Predigt sagte der Hochwürdigste Herr Kardinal:*

Liebe Brüder!

Für euren Friedensdienst als Soldaten ist das Evangelium von normativer Bedeutung. Indem ihr mithelft, kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern, gilt euch das Wort

des Herrn: „Selig die Friedfertigen“. Als Dienstgemeinschaft für den Frieden gibt euch der christliche Glaube Inspiration und Orientierung. Zu keiner Zeit wurde so oft das Wort „Menschlichkeit“ zitiert und der Verlust an Menschlichkeit so schmerzlich empfunden wie heute. Wenn bei der Achtung vor dem Menschentum die Achtung vor Gott fehlt, dann — fürchte ich — kommt das: ein Schritt voran und zwei Schritte zurück. Die Absage an Gott bringt nicht die Höhe, sondern den Verlust des Menschen. Die Hingabe an Gott läßt den Menschen auf allen Gebieten den stärksten Aktivisten und Optimisten sein. Wir sind bevollmächtigt, aus einer unverfügbaren Welt, aus der zukünftigen Gotteswelt zu leben. Das ist der Überstieg unseres Daseins. „Das ist der Sieg, der die Welt bewegt hat, unser Glaube“ (1 Joh 5,4), so bezeugt der Johannesbrief. Dieser Start zur Höhe ist zumal Sache junger Menschen. Die weittragendste Entscheidung hat Gott einem blutjungen Menschen anvertraut, nämlich Maria. Sie hat diesem Vertrauen entsprochen: Sie glaubte. So begann die endgültige Welt Gottes. Sie muß in jeder Generation neu erworben werden durch junge Menschen, die glauben.

### *1. Der Glaube schenkt Freiheit und Größe*

Eine schmerzliche Erfahrung der Seelsorger ist der Unglaube vieler Menschen auf der Höhe ihres Lebens. In Gesprächen mit solchen Zeitgenossen kehrt immer die resignierte Fragestellung wieder: „Meinen Kinderglauben kann mir ja doch niemand mehr zurückgeben.“ Den darf ihnen niemand zurückgeben! Dafür liegt etwas Größeres und Herrlicheres für uns bereit: der mündig gewordene Glaube! Der Glaube an Gott duldet nicht, daß man ihn in den Kinderschuhen stecken läßt. Seine Wirklichkeit ist größer, über all unser Begreifen und Erfahren hinaus! Der Sportler erreicht das Seil nur, wenn er im Sprung höher ansetzt als er selbst ist. Der Mensch kommt nur empor zur Fülle, wenn er auf Höheres anträgt als auf sein eigentliches Ich, wenn er auf Gott anträgt. Dann löst sich der Krampf, und alles wird weit und echt.

Ich weiß nicht, ob es auch nur einen wirklich Großen in der Weltgeschichte gibt, der nicht an Gott geglaubt oder wenigstens um ihn gerungen hat. Aber das weiß ich: Wer immer sich mit Gott eingelassen hat, ist groß geworden, auch wenn sein Name nicht in den Geschichtsbüchern steht. Er steht im Buch des Lebens! Es kann auch gar nicht anders sein. Der Mensch ist in seinem innersten Wesen auf Unendliches zu erschaffen — auf Gott hin. Das meldet sich bei jungen Menschen in den sogenannten Idealen. Sie weisen den Menschen immer über sich selbst hinaus. Darum braucht er Höhe. Er braucht den Allerhöchsten! Er braucht Horizonte. Er braucht den Himmel.

### *2. Der Glaube schenkt das größere Leben*

Der Glaube will nicht in den Kinderschuhen steckenbleiben. Er will hinaus ins Leben. Deshalb entstehen Glaubenskrisen. Wo sie bestanden werden, entspringt der lebendige Glaube, der Glaube im Leben. Christus umfaßt in sich alles Wahre, Gute, Schöne und Heilige. Das muß von jedem erprobt werden. Wo das passiert, hat der Mensch gewonnen.

Bei der Taufe hieß es: „Was begehrst du von der Kirche?“ „Den Glauben.“ „Was gibt dir der Glaube?“ „Das ewige Leben.“

Wenn Christus so auf das Leben aus ist, daß er sogar höheres, göttliches Leben schenkt — wie soll er dann jungen Menschen das Leben verdünnen? Der Glaube ist kein Lebensfeind, sondern ein Freund aller Lebenden. Darum riecht und schmeckt es der Glaube, wo im Leben die Schlange, das Gift, die Droge, der Tod sitzen. Die Bewegung hinaus aus den Tälern des Todes ist der Glaube. Er ist Überstieg. Er ist der Schritt ins große Leben, das von der Erde bis in den Himmel reicht und von hier und heute bis in die Ewigkeit Gottes. Junge Menschen haben ein Gespür für das, was im Leben echt und was Betrug ist. Was junge Menschen heute am Leben leiden, vom Leben hereingelegt werden, ist unsäglich. Wer hilft ihnen aus dieser Enttäuschung heraus und hinein in die Welt Gottes? Wenn wir das Leben erobern wollen, dann dürfen wir die wichtigste Welt, die endgültige Welt Gottes, nicht beiseite schieben. Dort gibt es keine Enttäuschung, sondern Erfüllung und Vollendung.

### *3. Der Glaube schenkt uns Liebe*

Für eine gute Leistung hört man am liebsten das Lob: „Da hast du dich selbst übertroufen.“ Wer Christus in seinem Leben Raum gibt — und das geschieht im Glauben —, von dem gilt es: „Der Mensch übertrouft den Menschen unendlich. „Ich nenne euch nicht mehr Knechte; euch nenne ich Freunde“ (vgl. Joh 15,15f.), spricht der Herr; oder: „Denn Gott hat die Welt so sehr geliebt, daß er seinen einzigen Sohn hingab“ (Joh 3,16).

Wer sich so von Gott geliebt und angenommen weiß, dem wird echtes Selbstbewußtsein und hohes Wertgefühl geschenkt. Daß Gott dich liebt, macht dich so wertvoll. Wo Gottes Liebe nur als Lehre und Belehrung vorgetragen wird, wird sie meist abgelehnt. Wenn aber dieser Glaube lebendige Gestalt gewinnt, dann zündet er. So ist die Welt, und so sind die Menschen. Mögen sie im Chaos oft versinken — aber nie bringt man aus ihnen die Sehnsucht nach selbstloser Liebe heraus. Was kann Christus darum aus jungen Menschen machen? Die Geschichte der Christenheit zeigt uns viele Beispiele. Christus drängt den Jünger nicht an den Rand ab. Er erwartet ihn in der Mitte. In medium ire — in die Mitte gehen — ist die Einladung Christi. Meditation gehört zum Lebensstil eines Jüngers Jesu. Meditative in der täglichen Aktion zu sein, ist unsere Berufung. Das bedeutet: Vom Rand des Lebens in die Mitte des Lebens zu gehen, in der Christus auf uns wartet.

Amen

*Die etwa 300 Vertreter aus allen Garnisonen begrüßte Militärdekan Kusen in seiner humorvollen Art im Maternushaus*

Begrüßung

Eminenz, Herr Wehrbeauftragter, Herr Admiral, meine Herren Generale und Admirale, meine Damen und Herren, liebe Soldaten! Nach dem Gottesdienst im Kölner Dom begrüße ich Sie mit großer Freude nun bei diesem Empfang hier im Maternushaus.

Mein erster Gruß gilt Ihnen, Eminenz. Sie haben mit diesem Internationalen Soldatengottesdienst anlässlich des Weltfriedenstages eine Tradition aufgegriffen, die Ihr Vorgänger, Kardinal Höffner 1977 begründet hat, ohne damals zu ahnen, daß aus diesem ersten Internationalen Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag eine gute Tradition werden würde. Als Sie vor einem Jahr nach Köln kamen, da haben die hier stationierten Militärseelsorger aller Nationen sich gefragt: Na, ob er wohl ein Verhältnis zu den Soldaten bekommt? Er hat doch kaum Ahnung von Soldaten und Soldatenseelsorge. Auch wenn mir das nicht zu- steht, darf ich vielleicht doch an dieser Stelle sagen: Die ersten Schritte, die Sie auf die Soldaten hin gemacht haben, so z. B. vor wenigen Monaten in Düsseldorf, waren ermutigend und erfrischend, weil jeder spürte, daß alles, was Sie sagten und taten, von Herzen kam. Das werden die Düsseldorfer Soldaten bestätigen können. Ich möchte dem Wort der Soldaten nicht vorgreifen, aber im Namen der Militäregeistlichen aller Nationen danke ich Ihnen für diesen Gottesdienst heute Morgen und für dieses „Auf-die-Soldaten-Zugehen“ sehr herzlich.

Meine Damen und Herren! Vielleicht geht Ihnen das gelegentlich auch so: Wenn Sie von einer Veranstaltung nach Hause kommen, dann werden Ihnen zwei Fragen gestellt: Wer war alles da? und: Was gab es zu essen? Die letzte Frage werden Sie hoffentlich selbst beantworten können. Damit Sie aber bei diesem großen Teilnehmerkreis auch auf die erste Frage eine Antwort geben können, erlauben Sie mir, daß ich einige wenige stellvertretend für viele namentlich erwähne und begrüße.

So gilt mein erster Gruß dem Generalinspekteur der Bw, Herrn Admiral Wellershoff. Es ist für uns eine besondere Freude, daß Sie trotz Ihres strapazierten Terminkalenders heute Morgen nach Köln gekommen sind.

Ich begrüße den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Willi Weiskirch. Sie sind zum letzten Mal in Ihrer Eigenschaft als Wehrbeauftragter unter uns. Ich darf das einmal als Beobachter sagen: Sie waren ein engagierter Mahner, aber auch ein Freund der Soldaten aller Dienstgradgruppen.

Unter uns sind die Inspekture der Luftwaffe, der Marine und des Sanitätswesens: Herr GLt Jungkurth, Herr Vizeadmiral Mann und Herr GenOberstabsarzt Dr. Desch. Ich begrüße den Abteilungsleiter Personal, Herrn GLt Clauss, und mit ihm aus dem BMVg die Ministerialdirektoren Dr. Schaeffgen und Wenz und Herr Min.Dirigent Butz aus der Abteilung Verwaltung und Recht, in der die Angelegenheiten der Militäreseelsorge aufgehoben sind.

Eminenz, nun kommen wir zu Ihrer Haustruppe, den in Köln stationierten Soldaten: Ich begrüße die Amtschefs des Herresamtes und des Luftwaffenamtes, Herrn GLt Odendahl und Herrn GLt Sochaschewski, und mit ihnen alle Kölner Soldaten unter ihrem Standortältesten, Herrn Oberst Böser. Man sagt ja von den Kölnern, daß sie als Soldaten zu allen Zeiten Angst und Schrecken verbreitet haben, besonders in den eigenen Reihen. Ich halte dieses aber für ein böses Gerücht.

Sehr herzlich begrüße ich die anwesenden Befehlshaber, den Befehlshaber TKNord, Herrn GM Hoster, und den Befehlshaber im Wehrbereich III, Herrn GM Philipp. In diesen Gruß schließe ich Herrn Vizepräsidenten Nobis von der WBV III ein.

Ein besonderer Gruß gilt den Ehefrauen unserer Soldaten, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch Verantwortung in den Pfarrgemeinderäten der Militärseelsorge tragen.

Internationaler Soldatengottesdienst — ich begrüße unsere alliierten Freunde: die belgischen Soldaten, an ihrer Spitze den Korpsartillerie-Kdr des I. Belg. Korps, Herrn GM Genotte, die britischen Soldaten unter Brigadier Burden, die amerikanischen Soldaten unter General Blume, die kanadischen Soldaten mit Padre Tassinari und die italienischen Soldaten mit Major Bologni.

Internationaler Soldatengottesdienst — dies ist ein Begriff, der sich eingepägt hat, obwohl er nicht alle Teilnehmer an diesem Gottesdienst umfaßt. So sind von den ersten Jahren an — und auch heute — mehrere hundert Beamte des BGS dabei gewesen, was für uns eine große Freude ist, und ich begrüße sehr herzlich den Kdr im Grenzschutzkommando West, Herrn Kdr Hitz.

Mit besonderer Freude begrüße ich die ehemaligen Soldaten unter uns, an ihrer Spitze den ehemaligen Oberbefehlshaber Europa Mitte, Herrn General a. D. Schulz.

Soldaten beten um den Frieden in der Welt über alle Grenzen der Nationen und Konfessionen hinweg. Es ist nach wie vor meine feste Überzeugung, daß es in der Welt ein Zusammenspiel gibt von menschlichem Bemühen und göttlicher Gnade, auch was die Förderung und Sicherung des Friedens betrifft. Auch dem Soldaten steht es an, um den Frieden in der Welt zu beten. Deshalb haben 1975 im Heiligen Jahr die katholischen Soldaten der verschiedenen Nationen ihre Kameraden aufgerufen, jedes Jahr anläßlich des Weltfriedenstages in Gottesdiensten gemeinsam um den Frieden in der Welt zu beten. Ich freue mich, daß der Vorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten unter uns ist, und begrüße sehr herzlich Herrn OTL i. G. Schulz.

Und dies alles spielt sich nun in dieser Stadt Köln ab, die an diesem Morgen vertreten wird durch Herrn Stadtverordneten Lohmer. Herzlich willkommen.

Ich habe mit der Begrüßung bei Ihnen, Eminenz, begonnen. Lassen Sie mich den Kreis nun schließen, indem ich mich noch einmal den Mitbrüdern im geistlichen Amt zuwende. So begrüße ich sehr herzlich den Kölner Dompropst, Herrn Prälaten Henrich. Ihm möchte ich ganz herzlich danken, daß wir Jahr für Jahr diesen Gottesdienst im Kölner Dom halten dürfen. Welche Bedeutung ein Dompropst hat, davon haben wir in den letzten Jahren eine Ahnung bekommen. Manche kennen die Geschichte, die von Kardinal Schulte, der in den zwanziger und dreißiger Jahren Kölner Erzbischof war, erzählt wird. Er war als junger Student in Bonn aus dem Konvikt geflogen, ging dann nach Paderborn, wurde dort Priester und später Erzbischof von Paderborn. 1922 wurde er dann Erzbischof von Köln, und der Dompropst, der ihn in den Dom führen mußte, war sein alter Konviktsdirektor, der ihn seinerzeit gefeuert hatte. Der neue Bischof konnte es sich nicht verkneifen, dem

Dompropst zuzuflüstern: Das ist der Stein, den die Bauleute verworfen haben, er ist zum Eckstein geworden. Dies ist ein Zitat aus einem Psalm. Und der Dompropst, der sich in den Psalmen auskannte, zitierte den Vers weiter: der Herr hat's gegeben; ein Wunder ist es in unseren Augen. Ich nehme an, Eminenz, daß es im vergangenen Jahr solche biblischen Gespräche zwischen Ihnen und dem Dompropst nicht gegeben hat.

Sehr herzlich begrüße ich meinen Chef, Herrn MGV Prälat Dr. Niermann, sowie meine ausländischen Mitbrüder und meine evangelischen Amtsbrüder, an ihrer Spitze Militärdekan Ottemeyer.

Ich befürchte, daß manch einer durch das Netz der Begrüßung durchgefallen ist. Ihnen gilt mein besonders herzlicher Gruß.

Nachdem wir im vergangenen Jahr mit Dankbarkeit auf die bisher längste Friedensperiode in der Geschichte unseres Volkes zurückschauen durften, blicken wir in diesem Jahr gebannt auf die Entwicklungen im anderen Teil unseres Landes und in den übrigen Ländern des Ostblocks. Wir sollten — auch persönlich — immer wieder darum beten, daß die betroffenen Völker einen Weg des Lebens und Zusammenlebens in Staat und Gesellschaft finden, bei dem der Mensch nicht wieder unter die Räder kommt. Und werden wir nicht leichtsinnig: Der Friede ist wie eine zarte Pflanze, die ständig der Sicherung und Förderung bedarf. Ich wünsche uns allen bei der Erfüllung dieser Aufgabe Gottes Segen.

*Admiral Dieter Wellershoff dankte mit den Worten:*

Eminenz!

Meine sehr verehrten Damen,  
verehrte Ehrengäste,  
meine Kameraden!

Die Predigt zum heutigen Soldatengottesdienst hat die Bezeichnung des soldatischen Dienstes als „Friedensdienst“ an den Anfang gestellt, und dies in so großer Eindeutigkeit und Selbstverständlichkeit, daß ich Ihnen, Herr Kardinal, dafür sehr herzlich danken möchte. Mit meinem Dank an Sie, Eminenz, möchte ich mich zugleich zum Sprecher der anwesenden Beamten des Bundesgrenzschutzes machen.

Wir Soldaten verstehen unseren Friedensauftrag in dreifacher Hinsicht:

- zum einen gilt es den Krieg abzuhalten,
- zum zweiten, den Wandel zu mehr Stabilität abzusichern, und
- zum dritten, den Frieden zu gestalten, d. h. die Rolle des Völkerrechts zu stärken.

Ihre Predigt hat auch vorausgesetzt und begründet, daß soldatischer Dienst als Friedensdienst nur dann verstanden werden kann, wenn er durch christliche, zumindest aber durch ethische Bindung bestimmt wird.

Und nach unserem gesellschaftlichen Verständnis ist Ethik ohne die normative Bedeutung des Evangeliums wiederum nicht denkbar. Denn mehr noch, als vielleicht mancher heute

wahrhaben möchte, durchzieht der christliche Glaube unsere geistige Welt und unsere abendländische Kultur.

Daher empfinden wir uns auch nicht als Soldaten aus einem nur professionellen Selbstverständnis, nein, wir verstehen uns als Soldaten, denen über ein ethisches Bewußtsein eine höhere Dimension von Verantwortung aufgegeben ist. Und diese Verantwortung ist geleitet von einem Werteverständnis, das Frieden in Freiheit, Menschenrechte, Demokratie heißt.

So stehen wir und unsere alliierten Kameraden, die ich unter uns sehe, nicht so sehr in dem Bewußtsein eines „Wogegen“, welches die Anfangsjahre des Bündnisses und die Gründungsjahre der Bundeswehr vielleicht noch bestimmt hat, als vielmehr im Verständnis eines „Wofür“. Und dieses „Wofür“ in seiner Bindung an christliche Kultur und bürgerliche Errungenschaften wird Bestand haben, solange Konflikte zwischen Interessen, Menschen und Völkern bestehen.

Dieses Konfliktpotential Mensch sollten wir nicht aus falsch verstandener christlicher Einschätzung mißdeuten. Denn die Hoffnung auf eine gänzlich friedvolle Welt steht — zumindest nach meinem christlichen Selbstverständnis — im Widerspruch zu Gottes Schöpfungsgedanken.

Die Freiheit steht unauflöslich im Zusammenhang mit der Gefahr, schuldig zu werden. Dabei verhilft uns der mündig gewordene Glaube zu der Zuversicht und Kraft, die notwendig sind, um unsere Aufgabe zu erfüllen.

Ich glaube, daß es der Auftrag Gottes ist, unser Friedlosigkeit und Unzulänglichkeiten in dem uns gegebenen Maß zu überwinden, daß wir aber nicht hoffen können, das Böse aus dieser Welt zu verbannen, d. h. den Menschen aus seinem Menschsein zu entlassen.

Ein solches Menschsein ist aber ohne auf Recht gründende Ordnungssysteme nicht denkbar, und diese sind auch nicht ohne Macht zu beherrschen. So gesehen erfüllen Streitkräfte als Teil staatlicher Macht eine Aufgabe zwischen göttlicher Schöpfungsabsicht und gelebter Wirklichkeit. Und damit steht das ethisch begründete „Wofür“ *über* jenem wandelbaren „Wogegen“.

Ich sprach von unserem Werteverständnis, das u. a. Frieden in Freiheit heißt. Ein gemeinsamer Gottesdienst mit Soldaten unserer in Deutschland stationierten NATO-Partner anlässlich des jährlichen Weltfriedenstages ist ein guter Anlaß für eine Rückbesinnung auf die christliche Dimension unseres Auftrages.

Ich denke, wir können sehr zuversichtlich sein, wenn wir sehen, wie vor allem im Osten Europas die Werte und die Lebensform, die wir lieben und für die wir eintreten, auf dem Vormarsch sind. Ich denke, man kann mit großer Freude feststellen, daß der Mensch, der von Gott zur Freiheit angelegt ist, auch durch Indoktrination vom Kindergarten an nicht auf eine andere Spur zu bringen ist.

Das können wir ganz deutlich bei unseren Landsleuten im anderen Teil unseres Vaterlandes feststellen; aber das kann man z. B. auch in der Geschichte des russischen Volkes nach-

weisen. Dort war seit Jahrhunderten Unterdrückung an der Tagesordnung. Und trotzdem ist der Wille des Menschen zur Freiheit nicht zu zerstören.

Diese Kraft, die — wie ich glaube, durch Gott — im Menschen angelegt ist, sollte uns zuversichtlich machen und uns gerade auch in Zeiten großer Dynamik mit Geduld und Vertrauen ausstatten.

*Der Bundesvorsitzende der GKS, OTL i. G. Paul Schulz, führte aus:*

Eminenz, Herr Admiral, meine Herren Generäle, Generalärzte, liebe Kameraden!

Vor beinahe 25 Jahren hat das II. Vatikanische Konzil den Soldaten die Mahnung erteilt, sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker zu verhalten (GS 79). Auch aus Gaudium et spes kennen wir die pragmatische Feststellung: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi“ (GS 78). Wiederum wissen wir vom Apostel Paulus, „Christus ist unser Friede.“

Was liegt da näher, als daß Soldaten, die Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker sein sollen, um die Gnade des Friedens „wie im Himmel so auf Erden“ (Motto des Katholikentages 1990) beten?

Hw. Herr Kardinal, als Sprecher der organisierten katholischen Soldaten danke ich Ihnen, daß Sie so offen auf uns Soldaten zugehen. Denn Ihre Erfahrungen als Bischof von Berlin hatten Sie ja — wenn überhaupt — mit einer Armee gemacht, die zutiefst atheistisch geprägt ist und in der es nach meiner Kenntnis keinen einzigen katholischen Offizier und wohl auch keinen Unteroffizier gibt.

Ich danke Ihnen, weil Sie die Tradition Ihrer verehrten Vorgänger im Amt des Erzbischofs von Köln aufgegriffen haben und gemeinsam mit den in Ihrer Diözese stationierten katholischen Soldaten der NATO-Streitkräfte, den Beamten des BGS und der Polizei den Weltfriedenstag feiern. Von Köln aus, wo heute zum 14. Mal der Bischof mit den Soldaten Eucharistie als Bittopfer für den Frieden feierte, ging dieser Soldatengottesdienst stafettenartig in alle Bistümer der BRD. Soldaten dürften gegenwärtig die größte geschlossene Gruppe sein, die gemeinsam um den Frieden betet.

Wir empfinden es als Ermutigung für unseren nicht immer leichten und unumstrittenen Dienst, daß Sie, Herr Kardinal, wie übrigens alle deutschen Bischöfe, sich unzweideutig vor den Friedensauftrag des Soldaten stellen.

Erlauben Sie mir, daß ich aus einem Brief zitiere, den der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, am 15. Januar 1990 mir geschrieben hat. Darin heißt es:

„... Es ist sehr zu begrüßen, daß die Gemeinschaft Katholischer Soldaten als ein Zusammenschluß engagierter katholischer Christen in den Streitkräften... immer wieder sittliche und auch religiöse Grundfragen bedenkt, die sich im Zusammenhang mit dem Dienst des Soldaten stellen. Darin sehe ich einen Ausdruck jenes ‚wachen Bewußtseins‘ moralischer Verantwortung, zu dem wir deutschen Bischöfe in unserem gemeinsamen Wort ‚Ge-

rechtigkeit schafft Frieden' in besonderer Weise die Soldaten der Bundeswehr eingeladen haben.

...Ich kann... nur bekräftigen, was auch andere Mitglieder unserer Deutschen Bischofskonferenz schon zum Ausdruck gebracht haben: Soldaten der Bundeswehr, die unter Beachtung grundlegender moralischer Forderungen im Hinblick auf die Sicherheitspolitik unseres Landes und die konkreten Vollzüge des Dienstes des Soldaten handeln, tragen wahrhaft zur Sicherung und Förderung des Friedens bei. Ihr Dienst ist ein Dienst für die Gemeinschaft, der des öffentlichen Respektes und der Anerkennung durch alle Bürger bedarf...“

Ich halte diese Äußerungen des Vorsitzenden der DBK nicht nur für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, sondern darüber hinaus für die Bekräftigung und Anerkennung des Dienstes der gesamten Bundeswehr für so bedeutungsvoll, daß ich die Gelegenheit der heutigen Feier des Weltfriedenstages genutzt habe, um sie öffentlich zu machen.

# Akademie Oberst Helmut Korn

## „Heute in den Streitkräften führen“

Ekkehard Richter

I. Ihrer Einladung, zu Ihnen zum Thema „Heute in den Streitkräften führen“ zu sprechen, bin ich gerne gefolgt. Einerseits, weil ich die Arbeit des GKS als einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Streitkräfte aus christlicher und katholischer Sicht betrachte, und andererseits, weil mich das Thema reizt, aus meinen Erkenntnissen als Beauftragter für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur Anregungen aus der Praxis zur Weiterentwicklung der Führung in den Streitkräften zu geben.

II. „Führung“ ist ein umfassender und schillernder Begriff. Er umfaßt von der sicherheitspolitischen, militärstrategischen Ebene bis zur Führung eines Zuges und einer Gruppe die gesamten Stufen der soldatischen Führungshierarchie. Gleichzeitig umspannt Führung die Gebiete vom sicherheitspolitischen, operativ-taktischen Bereich über Aufgaben der Menschenführung bis hin zu administrativen Führungsmaßnahmen. Neben diesen Bereichen der Führung im Frieden gilt es für den Soldaten immer, das Führen in krisenhaften Situationen, das Führen im Krieg im Auge zu haben, gerade weil es der Zweck der Streitkräfte heute ist, Kriege zu verhindern.

III. Es ist unmöglich, alle Facetten der Führung in einem Vortrag zu erfassen und zu deren Wirkungen und Zusammenhängen vorzutragen. Ich glaube, das erwarten Sie auch nicht von mir. Ich will daher die Aspekte der Führung in den Mittelpunkt stellen, die meiner Auffassung nach heute und in Zukunft von besonderer Bedeutung sind und die damit das Herzstück der militärischen Führung ausmachen, nämlich die Vermittlung der Legitimation der Streitkräfte und die Menschenführung. Denn in beiden Bereichen werden die ethischen und geistigen Werte der Bundeswehr deutlich sichtbar, die Grundlagen und Anforderungen jedes Führens und Handelns in den Streitkräften sind. Die Bedeutung der ethischen Grundlagen einer Armee formulierte Clausewitz in seinem Werke „Vom Kriege“ wie folgt: „Und so sind denn auch die meisten Gegenstände . . . halb aus physischen halb aus moralischen Ursachen und Wirkungen zusammengesetzt, und man möchte sagen: Die physischen erscheinen fast nur wie das hölzerne Heft, während die moralischen das edle Metall, die eigentliche, blank geschliffene Waffe sind.“

IV. Bevor wir uns jedoch der Legitimation der Streitkräfte und den Anforderungen an die Menschenführung zuwenden, die heute und auch in Zukunft für den militärischen Führer grundsätzlich gelten, sollten wir *die* aktuellen Bedingungen und wichtigsten Faktoren der gesellschaftlichen Umwelt betrachten, die Führer und Streitkräfte beeinflussen. Wir müssen wissen, daß gerade in einer Wehrpflichtarmee die Entwicklungstrends der Gesellschaft eine besondere Bedeutung haben und großen Einfluß auf die Streitkräfte ausüben.

Wenn auch die Rechtsnormen feste Grundlage und Legitimation der Bundeswehr bleiben, so kann und wird sich die Bedeutung von einzelnen Führungsgrundsätzen ändern, so daß

Dieser Vortrag wurde am 2. November 1989 auf der Akademietagung vor Katholischen Soldaten von Brigadegeneral E. Richter (BEA GenInsp.) gehalten.

Führungsmaßnahmen, die gestern erfolgreich waren, schon morgen versagen können. Für Führung — wie für alles menschliche Gestalten — gilt daher die Bedingtheit in der Zeit und die Notwendigkeit der ständigen Überprüfung und Anpassung an die Erfordernisse der Zukunft.

*V. Welches sind nun die herausragenden gesellschaftlichen Themen und Aufgaben der Zeit?*

Lassen Sie mich diese thesenhaft und allgemein, jedoch nicht nach tagespolitischer Prioritäten darstellen:

- 1) Das gigantische Wachstum der Weltbevölkerung, das die Gegensätze zwischen entwickelten und unterentwickelten Völkern verschärft und zum Hunger in der Welt führt, ist und wird die entscheidende Herausforderung der Menschheit und besonders der Industriestaaten bleiben.
- 2) Der Schutz der Umwelt und des Klimas sowie das Eindämmen der schädigenden Nebenwirkungen hochtechnisierter Industrie und auf Ertragssteigerung angelegter Landwirtschaft sind die wichtigsten gemeinsamen Aufgaben der Völker.
- 3) Die Weiterentwicklung der Rechtsgrundsätze zur Verhinderung von Kriegen und das Schaffen von Sanktionsmöglichkeiten der Völkerfamilie gegen Friedensbrecher, Terroristen und Drogenkriminalität ist initiativ voranzutreiben. Bis dieses Ziel erreicht ist, sind Staaten und Staatengemeinschaften auf den Schutz durch eigene Streitkräfte angewiesen.
- 4) Die Garantie der Menschenrechte des einzelnen sowie von nationalen und religiösen Minderheiten muß wirksam durchgesetzt werden.
- 5) Der Weg zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, der schon von Helsinki über Stockholm und Reykjavik zu ersten Erfolgen geführt hat, muß konsequent über Wien und Folgeverhandlungen weitergegangen werden, um größere Sicherheit in Freiheit zu erreichen.
- 6) Die Hoffnungen auf stabileren Frieden, Liberalisierung der Ost-West-Beziehungen und Reduzierung der Waffenpotentiale erfordern die initiative Teilhabe des Soldaten am Entspannungsprozeß. Dies darf jedoch nicht seine objektive Beurteilung der Lage und seine Wachsamkeit sowie Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungstätigkeiten auf diesem Wege der Entspannung gefährden.
- 7) Der sich in Osteuropa vollziehende politische, gesellschaftliche und ökonomische Wandlungsprozeß, der erdbebenartig die Welt erschüttert, erfordert stützende Reaktionen des Westens und flexiblere Regierungen vor Ort, um Flüchtlingsbewegungen nicht weiter anschwellen zu lassen und um zu keinen vernichtenden Rückschlägen oder revolutionären, unbeherrschbaren Entwicklungen zu führen.
- 8) Frieden, Freiheit, Wohlstand und Stabilität unseres Landes und großer Bereiche der NATO müssen uns als wertvolle Güter, aber auch als schutzwürdige Aufgaben der Gesellschaft deutlicher bewußt werden. Sie dürfen aber auch nicht den Blick für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verschleiern.

9) Eine gesellschaftliche Entwicklung, die den Rechten des einzelnen immer mehr Bedeutung einräumt und die gesellschaftlichen Verpflichtungen des Individuums vernachlässigt, ist zu beobachten. Dies trifft besonders *die Bereiche des Staates*, die auf Dienen und auf den persönlichen Einsatz des einzelnen Bürgers über feste Arbeitszeiten hinaus zum Wohle der Gemeinschaft angewiesen sind. Alle sind dazu aufgerufen, die Sozialverpflichtung des *einzelnen* wieder bewußter zu machen und auch *notwendige* Leistungen einzufordern.

VI. Diese Schwerpunkte und Entwicklungstendenzen der Gesellschaft fordern den militärischen Führer. Er sieht sich vor Bedingungen gestellt, die sich daher auch je nach der tagespolitischen Entwicklung stark verändern können. Daher ist es für Menschen mit Führungsverantwortung wichtig, daß sie einen klaren Maßstab, ein festes Koordinatensystem für Entscheidungen bei unterschiedlichen, sich schnell verändernden Bedingungen besitzen. Dieser Maßstab, in ethischen oder religiösen Überzeugungen gegründet, bringt grundsätzliche Sicherheit und Gelassenheit bei Führungsentscheidungen und Führungsmaßnahmen.

Ich meine „grundsätzlich“, da die Überzeugung von der Richtigkeit des Maßstabes nicht zu Selbstgerechtigkeit und Inflexibilität führen darf.

Peter Blaschke, evangelischer Militärpfarrer, hat dies so ausgedrückt: „Menschliche Führung bedeutet immer das Eingeständnis eigener Begrenztheit der Erkenntnis und der Handlungsfähigkeit.“

Daher ist gerade vom militärischen Führer mit christlicher Überzeugung zu erwarten, daß er bei notwendigen Führungsmaßnahmen von einem festen Standpunkt ausgeht, jedoch vor der Entscheidung, wo immer möglich, den klugen Rat von Vertrauten und die Meinung der Geführten einholt. Dies schafft auch Vertrauen zwischen Führer und Geführten.

*VII. Welches sind aber nun die rechtlichen und ethischen Grundlagen, die die Bundeswehr und den militärischen Führer legitimieren, damit er seine Sicherheit weitergeben kann. Dem wer überzeugt ist, kann überzeugen.*

Lassen Sie mich auch diese thesenhaft darstellen:

1) Grundgesetz und Soldatengesetz geben den verbindlichen Rahmen für die Streitkräfte und deren Führung vor. Sie geben Rechtssicherheit.

Aus dem Grundgesetz ragt der Artikel 1 heraus: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Grundrechte auf Freiheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, Schutz von Ehe und Familie sowie der Schulen, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Briefgeheimnis, Freizügigkeit, Berufsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Recht auf Eigentum, Petitionsrecht sind für jeden bindend und dürfen in ihrem Wesensgehalt nicht verändert werden. Sie stellen auch gleichzeitig einen Pflichten- und Schutzkatalog gerade für Führungsmaßnahmen dar.

Diese Grundrechte sind einzuhalten, um das Wohl nicht nur des einzelnen, sondern der Allgemeinheit zu sichern. Diese doppelte Verpflichtung wird am Recht auf Eigentum und am Gebot zu Wehr- und Dienstpflicht besonders deutlich. Das Eigentum des einzelnen wird zwar durch den Staat geschützt, sein Gebrauch soll aber zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Erst durch die Verknüpfung von Rechten des einzelnen mit den sich dadurch ergebenden Pflichten gegenüber Dritten und der Allgemeinheit läßt sich Demokratie verwirklichen. Dabei ist das Band aller Staatsbürger die Toleranz. Der Artikel 2 legt dazu fest, daß das Recht auf freie Entfaltung dort seine Grenzen hat, wo die Rechte des anderen verletzt werden.

Denn Demokratie, Recht und Freiheit sind verletzliche Güter. Daher hat der Staat die Schutzpflicht zur Verteidigung dieser Güter durch Streitkräfte und Polizei gegen Übergriffen von außen und innen. Um diese Schutzpflicht nach außen erfüllen zu können, stellt der Staat Streitkräfte zu seiner Verteidigung gemäß Art. 87 GG auf und verpflichtet die jungen Männer des Landes grundsätzlich zum Dienst in der Bundeswehr, die Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissensgründen wird als Ausnahmerecht eingeräumt. Achten wir darauf, daß dieses Recht nicht durch egoistisches und vordergründiges Verhalten ausgehöhlt wird.

Ich kann daher die Urteile des Frankfurter Landgerichts nicht akzeptieren. Ich vermag nicht einzusehen, daß die Meinungsfreiheit eines einzelnen dadurch geschützt werden soll, daß die Beleidigung und ungerechtfertigte Erniedrigung eines Soldaten und gleichzeitig aller Soldaten der Bundeswehr und ihrer Angehörigen zugelassen wird. Über die klaren politischen Stellungnahmen der großen demokratischen Parteien sind wir dankbar, aber gefordert werden muß, daß diese Angelegenheit zum Wohle der Demokratie und zum Schutze derer, die einen Verfassungsauftrag erfüllen, juristisch und politisch geklärt wird.

Denn wenn unser Grundgesetz die Pflicht zum Schutz des Staates gegen äußere Bedrohung fordert, kann nicht derjenige, der dieser Pflicht nachkommt, durch die Gleichsetzung mit einem potentiellen Kapitalverbrecher beleidigt werden, ohne daß dies geahndet wird.

2) Die Hauptaufgabe des Staatsbürgers in Uniform wird durch die Grundpflicht des Soldaten in § 7 des SG festgelegt, er verlangt das treue Dienen zum Schutz für Recht und Freiheit tapfer unter Einsatz des eigenen Lebens. Die Grundpflicht definiert damit die Besonderheit des Soldaten — als wehrpflichtiger Staatsbürger, als Berufs- und Zeitsoldat —; denn von keinem anderen Staatsbürger wird der Einsatz des eigenen Lebens auf diese Weise verlangt. Darin liegt das besondere Berufsethos der Soldaten begründet.

Über die Pflichten und Rechte jedes Soldaten hinaus nimmt das Soldatengesetz den Vorgesetzten in die Pflicht.

Es verlangt von ihm, ein Beispiel zu geben in Haltung und Pflichterfüllung, und trägt dem Vorgesetzten zusätzliche Aufgaben auf in

- Dienstaufsicht und Disziplin,
- Sorge für den Untergebenen,
- der Erteilung rechtmäßiger Befehle,
- Verantwortung und Durchsetzung von Befehlen,
- Zurückhaltung und Vertrauen.

3) Dieser Katalog der Werte, Pflichten und Rechte nach Grundgesetz und Soldatengesetz ist allgemein verbindlich. Die Besonderheit der Grundwerte des christlichen Soldaten ist die Überhöhung des weltlichen Rechts durch den christlichen Glauben, durch die 10 Gebote, durch das neue Testament, durch Glaubenssätze der katholischen Kirche. Erst eine Bewertung der allgemeinen Rechte und Pflichten aus christlicher Sicht läßt ihre Verbindlichkeit oder Unverbindlichkeit vor dem Gewissen des einzelnen deutlich werden. Denn Rechtsgrundsätze — außer den Grundrechten — sind veränderbar, dies obliegt in der Demokratie den Mehrheiten, in der Diktatur der Macht einzelner oder einer Gruppe. Für den Christen werden aber nur die Gesetze gleichzeitig zu Handlungsnormen, die ethisch und moralisch seiner religiösen Überzeugung entsprechen.

So ergibt sich für den christlich orientierten Führer, daß erst der Glaube den Gesetzen ihre eigentliche Begründung gibt. Mangelnde Übereinstimmung von Gesetzen mit christlichen Grundsätzen war aber auch die Ursache dafür, daß sich christliche Staatsbürger und Soldaten in Ausnahmesituationen gegen den Staat stellten, wie dies die Frauen und Männer des 20. Juli taten. In solchen Situationen hat das Gewissen des Soldaten zu entscheiden. Es ist in der Verpflichtung nach ethischen Normen und christlichen Überzeugungen zu prüfen.

Die Gewissensentscheidungen des christlichen Soldaten sollen bestimmt werden durch den Sinn des Bibelsatzes: „Gib Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist“ — solange der Kaiser nicht etwas gegen Gottes Gebot fordert.

Heute in der Bundesrepublik Deutschland ist diese Feststellung ohne schwerwiegende Folgen, aber vor nur 45 Jahren und auch heute in anderen Teilen der Welt war und ist diese Formulierung voller Dramatik und erfordert Mut und auch die Opferbereitschaft christlicher und nach allgemeingültigen, ethischen Grundsätzen ausgerichteter Soldaten.

*VIII. Aus diesen rechtlichen, ethischen und religiösen Begründungen ergibt sich die grundsätzliche Legitimation der Bundeswehr und seiner Soldaten.*

Legitimation fragt aber auch nach den Zielen der Sicherheitspolitik und Militärstrategie. Auch diese Ziele, die die Legitimation der Streitkräfte in aktueller Lage ausmachen, will ich thesenhaft darstellen.

1) In Einklang mit den Bestimmungen der UN-Charta und dem NATO-Vertrag schließt die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland militärische Gewalt als Mittel der Politik aus. Streitkräfte erfüllen ihre Aufgabe in erster Linie zur Verhinderung eines Krieges und zur Wahrung der freien Selbstbestimmung unseres Staates. Es ist Wille aller Part-

ner im NATO-Bündnis, ihre Waffen niemals einzusetzen, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. In diesem Sinne bedeutet das den Verzicht auf den „Ersteinsatz“ aller Waffen.

2) Die Bundesrepublik und die NATO streben eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Staaten an, um den künftigen Herausforderungen zu begegnen. Die leitenden Prinzipien bei der Verfolgung dieses Ziels bestehen in der im Harmel-Bericht formulierten Politik in seinen beiden sich ergänzenden und wechselseitig verstärkenden Ansätzen: ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität bilden die Grundlage für die Suche nach konstruktivem Dialog und Zusammenarbeit einschließlich der Rüstungskontrolle als Mittel zur Schaffung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa.

3) Die positiven Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen sind eine Aufforderung dazu, das Sicherheitsverhältnis zwischen den Bündnissen neu zu definieren. Ein Konzept gegenseitiger Sicherheit muß zu umfassender Vertrauensbildung und weitreichenden Abrüstungsschritten mit dem Abbau von Asymmetrien führen. Begleitet werden müssen diese Schritte durch Gespräche zwischen West und Ost über Strategien und Doktrinen.

4) Die Streitkräfte selbst müssen in zunehmendem Maße in internationale Sicherheitskooperationen eingebunden werden. Ihre friedensgestaltende Funktion stellen sie zukünftig auch in der Unterstützung des politischen Krisenmanagements und zur Absicherung des Abrüstungsprozesses, z. B. durch die Mitwirkung an Verifikationsaufgaben, unter Beweis. Insofern wachsen den Streitkräften schon heute neue Aufgaben zu; klassische militärische Aufgaben und Mittel können mit fortschreitendem Erfolg in den Wiener VKSE- und VSBM-Verhandlungen mittelfristig reduziert werden.

5) Nuklearwaffen sind als politische Instrumente einer Kriegsverhütungsstrategie durch Abschreckung zu betrachten. Sie bleiben ausschließlich Mittel politischer Zielsetzung, auch wenn ihr Einsatz unter Beachtung der Prinzipien der Hinlänglichkeit, Unterscheidung und Verhältnismäßigkeit allein gegen militärische Ziele wirksam geplant und vorbereitet würde. Ihr Einsatz würde nur gerechtfertigt sein, wenn das Ziel der Verteidigung anders nicht erreicht werden könnte und Aussicht bestünde, den Krieg durch ihren Einsatz zu beenden.

Nukleare Abschreckung ist unter den gegebenen Umständen — und bleibt, soweit voraussehbar — die theoretische und praktische Grundlage unserer Sicherheitsvorsorge. Sie war in der mehr als 40jährigen Geschichte der West-Ost-Beziehungen ein wesentliches Element der beiderseitigen Politik, um zur Selbstbeschränkung militärischer Macht und der Stabilität der internationalen Ordnung beizutragen.

*IX. Lassen Sie mich den ersten Teil des Vortrages über Grundlagen und Legitimation der Streitkräfte und damit auch der militärischen Führer zusammenfassen:*

Ein demokratisches Gemeinwesen kann nur durch die Mitwirkung und Gestaltung seiner Bürger existieren. Die staatliche Schutzverpflichtung muß sich deshalb als Aufgabe der Gesellschaftsmitglieder konkretisieren. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht grundlegend ausgeführt, daß der Wehrpflicht die Vorstellung zugrunde liegt, „daß es Pflicht aller

männlichen Staatsbürger ist, für den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Rechtsgütern der Gemeinschaft, deren personale Träger auch sie selbst sind, einzutreten. Sie findet ihre Rechtfertigung darin, daß der Staat, der Menschenwürde, Leben, Freiheit und Eigentum als Grundrechte anerkennt und schützt, dieser verfassungsrechtlichen Schutzverpflichtung gegenüber seinen Bürgern nur mit Hilfe eben dieser Bürger und ihres Eintretens für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland nachkommen kann. Mit anderen Worten: Individueller grundrechtlicher Schutzanspruch und gemeinschaftsbezogene Pflicht der Bürger eines demokratisch verfaßten Staates, zur Sicherung dieser Verfassungsordnung beizutragen, entsprechen einander.“

In diesem Sinn hat bereits Bundespräsident Heuss formuliert: „Wenn wir der Staat sind, dann sind wir auch Verteidiger des Staates. Denn ein wirklich demokratisches Bürgerbewußtsein schließt notwendigerweise die Verteidigungsbereitschaft ein.“ Dieser Waffendienst des Soldaten ist ethisch legitimiert, weil er ausschließlich auf Friedenssicherung zielt und unter Berücksichtigung des geltenden Völker- und Verfassungsrechts nur noch in der Notwehrsituation als Konsequenz aus der Schutzverpflichtung gegenüber der Gemeinschaft gefordert werden kann. „Der Kern des Militärberufes ist die Verteidigung des Guten, der Wahrheit, die Verteidigung all derer, die ungerechterweise angegriffen werden“, so hat Papst Johannes Paul II. formuliert. Daher ist es wichtig, sich stets der rechtlichen und ethischen Begrenzungen bewußt zu sein, denen der Waffeneinsatz auch unter dem Aspekt der Notwehr unterworfen ist. Konkret bedeutet dies:

- Waffen dürfen nur zur Abwehr des Angreifers eingesetzt werden, und zwar unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bei größtmöglicher Schadensbegrenzung.
- Ziel der Verteidigung muß die schnellstmögliche Beendigung des Krieges unter politisch annehmbaren Bedingungen sein und damit die Wiederherstellung der Abschreckung. Nur die Mittel sind einzusetzen, die für das Erreichen dieses Zieles notwendig und angemessen sind; dies gilt besonders für den nuklearen Waffeneinsatz.
- Auch unter den Bedingungen des Krieges ist der Soldat verpflichtet, die Würde des Menschen im Gegner zu achten.

So wie diese Grundsätze Inhalt und Geist unserer Verfassung widerspiegeln und in Strategie und Politik des Atlantischen Bündnisses Berücksichtigung finden, muß der Soldat, besonders jeder in Führungsverantwortung, darauf vertrauen können, daß ihm erteilte Einsatzaufträge diesen Rahmen beachten.

Der Soldat hat seinen Dienst professional auszuüben, d. h., er muß kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Um sich aber von seinem Beruf ein ethisch verantwortbares Urteil bilden zu können, muß sich besonders der Soldat in Führungsverantwortung auch über die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen seiner Tätigkeit im Wandel der Zeit und über die Folgen seines militärischen Handelns im klaren sein. Dies trägt auch zu seiner demokratischen Verlässlichkeit bei. Die ständige Auseinandersetzung mit Zweck

und Begründung der bewaffneten Friedenssicherung ist geradezu Wesensmerkmal des Soldatenberufs und soldatischer Führung heute geworden. Auch handelt der Soldat nicht aus blindem Gehorsam, sondern läßt sich von seinem Gewissen leiten. Er sieht seinen Beitrag zur Bewahrung des Friedens nicht nur darin, militärische Konflikte zu verhindern, sondern auch in der positiven Funktion bei der Schaffung von Möglichkeiten internationaler Kooperation und Verständigung, von Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit. Insgesamt muß gerade der Soldat in Führungspositionen auch bereit sein, sich den Fragen nach möglichen besseren friedenspolitischen Lösungen offen und initiativ zu stellen.

Als Experte militärstrategischer und -taktischer Sachverhalte hat gerade der Soldat in Führungsverantwortung durch seinen fachkundigen Rat einen Beitrag in der sicherheitspolitischen Diskussion zu leisten. Problembewußtsein und Kreativität im Sinne der Suche nach neuen Wegen sind im nuklearen Zeitalter gefragt, um die Bedingungen des Überlebens auch in langfristiger Perspektive zu gewährleisten. Der militärische Führer benötigt daher politische Bildung, um urteilsfähig und aufgeschlossen auf die heutigen Herausforderungen im internationalen Umfeld zu reagieren. Nicht das Schaffen von Feindbildern, sondern die Entwicklung von zukünftigen Weltbildern sind die Ziele dieser Bildungsbemühungen in der Bundeswehr. Die Soldaten der Bundeswehr sind deshalb von ihrer Ausbildung und inneren Einstellung her „in hervorragender Weise prädestiniert“ für eine Mitwirkung bei den UN-Friedenstruppen, so formulierte Außenminister Genscher.

Die Bundeswehr, ausschließlich auf Verteidigung beschränkt und verpflichtet, steht als Streitkraft in und für die Demokratie keiner Verständigung im Wege. „Ihr zentrales Ausbildungsziel“, so Bundespräsident Richard von Weizsäcker aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr, „ist nicht die Frage, wogegen, sondern wofür es sich einzusetzen gilt. Sie erzieht nicht zur Gegnerschaft oder gar zum Haß. Dies widerspräche völlig ihrem Konzept und der Denkweise der Soldaten und der Führung der Bundeswehr.“

*X. Nachdem ich die Grundlagen und Anforderungen der Legitimation der Streitkräfte und der militärischen Führung aufgezeigt habe, die in der Diskussion um Verteidigung dem Soldaten gerade in Führungspositionen Sicherheit und festen Stand — bei aller Bedingtheit — geben sollten, wende ich mich dem Teil zu, in dem ich einige thesenhafte Grundsätze zur Menschenführung machen will.*

Generalleutnant Clauß hat Menschenführung wie folgt definiert:

„Menschenführung ist das Einwirken auf das Verhalten von Menschen in eine bestimmte Richtung. Wir müssen uns daher immer auf zwei Komponenten dieses Begriffes besinnen: 1. auf den Menschen und unser von der Verfassung vorgegebenes Menschenbild und die christliche Auffassung vom Menschen und 2. auf die Führung, die Auftrags Erfüllung durch die militärischen Führer. Die Zusammenschau beider Perspektiven verhindert sowohl, daß wir den grundsätzlichen Auftrag der Verteidigung aus den Augen verlieren und ausschließlich „soziale“ Aspekte berücksichtigen, als auch, daß wir den Menschen nur als Instrumente zur Auftrags Erfüllung sehen.“

Diesem Grundgedanken entsprechend möchte ich aus den Erfahrungen meiner Truppenbesuche und gemäß den erkennbaren gesellschaftspolitischen Entwicklungen die Grundsätze der Menschenführung zur Verbesserung sowohl der Auftragserfüllung als auch des Klimas in der Truppe formulieren, die mir von besonderer Bedeutung scheinen:

### *1) Informationen und Kontaktverhalten*

Die Grundsätze unserer Sicherheitspolitik und die Legitimation der Streitkräfte sind in weiten Bereichen der Gesellschaft kaum bekannt, und in einigen — besonders denen einer gewissen intelligenten Schickeria, wie unser Generalinspekteur formulierte — werden diese Grundsätze im Zuge der Zeit mit vordergründigen Argumenten abgelehnt.

Es kommt daher stärker darauf an, in Schulen und Kirchen durch Jugendoffiziere und -unteroffiziere und engagierte Soldaten Informationen anzubieten und sich als ständige Aufgabe immer wieder der Diskussion zu stellen.

Besonders müssen aber unsere jungen Soldaten informiert werden. Da im Elternhaus, in Schulen und Ausbildungsstellen „die Bundeswehr“ selten Gesprächs- und Unterrichtsthema ist, leiten junge Soldaten die Argumente für eine bewaffnete Verteidigung gerade in Zeiten der Entspannung aus Stunden des Staatsbürgerlichen Unterrichts in der Truppe ab.

Die politische Bildung wird daher heute und sicher noch stärker in der Zukunft zu einem unverzichtbaren Teil der Menschenführung.

Informationen dürfen sich aber nicht nur auf diesen Bereich beschränken. Sie müssen den gesamten Bereich des Dienstes, der Ausbildungsvorhaben und der Fürsorgemaßnahmen umfassen. Frühzeitige, schnelle und überzeugende Informationen durch die nächsten Vorgesetzten schaffen Vertrauen in die Führung. Damit wird eine wichtige Voraussetzung für Menschenführung geschaffen.

Informationen laufen aber nicht nur von oben nach unten, sie müssen auch in umgekehrter Richtung erfolgen.

Der Vorgesetzte muß sich über die Interessen, Vorschläge, Probleme und Nöte seiner Soldaten informieren. Erst durch diese Informationen erhält er ein zutreffendes Bild über den einzelnen Soldaten und über die Stimmung in Einheiten und Teileinheiten.

Dort, wo das Vertrauen noch nicht gewachsen ist, kann der militärische Führer sich auch der anonymen, schriftlichen Befragung bedienen, die meist nach kurzer Anwendung zum persönlichen, offenen Gespräch führt.

Dadurch, daß der Vorgesetzte den Kontakt sucht, sich verständnisvoll und aufgeschlossen zeigt, gewinnt er Vertrauen und ist in der Lage, auf Vorschläge und Wünsche einzugehen, meist zum Wohle der Einheit und der Truppe insgesamt.

### *2) Das Gespräch*

Das entscheidende Mittel der Führung ist das Gespräch. Damit Gemeinschaft entstehen kann, sind Gespräche notwendig. Gespräche sind darüber hinaus das entscheidende Füh-

rungsmittel, um Soldaten zu motivieren, um Probleme und Nöte zu erfahren und Spannungen im Zusammenleben auszuräumen.

Junge Soldaten wollen heute wissen, warum sie bestimmte Dienste verrichten müssen und warum in der Bundeswehr besondere Anforderungen auch im Formalen notwendig sind. Sie wollen auch im Gespräch den Vorgesetzten, seine Ansichten zum Dienst und seine Einstellungen zu Tagesfragen kennenlernen.

Neben dem informierenden, erklärenden Gespräch, oft mit größeren Gruppen von Soldaten, ist das persönliche Gespräch über die Sorgen des einzelnen Soldaten wichtig. Dies gilt nicht nur für junge Soldaten, sondern auch für ältere mit Problemen des Beförderung- und Verwendungsstaus sowie bei Nöten, Krankheit und Familienproblemen. Bei diesen Gesprächen stehen die persönlichen Fragen zu Beruf, Berufsförderung, Freundin und Familie im Mittelpunkt.

Gerade in unserer Zeit erwarten Soldaten Gespräche mit Vorgesetzten. Sie stellen besonders heraus, daß als vorbildlicher Vorgesetzter der anerkannt wird, „mit dem man reden kann“. Sie erwarten in den Gesprächen Rat und Hilfe, Lob und Anerkennung, aber auch Hinweise und konstruktive Kritik.

Die Initiative zu Gesprächen muß vorrangig vom Vorgesetzten ausgehen. Er muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach Anknüpfungspunkten suchen, denn das Ansprechen des Vorgesetzten verlangt immer noch mehr oder weniger Zivilcourage.

Gespräche benötigen aber Zeit. Nach meiner Erfahrung braucht man schon 15—20 Minuten, um erst das Eis zu brechen, und dann meist noch einmal wenigstens 30 Minuten, um ein fruchtbares Gespräch zu führen. Dabei darf der Kreis nicht zu groß sein; viel mehr als 15—20 Soldaten sollte man nicht beteiligen. Ideal ist der Gruppenrahmen für ein Gespräch.

Für die Gesprächsführung gilt, daß der Vorgesetzte nach kurzer Darstellung seiner Aufgaben sowie durch Fragen und das Abverlangen von Vorschlägen die Soldaten zum Sprechen bringen und dann möglichst wenig selbst sagen sollte. Grundsatz muß sein: Mehr zu hören als selbst reden.

Aber Gespräche dürfen nicht „verpuffen“. Die Gesprächspartner müssen erleben, daß ihre Beiträge und Verbesserungsvorschläge ernst genommen werden und daß auf sie reagiert wird. Bemerkten sie dies, stellt sich Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Führers ein.

### *3) Beteiligung*

Aus den Gesprächen ergibt sich fast von selbst die Beteiligung der Soldaten am Dienst in der Truppe, in Stäben und Ämtern.

Mitwirkung im Sinne von Mitdenken, Mitreden, Mithandeln, Mitverantworten im täglichen Dienst wünschen sich Soldaten aller Dienstgradgruppen. Mitwirkung, wo sie von Vorgesetzten genutzt wird, führt zu Erfolgserlebnissen, die die Soldaten motivieren und

die die Attraktivität des Dienstes verbessern. Mitwirkung kann zugleich Fähigkeiten nutzen, Initiativen anregen und damit die Effektivität der Truppe steigern.

Mitwirkung darf aber nicht nur erwartet werden, sondern die militärischen Führer haben zur Mitwirkung zu erziehen, zu ermutigen und aufzufordern. Oft müssen Vorgesetzte und Unterstellte erst noch vom Wert der Mitwirkung überzeugt werden.

Um aber Möglichkeiten der Mitwirkung zu schaffen, bedarf es der „Auftragstaktik“ und der „Delegation von Verantwortung“. Dazu sind „weite“ Aufträge und keine „engen“ Befehle, aber auch Risikobereitschaft und Vertrauen erforderlich. Und dies verlangt Vorgesetzte, die auch einmal Fehler machen lassen und sich mit der zweitbesten Lösung zufrieden geben.

Gerade eine Wehrpflichtarmee und eine Armee in einem hoch entwickelten Industrie- und Bildungsland besitzt auf der Mannschaftsebene und bei den Spezialisten ein enormes Leistungspotential, das oft brach liegt und sich nicht auswirken kann. Aufgabe aller Vorgesetzten ist es, dieses Potential zu aktivieren, für die Auftragsbefüllung zu nutzen und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit, aber auch der Dienstzufriedenheit zur Entfaltung zu bringen.

Eine von allen Soldaten geschätzte Institution zur Mitwirkung und Beteiligung ist der Vertrauensmann. Er hat sich in der Truppe bewährt und besitzt die Anerkennung seiner Kameraden. Die Vorschrift gibt einen rechtsverbindlichen Rahmen für die Beteiligung des Vertrauensmannes vor. Viele Vorgesetzte räumen ihm aber schon darüber hinausgehende Mitwirkungsmöglichkeiten ein und suchen wesentlich öfter das Gespräch mit dem Vertrauensmann als nach der Vorschrift vorgesehen. So werden auch Fragen des Tagesdienstes besprochen. In letzter Zeit hat er sich besonders bei der Regelung des Dienstzeitausgleichs bewährt.

So lassen sich durch frühzeitige Beteiligung des Vertrauensmannes und natürlich des Personalrates Entscheidungen zweckmäßiger und umfassender vorbereiten.

Mitwirkung und Beteiligung haben aus Sicht der Soldaten aller Ebenen große Bedeutung. Sie wird sicherlich noch zunehmen. Es kommt darauf an, daß Führer diesem Wunsch möglichst weitgehend entsprechen, um die Vorteile der Beteiligung der Soldaten zu nutzen und so auch eine bessere Auftragsbefüllung erreichen zu können. Dies gilt besonders in Zukunft für Personalknappheit und Mangel an qualifizierten Soldaten.

#### 4) Fürsorge

Ein wesentlicher Teil der Menschenführung ist die Fürsorge. Sie fordert militärische Führer mit Herz.

Zwar ist jeder Vorgesetzte zur Fürsorge verpflichtet, aber ist nur das Erledigen einer Pflicht wird echter Fürsorge für die Menschen im Verantwortungsbereich eines Führers nicht gerecht.

Die Maßnahmen der Fürsorge sind vielfältig. Sie umspannen Schwierigkeiten im Tagesalltag von der Verpflegung bis zum Stubenanstrich, Fragen der Berufsförderung und der Personalführung, Wohnungsfürsorge und Notfälle im privaten Bereich und in der Familie.

Daher muß der Vorgesetzte zunächst aufgeschlossen sein, um die Probleme seiner Soldaten und zivilen Mitarbeiter zu erkennen. Er muß mitfühlend sein, um sich auch der sogenannten kleinen Sorgen anzunehmen, und er muß gegenüber Vorgesetzten und der sogenannten Administration Zähigkeit und Durchsetzungsvermögen besitzen, um Abhilfen zu erreichen.

Fürsorge zeigt sich auch darin, daß höhere Vorgesetzte die Flut der Aufträge für die untere Führungsebene eindämmen und lebensfähige Strukturen der Einheiten schaffen, damit dort Zeit für Menschenführung vorhanden ist.

Besonders in Zeiten, in denen die Streitkräfte vor große Aufgaben der Umorganisation gestellt werden, ist Fürsorge für den Soldaten und seine Familie erforderlich, Wohnungsnot und Berufstätigkeit der Ehefrau sowie Ausbildung und Schule der Kinder erzwingen dies geradezu. Wie erfolgreich und fürsorglich die Streitkräfte den Übergang in neue Strukturen meistern, besonders das Heer, wird darüber entscheiden, wie attraktiv die Bundeswehr auch weiterhin für den Nachwuchs, besonders an Führungskräften und Spezialisten, bleibt.

#### *5) Interessanter und fordernder Dienst*

Zwar nicht im engeren Sinne, aber doch indirekt gehört zur Menschenführung auch die Dienstgestaltung. Sie ist wesentlicher Teil der Auftragerfüllung einer Ausbildungsarmee im Frieden. Wichtige Führungsaufgabe ist die langfristige Planung des Dienstes und die interessante Gestaltung des Tagesdienstes.

Soldaten wollen im Dienst gefordert, aber nicht überfordert werden. Sie wollen interessanten Ausbildungsdienst in sinnvoller Organisation erleben und planbare Freizeit erhalten, dann nehmen sie auch Zeiten mit Routinedienst in Kauf.

Heute ist Zeit die knappste Ressource, daher können wir uns vergeudete Dienstzeit nicht mehr leisten, auch nicht im Technischen Dienst und vor Materialprüfungen des Heeres. Darüber hinaus demotivieren und frustrieren Leer- und Wartezeiten alle Soldaten, besonders aber Wehrpflichtige und qualifizierte Längerdienner.

Sicher ist es heute schwieriger, interessanten und fordernden Dienst durchzuführen — bei allen Beschränkungen, denen die Truppe unterworfen ist. Es ist deshalb eine enorme Herausforderung aller Führer, die zur Schwerpunktsetzung und zu Abstrichen in der Ausbildungsbreite zwingt.

Aber so notwendig Einsatzausbildung ist, so müssen auch, wie von Mannschaften und jungen Unteroffizieren gefordert, Sport und politische Bildung in der Ausbildung einen festen Platz haben. Wahrscheinlich reichen die derzeit praktizierten Ausbildungsmethoden der Dienstgestaltung nicht mehr aus.

Der Dienst in Kleingruppen und auf Kasernenebene zusammengefaßter Dienst, z. B. in Sport und politischer Bildung, werden den Dienst der geschlossenen Einheit ergänzen müssen. Dazu sind die Initiative des Führerkorps und zweckmäßige, neue Ideen für die Ausbildung erforderlich. Der Ausbildung in Dienstplanung und -gestaltung sollte in der Führerausbildung mehr Gewicht beigemessen werden.

#### 6) *Schaffen von Kameradschaft und Wir-Gefühl*

Menschenführung, Ausbildung und Erziehung müssen zum Ziel haben, Teamgeist und Kameradschaft in Teileinheit und Einheit zu schaffen.

Kriegsgeschichtliche Auswertungen belegen immer wieder, daß in kritischen Lagen und im Einsatz sich der Soldat vor allem für die kleine Kampfgemeinschaft in der Einheit mit ganzer Kraft einsetzt. Für das Team kämpft er, dort fühlt er sich geborgen.

Daher setzen militärische Führer alles daran, um Kampfgemeinschaften zu bilden. Sie stellen im täglichen Dienst immer wieder die Wichtigkeit des Zusammenhaltens der kleinen Kampfgemeinschaft und die Bedeutung jedes Soldaten dafür heraus.

Erfahrene Führer verstehen es, bei Soldaten „Heimatgefühl“ im Dienst und der Ausbildung zu schaffen. Dies gilt auch für Reservisten. Es zeigt sich, daß Reserveeinheiten, die wenig Fluktuation aufweisen, in denen sich die Reservisten über mehrere Übungen kennen, nur geringe Ausfälle bei Mobilmachungsübungen haben.

Wie bedeutsam das Erlebnis der Kameradschaft für alle Soldaten ist, sprechen sie direkt oder in Befragungen an.

Kameradschaft wird zum zentralen, bestimmenden Erlebnis der Dienstzeit. Stimmt die Kameradschaft, werden der Dienst bei der Bundeswehr und ihr Verteidigungsauftrag meist auch positiv bewertet.

Häufig wird vor allem die Kameradschaft unter gleichgestellten und noch mit dem unmittelbaren Vorgesetzten, den Gruppenführern, positiv bewertet. Kameradschaft bis zur Ebene der Offiziere und zu herausgehobenen Unteroffizieren mit Portepeewird selten erfahren. Dies liegt sicher nicht an den Mannschaften, denn deren Wunsch nach erlebter Kameradschaft mit Vorgesetzten ist ausgeprägt. Es liegt mehr an der Abwesenheit von Führern im Tagesdienst und in der Ausbildung.

Der Generalinspekteur weist häufig auf die große Bedeutung der Kameradschaft zwischen Soldaten aller Ebenen hin. Er fordert zur „quaterlateralen Kameradschaft“ auf. Denn Kameradschaft ist das Band, das alle Soldaten in schwierigen Lagen hält und verbindet.

#### 7) *Führer als Vorbild*

Gespräche mit Soldaten belegen immer wieder, daß der Dienst und das Klima in den Einheiten maßgeblich vom Verhalten der Einheitsführer und älteren Portepeewunteroffizieren geprägt wird.

Dort, wo die Führer als Vorbilder führen, wo sie bei unangenehmen Außendiensten nachts und bei nasser, kalter Witterung vor Ort sind, wo sie alle Härten im Einsatz, auf See und dem Flugplatz, auf dem Übungsplatz im Zelt und auf der Schießbahn mit ihren Männern durchstehen, wo sie beim Fußmarsch und im Sport dabei sind und Leistungsbereitschaft vormachen, wo sie, das ist besonders wichtig, schnell und mit Herzenswärme sich der Sorge ihrer Soldaten annehmen, wo sie mit ihren Soldaten häufig sprechen und ihnen zuhören, dort ist das Klima und der Leistungswille nach meinen Beobachtungen in Ordnung.

Soldaten sprechen häufig vor und nach dem Ausscheiden und nach Reserveübungen über die Erlebnisse in ihrer Dienstzeit. Immer wieder berichten sie besonders gern und stolz über Situationen, in denen sie zusammen mit ihren Vorgesetzten Leistungen erbracht haben. Sie berichten auch immer wieder voller Anerkennung über Vorgesetzte, die ihnen schnell und unbürokratisch bei ihren dienstlichen und privaten Sorgen geholfen haben.

Daher ist helfende Dienstaufsicht von besonderer Bedeutung. Durch Dienstaufsicht vor Ort werden Probleme bekannt und können Maßnahmen eingeleitet werden, um diese zu lösen.

Dadurch erbringen Vorgesetzte den wirkungsvollsten Beitrag zur Menschenführung und zu einem positiven Bild des Soldaten und der Bundeswehr in der Öffentlichkeit.

*Lassen Sie mich zusammenfassen:*

Das Bild der Streitkräfte in der Öffentlichkeit wird maßgeblich durch die Schilderung von Wehrpflichtigen, Kurzdienern und Reservisten über den Wehrdienst geprägt. Dieses Bild kann und muß noch verbessert werden.

Das ist zu erreichen, wenn

1. die Strukturen verbessert und die Vorgabedichte für die Ausbildung und den Dienst in den Einheiten verringert wird.
2. der Dienst in den Einheiten gut organisiert und fordernd durchgeführt wird.
3. mehr Gespräche geführt werden und möglichst viele Soldaten an der Dienstgestaltung beteiligt werden.
4. der Kameradschaft und dem Klima in den Einheiten große Bedeutung beigemessen wird.

Dazu kann und muß jeder Führer in seinem Verantwortungsbereich mit Eigeninitiative beitragen.

Besonders in einer Zeit, in der sich „die Haftfläche zwischen Wehrmotivation und Bevölkerung löst“, wie es der Generalinspekteur in Würzburg formuliert hat, kommt es darauf an, die wesentlichen Stützpfeiler der Streitkräfte — Überzeugung der Soldaten von der Legitimation ihres Dienstes und Motivation durch Menschenführung — zu stärken. Daher fordert unser Generalinspekteur:

„Wichtigste Grundlage für Geist und Zusammenarbeit der Truppe sowie für die Motivation ist eine gute Menschenführung — für die Grundwehrdienstleistenden ebenso wie für die Wehrübenden. Daran muß die Führerausbildung ausgerichtet sein. Die praktische Anleitung zum richtigen Verhalten und Handeln hat gegenüber der theoretischen Unterrichtung absoluten Vorrang. Disziplin ist für die soldatische Ordnung nach wie vor unabdingbar. Korrektes Verhalten der Vorgesetzten, gepaart mit Herz und persönlicher Aufgeschlossenheit gegenüber Untergebenen und Kameraden, schafft Vertrauen, nicht aber Formalismen.

Chefs und Kommandeure brauchen zum Führen und Ausbilden soviel Selbständigkeit und Eigenverantwortung wie irgend möglich. Die Stichworte heißen Dezentralisierung und Entbürokratisierung. Dienstaufsicht soll unterstützen und helfen, den Führern auf unterer Ebene die Arbeit am Mann zu erleichtern. Unsere Chefs und Kommandeure sind bestimmt in der Lage, ihren Auftrag und damit die vorgegebenen Ziele weitgehend selbständig umzusetzen, und werden die leitende Hilfe ihrer Vorgesetzten zu honorieren wissen.“

## Kurzbericht Akademie Oberst Helmut Korn

vom 30. 10. 89 bis 3. 11. 1989 im Bonifatiushaus in Fulda

Gebhard Gerner

Die Anreise erfolgte am Montag, dem 30. Oktober 1989 bis 14.30 Uhr mit anschließender Begrüßung durch Oberst a.D. Heymen und Einnahme des Kaffees; die Abreise vollzog sich am Freitag, dem 3. November 1989 nach dem Frühstück.

Die Akademie stand unter dem Gesamthema:

*„Christliches Menschenbild und Menschenführung in den Streitkräften“*

Die Einstimmung in dieses anspruchsvolle Thema bot vor allem das großzügig angelegte Bildungshaus der Erzdiözese Fulda, das allein schon von der baulichen Anlage und der architektonischen Gestaltung her zum schöpferischen Nachdenken anregte. Man hatte von Anfang her das Gefühl der Wärme und Behaglichkeit. Der großzügig angelegte Innenhofraum mit Wasserspiel und Grünpflanzen lud zum Gespräch ein. Von seiten des Hauses, das den Namen des hl. Bonifatius trägt, stimmte alles in wohlthuender Atmosphäre, um sich Gedanken über ein christliches Menschenbild und Menschenführung in den Streitkräften für die Zukunft zu machen.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer, vorwiegend jüngere Offiziere, aber auch ältere Soldaten, sowohl Offiziere als auch Unteroffiziere, ließ eine lebhafte Gestaltung der Woche ahnen, was sich dann auch in den Diskussionen herausstellte, die in der Regel noch abends in dem heimeligen Dachbierstübchen fortgesetzt wurden.

Doch zunächst durften wir das schöne Rathaus in Fulda bewundern und lauschten den Worten der erschienen Vertreter der Stadt Fulda. Bei einem Glas Wein und der anschließenden Führung durch die prunkvoll wieder hergerichteten Räume, natürlich unter sachkundiger Führung von zwei netten Damen, verging die Zeit schnell, und die Rückkehr ins Bonifatiushaus stand an.

Durch eine glückliche Fügung konnten wir am gleichen Abend den Worten von Professor Wladyslaw Bartozewski lauschen, der als Kenner der polnischen Verhältnisse von seinem Heimatland berichtete.

Die Fuldaer Zeitung berichtete in einem ausführlichen Artikel am 1. 11. 1989 darüber.

Ich zitiere aus der Überschrift:

„Die Polen fühlen sich bei der Bewältigung von hoffnungsvollen Aufgaben psychologisch am besten.“

So umschrieb Professor Wladyslaw Bartozewski die schlechte wirtschaftliche Lage in seinem Heimatland, aber auch seinen Optimismus, was die Fähigkeiten der Polen gerade in Zeiten der Herausforderung betrifft.

Den ersten Schwerpunkt setzte Professor Dr. Böckle als Moraltheologe mit seinem Vortrag: „Christliches Menschenbild — wie haben wir dazu beizutragen?“

In seinen Ausführungen ging er besonders auf das Gewissen ein, als normative Kraft, das sich ständig dem gesellschaftlichen Wandel zu stellen hat und das seinen Grund in der christlichen Ethik findet, als „Ebenbild Gottes“. Er sagte jedoch auch, daß Gewissensfreiheit seine Grenzen findet am Tun zum Wohle anderer.

Den zweiten Schwerpunkt bildete der auf historischen Quellen aufgebaute Vortrag von Dr. Kathrein: „Der heilige Bonifatius“.

Der Begriff Apostel der Deutschen sei jedoch eine wenig glückliche Benennung. Die Verdienste des hl. Bonifatius als Missionar 719–724 standen ebenso im Mittelpunkt wie die mannigfaltigen Gründungen von Klöstern und Bistümern. Der Gang zum Grabe des hl. Bonifatius und manch stilles Gebet an diesem sowie der Rundgang und die sachkundigen Erläuterungen in der Basilika rundeten das Wissen um diesen großen Deutschen entsprechend ab.

Einen weiteren Schwerpunkt zeichnete Professor Roysl von der Bundeswehruniversität München mit seinem Vortrag „Das moralische Bewußtsein des militärischen Führers“.

Hier kamen Begriffe wie „Normenfalle, moralisches Bewußtsein, Binnenstruktur des moralischen Bewußtseins“ zur Sprache, was von den Zuhörern doch einige geistige Anstrengungen erforderte. Er sagte unter anderem, „Man kann nur führen, wenn man seine Untergebenen gern hat.“

Fregattenkapitän Dr. Walle vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt trug durch gute Beispiele in seinen Ausführungen zum Verständnis bei, daß Tradition in der Bundeswehr unbedingt notwendig sei zur Identifikation von Streitkräften und zur Durchführung ihres Auftrages. Wichtigste Aussage war, daß Oberst Helmut Korn als erster Soldat der Bundeswehr in die ZDv 12/1 einbrachte, *„daß jeder Soldat über seinen militärischen Auftrag hinaus einen Beitrag zum Frieden zu leisten hätte“*.

In seinem Abschlußvortrag machte Brigadegeneral Richter mit Beispielen deutlich, daß es sein Herzensanliegen sei, daß eine Menschenführung in den Streitkräften ohne Ausrichtung an christlichen Normen und Einbeziehung der erforderlichen Fürsorge für jeden einzelnen Soldaten auf allen Ebenen nicht zu einer Auftrags Erfüllung führen kann. Er gebrauchte dabei den Begriff der „quatorialateralen Kameradschaft“, d. h. nach allen seiten hin umfassend den Menschen.

Die straffe Folge von Vorträgen, Diskussionen und zwischengeschalteten Erholungsphasen, wie Weinprobe, Besuch der innerdeutschen Grenze bei Hünfeld und Empfang, rundeten das gute Bild und das Gelingen der ganzen Woche positiv ab.

Als Höhepunkt und Abschluß der Akademie Oberst Helmut Korn kann der Akademieabend am Donnerstagabend angesehen werden. Der Vortrag der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Dr. Agnes Hürland-Büning vom BMVg mit dem anspruchsvollen Thema: „Wofür steht der Soldat heute?“ ließ erkennen, daß unsere Politiker den Auftrag des Soldaten „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“ voll

mittragen und unterstützen. Besonders hob sie hervor, daß gegen das Frankfurter Urteil — wonach alle Soldaten potentielle Mörder seien — von seiten der Koalitionsparteien massiv in Wort und Schrift angegangen werde.

Sie machte jedoch auch deutlich, daß zukünftige Aufgaben der Bundeswehr gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen müßten, wie z.B. verbesserte Unterkünfte, weniger Haushaltsmittel für die Streitkräfte, geburtenschwache Jahrgänge sowie veränderte und sich schnell verändernde geostrategische Gegebenheiten in den Militärblöcken.

Die Ausführungen der Staatssekretärin boten Anlaß zu mannigfaltigen Diskussionen, die beim anschließenden Empfang noch lange fortgeführt wurden.

Den Verantwortlichen der Akademie Oberst Helmut Korn darf Lob, Dank und Anerkennung ausgesprochen werden. Es ist nur zu hoffen, daß noch sehr viele solche Akademien durchgeführt werden und diese Bestandteil einer Dauereinrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten werden, um vielen jungen Soldaten, die Führungsverantwortung tragen, die ethischen Grundlagen unseres kath. Glaubens zu vermitteln.

Dieser Kurzbericht wurde anläßlich der Wehrbereichstagung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Wehrbereich II vorgetragen durch Stabsfeldwebel Gerner, der an der Akademie in Fulda teilnahm.

# Probleme der Gesellschaft — hüben und drüben

## Sozialismus (noch) gefährlich?

Helmut Fettweis

### *Die Idee ist tot*

Seit der Rückkehr vieler Gefangener des letzten Krieges aus Rußland und aus den sachlichen Erzählungen mancher Kriegsteilnehmer wußte man Ende der 40er Jahre, daß in Rußland der einfache Mensch Not litt.

Aus den Vergleichen mit Erzählungen von Teilnehmern des ersten Weltkrieges konnte man entnehmen, daß im alten zaristischen Rußland die Menschen zwar keine zivilisatorischen Güter kannten, aber ausreichend satt wurden. Man erfuhr ebenso, daß es einstmals wenig persönliche Freiheit gab, wenn der Großgrundbesitzer von der üblen Sorte war. In anderen Gegenden lebte man besser. In den wenigen Industriegebieten herrschte krasser Kapitalismus. Dennoch wurden die Opfer von Entlassungen durchweg in der bäuerlichen Heimat aufgefangen.

Nun führte man die Not nach dem 2. Weltkrieg auf den von Deutschland verursachten Krieg zurück. Zweifel kamen jedoch, wenn man hörte — auf der Krim, in der Ukraine —, daß die Herrschaft der Sowjets mit Hekatomben von Menschenopfern erkaufte worden war. Es machte einfach keinen Sinn, daß auf der einen Seite die Willkürherrschaft der Zaren abgeschafft, doch auf der anderen Seite ungeheure Menschenopfer nötig gewesen sein sollten, um die neue Freiheit einer sozialistischen Gesellschaft zu begründen.

In den 50er Jahren hatten die meisten Menschen in unserem Land dann soviel mit dem eigenen Existenzaufbau zu tun, daß sich nur wenige daran machten, die Idee des Sozialismus wissenschaftlich zu überprüfen.

Diejenigen, die es aber taten, kamen zu einigen überraschenden Ergebnissen.

Seitens der Kommunisten und der Sozialisten wurde immer wieder betont, daß seit Lenin feststehe, daß die Diktatur des Proletariats als erste Stufe zur kommunistischen Gesellschaft führe. Diese erste Stufe sei der Sozialismus. Es bestehe Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, aber das bürgerliche Recht sei noch nicht ganz abgeschafft. Mit der Weiterentwicklung zum Kommunismus entstehe dann die klassenlose Gesellschaft, die Gesellschaft der Freiheit. Dann würden die Arbeiter selber die Großproduktion organisieren und mit dem Absterben jedes Vorgesetztenwesens (und auch des Beamtentums) entstehe die neue Ordnung.

Nach der Lehre der Stammväter Marx, Engels und Lenin würde dann die klassenlose und staatenlose Gesellschaft entstehen, in der jeder Mensch freiwillig arbeite ohne Norm und ohne Entlohnung (nach „Staat und Revolution“, Berlin, Ausgabe WII).

Unter Stalin bereits ergab sich, daß der Sozialismus nicht ohne weiteres einzuführen war. Als Agrarland fehlte Rußland die wichtigste Voraussetzung, um die Lehre von Marx und Engels durchzusetzen, die Hochindustrialisierung und das Proletariat.

So mußten Theorie und Praxis den Verhältnissen angepaßt und umgestaltet werden. 1934 wurde der „proletarische Imperialismus“ der revolutionären Bewegung als Prinzip verkündet (Komintern). Nach dem 2. Weltkrieg, etwa ab 1947, wurden die osteuropäischen Volksdemokratien durch die Errichtung der bolschewistischen Herrschaft, sozusagen als „kalte Revolution von oben“, begründet.

Am Anfang dieses leidvollen Weges steht nun nach wie vor der Irrglaube, daß der Mensch nicht ein Einzelwesen besonderer Ausprägung sei. Man weigert sich anzuerkennen, daß der Mensch ureigenste Rechte besitzt.

Anlaß zu diesem Irrtum ist die Definition von Lenin: „Die Materie ist objektive, uns in der Empfindung gegebene Realität.“ Das Geschehen in der Natur und in der Gesellschaft ist ein Prozeß der sich bewegenden Materialität.

So wurde der „Diamat“ — der dialektische Materialismus — zur Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei. Sie beanspruchte, im Besitz der wissenschaftlichen Erkenntnis der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Natur, der Gesellschaft und des Denkens zu sein. Das „Werkzeug“ zur richtigen Entwicklung wird ergänzt durch den „Histomat“ (historischer Materialismus), der die Anwendung des Diamat auf die Geschichte erschließt.

Diese Ideenabstrusität ist seit der vielfachen Wende in den Aussagen, ob der Sozialismus erst am Ende der Weltrevolution machbar oder schon früher in einigen Ländern durchführbar sei, als *Idee tot*.

Dessenungeachtet blieb aber die durch Zwang verbreitete Auffassung bestehen, daß nur die KPdSU die führende Rolle gegenüber anderen kommunistischen Parteien habe. Ebenso wurde als Instrument der Durchführung der Weltrevolution die ungeheure Rüstung der SU und ihrer Satellitenstaaten geschaffen. Diese Armeen sind zwar in erster Linie als politische Instrumente aufgerüstet worden. Sie wurden aber, wie die Geschichte beweist, in Ungarn 1956, in der DDR 1953, in der Tschechoslowakei 1968 und nicht zuletzt in Afghanistan 1979 auch als Kampftruppe eingesetzt.

*Somit ist festzustellen, daß — auch wenn die Idee längst von der Geschichte überholt wurde — die Macht zur Verbreitung noch vorhanden ist — war?*

### *Stellungnahme der GKS*

Auftrag hat immer auf diese Gefahren hingewiesen. Schon in Heft 45/1971 (Kommunismus, Paul Roth, S. 13 ff.) haben wir verdeutlicht, daß Rußland versucht hat, Ansätze zu einem humanistischen Sozialismus zu unterdrücken. So sagte mit Recht Kardinal Meisner, Köln, in einem Interview (Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 1, 5. Januar 1990): „Der Sozialismus ist — so meine ich — in sich selbst negativ. Ob mit menschlichem Ant-

litz oder nicht. Wo gibt es einen solchen Sozialismus? Das durchschaut manch einer noch nicht und meint, man könne einen anderen Sozialismus haben.“

Und 1972 schrieb in Heft 53 unter dem Thema „Christentum und Kommunismus“ Georg von Zitzewitz: „Die christliche Kirche und der atheistische Kommunismus stehen sich als polar entgegengesetzte Weltanschauungen und Lebenshaltungen gegenüber.“ Und v. Zitzewitz zitiert zum Abschluß seines Berichtes den evangelischen Bischof Otto Dibelius:

„Verliert euch nicht an den Wahn, als sei ein Regiment der Gewalt und der Unwahrhaftigkeit der notwendige Ausfluß einer wissenschaftlichen Weltanschauung, der die Zukunft gehöre! Eine solche Zukunft könnte nur eine Zukunft sein, in der der Mensch nicht mehr Mensch sein darf! Wir bitten jeden, in dessen Brust ein Gewissen schlägt, sich zu nichts herzugeben, was den Geist der Gewalt und der Lüge atmet.“

Ein tapferes Nein zu dem, was wider Gottes Gebot ist, macht frei, auch wenn es zunächst Not und Gefahr bringen kann.“

1976 haben wir in Heft 80 unter den Informationen Seite 35 eine Auslegung des Begriffes Sozialismus von Frau Wiczorek-Zeul, damals Juso-Vorsitzende, gebracht. Sie lautet: „Wir werden den Begriff ‚Sozialismus‘ nach zwei Seiten interpretieren und verteidigen: gegen das Zerrbild, das die Konservativen unter dem Titel ‚Sozialismus contra Freiheit‘ entwerfen, und gegen die Realität des ‚realen Sozialismus‘, die derartigen Zerrbildern Nahrung gibt.“ Eine Analyse des schillernden Wortes „Sozialismus“ folgt dann auf Seite 38–39.

1977 schrieb für uns in Heft 83 Hans Heyer (†) unter „Moskau und der Eurokommunismus“ von den Bemühungen, dem Sozialismus ein freundlicheres Bild zu geben. Er kommt aber zu dem Schluß (S. 59): „Es kann keinen anderen Sozialismus geben als den sowjetischen.“

1980 in Heft 103, S. 3 ff. mußten wir dann leider berichten, daß am 27. Dezember 1979 sowjetische Truppen in Afghanistan eingedrungen sind. Am Ende des Artikels wird darauf verwiesen, daß eben nicht nur der „ideologische Kampf“ trotz Koexistenz weitergehe.

In Heft 124, Oktober 1982, S. 4, stellten wir fest, daß das *Paradies der Werktätigen* — nach Hekatomben von Opfern — nach über 60 Jahren Kommunismus oder Sozialismus auch noch nicht in Ansätzen erkennbar sei.

### Heute

Warum wird nun dieser Artikel im Februar 1990 geschrieben? Aus drei Gründen:

- Wir erleben in diesen Tagen, daß der Sozialismus nicht nur als Idee, sondern auch als Realität gescheitert ist. Was wir aus der Sowjetunion erfahren, was über Polen, Ungarn, die DDR, Bulgarien und Rumänien zu hören war und nun auch zu sehen ist, beweist, daß der Sozialismus dem Menschen Not und Elend oder keine Hilfe gebracht hat. Generationen von Menschen sind einem Ideal aufgesessen und einer Schimäre nachgelaufen. Es gibt Millionen von Menschen, die auch wirklich geglaubt haben, der

Sozialismus könnte das Leben schöner machen. Sie stehen nun vor einem abgrundtiefen Scherbenhaufen. Sie wurden mißbraucht, verraten und verkauft.

Und dabei kommen Gedanken auf, wie unbarmherzig manche dieser sozialistischen Parteigrößen über Nazis richteten, obwohl sie nur Mitläufer waren, und wie sie andere reinwuschen, obwohl sie hohe Ämter im 3. Reich innehatten (z. B. Vincenz Müller, stellv. Innenminister in der DDR, ehemals Generalleutnant, Ritterkreuz, Kommandierender General XII. Armeekorps), wenn sie dem Regime helfen wollten — und konnten.

- Wir erleben in diesen Tagen, wie sich ein Volk — nimmt man Polen, Ungarn und die Tschechoslowaken hinzu —, Völker friedlich aus dem Griff der Diktaturen befreien. Aber wir sehen auch, daß so viele Funktionäre des alten Systems noch in den einflußreichen Stellungen sitzen und alte Parolen mit ein wenig Schminke neu zu verkaufen versuchen. Sie schieben die nicht zu übersehende Schuld auf einige Übeltäter und behaupten, daß sie nunmehr den demokratischen Kurs erst möglich machten. Wenn man den Vorsitzenden der SED-PDS hört und sieht, dann muß ich an einen alten Bekannten aus der NS-Zeit denken, der 1933 lauthals für eine Beschränkung, Auflösung und Abschaffung der „Quasselbude“ Reichstag eintrat und 1946 an Adenauer einen Brief schrieb, in dem er Rede-, Versammlungsfreiheit und Grundrechte einforderte. Diese „Wendehälse“ sind noch sehr munter, und gerade sie haben durch Spitzelei, Denunziantentum, Schikane, Unterdrückung und Folter ein solches System — wie auch unter Nazis — erst möglich gemacht.
- Und wir erleben — am Bildschirm oftmals geschickt verpackt und im Radio zart getarnt —, daß es immer noch Leute gibt, die den Sozialismus — in „menschlicher Ausführung“ in „humaner Art“, geläutert — preisen; ob aus Dummheit oder intelligenzlerischer Überheblichkeit (z. B. Heym), mag dahingestellt bleiben. Diesen Zeitgenossen gilt, was Erzbischof Dyba (Kirchenzeitung Köln, Nr. 3, 19. Januar 1990) sagte:  
„Wenn Utopisten, Intellektuelle, Künstler und Bänkelsänger nach alldem, was wir erlebt haben, immer noch meinen, daß hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen der ‚wahre Sozialismus‘ zu finden sei, beweist das absolute Lernunfähigkeit und eine Verhöhnung der Leiden des Volkes.“

### *Aber was tun!*

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist angebrochen und hat uns zur Jahreswende 1989/1990 Ereignisse gebracht, die zum Nachdenken zwingen. Wir wissen nun, daß die große Zauberformel Sozialismus „leider“ getrogen hat. Der Mensch ist nicht fähig, sich selbst zu erlösen. Aber — auch das wurde allzudeutlich — er kann — auch unter dem „besten“ System — nicht ohne Schuld sein. Helfen kann ihm nur Gott. Er allein kann ihn erlösen. Und zu seiner — der Menschen — Erlösung hat Gott nach unserem Glauben sein Wort in Jesus Christus Mensch werden lassen. Jesus hat uns den Weg gezeigt, wie wir aus

unserer Not befreit werden können. Er ist der Weg, die Wahrheit und das Leben. Durch ihn können wir unsere Anfälligkeit überwinden.

*Aber wie sieht es aus mit unserem Christentum?*

Viele Menschen in unserem Land akzeptieren zwar, daß es einen Gott geben soll. Man will jedoch nicht wahrhaben, daß er eine Kirche gestiftet hat. Nun hilft es nicht, kleingläubig zu zittern, daß der Sturm vorüberzieht, sondern wir müssen auf Christus schauen (vgl. Mt 8,23–27) und ihn bitten, den Stürmen zu gebieten. Das erfordert aber auch, selbst zu glauben, den Glauben zu leben und alles zu tun, was zum „segeln“ notwendig ist. Dann kann mit Gottes Hilfe geschehen, was Kardinal Meisner zum Jahresempfang sagte: „Wenn in einer Zelle der Zellkern des Glaubens gesund bleibt, ist auch die Zelle regenerierbar.“ Das gilt nicht nur für die Gläubigen in der DDR, sondern auch für uns, die wir den Verführungen des Wohlstandes in so weitem Maße erlegen sind. Es ist nicht damit getan, den Sozialismus abzulehnen und sich über seine Selbstzerstörung zu freuen, sondern man muß dem Grundprinzip, dem Materialismus etwas entgegensetzen. Sonst bleibt der Sozialismus immer noch gefährlich, als eine der Versuchungen, eben doch zu sein „wie Gott“. Das Prinzip von der Selbsterlösung führt zur Herrschaft der „Gurus“, und diese erliegen dann dem Rausch der Macht. Das Leid der Menschen aber wird immer größer.

„Nehmt mein Joch auf euch und lernt von mir; denn ich bin gütig und von Herzen demütig; so werdet ihr Ruhe finden für eure Seele. Denn mein Joch drückt nicht, und meine Last ist leicht.“ (Mt 11,29–30).

Nehmen wir diese Botschaft und erkennen Gott als unseren Herrn an, dann kann uns weder der Glanz der Welt blenden noch die Utopie des Sozialismus schrecken. Wir sind und bleiben Menschen, fehlbar, sündhaft, aber gerettet in der Zusage Christi.

## Romania Libera?

Gyula Orban

In den verschiedenen Ausgaben von „Flash“ habe ich in den letzten Monaten versucht, die Situation in Rumänien, d. h. vor allem die Position der Minderheiten sowie die der Flüchtlinge aus meinem Blickwinkel als Historiker zu analysieren. Zwischen dem letzten Artikel über Siebenbürgen und diesem Artikel hat sich viel ereignet, auch in Rumänien. Kirche in Not hat sofort nach Eintritt der Veränderungen — ab Freitag, dem 29. Dezember 1989 — Rumänien einige hunderttausend Gulden Hilfe gegeben. Ich selbst war zwischen dem 2. und 9. Januar in Rumänien. Nach meinen Erlebnissen dort und unter dem Einfluß der Geschehnisse kann ich diesen Artikel nicht mit reinen analytischen Überlegungen über die Situation einleiten.

Den Entschluß zur Abfahrt habe ich an erster Stelle aus ideellen Gründen gefaßt; als Hilfeleistender muß man auch in Augenblicken, in denen die Sicherheit noch nicht gewährlei-

stet ist, losfahren. Zugleich kam die Veränderung so plötzlich, daß wir uns entschließen mußten, so schnell wie möglich loszufahren, denn man weiß nie sicher, ob die Situation sich stabilisieren wird. Kirche in Not hat gesagt: Jetzt ist es noch möglich; hoffentlich später auch, aber wir ziehen das Sichere dem Unsicheren vor. Wir haben in Ungarn 16 Tonnen an religiösen Büchern gekauft: Bibeln, katechetisches Material, religiöse Bücher für jung und alt. Mit vier Lastern, beladen mit diesen Büchern, fuhren wir in Richtung rumänischer Grenze.

Für mich war diese Reise und die kurze Vorbereitung darauf ziemlich emotional geprägt, weil ich 1942 in Rumänien geboren wurde. Meine Eltern mußten 1944 Transsylvanien verlassen, und seitdem wurde ich nie mehr ins Land gelassen. Würde es mir dieses Mal doch gelingen?

Am Mittwoch, 3. Januar 1990, erreichte ich um ca. 18.00 Uhr das Großseminar von Budapest. Von dort aus bin ich zusammen mit zwei Reisebegleitern zu den Büros des ungarischen Malteser Hilfsdienstes gefahren. Unter deren Schutz sollten wir zusammen mit den vier Lastern und einem Landrover die Grenze nach Rumänien überqueren.

Die Spannung war sehr hoch. Ich kannte die Brutalität der rumänischen Securitate schon aus den Geschichten der rumänischen Flüchtlinge und den späteren schrecklichen Bildern, die in den westlichen Medien gezeigt wurden. Auf dem Weg nach Budapest redete ich noch mit jemandem, der die grauenhaftesten Berichte bestätigte. Ich redet mit ihm über die Leichen in Timisoara, die alle aufgeschnitten waren: Ich hatte die Hintergründe nicht ganz begriffen und angenommen, in Osteuropa mache man einfach auf die Schnelle eine Autopsie, vielleicht wäre das hier auch passiert. Man erzählte mir aber, daß diese Leute bei lebendigem Leib durch die Securitate aufgeschlitzt und nachher eingesalzen wurden! Und in dieses Land gehe ich! Dorthin, wo die Securitate noch nicht ganz ausgeschaltet ist!

Die Spannung stieg, als wir von dem Telex-Mitarbeiter des Malteser Hilfsdienstes einen soeben angekommenen Telexbericht in die Hände gedrückt bekamen: Der Bericht enthielt etwa fünfzehn Nummernschilder von Autos, die wie Wagen des Roten Kreuzes aussahen, aber von der Securitate für Attentate benutzt wurden. Wir bekamen den Auftrag — wenn wir diesen Wagen begegnen sollten —, besonders vorsichtig zu sein. Fast wie gelähmt notierten wir auf einem Stück Papier die Nummernschilder und legten es auf das Armaturenbrett unseres Wagens.

Um 24.00 Uhr konnten wir uns auf einem Stuhl „hinlegen“, um ein wenig zu schlafen. Um 2.00 Uhr sollten wir abfahren, um bei Tagesanbruch — mit den Lastern — die rumänische Grenze zu erreichen. Wirklich geschlafen haben wir nicht.

Um 2.00 Uhr saßen wir in unserem Auto, das wir scherzend „Papstmobil“ nannten; ein großer amerikanischer Geländewagen, vollbeklebt mit Plaketten des Roten Kreuzes, des Malteser Hilfsdienstes und von Kirche in Not. Sie würden doch nie diesen Wagen beschließen? Oder gerade doch?

Um 5.00 Uhr erreichte wir tatsächlich die rumänische Grenze. Unsere Laster standen schon da; sie waren nämlich ein wenig früher losgefahren.

Stunden vergingen und wir standen noch immer da; die Laster durften Stück für Stück durchfahren und wir vier — ein Chauffeur, zwei Mitarbeiter von Kirche in Not und ein Gast — standen noch immer da. Sind wir noch immer persona non grata? Derjenige, der auf uns — im Auftrag des Malteser Hilfsdienstes — an der Grenze gewartet hatte, um uns „zu lotsen“, machte uns auch nicht viel Hoffnung: „Ich hörte von jugoslawischen Lastwagenfahrern, die rumänische Grenzache hätte gesagt, daß Ungarn noch immer persona non grata sind und wenn sie die Grenze überqueren, dies auf eigenes Risiko tun.“

Wenn man nie beten gelernt hat, dann lernt man es in diesen Stunden. Nach vier langen Stunden durften wir durch. Die Spannung war ein wenig gebrochen. Einer von uns — ein ungarischer Priester, der für Kirche in Not arbeitet — erzählte uns, daß er in den bange Stunden alle Heiligen von Transsylvanien angerufen hatte, uns zu helfen. Er flehte sogar den vor einigen Jahren verstorbenen Bischof von Alba Julia, Mgr. Aron Marton, an, der viele Jahre in Gefängnissen verbracht hatte: „Wenn du es wirklich notwendig findest, daß wir dies alles nach Rumänien bringen, hilf uns ein wenig!“ Wir müssen tatsächlich zugeben, daß uns ab diesem Zeitpunkt viele Schutzengel beschützt haben müssen.

Wir transportierten eine Ladung — Schreibmaschinen, Kopiermaschinen und Bücher —, auf die vor einigen Tagen noch hohe Strafen standen.

Wir waren auf jeden Fall über die Grenze. Aber es gab noch ein Problem: Die Laster waren schon viel früher über die Grenze gefahren. Wo waren sie jetzt? Kannten sie den Weg und den Bestimmungsort? Stunden vergingen, aber keine Laster zu sehen. Erst nach vielen Stunden — als wir das hohe Gebirge von Mittelrumänien passierten — begegneten wir unseren Lastern. Bei einem der Wagen hatte nämlich das Wasser angefangen zu kochen, und sie mußten warten. Daraufhin löste sich jede Spannung auf: Unsere kostbare Ladung würde nicht verlorengehen. Ab jetzt könnten wir auf jeden Fall im Konvoi fahren.

Wir haben dort ungefähr eine Stunde lang gewartet. Dann kamen die ersten Geschichten der Lastwagenfahrer. Wir hatten mit jedem verabredet, wenn gefragt werden sollte, was wir transportieren, zu sagen: Lebensmittel. In unserem Wagen hatten wir zehn elektronische Schreibmaschinen und vier Kopiermaschinen. Auch wir transportierten „Lebensmittel“.

Einer der Fahrer hatte das anscheinend nicht gehört oder nicht verstanden. Als er gefragt wurde, was er transportiere, sagte er unschuldig: Bibeln. „Wieviel Stück?“ fragte der rumänische Zoll. „Sechzehn Tonnen“, antwortete der Fahrer. Daraufhin schrieb der Zollbeamte blindlings: „Sechzehn Tonnen Bibeln“ und ließ ihn weiterfahren.

Spätnachmittags kamen wir in Alba Julia an, um im bischöflichen Palast die 16 Tonnen Bücher auszuladen. Das Erstaunen des Bischofs und der vielen Priesterstudenten und Priester, die angelaufen kamen, war sehr groß. Seit vierzig Jahren hatten sie nie derart viele Bücher auf einem Haufen gesehen! Das Großseminar besaß eine Bibel.

Ich habe den Teil des Vater unser, den wir täglich mehrmals beten, noch nie so gut verstanden wie in diesem Augenblick! „Unser tägliches Brot gib uns heute“. Und nicht nur bildlich! Natürlich war deutlich zu sehen, daß zwanzig bis dreißig Jahre Diktatur von Ceaucescu von einer enormen Unterernährung — vor allem bei Kindern — bis zu einem Mangel an allem geführt hat. Aber auch daran: „Unser geistiges Brot gib uns heute“. „Endlich bringt man uns nicht nur Konserven, Mehl usw., sondern auch Bibeln!“ Nicht, daß man sich nicht freuen würde über diese Hunderte von Lastern mit Lebensmitteln. Aber endlich, nach vielen Jahrzehnten, kann jeder wieder eine Bibel bekommen; Kinder, die auf die erste Heilige Kommunion vorbereitet werden, bekommen wieder katechetisches Material. Bücher zur Vorbereitung auf die Ehe usw. Der alte Bischof von Alba Julia, Mgr. Antal Jakab, wußte nicht, wie er seine Freude ausdrücken sollte.

So war unsere Sicherheit doch nicht bedroht: Ich habe nie so wenig, so tief und so geborgen geschlafen! Der bischöfliche Palast von Alba Julia und die Umgebung wurde von unzähligen rumänischen Soldaten bewacht. In einem der wenigen freien Augenblicke wollten wir die Basilika von Alba Julia und das Grab des Bischofs Aron Marton besuchen. Wir hatten gerade erst die Treppen zur Kirche betreten, als uns ein Soldat aufhielt: Was wir da wollten? Als er bemerkte, daß wir keine Terroristen, sondern arglose Helfende waren, ließ er uns in die Kirche hinein. Er folgte uns aber noch in die Kirche. Wir haben dann gefragt, wieso es so viele Soldaten rund um den bischöflichen Palast gäbe. Seine Antwort war kurz, aber deutlich: Der Jahrhunderte alte Palast der Bischöfe bilde eine Burg; wenn Mitglieder der Securitate sich Zugang verschaffen sollten, dann könne man sie daraus nicht mehr vertreiben. An diesem Morgen hatten die Soldaten jemand in der Nähe des bischöflichen Palastes aufgegriffen, der unter seinem Wintermantel viele Waffen und Munition zu schmuggeln versuchte.

### *Die politische Lage*

Es wurde mir immer klarer, daß Rumänien noch „lange nicht den gewissen Punkt erreicht hat“. Die Europhorie über die Geschehnisse in der Weihnachtszeit und danach muß in Rumänien auf jeden Fall der Besorgnis weichen. Die meisten können sich in diesem Moment nicht einmal mit den schweren wirtschaftlichen Problemen beschäftigen, weil erst politische Probleme gelöst werden müssen.

Ich sehe auf jeden Fall zwei schwerwiegende politische Probleme. An erster Stelle den politischen Apparat. Ceaucescu und seine Vorgänger haben jahrzehntelang diesen Apparat aufgebaut. Außerdem gibt es kaum Menschen, die in der Lage wären, eine Stadt, eine Provinz oder gar das Land zu verwalten. In diesem Augenblick sieht man in allen Schichten — provinzmäßig und bundesbehördlich — immer mehr Leute aus dem alten Regime zurückkehren: Jeder — auch sie — schwingen die rumänischen drei Farben, aber sind sie vertrauenswürdig? Wie viele Menschen sind bereit, für die Erhaltung ihrer Privilegien, Macht und Einkünfte die Farbe zu wechseln? Werden sie nicht wieder die Farbe wechseln, wenn sie wieder fest im Sattel sitzen?

Die rumänische kommunistische Partei ist bis jetzt sicherlich noch nicht bereit, die Macht aus der Hand zu geben. Meiner Meinung nach gibt es für Rumänien nur eine Lösung: eine völlige parlamentarische Demokratie, in der die Kommunisten wahrscheinlich bis zu einer bedeutungslosen Minderheit zurückgedrängt würden.

Es wird freie Wahlen in Rumänien geben. Wenn der Wahlzeitpunkt nicht verschoben wird, werden die neuen Parteien sich nicht vorbereiten können, und die Wahlen werden keine Bedeutung haben.

Ein zweites wichtiges Problem ist die Lage der Minderheiten. Wie man es auch wendet: Die Revolution hat in den Gebieten der Minderheiten angefangen. Sie, die jahrzehntlang mehr als die Rumänen unter der Diktatur Ceauscescus gelitten hatten, haben rebelliert. Selbstverständlich war es sehr wichtig, daß die Revolution auch auf rumänisches Gebiet überschlug. Timisoara sollte ein abschreckendes Beispiel sein für alle, die sich gegen den Diktator auflehnen wollten!

Die Minderheiten fordern jetzt ihre alten Rechte zurück: eigene Schulen, Zeitungen usw. Es wird aber deutlich, daß die durch den Staat gezüchteten Haßgefühle gegen die Minderheiten tief wurzeln. In Oradea z. B., wo 90% der Einwohner Ungarn sind, haben die Leute gefordert, daß der Direktor einer der größten Schulen wieder ein Ungar sein sollte. Das geschah auch. Sein Haus wurde aber in der nächsten Nacht in Brand gesteckt. Jetzt lebt bei vielen ungarischen Lehrern die Angst, daß ihnen das gleiche passiert, wenn sie sich für den Wiederaufbau der ungarischen Schulen anbieten.

Wenn Rumänien seine Minderheitenproblematik nicht löst — auf eine für jeden akzeptable Weise —, wird es nie seine politische Ruhe finden.

### *Die kirchliche Lage*

In Rumänien gibt es bzw. gab es vier große religiöse Gruppen. Die orthodoxe Kirche, die katholische Kirche, die griechisch-katholische und die reformierte Kirche.

Die griechisch-katholische Kirche wurde 1948 — nach der kommunistischen Machtübernahme — aufgehoben und ist aufgegangen in der orthodoxen und der katholischen Kirche. Die orthodoxe Kirche hat über die griechisch-katholischen Priester auch versucht, die katholische Kirche — die hauptsächlich ungarische und deutsche Gläubige hat — zu rumänisieren. Dieser Versuch mißlang.

Die katholische Kirche hat nach 1948 alle Güter verloren: Schulen, Klöster usw. wurden geschlossen und Gebäude enteignet. Der Staat hat versucht, die kostbaren Besitztümer der Kirche (z. B. Bücher) in die Hände zu bekommen und für Devisen zu verkaufen. In diesem Bemühungen ist der Staat nur zur Hälfte erfolgreich gewesen.

Nach den letzten Veränderungen in Rumänien fordert die katholische Kirche ihre früheren Rechte zurück: Wiederzulassung der Orden und der konfessionellen Schulen, die Freiheit, die Liturgie in der eigenen Sprache abzuhalten usw. Jetzt schon aber wird es klar, daß die orthodoxe Kirche, die während der letzten Jahrzehnte mit dem Staat kollaboriert hat,

der Normalisierung des kirchlichen Lebens im Wege steht. In der ersten Januarwoche kam es zu einem Treffen aller kirchlichen Leiter Rumäniens. Die orthodoxe Kirche zeigte sich besorgt über das Fehlen von Messen für rumänische Gläubige in Gebieten, in denen überwiegend Ungarn und Deutsche wohnen. Für die Sorge der Minderheiten, daß in rumänischen Gebieten gar keine Messen für Minderheiten vorgesehen sind, waren sie nicht empfänglich. Auf die Reaktion des Ordinarius von Oradea, daß in dem zu seinem Ordinariat gehörenden Gebiet, in dem überwiegend Minderheiten wohnen, schon in 23 Gemeinden Messen in rumänisch abgehalten würden, ging der Leiter der orthodoxen Kirche nicht ein.

Eines der Probleme der katholische Kirche, die etwa 2 Millionen Mitglieder zählt, ist das Fehlen kirchlicher Strukturen. Es gibt nur zwei katholische Bischöfe; der Rest der Diözesen wird durch Ordinariate geleitet. Die katholische Kirche fordert jetzt einen Wiederaufbau der Diözesen.

Am 2. Januar 1990 hat der Bischof von Alba Julia, Mgr. Antal Jakab, seinen ersten freien bischöflichen Brief an alle Gemeinden schicken können. Der Bischof schreibt in seinem Brief: „Das neue Jahr fangen wir zusammen mit unserem Volk an im tiefen Glauben an Gott und in der Hoffnung, daß die Lage in unserem Land bereinigt werden möge.“

In seinem Brief lobt er die vielen Priester, die in den Tagen der Revolution versuchten, das Morden zu verhindern, und den Gläubigen in ihrer Not zur Seite standen. Zur gleichen Zeit ruft er auch die Priester auf, sich nicht an „politischen Aktivitäten“ zu beteiligen.

## Reise in die Vergangenheit

### *Eindrücke einer Motorradfahrt*

Klaus Brandt

Im Sommer 1949 ist mein Vater mit mir auf dem Motorrad — einer roten 250-ccm-Triumph — von Landsberg am Lech nach Düsseldorf gefahren, wo wir erstmals nach dem Krieg meine aus Magdeburg geflohene Tante wiedersahen. Die Reise verlief entlang der Romantischen Straße nach Würzburg. Von dort ging es weiter durch den Spessart und die Rhön über Fulda nach Bad Hersfeld in Nordhessen. Bei einem ehemaligen Kriegskameraden — inzwischen Taxiunternehmer — tauschte mein Vater seine Benzingutscheine der amerikanischen Besatzungszone in solche der britischen um, da in dem angrenzenden Niedersachsen und auch in Nordrhein-Westfalen die Briten das Sagen hatten. Auf dieser rund 600 km langen Motorradfahrt aus dem Süden nach dem Westen der gerade knapp drei Monate alten Bundesrepublik erhielt ich einen guten Einblick in das Nachkriegsdeutschland. Die Straßen befanden sich in einem schlechten Zustand — viele Schlaglöcher, Unebenheiten in der Fahrbahn, Kopfsteinpflaster, ausgefranste Fahrbahnränder und kaum Markierungen sowie fehlende Straßenbegrenzungspfähle bildeten den Normalzustand. Die Dörfer und Städte zeichneten sich durch einen Grau-in-Grau-Ton aus. Dazu kamen

allerorten die Schäden des Krieges wie Ruinen und Spuren von Einschüssen an den Häusern. Man sah aber auch schon ausgebesserte und neugebaute Häuser — wo vor allem bei Einfamilienhäusern oft der Verputz noch fehlte. Von der Verkehrsdichte her war die Reise sehr beschaulich. Wir fuhren häufig kilometerweit ohne einem anderen Motorgefährt zu begegnen, Pferde- und Ochsenfuhrwerke — es war Erntezeit —, Fahrräder sowie Fußgänger waren die Hauptnutznieser der Straßen.

Das Warenangebot der Geschäfte bestand vor allem aus Artikeln des allgemeinen Lebensbedarfs, die im beginnenden Wiederaufbau benötigt wurden. Textilwaren und Lebensmittel aller Art waren bereits ausreichend vorhanden, wobei allerdings reine Modeartikel oder besondere Leckerbissen nur spärlich vorhanden und teuer waren. Luftverschmutzung konnte man auf der ganzen Strecke nicht feststellen. Insgesamt boten die Wälder und Fluren — mit dem regen Treiben der Bauersleut — einen schönen, friedlichen und sommerlichen Anblick. Dadurch wurde vielleicht mancher triste Eindruck abgemildert.

### *Die offene innerdeutsche Grenze*

Vierzig Jahre später — am 22. Dezember 1989 wurde ich davon informiert, daß für fast alle Bundeswehrangehörigen die Reisebeschränkungen in den kommunistischen Machtbereich, damit auch in die DDR, aufgehoben worden waren. Sofort entschloß ich mich, eine Tagesreise in die DDR Anfang Januar zu unternehmen, nachdem die neuen Einreisebestimmungen der Ostberliner Regierung Gültigkeit erlangt hatten. Ein Blick auf die Karte zeigte mir, daß aus dem Kölner Raum am schnellsten der Nordwestteil des Thüringer Waldes mit Eisenach und der Wartburg — der caritativen Wirkungsstätte der Hl. Elisabeth — zu erreichen war. Dieses Reiseziel interessiert mich auch deshalb besonders, weil ich Anfang der 70er Jahre in Sontra stationiert war und daher das Gebiet zwischen Göttingen und Fulda diesseits der innerdeutschen Grenze gut kannte. Oft habe ich von Aussichtspunkten sehnsüchtig und in ohnmächtiger Wut auf die andere Seite der Grenzsperranlagen geblickt, die so sinnlos unser Vaterland zerschnitten. Damals aber auch, vor gut anderthalb Jahren, als ich zuletzt an der innerdeutschen Grenze bei Duderstadt stand, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß ich zum Jahresbeginn 1990 problemlos in die DDR reisen könnte. Am vierten Januar war es dann soweit. Morgens um 7.00 Uhr startete ich mit meiner Schwiegermutter, meine Frau war leider dienstlich verhindert, Richtung Philippsthal (ca. 18 km südöstlich Bad Hersfeld). Kurz vor 10.00 Uhr passierten wir das Kalwerk Philippsthal-Hattorf, ein sauberes Betriebsgelände mit roten Backsteingebäuden, die einen gepflegten Eindruck vermittelten. Von Luftverschmutzung war bei klarem Sonnenschein nichts zu sehen und zu riechen. Allerdings ließ das Fließchen Ulster mit seinem braunen, ölig-träge dahinfließenden Wasser — vom Süden aus der DDR kommend und erst ein paar hundert Meter auf bundesdeutschem Gebiet — auf eine erhebliche Umweltbelastung schließen. Gleiches galt für die Öchse, die unmittelbar vor der Grenze in die nicht minder vergiftete Werra mündet.

Philippsthal selbst machte bei Sonnenschein einen sauberen und gepflegten Eindruck. Trotz der unmittelbaren Grenznähe hatte man nicht den Eindruck, daß die wirtschaftli-

che Entwicklung der Bundesrepublik an diesem Ort vorbeigegangen wäre. Erst die letzten zweihundert Meter der Straße vor dem Grenzübergang ließen erkennen, daß diese in der Vergangenheit nur selten benutzt worden war, entsprechend schlecht — nach unseren Maßstäben — zeigte sich ihr Zustand. Und immerhin ist dies die Bundesstraße 62 (hinter der Grenze Fernstraße).

Das Provisorium des Grenzübergangs war unverkennbar. Für die Beamten des Bundesgrenzschutzes und des Zolls waren Container aufgestellt worden. Auf DDR-Seite war es nicht anders. Allerdings wurden diese noch ergänzt durch Zelte, Fahrzeuge und Stromerzeugeraggregate der Grenztruppe. Der Grenzzaun war am Übergang auf einer Breite von etwa zweihundert Metern entfernt worden. Die Grenzformalitäten waren vollkommen problemlos. Ein BGS-Beamter verteilte in „Amtshilfe“ für die DDR, die von ihr geforderten Zählkarten, während Soldaten der DDR-Grenztruppe, in einem Container sitzend, jeweils 2 Fahrzeuge gleichzeitig abfertigend, nur einen Stempel in den Reisepaß drückten. Dieser beinhaltete neben den Buchstaben DDR das Datum, den Zeitpunkt sowie den Ort des Grenzüberschritts, in unserem Falle Vacha. Die Zählkarten mußten bis zur Ausreise ausgefüllt werden. Hier wurden Angaben über Name, Vorname, Geburtsdatum, Reisepaßnummer jedes Reisenden sowie das Kfz-Kennzeichen gefordert. Die DDR-Zollbeamten ließen uns unbehelligt passieren. Einschließlich Wartezeit dauerten die Grenzformalitäten nicht länger als 10 Minuten. Die Straße nach der Grenze blieb zunächst schlecht, obwohl es eine Fernstraße war.

### *Im Thüringer Wald*

Vacha, unmittelbar hinter der Grenze, begrüßte uns mit vielen bundesdeutschen Fahnen, Fähnchen und Wimpeln an Wohnhäusern, an Betrieben (auch volkseigenen), an Zäunen usw. Zusätzlich waren Transparente — auch über der Straße — gespannt und Plakate aufgehängt mit Inhalten wie „Deutschland — einig Vaterland, Deutschland — ein Volk, Einigkeit—Recht—Freiheit usw.“. Es gab aber auch Poster gegen die SED und ihre ehemalige Staatsführung. Diese Bilder, hinsichtlich der Einheit Deutschlands und gegen die Partei, begleiteten uns auf der ganzen Fahrt in der DDR — selbst in den kleinsten Ortschaften. Auch die Automobilwerke Eisenach (AWE — früher ein BMW-Werk), dort wird der „Wartburg“ gebaut, zierte bundesdeutsches Fahnentuch. Ich meine, deutlicher kann ein Volk seinen Willen zur deutschen Einheit nicht zum Ausdruck bringen. Das Ortsbild von Vacha versetzte uns sofort vierzig Jahre zurück, so, wie ich es eingangs schilderte über die Fahrt von Landsberg am Lech nach Düsseldorf. Es herrschten vor die Grau-in-Grautöne, die schon fast ins Schwarz übergingen, den Holzfensterrahmen fehlte fast überall die Farbe, aber auch den Türen. In Metzgereien sah man die ganze Wand behangen mit Dauerwürsten, und an Fleisch konnten wir nur fettes Schweinefleisch erkennen. In Bäckereien gab es Mischbrot und einfache Brötchen zu kaufen. Die Einrichtung der Geschäfte erinnerte uns an die unmittelbare Nachkriegszeit. Diese Eindrücke waren überall vorherrschend, selbst in Eisenach. Von Vacha aus führte uns die Reise über meist holperige, mehr oder weniger schmale Straßen ohne Begrenzungen nach Merkers auf der Fernstraße 62 in

Richtung Meiningen. Dabei winkten uns die Menschen häufig zu oder entgegenkommende Autos blinkten uns mit ihren Scheinwerfern an.

Die winterliche Landschaft bei inzwischen hochnebelartiger Bewölkung hinterließ keine besonderen Eindrücke, außer, daß sie durch oberirdisch verlegte dicke Pipelines zerschnitten wurde, was wir auch in anderen Regionen auf unserer Fahrt feststellten.

Merkers wird geprägt durch ein Kalibergwerk. Dies mußten wir bei der Annäherung sofort durch den Gestank in der Luft feststellen, worauf ich in meinem Auto die Innenbelüftung einschaltete. Aber auch sonst war das Werk nicht zu übersehen, denn seine Schornsteine bliesen in dicken Schwaden einen grau-schwarzen Rauch in den Himmel. Wie muß die Luft dann erst in anderen Teilen der DDR beschaffen sein, wenn laut „Spiegel“ Heft 2/90 das von uns durchquerte Gebiet noch zu den am wenigsten belasteten Regionen gehört? Denn überall — auch im Thüringer Wald — waren die Emissionen der Braunkohlefeuerungen zu riechen.

Die verdreckten Werkgebäude machten einen heruntergekommenen Eindruck, ebenso wie das Gelände ringsherum. Auch die Häuser des Ortes waren durch den Staub des Bergwerks gekennzeichnet. Merkers bildet praktisch den Kontrapunkt zu Philippsthal.

Als nächsten größeren Ort erreichten wir Bad Salzungen, wobei der Fernverkehr durch die Außenbezirke geleitet wird. Hier konnten wir neben älteren Einfamilienhäusern — auch im Bungalowstil, die von ihren Besitzern unter DDR-Bedingungen (wenig Material, hauptsächlich Ausbesserungsarbeiten) ganz gut in Ordnung gehalten sind, auch häßliche Neubauviertel sehen. Diese Mietskasernen — oft mehr als 4–5 Stockwerke hoch — sind meist industriell in Fertigbauweise errichtet. Die einzelnen Häuser weisen kaum Unterschiede auf und sehen, wenn sie ein paar Jahre älter sind, auch vergammelt aus. Das Gelände zwischen den Gebäuden ziert Gras oder der blanke Erdboden. Bäume oder Sträucher sieht man dort kaum. Ähnliche Neubausiedlungen sahen wir auch in Eisenach. Allerdings begegneten wir dort auch einer Siedlung, die aus der Nachkriegszeit zu stammen schien — ähnlich wie in der Bundesrepublik aus dieser Zeit —, wo gepflegte Grünanlagen vorhanden waren, was sofort auffiel. Aber zurück nach Bad Salzungen.

Wir kamen auch an einer Kaserne vorbei, die verhältnismäßig neu zu sein schien und ordentlich aussah. Auch Fahrzeuge in dieser Kaserne machten — soweit erkennbar — einen gepflegten Eindruck, im Gegensatz zu einem sowjetischen Militär-LKW, den wir in Eisenach sahen. Etwa 2–3 km vor der Kaserne fiel mir ein viersprachiges Verbotsschild (englisch, französisch, deutsch, russisch) auf, das für Militärpersonal die Weiterfahrt untersagte. Ein gleiches Schild begegnete uns dann noch am großen Inselsberg im Thüringer Wald in der Nähe eines Sendemastes. Von Bad Salzungen fuhren wir weiter über Barchfeld in Richtung Schmalkalden bis hinter Breitungen/Werra. Dort bogen wir nach Nordosten ab, um den Thüringer Wald zu überqueren. Zunächst führte der Weg entlang der Truse nach Trusetal und weiter über Brotterode zum Großen Inselsberg. Er ist mit 916 Metern eine der höchsten Erhebungen des Thüringer Waldes. Diese Landschaft ist ein sehr reizvolles, waldreiches, von Tälern durchzogenes Mittelgebirge, das auch Felsformationen

aufweist. Leider war durch Hochnebel die Sicht beschränkt, so daß uns der Fernblick versagt blieb. Entschädigt wurden wir allerdings durch den Anblick der mit starkem Rauhref überzogenen Wälder und Alleebäume. Der durch den Wind herabgeschüttelte Rauhref hatte die Straße mit einer richtigen Schneeschicht überzogen. Von dem touristisch erschlossenen Gebiet des Gr. Inselsbergs fuhren wir wieder bergab nach Waltershausen, an der Fernstraße 88 gelegen, um von dort in nordwestlicher Richtung nach Eisenach zu gelangen. Dabei war uns bei Sonnenschein noch einmal ein herrlicher Winterblick auf die vom Rauhref weißen Wälder des Gr. Inselsberg vergönnt.

### *Auf der Wartburg*

In Eisenach angekommen, suchten wir zunächst die Wartburg auf. Der Weg dorthin war gut ausgeschildert, was übrigens für die ganze Fahrtstecke galt. Am Fuß der Wartburg stellte sich heraus, daß die Zufahrt dorthin wegen mit bundesdeutschen Autos überfüllter Parkplätze gesperrt war. Ein Wartburg-Angestellter an dem Verbotsschild bot sich auf meine Frage hin an, meine gehbehinderte Schwiegermutter, mich und noch andere Besucher mit einem Wartburg-eigenem IFA-Kleinbus zur Burg zu fahren. Auf dem Weg vom Parkplatz meines Autos zum Kleinbus wurde ich von einem DDR-Bürger gefragt, ob ich Geld wechseln wolle. Ich verneinte dies und sagte, ich wolle in D-Mark im Verhältnis 1 zu 1 zahlen. Der Mann wies mich darauf hin, daß dieses Geld dem Staat zufließen würde, der einzelne aber davon nichts hätte. Dieser Einwand überzeugte mich, so daß ich Geld umtauschte. Ich zahlte dann in Ost-Mark, gab aber Trinkgeld der Bedienung sowie dem Fahrer des Kleinbusses in D-Mark. Nachdem wir mit dem Bus nach oben gefahren waren und den letzten Anstieg zu Fuß zurückgelegt hatten, erreichten wir die Schanze. Von hier aus bot sich ein schöner Blick auf das Torhaus sowie entlang der steil abfallenden Ost-Seite der Burganlage — östliches Wehr — oder Elisabeth-Gang, Neue Kemenate, Bergfried und Palas — in südlicher Richtung auf den Thüringer Wald. Aber auch nach Norden hin konnten wir die Aussicht über einige Höhen und Eisenach bei Sonnenschein genießen. Allerdings blies ein kalter Südsostwind. Von der Schanze gingen wir über eine Zugbrücke durch das Torhaus in die Vorburg. Dabei zeigten sich uns beiderseits des Hofes gut restaurierte, in weiß-schwarz gehaltene Fachwerkgebäude. Rechterhand passierten wir zunächst das Ritterhaus, dann die Vogtei mit dem Nürnberger Erker an seiner Südseite und den westlichen Wehr- oder Margarethengang. Linkerhand zieht sich der östliche Wehr- oder Elisabethgang in südlicher Richtung bis zur Neuen Kemenate hin. Verbunden werden die beiden Wehrgänge durch die aus Bruchsteinen gebaute Neue Kemenate, Torhalle-Dirnitzlaube und Dirnitz. Schreitet man durch die Torhalle der Dirnitzlaube weiter, so gelangt man in den nach Westen und Süden offenen Hof der Hauptburg. Unmittelbar nach der Torhalle erhebt sich links trutzig der alles überragende Bergfried. Ihm schließt sich das Neue Treppenhaus und der beeindruckende Palas an, der an seiner Südseite durch das Ritterbad abgeschlossen wird. In der äußersten Südwestecke des mit einer Mauer umschlossenen Hofes der Hauptburg reckt sich der viereckige Südturm in den Himmel. Auf Höhe des Palasendes befindet sich in Hofmitte die Zisterne. Gegenüber dem Palas an der West-

seite des Hofes steht ein Gadem genanntes Einraumhaus. Die Innenräume der 1070 erbauten Wartburg — damals noch aus Holz — blieben uns diesmal leider versagt, da wir uns nicht einer mehr als 30 Meter langen, wartenden Besucherschlange anschließen wollten. Auch ein Eingehen auf das Leben und Wirken der ungarischen Königstochter Elisabeth, die 1211 im Alter von 4 Jahren auf die Wartburg kam und vier Jahre nach ihrem Tod, am 1. Juni 1235 durch Papst Gregor IX. heilig gesprochen wurde, muß ich mir aus Platzgründen ebenso ersparen wie Berichte über den Aufenthalt des gebannten und geächteten Reformators Martin Luther vom 4. Mai 1521 bis 1. März 1522 auf der Wartburg.

Nach der Besichtigung der Burg begaben wir uns in das zugehörige HO-Restaurant (HO-Handelsorganisation). Hier erlebten wir eine Besonderheit. Wir konnten nicht einfach in das Restaurant gehen, sondern mußten warten, bis uns ein Platz zugewiesen wurde. Dies war nach 5 Minuten der Fall. Dabei stellten wir fest, daß noch sechs Tische unbesetzt und auch nicht eingedeckt waren, obwohl ein Reserviert-Schild darauf stand. Ich konnte mich nicht des Eindrucks erwehren, daß durch dieses Verhalten die vorhandenen Lebensmittel rationiert werden. Und das, obwohl seit Weihnachten ständig ein Besucheransturm stattfand. Hier zeigte sich wieder einmal offensichtlich die unbewegliche Planwirtschaft. Das Essen selbst war durchschnittlich, die Speisekarte wies aber keine besonderen Leckerbissen auf, man könnte sagen, sie beschränkte sich auf Hausmannskost.

Bei der Rückfahrt von der Wartburg nach Eisenach befragte ich, als wir uns an den wild parkenden Autos vorbeizwängten, den Kleinbusfahrer, warum kein Pendelverkehr mit Bussen eingerichtet werde. Daraufhin erklärte er mir: „Mein Kollege und ich haben auf eigene Faust mit den Kleinbussen der Wartburg diese Fahrten aufgenommen, weil sich von den Verantwortlichen der Wartburg niemand darum kümmert, obwohl dieser Besucherandrang seit Öffnung der Grenzen für Bürger der BRD besteht. Das interessiert überhaupt niemanden, wie die Besucher zur Burg kommen. Es hat sich bisher überhaupt nichts geändert. Ich habe eine Riesenwut, wenn ich daran denke, daß ich 20 Jahre umsonst gearbeitet und Honecker sowie die anderen so gut gelebt haben. Wenn sich nicht bald etwas ändert, nimmt das Volk es erneut in die Hand, dann aber nicht so friedlich!“ Ich glaube, diese Äußerungen sagen alles über den Zustand der DDR und die Empfindungen der Menschen.

### *In Eisenach*

Der Zustand der Bachgedenkstätte in Eisenach war gut, und die Ausstellung war vorbildlich organisiert. Sie ist einen Besuch wert, einschließlich der Musikvorträge (vom Band). Eisenach, an der Hörse gelegen und Industriestandort, mit seinen 51000 Einwohnern verfügt über eine Fußgängerzone, in der die Häuser restauriert wurden. Allerdings, in den angrenzenden Straßen zerfallen regelmäßig die Gebäude. Es gibt viele alte Häuser, wo von 8—10 Wohnungen nur noch 2—3 in den unteren Stockwerken belegt sind, während die anderen einen verfallenen Eindruck machen. Von den Wänden platzt vielerorts der Putz großflächig ab, teilweise durch die Feuchtigkeit wegen verrosteter Dachrinnen. Erker müssen durch einfache Baumstämme abgestützt werden, damit sie nicht abbrechen.

Außer in der Fußgängerzone sieht man nur noch wenige renovierte Häuser im alten Stadtkern. Im Norden der Stadt, zur Transitautobahn hin, gibt es dann Neubauviertel der bereits geschilderten Art. Alle Bilder im Fernsehen, die sich mit der Bausubstanz der DDR-Städte beschäftigen, habe ich in schlimmster Weise bestätigt gefunden — hier waren keine Ausnahmen gezeigt worden. In den Lebensmittelgeschäften waren vor allem Waren des einfachen Bedarfs vorhanden, wobei keine großen Auswahlmöglichkeiten gegeben waren. Häufig zeigten die Auslagen, sofern vorhanden, nur eine lieblose Dekoration. Südfrüchte, wie Apfelsinen, Zitronen und Pampelmusen, gab es zu kaufen — allerdings in einer bei uns nicht erhaltlichen Qualität, fleckig und grün. 1 Kilo Apfelsinen kostete 2,90 Ostmark (bei einem Durchschnittseinkommen von 800—1000 Mark) und war damit teuer. Die Schaufenster der Textilgeschäfte waren dürrtig mit teurer Ware bei schlechter Qualität dekoriert. So kostete beispielsweise eine Damenbluse ohne Chic und aus billiger Kunstfaser 84,— DM, bei uns könnte man eine solche Bluse für 10,— bis 15,— DM in den Kaufhäusern erstehen. Wir sahen einzig ein Schuhgeschäft, das von der Einrichtung und der Schaufenstergestaltung her auch in der Bundesrepublik wettbewerbsfähig wäre.

Insgesamt muß ich sagen, daß ich mich wirklich 40 Jahre und mehr zurückversetzt fühlte, Kameraden von mir haben diese Eindrücke bestätigt, egal ob es in Schwerin, Wernigerode oder Karl-Marx-Stadt (das frühere oder vielleicht bald wieder so heißende Chemnitz) war. Ich kann jetzt alle Übersiedler verstehen, daß sie die Nase voll haben und die Hoffnung auf eine Verbesserung in ihrer Heimat aufgegeben haben. Es muß wirklich sehr schnell etwas passieren, um noch zu retten, was zu retten ist. Es schaudert mich, wenn ich an den Umfang der erforderlichen Investitionen denke zum Wiederaufbau dieses heruntergewirtschafteten Teils Deutschlands. Wenn Bundeswirtschaftsminister Haussmann von 500 Milliarden D-Mark an Investitionen in den nächsten zehn Jahren spricht, so hat er bestimmt nicht übertrieben. Dies kann aber nur erfolgreich sein, wenn jegliche Eigeninitiative gefördert wird und alle Formen sozialistischer Planwirtschaft ausgeschlossen werden. Ansonsten sehe ich keine lebenswerten Chancen mehr für die Bevölkerung in der DDR, und welchen Exodus das zur Folge hätte, davon erleben wir einen kleinen Vorgeschmack seit August letzten Jahres. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, daß es die Menschen in der DDR mit unserer tatkräftigen Hilfe schaffen können — vielleicht sogar in einem vereinten Deutschland, die Form ist dabei zweitrangig und nicht entscheidend —, bis zur Jahrtausendwende den 40-Jahre-Rückstand zur Bundesrepublik aufzuholen.

Nach diesem kleinen wirtschaftspolitischen Ausflug zurück nach Eisenach. Wir verließen die Stadt vorbei an den Automobilwerken Eisenach, um in Eisenach-West auf die Autobahn Richtung Herleshausen aufzufahren. Allerdings verpaßte ich die Auffahrt, bedingt durch einen LKW-Unfall, so daß ich auf der Fernstraße 7 blieb und über Creuzburg Richtung Grenze fuhr. So konnten wir auch von DDR-Seite aus die unmenschlichen Grenzsperranlagen wie Betonunterstände, Erdbeobachtungsbunker, feste Kontrollstellen für die in der Sperrzone lebenden Menschen, Hundelaufanlagen, doppelte, mit Stacheldraht bewehrte Sperrzäune usw. in Augenschein nehmen. Dies alles noch vor dem eigentlichen

Metallgitterzaun an der innerdeutschen Grenze. Welcher Aufwand war da getrieben worden, um die Bevölkerung im eigenen Land einzusperren — kaum vorstellbar, wenn man es nicht selbst gesehen hätte!

Hinter Ifta erreichten wir dann am frühen Abend hessisches Gebiet und die Gegenwart hatte uns wieder. Der Grenzübergang war ebenfalls problemlos — freundlich grüßende Grenztruppensoldaten nahmen die ausgefüllten Zählkarten in Empfang und wünschten eine gute Weiterfahrt. Auf bundesdeutscher Seite waren keine Beamten des Zolls oder des BGS zu sehen. Der Grenzübergang bei Ifta war ebenso provisorisch wie der bei Philippsthal, allerdings konnte man schon Baumaßnahmen zur Verbesserung der Lage erkennen.

### *Abschlußbetrachtung*

Zusammenfassend kann ich feststellen, daß ich es nicht bereue, mir persönlich einen Einblick in dieses bedrückende Elend verschafft zu haben, und zwar bevor Veränderungen eintreten. Denn nur so konnte ich auch mit eigenen Augen die Ergebnisse der menschenverachtenden Ideologie des real existierenden Sozialismus betrachten, der unter dem Motto, alles nur zum Wohl seiner Arbeiter und Bauern zu unternehmen, die Existenzgrundlagen der Menschen in der DDR zugrunde richtete. Jetzt kann nur noch ein zweites Ärmelaufkrepeln bei uns, wie nach der Währungsreform, den Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands helfen — gemeinsam ist es auch zu schaffen!

## Eid und feierliches Gelöbnis im Widerstreit der Meinungen

Lothar Groppe SJ

Nachdem die Vereinigten Staaten den Wunsch nach einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Verteidigung Westeuropas geäußert hatten, bot Bundeskanzler Adenauer am 29. August 1950 einen deutschen Wehrbeitrag an. Bereits mit dessen Vorbereitung begann ein hartes Ringen um eine Neuordnung des Verhältnisses von Soldat und Staat. Im Dezember 1952 veranstaltete das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft eine Tagung mit dem Thema: „Gehorsam — Verantwortung — Eid des Soldaten“. Hierbei ging es um die Frage, ob die Vereidigung von Soldaten notwendig sei und falls ja, in welcher Form sie erfolgen solle. Die Deutsche Partei verlangte die Eidesleistung für alle Soldaten, denn der Eid sei durch die Vergangenheit nicht entwertet: „Regierungen kommen und gehen, aber die Heiligkeit des Eides bleibt bestehen.“ Der Eid sei ein Wesensmerkmal deutschen Soldatentums und bekräftige in besonderem Maße Treue und Gehorsam. Die Anwälte einer Vereidigung vertraten die Ansicht, der Fahneneid vermöge dem Soldaten Halt zu geben, auch in schwierigen Situationen seinem Eid getreu zu handeln. Die Gegner einer Vereidigung beriefen sich auf den Mißbrauch des Fahneneides unter Hitler. Auch spreche gegen einen Eid, daß er für viele kein religiöser Akt mehr sei und daß nach einem Wort des damaligen Sachverständigen beim Verteidigungsausschuß die bloß äußerliche Ableistung zu einer „kollektiven Gotteslästerung“ werde.<sup>1)</sup>

Das Amt Blank hatte sich noch 1953 gegen einen Fahneneid ausgesprochen, ebenso Verteidigungsausschuß und Bundesrat. Während sich die evangelische Kirche einstimmig gegen den Soldateneid aussprach und diesen durch ein Gelübde zu ersetzen bat, waren die Vertreter der katholischen Kirche mehrheitlich für eine Vereidigung, unter der Voraussetzung, daß die Tatbestände, welche unter die Eidespflicht fallen sollten, klar seien, eine entsprechende Unterweisung über die Bedeutung des Eides erfolge und dieser in einer Weise abgelegt werde, die der religiösen Würde des Aktes gerecht werde.

Nach langen Debatten entschloß man sich, Berufs- und Zeitsoldaten zu vereidigen, Wehrpflichtige durch ein Gelöbniß zu verpflichten. CDU/CSU und FDP begründeten die Vereidigung der Berufs- und Zeitsoldaten damit, daß diese sich ja aus freien Stücken für den Soldatenberuf entschieden hätten. Da die Wehrpflichtigen aber kraft Gesetzes zwangsweise dienen, wolle man sie nicht im Gewissen belasten und deshalb sie durch eine Gelöbniß verpflichten.

Am 6. März 1956 entschied sich der Deutsche Bundestag bei 2 Enthaltungen mit 221:193 Stimmen für den jetzigen Wortlaut des Soldatengesetzes:

(1) Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit haben folgenden Diensteid zu leisten:

„Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mit Gott helfe“ geleistet werden. Gestattet ein Bundesgesetz den Mitgliedern einer Religionsgesellschaft, an Stelle der Worte „ich schwöre“ andere Beteuerungsformeln zu gebrauchen, so kann das Mitglied einer solchen Religionsgesellschaft diese Beteuerungsformel sprechen.

(2) Soldaten, die auf Grund der Wehrpflicht Wehrdienst leisten, bekennen sich zu ihren Pflichten durch das folgende feierliche Gelöbniß:

„Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“

Weigern sich Berufs- und Zeitsoldaten, den Eid zu leisten, sind sie aus dem Dienstverhältnis zu entlassen. Weigert sich der Wehrpflichtige, das Gelöbniß abzulegen, kann er deswegen nicht bestraft werden. So bestimmte schon ein Erlaß des preußischen Kriegsministers hinsichtlich des Verfahrens gegen Rekruten bei Verweigerung des Soldateneides vom 27. 12. 1866:

„Die Anwendung von Zwangsmitteln zur Herbeiführung des Soldateneides erscheint ebenso unstatthaft wie die etwaige Verhängung von Strafen gegen Eidesverweigerung.“ Als Folge der Verweigerung ist lediglich der Ausschluß von jeglicher Beförderung zulässig.<sup>2)</sup>

Das Versprechen, „treu zu dienen“, schließt die Gehorsampflicht gegenüber den Vorgesetzten ein. Eid und Gelöbniß verpflichten aber — im Gegensatz zum Wortlaut des Fahneneides unter Hitler — nicht zu „unbedingtem Gehorsam“<sup>3)</sup>.

Grundgesetz und Soldatengesetz wie auch die Normen des Völkerrechts setzen objektive Maßstäbe für die Grenzen des Gehorsams.

ZDv 10/8 bestimmt:

„Grundlage des Dienstverhältnisses des Soldaten und damit auch des Dienstoides bzw. des feierlichen Gelöbnisses ist die gegenseitige Treue zwischen dem Dienstherrn — der Bundesrepublik Deutschland — und dem einzelnen Soldaten. Die Treue des Dienstherrn gegenüber dem Soldaten besteht darin, daß er die gesetzlich festgelegten Rechte des Soldaten wahrt und nichts Unbilliges oder Unrechtes fordert. Die Treue des Soldaten liegt in der gewissenhaften zuverlässigen Erfüllung seiner Pflichten.“<sup>4)</sup>

Nach christlichem Verständnisses ist nur der religiöse Eid ein Eid im eigentlichen Sinn. Da der Staat aber nach seinem Verständnis niemandem zum Glauben an Gott verpflichten kann, macht er keinen Unterschied zwischen einem religiösen und nichtreligiösen Eid.

Eid und feierliches Gelöbniß begründen keine Verpflichtung, die nicht unabhängig davon bereits bestände. So entschied schon das Reichsmilitärgericht im Jahr 1902, daß dem soldatischen Eid „nur die Bedeutung einer äußerlich erkennbaren feierlichen Bekräftigung getreuer Erfüllung der schon im Augenblick der Zugehörigkeit zum aktiven Heer übernommenen Dienstpflicht zukomme“.

Katholische und evangelische Kirche stimmen darin überein, daß der Schwörende bzw. Gelobende sich über die Tragweite und Bedeutung seines Eides bzw. Gelöbnisses klar sein muß. Daher halten während der Grundausbildung neben dem Einheitsführer auch die Militärpfarrer einen lebenskundlichen Unterricht über Eid und feierliches Gelöbniß. Hinsichtlich der Gehorsamspflicht gibt es gesetzliche Einschränkungen, die bereits auf das Militärstrafgesetzbuch von 1872 zurückgehen und auch in der Wehrmacht galten, wenngleich in der Truppe hierüber nicht unterrichtet wurde. § 47 lautete:

„Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich. Es trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers 1), wenn er den erteilten Befehl überschritten hat, oder 2), wenn ihm bekannt gewesen, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.“

Das Soldatengesetz bestimmt in § 11:

„(1) Der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen. Er hat ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen. Ungehorsam liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt oder der nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt worden ist; die irrige Annahme, es handele sich um einen solchen Befehl, befreit nicht von der Verantwortung.

(2) Ein Befehl darf nicht befolgt werden, wenn dadurch ein Verbrechen oder Vergehen begangen würde. Befolgt der Untergebene den Befehl trotzdem, so trifft ihn eine Schuld nur, wenn er erkennt oder wenn es nach den ihm bekannten Umständen offensichtlich ist, daß dadurch ein Verbrechen oder Vergehen begangen wird.“<sup>45)</sup>

In den vergangenen Jahren tauchte immer wieder die Frage auf, ob ein Christ auch im Zeitalter der nuklearen Abschreckung heute noch guten Gewissens seinen Wehrdienst leisten könne. Es gibt allem Anschein nach immer wieder Wehrpflichtige — Berufs- und Zeitsoldaten betrifft dies aus begreiflichen Gründen nicht, sonst hätten sie nicht den Soldatenberuf gewählt —, die Notwendigkeit und Legitimität des Wehrdienstes einsehen und bejahen und im Notfall auch zur bewaffneten Verteidigung ihres Landes bzw. des Bündnisses bereit sind. Andererseits haben sie ernste Bedenken, beim Einsatz von ABC-Waffen zu einem „atomaren Winter“ beizutragen.

Am 12. 11. 1985 unterzeichneten 20 Rekruten am Tag vor ihrem feierlichen Gelöbnis eine Erklärung an das Bundesministerium für Verteidigung mit folgendem Wortlaut:

„Am 12. 11. 1985 geloben wir, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Aufgrund unserer persönlichen Gewissensentscheidung sehen wir uns an dieses Gelöbnis nur gebunden, wenn die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten keine Atom-, biologische sowie chemische Waffen einsetzen.“ Der Vorfall führte schließlich zu einem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts, nach dem ein Vorbehalt zum Diensteid des Berufs-, bzw. Zeitsoldaten und zum feierlichen Gelöbnis unzulässig ist.<sup>6)</sup>

Erklärt also der Soldat durch seinen Eid bzw. sein feierliches Gelöbnis seine Bereitschaft, sich im Verteidigungsfall gegebenenfalls in irgendeiner Form an einem Einsatz von ABC-Waffen zu beteiligen? Diese Frage muß wohl bejaht werden, auch wenn es unwahrscheinlich ist, daß es zu einem solchen Einsatz kommt. Immerhin schätzen führende deutsche Sicherheitsexperten, wie General Professor Graf von Baudissin und der frühere Verteidigungsminister Leber, das Risiko eines Atomkrieges als „fast gleich Null“ ein.<sup>7)</sup> Leber und der damalige Abgeordnete Mertes betonten in einem Brief an den amerikanischen Erzbischof Roach: „Die glaubwürdige Möglichkeit der Eskalation bis hin zur gegenseitigen Vernichtung sichert aus der ihr innewohnenden Logik die objektive Wahrscheinlichkeit und subjektive Gewißheit, daß kein Schuß fällt.“<sup>8)</sup>

Nun äußerte P. Kerber, Professor an der Philosophischen Hochschule München, Bedenken gegen ein Gelöbnis ohne Vorbehalte wegen eines eventuellen Einsatzes von ABC-Waffen. Es könne „von einem Katholiken kaum abgelegt werden, wenn er sich an der Lehre seiner Kirche zu orientieren sucht. Nach übereinstimmender Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils, der Päpste und der Bischofskonferenzen der letzten Jahre ist ein Einsatz von Atomwaffen (ebenso wie von biologischen und chemischen Waffen) ‚ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist‘, weil und insofern dadurch ganze Städte oder weite Gebiete mit ihrer Bevölkerung unterschiedslos vernichtet werden. Nur die Abschreckung mit solchen Waffen kann vorübergehend hingenommen werden. Niemand darf — noch dazu durch ein feierliches Gelöbnis — seine ausdrückliche Bereitschaft zu einer unmoralischen Handlung versprechen. Ist der Einsatz von Atomwaffen unmoralisch, dann auch das unbedingte Versprechen, sie einzusetzen.“<sup>9)</sup> Die Argumentation Kerbers scheint aber aus folgenden Gründen nicht überzeugend: Der Text der Pastoralkonstitution, auf die er sich bezieht, hat einen anderen Zusammenhang. Nr. 80 lautet:

„Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“

Wer die militärischen Einsatzgrundsätze kennt, weiß, daß sie nicht hierauf abzielen. Die Pastoralkonstitution sagt auch nicht, „weil und insofern dadurch ganze Städte usw. vernichtet werden“. Sie betrachtet nicht jedweden Einsatz von ABC-Waffen als Verbrechen, wie die Ausführungen Kerbers nahelegen könnten.

General Altenburg sagte im April 1983 in seiner damaligen Eigenschaft als Generalinspekteur im Deutschlandfunk, der nukleare Ersteinsatz als „politisches Signal“ auf ein „Ziel irgendwo“ könne einem Aggressor deutlich machen, daß der Verteidiger bei Fortsetzung der Aggression selbst vor den äußersten Mitteln zu seiner Verteidigung nicht zurückschreckt:

„Der nukleare Ersteinsatz wird damit selbst im Krieg noch ein Mittel zur Abschreckung und damit auch zur Beendigung des Krieges. Und eben der Gedanke, daß es Entschlossenheit ist, die Abenteuer verhindert, zwingt zu der weiteren Überlegung: Ist solche Entschlossenheit auch vorher unverkennbar, kommt es erst gar nicht zum Angriff und zur Frage des Ersteinsatzes.“

Die deutschen Bischöfe sagten zu Recht in ihrem „Wort zum Frieden“ vom 18. April 1983, man dürfe „nicht einzelne Waffen oder Systeme isoliert vom Gesamtzusammenhang der Strategie betrachten. Wenn die Abschreckung den Waffen ein politisches Ziel im Rahmen der Kriegsverhütung setzen soll, dann müssen sie unter diesem Blickwinkel beurteilt werden. Eine von dieser politischen Zielsetzung losgelöste Beurteilung nuklearer Strategie müßte zwangsläufig zu einer radikalen Verurteilung führen. Wird die Androhung eines Einsatzes von Nuklearwaffen als ein Teil der umfassenden Abschreckungsstrategie mit dem Ziel der Kriegsverhütung verstanden, dann müssen ihre Chancen und Risiken mit äußerster Gewissenhaftigkeit geprüft werden.“ (S. 53)

Damit der Frieden sicherer wird, genügt es nicht, sich für einen selektiven Nicht-Ersteinsatz mit bestimmten Waffen einzusetzen, sondern man kann ihn nur sichern, wenn man einem umfassenden Verzicht auf Ersteinsatz aller Waffen zustimmt.

Wenn Kerber einräumt, nur „die Abschreckung mit solchen Waffen kann vorübergehend hingenommen werden“ (ebenda), muß er doch stillschweigend einen irgendwie gearteten Einsatz eben dieser Waffen als sittlich gerechtfertigt ansehen. Denn wenn der potentielle Gegner sicher sein kann, daß sein Widerpart auf keinen Fall Atomwaffen einsetzen wird, würde diese „Abschreckung“ zur bloßen Farce.

Daß sich niemand zu einer unmoralischen Handlung verpflichten kann, „noch dazu durch ein feierliches Gelöbniß“ (ebenda), ist natürlich unbestritten. Denn niemand kann etwas „bei Gott“ geloben, was ausdrücklich gegen ihn gerichtet ist. Und ist der Einsatz von Atomwaffen unmoralisch, dann auch das ausdrückliche Versprechen, sie einzusetzen. Aber wie General Altenburg deutlich gemacht hat, braucht der Einsatz von Atomwaffen

keineswegs unmoralisch zu sein, ja, kann den Ausbruch eines Krieges verhindern oder einen bereits ausgebrochenen Krieg abkürzen oder beenden und so vor einer „totalen und gegenseitigen Vernichtung des einen Gegners durch den anderen“<sup>10)</sup> bewahren.

Es ist sicher begrüßenswert, wenn sich möglichst viele Soldaten über mögliche Konfliktsituationen Gedanken machen, denn der „unbedingte Gehorsam“ ist zutiefst unchristlich und „man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5,29). Nach den Bestimmungen des Soldatengesetzes besteht eine menschenmögliche Garantie dafür, daß die Normen des natürlichen Völkerrechts, die das II. Vaticanum einschärft, gewahrt werden. Sollte jedoch einmal ein militärischer Befehlshaber einen Befehl erteilen, der gegen die Grundsätze des natürlichen Völkerrechts verstieße und „ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte“, müßte der Soldat ihn verweigern.<sup>11)</sup>

Papst Johannes Paul II. hat, ähnlich wie seine letzten Vorgänger, immer wieder zur Frage von Krieg und Frieden Stellung genommen. In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag betont er:

„Aus diesem Grund zögert der Christ nicht, während er sich voller Eifer darum bemüht, alle Formen kriegerischer Auseinandersetzung zu bekämpfen und ihnen zuvorzukommen, gleichzeitig im Namen einer elementaren Forderung der Gerechtigkeit daran zu erinnern, daß die Völker das Recht und sogar die Pflicht haben, durch angemessene Mittel ihre Existenz und ihre Freiheit gegen einen ungerechten Angreifer zu verteidigen (vgl. Konst. Gaudium et spes, Nr. 79)“.

## Anmerkungen

- 1) Vgl. zu diesem Komplex: „Eid und Feierliches Gelöbnis“, Schriftenreihe Innere Führung, Reihe Erziehung, Heft 14, 1969
- 2) Vgl. Scherer, Soldatengesetz, 41971 München, S. 60
- 3) Nach dem Tod Hindenburgs wurden die Soldaten erneut vereidigt: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“
- 4) Vgl. hierzu: Lothar Groppe, Befehl, Gehorsam, Gewissen und Verantwortung, Auftrag, April 1986; derselbe: Gewissen und Verantwortung, in Wehrethik I, Wien 1986, S. 9ff.
- 5) Vgl. hierzu: Lothar Groppe, „Gedanken zu einer Wehrethik“ in: Europäisches Wehrkunde, 9/1979
- 6) 2. Wehrdienstsenat, 2 WDB 11/86 vom 6.3.87
- 7) Lothar Groppe in „Theologisches“ 10/83, „Frieden — aber welchen und wie?“, Lothar Groppe in Criticón 79, Sept./Okt. 83, „Die Friedenspapiere der deutschen und amerikanischen Bischöfe“
- 8) Lothar Groppe in „Fidelity“, Vol. 3, No. 8, 7/1984, „A comparison of the statements of the German and American Bishops on war and peace“
- 8) Stimmen der Zeit, Juli 1987: „Militärisches Gelöbnis und persönliches Gewissen“. Vgl. hierzu Lothar Groppe, „Was sagt das II. Vatikanische Konzil zum soldatischen Dienst und zur Verteidigung?“, in G.v. Gaupp-Berghausen, „Die Ethik des Soldaten in der Gesellschaft von morgen“, München 1978, S. 59ff.  
Lothar Groppe, Die Stellungnahme der katholischen Kirche zu Krieg und Frieden, Wien 1978, S. 22ff.  
Lothar Groppe, „Der Kampf um den Frieden“, Informationsdienst des Deutschen Instituts für Bildung und Wissen, Januar 1983
- 10) Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“, Nr. 80
- 11) Lothar Groppe, „Gehorchen ohne Gewissen?“, Rheinischer Merkur, 5.1.73  
Lothar Groppe, „Die katholische Kirche zu Frieden und Krieg“, in „Geschichte fernsehen“, Februar 1984  
Lothar Groppe, „Soldatsein heute — Was sagt das II. Vaticanum?“ in „Allgemeine Schweizerische Militärschrift“, Nr. 4, April 1981

## Der Neue

*Eine Erzählung aus meiner Junglehrzeit*

Hans Bahrs

Es ist nicht leicht, irgendwo der Neue zu sein. Das wissen alle, die dieses Schicksal einmal erfahren haben. Aber da ist ein Unterschied, ob das in der Kindheit oder erst in späteren Jahren geschieht. Man ist in den Kinderjahren noch empfindlicher. Das berühmte „dicke Fell“ fehlt, die Fähigkeit, etwas hinzunehmen, auch den Schmerz, ohne daran zu zerbrechen.

Vor einiger Zeit kam der Neue in unsere Klasse. Zuerst wußte ich nicht einmal seinen Namen. Als ich aus dem Lehrzimmer trat, sagte ein Junge: „Der Neue ist da!“ — „Soso!“ meinte ich. Ich sah ihn mir mit einem scharfen Blick an, als ich zu meinem Pult schritt. „Setzt euch!“ Und dann: „Wie heißt du denn? Komm mal her!“ Jetzt stand er vor mir, der Neue: groß, schwächling, dunkelhaarig, mit unruhigen Augen von unbestimmbarer Farbe. Schmale Schultern besaß das Kerlchen. „Du hast wohl schon tüchtig gearbeitet?“ fragte ich lächelnd und wies auf seine großen Hände. Der Junge betrachtete mich scheu. Schon im Weggehen sagt er leise: „Ja!“ — „Na, wie heißt du denn?“ hielt ich ihn auf. „Wenzel Dischora!“ antwortete er mit gleicher tonloser Stimme. „Wenzel? Einen Wenzel hatten wir hier bisher ja noch nicht. Du kommst wohl aus Böhmen?“ — „Ja!“ — „Seht, Jungs, das ist weit von hier, dieses Böhmerland. Und daher kommt Wenzel. Wir wollen ihm gute Freunde sein, ja?“ Dann gab ich dem Jungen die Hand. Ich sah im fest in die Augen. „Vor uns brauchst du dich nicht zu fürchten!“ sagte ich lachend. Ein leiser Schein, kein Lachen, aber vielleicht ein Anfang davon, huschte über das magere Jungengesicht. „Komm nachher einmal zu mir!“ ermunterte ich ihn.

Dann begann die Stunde. Sie war wie immer, aber doch nicht so ganz. Ein Neuer saß unter meinen Jungen. Man spürte es an der Unruhe. War ich ruhig? Oder der Neue? Nein, wir waren alle angerührt von dieser ersten Begegnung. Ein jeder von uns dachte nach. Das litt die Gedanken nicht recht bei den Rechenaufgaben. Immer wieder gingen sie auf die Wanderschaft.

In der Pause umringten die Jungen den Neuen. Er machte eine recht unglückliche Figur inmitten meiner Rasselbande. Sie lachten und scherzten mit ihm. Sie forderten ihn heraus. Aber er rührte sich nicht vom Fleck. Da ließen ihn die Jungen stehen und spielten. Sie luden ihn nicht ein, sich zu beteiligen. Bald stand er ganz für sich und betrachtete aus der Ferne das Spiel. Seine Hose fiel ihm viel zu lang über die Knie. Die Jacke mochte früher einem anderen gehört haben. Sie war in den Ärmeln zu kurz. So stand der Neue da, als wenn ihn fröre.

Wenzel war schon älter als meine Jungen. Das Schicksal hatte ihn böse gezaust. Der Vater war in den Wirren der ersten Nachkriegszeit umgekommen. Die Mutter hatte mit ihren drei Kindern flüchten müssen. Dabei waren sie viel umhergestoßen worden, hatten wenig Liebe, aber viel Haß erfahren. So waren sie scheu und ängstlich wie die Tiere geworden,

denen man dauernd nachstellt. Wenn man Wenzel genau betrachtete, spürte man, wieviel Not und Elend diese jungen Augen schon mitangesehen hatten.

Ich sandte ihn zum Rektor. Er mußte dort noch Papiere abliefern. Währenddessen sprach ich mit meinen Jungen. Mit wenigen Worten erzählte ich ihnen, was ich von Wenzels Schicksal wußte. Die Jungen lauschten mir in großer Bewegung. Ich nahm ihnen das Versprechen ab, Wenzel in ihre Gemeinschaft voll aufzunehmen. „Er ist noch scheu. Das dürft ihr nicht als Dummheit ansehen. Er fühlt sich fremd. Ihr müßt dafür sorgen, daß er bald ganz zu euch gehört. Ich verlasse mich auf euch!“

Ja, meine Jungen wollten es schaffen. Aber es war doch sehr schwer. Wenzel war ein armer Junge. Die Mutter schlug sich mühsam als Wäscherin durch. Er besaß keine Bücher und Hefte, keine Schulmappe, manchmal auch kein Brot für das Frühstück. Meine Jungen halfen schweigend. Einer brachte Hefte, einer Bleistift und Feder, ein nächster die Federtasche, ich besaß noch eine Schulmappe für ihn. Eine Mutter schickte Frühstück mit, eine andere lud ihn zum Sonntag ein, ein Schneider sorgte für einen Anzug, Schuhe kamen hinzu und viele andere Beweise der tätigen Hilfe.

Nun, man kann sagen, das alles wäre organisiert worden. Das könnte man natürlich tun. Aber damit verchafft man dem Jungen noch keine neue Heimat. Gewiß. So sahen wir es auch. Meine Jungen taten mehr.

Jeder wollte mit Wenzel spielen. Sie rechneten es sich als Ehre an, ihn nach Hause zu begleiten, ihm ihr Messer zu leihen, ihn zum Ballspiel zu holen, kurz, ihn an allem teilhaben zu lassen, was ihre Kinderwelt reich und groß machte.

Was wollte ich noch erzählen? Ach, plötzlich war es soweit. Wenzel konnte wieder lachen, so recht aus vollem Herzen lachen. Er war nicht der Klügste in der Klasse. Gewiß nicht! Dazu fehlte ihm zuviel. Er wurde auch nicht der Anführer meiner Jungen. Aber er blieb auch nicht mehr lange der Neue. Sehr schnell war er einfach der Wenzel. Schon bald erschien uns sein Name nicht mehr fremd. Wir konnten uns die Klasse ohne ihn gar nicht mehr vorstellen. Seht, da war er einer von uns.

## Folklore und Brauchtum

*Die Entdeckung der Vergangenheit ist mehr als nostalgische Illusion. Doch verwechselt der Zuschauer nicht selten Spiel und Realität.*

Wolfgang Altendorf

Umfragen bei Zuschauern, besonders amerikanischen, bestätigen es. Häufig nehmen sie folkloristisch Dargebotenes, etwa den Volkstanz im Friesischen, den Schuhplattler in Oberbayern, den Winzertanz an Rhein und Mosel, die Trachtentänze im Schwarzwald, der Schweiz, in Österreich „als bare Münze“. Die „Show“ erscheint ihnen ein Abbild der Wirklichkeit, die Darsteller als tatsächlich und real und in diesem im Tanz erzeugten Milieu lebend. Der lederbestohene Bayer, die bollenhutgeschmückte Schwarzwälderin, sie können sie sich kaum oder doch nur mit Mühe als Persönlichkeiten vorstellen, die — sagen wir — im rauen Alltag einen Computer bedienen, als Fremdsprachensekretärin arbeiten, vielleicht Anglistik studieren, auf jeden Fall ein Auto steuern und irgendwann im Jahr ebenfalls irgendwohin in Urlaub fahren, wo sie vielleicht gleichermaßen dieser „Brauchtumssuggestion“ — nun ihrerseits als Gäste — unterliegen mögen.

### *Die Tracht ist Kostüm geworden*

Es können allerdings und ebenso durchaus Winzertöchter, Winzersöhne sein, die da reifenschwingend im Reigen tanzen; aber ihr Betrieb zu Hause wird nach modernen, auch technisch modernen, Richtlinien geführt. Sie sitzen genauso oder weniger häufig vor dem Fernseher, wie das jeder von uns tut, kurz sie sind heutige Menschen mit heutigen Ansichten und für gewöhnlich modern gekleidet. Die Tracht — längst zum Kostüm geworden — hängt die meiste Zeit im Schrank und wird nur bei speziellen Anlässen, wie beim „Volkstanz“, herausgeholt.

### *Die Wurzeln reichen dennoch tiefer, als vermutet*

Obwohl alles „nur Spiel“, wird dennoch die Sache an sich wichtig und ernst genommen. Diese „Pflege des Brauchtums“, intellektuell nicht selten belächelt, hat Wurzeln, die tiefer reichen, als vermutet. Sie drückt die Sehnsucht nach mehr Menschlichkeit, nach mehr Stille in dieser lärmenden Welt, nach mehr Gewinn an innerer Zufriedenheit aus, ohne daß deshalb die Abschaffung des modernen Lebensstils betrieben oder auch nur ernstlich ins Auge gefaßt würde. Folklore erscheint so bewertet als „Insel“ in der alltäglichen, dazu meist hektischen Betriebsamkeit. Sie wird gleichermaßen von beiden Ebenen aus positiv hoch eingeschätzt, nämlich von jener Ebene der Darsteller und jener des Publikums. Es erfolgt somit eine ideale Ergänzung, die von daher ihren Zauber nie je einbüßen wird. Sie läßt kaum jemanden, auch nicht den „Nüchternsten“, unberührt.

### *Der Funke springt über*

Während sich da oben auf der Bühne, auf dem Podium des historischen Marktplatzes oder vor sonstiger als schön empfundener Kulisse der Reigen entfaltet, im Tanz sich die ver-

schiedenen Figuren zeichnen, vielleicht mit heiteren oder rustikalen Elementen zusätzlich angereichert, springt der Funke über. Das Publikum versucht sich unwillkürlich und vermag das nicht selten auch, mit den Tanzenden zu identifizieren, sich mit ihnen und was sich durch sie darstellt, aus unromantisch empfundener Gegenwart in eine Romantik zurücktransponieren zu lassen, die allerdings die Schwierigkeiten der Realität jener Vergangenheit bewußt ignoriert. Dennoch entsteht dadurch kein verzerrtes Bild, vielmehr ein die Realität überlagerndes, ein Idealbild also, das durchaus positive Impulse auszulösen vermag.

### *Die aufgewendete Mühe ist groß*

Daß dies alles mehr ist als nur Spaß, zeigen die Mühen, die aufgewendet werden müssen, um solche an das Brauchtum erinnernde Veranstaltungen überhaupt zu organisieren. Meist gehen intensive Studien voraus, die sich auf die Trachten etwa und ihre Historie beziehen. Auf die identischen Einzelheiten, die sehr kompliziert sein können, auf die Art der Tänze, wie sie früher getanzt wurden, ihren Inhalt, ihre Gelegenheit. Nicht weniger auf die Form einer neuen, vielleicht mit zusätzlichen Effekten ausgeschmückten Interpretation, wie sie dann in der Öffentlichkeit gezeigt wird. Der Gedanke bezieht eigentlich immer und von Anfang an das Publikum mit ein, erstrebt also nicht den ausschließlichen Selbstzweck. Manchmal sind die Forderungen sehr real: „Unser Kur- oder Ferienort muß seinen Gästen das bieten, was sie hier erwarten“, derart pragmatisch kann der Auftrag durchaus lauten — und auch akzeptiert werden.

### *Überall in der Welt*

So rechnet der „Brauchtumsabend“ eigentlich fest zu jedem Veranstaltungsprogramm der Kur- und Erholungsorte in aller Welt, in Spanien ebenso wie in Mexiko, in Italien wie in Schweden, in Holland, Frankreich im deutschen Raum und besonders ausgeprägt in den Staaten des Ostblocks, wo zudem ein auffällig hohes künstlerisches Niveau erreicht wird. Nationalistisch geführte Gemeinschaften nutzen die Folklore zur Festigung der „Volksgemeinschaft“, zur „Ausrichtung des nationalen Bewußtseins“ — und wie immer diese Begründungen lauten mögen. Da gibt es staatlich voll geförderte Tanzgruppen, die als „Botschafter des Landes“, also der Ideologie der Mächtigen, weltweit umherreisen und dort in der Tat eindrucksvolle Publikumserfolge einheimsen.

### *Heiterkeit und Spannung*

Diese propagandistische Nutzung hat es dennoch nicht vermocht, jene zu Herzen dringende Naivität, wie sie in den Volkstänzen zum Ausdruck kommt, zu diskriminieren. Der Zauber, den sie vermitteln, bleibt ungebrochen, gleichgültig wie solche Veranstaltungen auch begründet werden. Es sind menschliche Empfindungen, die hier im Tanz ins Schwingen kommen. Das Auge erfreut sich dabei nicht weniger an der bunten Tracht als an der häufig ungekünstelten Bewegung. Die Suggestion trifft direkt das Gemüt und erfüllt jene

Erwartung, die an Kunst und Kultur, trotz aller „Moderne“ nach wie vor und unbeirrt gestellt wird. Heiterkeit und Spannung — das sind die Kriterien, die die „hohe Kunst“ heutzutage nur selten erfüllt. Die volkstümliche bewahrt sie, gleichgültig wie man sie künstlerisch bewertet.

### *Gemeinschaftliches Erleben*

Nicht unterschätzt werden darf das Zugehörigkeitsgefühl der Tanzenden, wie es sich während der Proben, aber auch bei den Aufführungen bildet. Man ist, soll das Vorhaben gelingen, aufeinander angewiesen. Die tänzerisch-rhythmische Bewegung verstärkt dieses Gefühl gemeinschaftlichen Erlebnisses. Und häufig bleiben gerade folkloristische Gruppen jahrelang zusammen, so daß sich die positiven Einwirkungen festigen. Das geschieht auf eine menschlich optimale und deshalb für jeden einzelnen als bedeutsam empfundene Art und Weise. Verkleidung ist stets, mehr oder minder, ein Heraustreten aus dem Gewöhnlichen, dem Realen. Die Metamorphose absorbiert Spannungen, ähnlich wie Träume das tun. Die Identifikation allerdings bindet sich an diese Verkleidung; sie wird mit ihr stets wieder vollständig abgestreift.

# Brief an den Sohn

*Gespräch mit Klaus*

Hans Bahrs

Als ein schrecklicher Unfall, bei dem die Eltern meines Patenkindes ums Leben kamen, mich an mein Versprechen gemahnte und ich von dem Augenblick an die Vaterstelle für den achtjährigen Klaus einnahm, mußte ich die Dokumentenmappe mit seinen Familienpapieren sorgfältig verwahren. Einen verschlossenen Briefumschlag mit der Aufschrift „An meinen erwachsenen Sohn“ fand ich darin. Nun, an seinem Volljährigkeitstag habe ich ihn an Klaus übergeben. Mein Patensohn war sichtbar erregt und verschwand wortlos mit diesem Brief.

Am späten Abend kam Klaus in mein Arbeitszimmer und reichte mir das Schreiben. „Lies bitte, Onkel! Du hast es verdient, zu wissen, was mein Vater aufgeschrieben hat, als ich noch ganz klein war. Was mag ihn dazu bewogen haben? War er ein sehr grüblerischer Mensch?“

„Setze dich zu mir, mein Jungel!“, sagte ich und ließ den Schein der Lampe auf das Blatt fallen.

„Mein lieber Klaus!“ stand da.

„Am Beispiel meiner Eltern enthüllte sich mir die Wahrheit des Wortes, das dem Sinne nach besagt: Zwei Menschen können Länder und Meere hinter sich lassen — wenn sie füreinander bestimmt sind, werden sie sich nicht entrinnen.“

Ein erstes, früh verstorbenes Kind kettete meine Eltern zusammen. Vielleicht hätten sie damals auseinandergehen sollen. Sie haben ihrem Wesen und ihrem Herkommen nach niemals zueinander gepaßt, wie es uns, die wir ihren gemeinsamen Weg und ihr Zerwürfnis nachträglich betrachten, heute nach langer Zeit der Abkehrung erscheinen will.

Ich weiß, es steht dem Sohn, auch wenn er lange erwachsen ist, nicht an, über die Ehe seiner Eltern zu urteilen. Begnüge Dich daher mit der knappen Feststellung, daß sie geschieden wurde und daß wir Söhne bei der Mutter blieben. So wurde es vom Gericht bestimmt, und wir heranwachsenden Jungen haben es stets als Rechtens angesehen, es uns gar nicht anders vorstellen können.

Im Elternhaus meiner Mutter hatte der harte Wille des Vaters fast unumschränkt gegolten und die Charaktere der Kinder entscheidend geprägt. Durch das Zerbrechen der Familienordnung nach der Scheidung meiner Eltern waren wir Kinder schon frühzeitig zur Selbstständigkeit, zur Nüchternheit gegenüber den Erfordernissen des Alltags und zur Ritterlichkeit zum Schutze unserer leidenden Mutter aufgerufen worden. Die wirtschaftliche Grundlage war unserer Familie mit dem Fortgang des Vaters bereits entzogen worden. Wir wurden in den beißenden Zugwind des Existenzkampfes hineingestellt, der uns härteste und in dem wir uns einzeln bewähren mußten. Die wirtschaftliche Not schweißte unsere Rumpffamilie zusammen. Sehr früh streiften wir unser Kindsein ab und umgaben uns

mit dem Schutzpanzer scheinbarer Gelassenheit, um unsere Unsicherheit zu verbergen. Woher hätten wir denn wohl auch Sicherheit nehmen sollen?

Du wirst spüren, mein lieber Junge, daß ich heute noch nicht in der Lage bin, diesen Abschnitt meines Lebens leidenschaftslos zu betrachten. Zu stark ist mein eigener Weg damals geprägt worden, zu selten habe ich als Kind aus vollem Herzen heraus lachen können, zu sehr erfaßte das Unglück der Mutter auch mich, schärfte das Mißtrauen, stellte alles in Frage, was gut, hell und schön hätte sein sollen. Die Prägung, die auch meine Brüder durch diesen Eingriff erfahren haben, hat unser ganzes Leben bestimmt, hat Wesenszüge bei uns stärker ausgeprägt, als das wohl bei einer normalen Entwicklung geschehen wäre, andere dagegen zurückgerängt.

Vielleicht liegt die eigentliche Wurzel dafür, daß ich mir immer besondere Mühe um ein harmonisches Familienleben in unserem Haus gegeben habe, in meiner Kindheit, in der mir — bedenke ich es heute — der Vater doch recht gefehlt hat.

Manchmal muß man einen weiten Weg, möglicherweise auch einen Umweg gehen, um zu sich selbst zu kommen. Wir dürfen nicht auf das verzichten, was uns eigen ist. Wir müssen uns erfüllen, wie das Schicksal in uns angelegt ist. Manchmal wissen wir das ganz genau. Dann aber gibt es wieder Zeiten, wo wir zweifeln und völlig uneins mit uns selbst sind. Das sind die Krisen in unserem Leben, die fruchtbaren, gelegentlich aber auch furchtbaren Phasen auf unserem Weg, in denen wir von Krankheiten des Leibes und der Seele heimgesucht werden und auf dem tiefsten Punkt dennoch schon wieder die Nähe der Höhe, den Ausblick und die Zuversicht gewinnen, unbeirrbar im Gottvertrauen unserem mit Bedacht gewählten Kurs zu folgen. Wer niemals von den Fieberschauern des Zweifels geschüttelt wurde, ob sein Leben auch nach dem ihm innewohnenden Gesetz gestaltet werde, wer immer nur glatte Straßen ohne Widerstände wandelte, der wird um den letzten Sinn seines Seins betrogen werden. Der Mensch soll nicht nur an Jahren älter, er soll auch an erlittenen Erfahrungen reicher, das heißt endlich auch reifer werden.

Du stehst nun als Mann in der Gestaltung deines eigenen Lebens. Mögen Dir die fruchtbaren Krisen des Zweifels nicht erspart bleiben, möge aber auch die Kraft Deines Herzens immer stark genug sein, aus der Niederung dem Ziel Deines Weges, das Du Dir selbst gesteckt hast, täglich ein Stück näher zu kommen. Dafür wünsche ich Dir guten Mut!

In Herzlichkeit

Dein Vater“.

„Schau auf das Datum, Klaus!“, sagte ich bewegt und legte das Blatt nieder. „Wenige Tage zuvor war Deine Großmutter gestorben. Kann sein, dies war der Tag ihrer Beerdigung. Solche uns tief bewegenden Ereignisse veranlassen uns manchmal zu Handlungen, an die wir im Alltagsgeschehen nicht denken. Dein Vater hat zurückgeschaut und dir einen Wegweiser aufrichten wollen, vielleicht auch, weil seine Haare bereits ergrauten, als Du geboren wurdest. — Er war ein gemütvoller Mensch, sehr ruhig, aber stets ein Mann der Tat. Du magst durch diese Zeilen bestätigt finden, daß er dich sehr lieb gehabt hat, so lieb wie deine Mutter und seine Mutter. — Ich nehme an, er schrieb seine Hoffnung, seine Wün-

sche für dich als Bilanz seiner Erfahrungen auf. Daraus ist so etwas wie ein ethisches Testament geworden, ein ganz vertrautes Gespräch mit dir. Nicht mehr — aber gewiß nicht weniger.“

„Danke, Onkel! Gute Nacht!“, sagte Klaus, nahm den Brief wieder an sich und verließ still mein Zimmer.

## Potentielle Mörder?

Lothar Groppe SJ

Der Freispruch eines Arztes wegen dessen Äußerung „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder“ hat begrifflicherweise erhebliche Erregung ausgelöst. Wurden doch hierdurch Millionen Soldaten, die ihrem Land unter schwersten Opfern gedient, ihr Leben eingesetzt und hingegeben haben, sowie die Angehörigen der Bundeswehr, die kraft Gesetzes ihren Dienst tun, zumindest in die Nähe von Schwerstverbrechern gerückt. Der Generalinspekteur der Bundeswehr ließ verlauten: „Wenn das Bundesverfassungsgericht erklärt, daß so ein Satz gedeckt ist durch das Recht auf Meinungsfreiheit, dann gibt es am nächsten Tag einen Generalinspekteur weniger. . . Ich erwarte von meinem Dienstherrn, der Bundesrepublik Deutschland, daß er seine Soldaten in Schutz nimmt.“ Handelt es sich bei dieser Äußerung um Überempfindlichkeit eines „ehrpusseligen Militaristen“, oder entspringt sie dem Verantwortungsbewußtsein des ersten Soldaten der Bundeswehr für die ihm anvertrauten Untergebenen? Auch wenn man einmal von der objektiven und subjektiven Beleidigung der Soldaten absieht, die auch im Urteil nicht geleugnet wird, erschreckt doch die offenkundige Begriffsverwirrung bei Arzt und Richter. Wenngleich sie heutzutage nicht ungewöhnlich ist, kann sie zumindest bei Akademikern keineswegs hingenommen werden. Im Deutschen unterscheiden wir unmißverständlich zwischen „töten“ und „morden“, auch wenn diese Begriffe immer wieder vermengt werden. So hieß es etwa in einem Artikel der „Welt“ vom 2. 9. 1989: „Walfang ist Mord“. Andererseits wehren sich die Befürworter der Abtreibung vehement gegen die Klassifizierung von vorsätzlicher Tötung ungeborener Kinder als Mord. Nun ist es richtig, daß der § 218 StGB von Abtreibung als Schwangerschaftsabbruch spricht. Gewiß kann man aus rechtspolitischen Gründen zwischen Mord, Totschlag, Abtreibung und Kindestötung unterscheiden. Aber das Landgericht Ulm billigte 1984 dem bekannten Arzt Dr. Ernst das Recht zu, Abtreibungskliniken „Mordinstitute“ zu nennen. Dies entspricht durchaus katholischer Auffassung. Bis zum 4. 9. 1941 definierte § 211 „Mord“ als die „mit Überlegung ausgeführte vorsätzliche Tötung eines Menschen.“ Dies trifft auf die Abtreibung zu. Dagegen handelt es sich bei Kampfhandlungen von Soldaten um Akte der Notwehr. Von ihr sagt § 32 StGB (1): „Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.“

(2) Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.“

Der neugefaßte § 211 definiert als „Mörder“, wer „aus Mordlust . . . oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln . . . einen Menschen tötet.“ Während bei der Abtreibung die Tötung gezielt intendiert wird, wird sie beim Soldaten notfalls in Kauf genommen, um einen ungerechten Angreifer kampfunfähig zu machen. Die Gleichsetzung von Tötung in gerechter Notwehr und Mord ist geeignet, der Verwilderung der öffentlichen Moral Vorschub zu leisten. Wenn Soldaten tatsächlich „potentielle Mörder“ wären und es in der Bundeswehr einen „Drill zum Morden“ gäbe, wäre der Wehrdienst unsittlich und müßte von jedem gewissenhaften Staatsbürger aus Gewissensgründen verweigert werden.

## Was soll die Kirche noch tun?

Helmut Fettweis

Seit Jahren ist wissenschaftlich erhärtet, daß mit der Vereinigung von Samen und Ei neues menschliches Leben beginnt.

Seit Jahren liegt die Zahl der Abtreibungen bei über 200000 im Jahr. Davon werden etwa 75% mit der Begründung einer sozialen Notlage vorgenommen. Und das in der Bundesrepublik, einem der reichsten Länder der Welt.

Seit Jahren helfen die Kirchen im Rahmen der im § 218 b StGB vorgeschriebenen Beratungen. Weiterhin geben Staat, Länder, Gemeinden und wiederum die Kirchen finanzielle Hilfe. Somit wird den Frauen in Not, aber auch den mitverantwortlichen Männern in umfassender Weise geholfen (z. B. Bonn Caritas und pro vita). Die Hilfe geht über die Zeit der Geburt weit hinaus. Die Kirchen haben seit vielen Jahren deutlich gemacht und handhaben das auch in der Praxis, daß dem unehelich geborenen Kind kein Nachteil erwächst. Die staatlichen Gesetze und die Hilfen für Alleinerziehende sprechen eine deutliche Sprache.

Auf die große Verantwortung von Mann und Frau wird in Denkschriften der evangelischen und der katholischen Kirche seit 1972 kontinuierlich hingewiesen. Bischöfe, Priester und Laieninitiativen mahnen immer wieder das Recht auf Leben der Ungeborenen an.

Noch am 30. November 1989 haben der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet und der Presse vorgestellt („Gott ist ein Freund des Lebens. Herausforderung und Aufgaben beim Schutz des Lebens“). Diese Schrift hat eine große Anerkennung auch in Kreisen der Wissenschaft und der Politik gefunden.

*Aber an der Praxis der Abtreibungen ändert sich nichts.*

Nun haben die katholischen Bischöfe zum 28.12.1989, dem Tag der „Unschuldigen Kinder“ ein Gedenk- und Mahnläuten veranlaßt. Dieses Läuten ist in weiten Teilen mit den Laiengremien abgesprochen. Es hatte erklärtermaßen den Sinn, die Gläubigen zum Gebet

zu bitten für die vielen Kinder, die nicht in Frieden bestattet werden konnten. Außerdem sollten *alle* Bürger gemahnt werden, das Problem zu durchdenken und im Gebet um die Erkenntnis für Lösungsmöglichkeiten zu bitten.

Nachdem die stillen Proteste nichts gefruchtet haben, nunmehr eine lautere Mahnung!

Jetzt wird der Kirche vorgeworfen, sie übe Psychoterror aus. Erstaunlich, daß vielfach dieselben Leute solche Dinge sagen, die behaupten, die Kirche hätte im 3. Reich viel öfter die Glocken läuten müssen. Viele vergessen jedoch, daß damals vielfach nicht geläutet werden durfte. Man verlangt also, daß die Kirche damals Unrecht lauter hätte anprangern müssen, und ist empört, daß sie es heute tut. Das Unrecht an den Kindern, die im Mutterleib getötet wurden, schreit heute ebenso wie damals die Ermordung der Geisteskranken und Juden gegen den Himmel.

Wir als Kirche haben aus der Vergangenheit gelernt, und nun soll das wieder falsch sein?

Hinzu kommen nun besonders Wohlmeinende, die behaupten, die Kirche müsse noch öfter läuten für die ermordeten Kinder in Temeswar, die sterbenden Kinder in Äthiopien usw.

Warum so weit entfernt schweifen, heißt es doch in der Schrift (Mt 7,3—5), erst den Balken aus dem eigenen Auge zu ziehen und dann erst den Splitter aus dem Auge des Nächsten. Wer diese Reihenfolge nicht beachtet, könnte leicht Heuchler genannt werden.

Außerdem wissen wir doch, daß die Hilfswerke Adveniat, Misereor, Brot für die Welt usw. sich um die Armen in der Ferne kümmern. Haben die lauten Rufer denn auch ihr großes Scherflein dazu beigetragen? Die Aufkommen für diese Spenden zeigen, daß immer die Schar der festen Gläubigen den Löwenanteil beiträgt. Und die furchtbare Bluttat in Rumänien könnte auch durch einen Glockensturm nicht wieder gut gemacht werden. Doch ist es jedem unbenommen, auch diese Opfer und solche, die niemand kennt, in das Gebet mit einzuschließen.

Aber wo sind denn die Rufer nach den Kindern, die im Libanon in Not sind? Wer hat sich schon einmal hier mit einer Spende versucht?

*Was also sollen wir als Kirche nun noch tun?*

Die fach- und sachgerechte Mahnung wird über Jahre hinaus nicht ernstgenommen.

Die Hilfswerke und die Umkehr im Denken nimmt man nicht zur Kenntnis. Das mahnende Geläut der Glocken aber empört die „Gerechten“.

## Blume des Jahres 1990

Das Sandglöckchen, Blüte von Juni bis August — *Jasione montana*

*Benötigt kargen Boden — deshalb in der mitteleuropäischen Kulturlandschaft stark gefährdet  
Viele Namen: Sandköpfchen, Sandknöpfchen, Berg-Jasione, Schaftskabiose*

Wolfgang Altendorf

Die Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen, Kampchaussee 10, 2050 Hamburg 80, unter ihrer Schirmherrin Frau Loki Schmidt, kürt seit Jahren und jährlich neu die „Blume des Jahres“. Es werden dabei jene Wildblumen ausgewählt, die als besonders gefährdet angesehen werden müssen. Die Gefährdung rührt einmal und vordringlich aus einer Verweigerung des Lebensraumes dieser Blumen her, zum anderen aus der in Europa und in der Welt noch immer zunehmenden Zerstörung des Lebensraumes durch Gewässer-, Boden- und Luftverschmutzung. Nicht zuletzt gerieten ohnehin seltene Pflanzen durch jene materiellen Möglichkeiten in Gefahr, wie sie etwa im Tourismus die „Erschließung unberührter Landschaften“ im Gebirge und an der See für die Erholung zuließen. Hier gegenzusteuern bemüht sich die Stiftung vor allem mit Aufklärung und Information. Erfolge zeichnen sich unstreitig ab. So konnte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Anzahl von der Ausrottung bedrohter Wildblumen und -pflanzen gelenkt werden, wie etwa auf die Gelbe Narzisse (Blume des Jahres 1981), das Rote Waldvögelein (1982), die Wildtulpe (1983), das Sommer-Adonisröschen (1984), die Wild- oder Waldakelei (1985), die Arnica montana (1986), die Stranddistel (1987), die Sumpfcalla (1988) und die Karthäuser Nelke (1989).

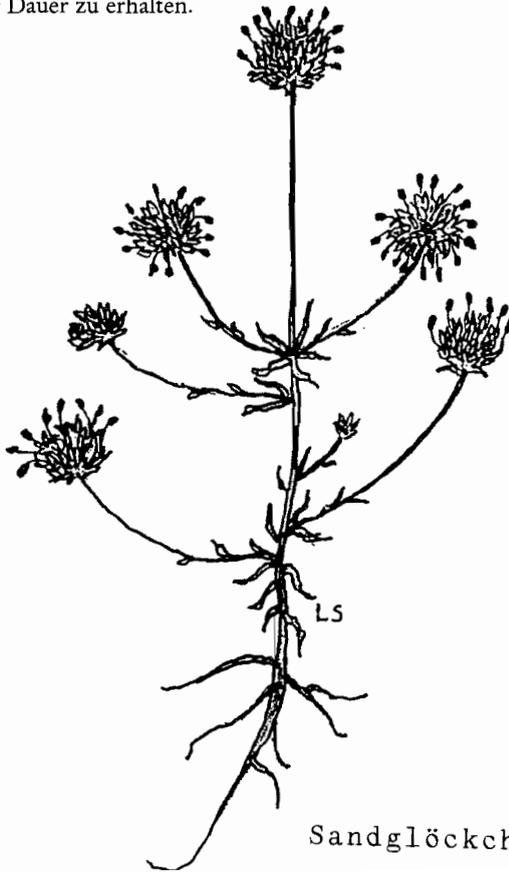
### *„Öde“ Flächen als Biotop*

„Blume des Jahres 1990“ ist das Sandglöckchen (*Jasione montana*), das eigentümlicherweise gerade wegen seiner Genügsamkeit, was den Standort anlangt, entschieden bedroht erscheint. Es wächst auf Böden, die nur karge Vegetation zulassen, eigentlich für die Land- und Forstwirtschaft deshalb ungeeignet erscheinen, aber mit Hilfe von „Bodenverbesserung“, Düngung und Bewässerung „kultiviert“ werden. Obwohl man anderweitig Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausnimmt, um dem Überfluß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Westeuropa gegenzusteuern, scheinen solche „öden“ Flächen geradezu dafür herauszufordern. Doch nicht nur das Sandglöckchen, auch andere Pflanzen und Kleinlebewesen brauchen den Trockenrasen als Biotop. Er ist für sie und für ihr Überleben nun einmal unerläßlich.

### *Wurzel bis 15 cm tief in die Erde reichend*

In der Tat findet sich gerade das reizvolle Sandglöckchen auf sandigen, d. h. kalkfreien Böden mit geringer Variationsbreite etwa zum Trockenrasen hin, möglichst sonnig und hügelig dazu, angewiesen. Hier hat sich also eine Pflanze entwickelt, die eine vegetationsdünne, für andere Pflanzen zu schwierige Nische für sich eroberte. Das Sandglöckchen erscheint dazu von der Natur bestens ausgerüstet. Seine Blätter sind schmal und länglich,

„streifenförmig“, ungezähnt und an den Rändern etwas gewellt, was die Verdunstung erschwert. Sie bilden eine „grundständige Rosette“ aus der der Stengel fast senkrecht hochwächst. Die Pflanze kann bis zu fast einem halben Meter groß werden, begnügt sich aber zumeist mit 20 oder 30 cm über der Erdoberfläche; die Wurzel reicht wenigstens 15 cm tief in die Erde hinein, um jene minimale Feuchtigkeit zu erreichen, die auch das Sandglöckchen zum Gedeihen benötigt. Der Stengel dieses „Glockenblumengewächses“ ist rauhaarig, setzt nur wenige Blätter oberhalb der Rosette an und stets dort, wo sich die Stengelverzweigungen für die Blütenköpfchen bilden. Die Blütenstände, die sich im Juli oder auch erst im August entfalten, sind relativ klein, hellblau, jedoch so zahlreich an den Stengelverzweigungen, daß die Pflanzen in der kargen Umgebung, in der sie wächst, auffällt. Nimmt man eine Lupe zur Hilfe, so erkennt man, daß die von Hüllkelchen getragenen Blütenköpfchen viele kleine glockenblumenähnliche, im eigentlichen jedoch tiefeingeschlitzte Blütchen enthält. Der Schlitz erleichtert die Bestäubung für Insekten. Auf solche Insektenbestäubung angewiesen, locken die Blütchen durch ihre Farbe stets eine ganze Anzahl Bienen, Hummeln und andere Nektarsucher an. Das Sandglöckchen ist in der Regel ein einjähriges Gewächs; an optimal günstigen Standorten kann es auch zweijährig auftreten. Die Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen kaufte Grundstücke mit Trockenrasen auf, um einige dieser gefährdeten Lebensräume — auch für das Sandglöckchen — zu sichern und auf Dauer zu erhalten.



# OIC

*Bericht über die Konferenz der Internationalen Katholischen Organisation (OIC) vom 16. bis 21. November 1989 in Annecy*

Jürgen Bringmann

1. Das Apostolat Militaire International (AMI) war auf der Konferenz 1989 der Internationalen Katholischen Organisationen (OIC) vom 16. bis 21. November in Annecy (Frankreich) wie im letzten Jahr durch Oberstleutnant Jürgen Bringmann, den Bundesgeschäftsführer der GKS, vertreten. An der Konferenz nahmen 50–60 Vertreter von 30 OIC teil.

2. Die Präsidentin, Geneviève RIVIERE, wies besonders darauf hin, daß die Bedeutung der 28. Konferenz der OIC durch die Anwesenheit je eines Vertreters des vatikanischen Staatssekretariats, des Weltlaienrats und der UNESCO unterstrichen werde.

Der Geistliche Beirat sprach ein einführendes Wort zum Thema der Konferenz: „Ihr aber, für wen haltet ihr mich?“ (Lukas 9,20).

3. In ihrem Bericht wies die Präsidentin u. a. auf folgendes hin:

- Seit der außerordentlichen Generalversammlung von Paris vor 17 Monaten trat der Ständige Ausschuß (Comité de Continuité) viermal zusammen, davon zweimal in Rom, wo Verbindung mit dem Weltlaienrat und den OIC in Rom aufgenommen wurde.
- Aufgaben des Ständigen Ausschusses:
  - Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung
  - Verbesserung der Außenwirkung der OIC
  - Intensivierung des Kontakts zwischen den OIC
  - Unterstützen der Arbeit der eingesetzten Arbeitsgruppen. Sie sind sehr unterschiedlich zusammengesetzt und haben teilweise Probleme mit der Finanzierung.
- Neubestellung des Geistlichen Beirats (Vorschlag mit je 2 Spaniern und Franzosen wurde dem Vatikan zugeleitet)
- Verstärkte Zusammenarbeit mit den Katholischen Zentren. Der Weltlaienrat hat die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Katholischen Zentren sowie die Bedeutung der Entsendung von katholischen Vertretern in die internationalen Organisationen unterstrichen.
- OIC waren bei der Bischofssynode, beim Ökumenischen Prozeß in Basel und bei Konferenzen des Weltlaienrats vertreten.
- Anstehende Neuwahl des Präsidenten, des Ständigen Ausschusses sowie Neuberufung von Arbeitsgruppen.

4. In einem Grußwort überbrachte der Vertreter des Hl. Stuhls die Grüße des Hl. Vaters und unterstrich, daß der Papst den OIC große Bedeutung zumesse und sich bemühe, mit den Verantwortlichen der OIC zusammenzutreffen.

5. Das Thema der Konferenz „Ihr aber, für wen haltet ihr mich?“ — Folgerungen für die Arbeit der OIC — wurde von Pater Boné vorgestellt und dann in 5 Arbeitsgruppen (3 Franz., 1 Span., 1 Engl.) behandelt. Fragestellungen:

- Die unterschiedlichen Aktivitäten der OIC in der Welt von heute — auf welche Art und wo kann jede OIC das Evangelium verbreiten?
- Welche Herausforderungen für diese Aufgabe stellen sich heute — wie können wir sie meistern?
- Welche Widerstände und Schwierigkeiten gibt es für die Arbeit der OIC heute — wie können wir sie (gemeinsam) überwinden?

6. Einzelbeiträge zum Thema bzw. zur Arbeit ihrer Organisation lieferten:

- UMEC (Internationale Vereinigung Katholischer Lehrer)
- MMTC (Weltbewegung Katholischer Arbeiter)
- OCIC (Internationale Katholische Organisation für Film und AV-Medien)
- JECI (Internationale Katholische Studierende Jugend)
- FIAMC (Internationale Bewegung Katholischer Ärztverbindungen)
- MIJARC (Internationale Bewegung Katholischer Bauernjugend)
- ACIJF (Internationale Bewegung für den Dienst an der weiblichen Jugend)
- BICE (Internationales Katholisches Büro für das Kind)

7. Der Sonntagsgottesdienst wurde mit dem Bischof von Annecy gefeiert, der ihn unter das Thema stellte „Wir sind eine Gruppe von Menschen, die um eine Person — Jesus — versammelt ist“.

8. Aus mehreren Plenumsdiskussionen sind folgende Punkte erwähnenswert:

- Die OIC sollen sich auch mit den Problemen der Familie beschäftigen, die einerseits in der Krise, andererseits Zelle der Gemeinschaft ist. Die UNO beabsichtigt, 1994 ein „Internationales Jahr der Familie“ auszurufen.
- Integration zwischen den OIC ist erforderlich, nicht Isolation.
- OIC müssen Grenzen zwischen den Generationen überwinden.
- Auseinandersetzung mit dem Problem der Gewalt ist erforderlich — nicht nur im Krieg, sondern im täglichen Leben (gegen Frauen, Kinder usw.).
- Frieden ist für viele OIC ein „Utopia“. Wir brauchen ein neues „Utopia für heute“.
- In der Konferenz der OIC überwiegt die französische Sprache völlig. Zumindest Englisch und Spanisch müssen verwendet werden, auch in den Dokumenten.
- OIC müssen sich bewusst sein, daß christliche Aussagen in einer säkularisierten Welt nicht mehr allgemein verstanden werden. Der Christ, der in der Welt und zugleich

außerhalb von ihr steht, muß diesen Widerspruch meistern. Er muß dabei auch Kompromisse schließen.

- OIC müssen Gleichgewicht zwischen Spiritualität und Aktion finden.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Laien (Organisationen) und der Amtskirche ist nicht immer befriedigend; häufig wird die Rolle der Amtskirche überschätzt.
- OIC sind Mitglieder in einer Kirche, die nicht Summe von Personen und Gruppen, sondern Gemeinschaft ist.
- Katholiken müßten sich darüber klar sein, daß die alte Betrachtung von wirtschaftlichen Zusammenhängen unter dem Gegensatz „Sozialismus — Kapitalismus“ überholt sei. Heute gehe es darum, existierende soziale und wirtschaftliche Systeme zu humanisieren.
- Die finanzielle Lage vieler OIC ist unbefriedigend.

#### 9. Berichte der in Brüssel eingesetzten Arbeitsgruppen:

- „Kriterien der Kirchlichkeit in den OIC“
- Aufgaben der Geistlichen Assistenten in den OIC
- „Internationalität“
- „Menschenrechte“. Dieses Thema ist in den OIC von besonderer Bedeutung. Deshalb wurde die Mitarbeit des AMI in dieser Arbeitsgruppe angeboten.
- „Mitarbeit der OIC am ‚Weltjahrzehnt der kulturellen Entwicklung‘“
- „Unterricht“
- „Familie“
- „Jugend“

#### 10. Berichte der Katholischen Zentren

- Zentrum Genf
- Zentrum Paris. Das Zentrum wurde neues Mitglied der Konferenz der OIC.
- Zentrum New York. Schwester Eileen FitzMaurice als neue Verantwortliche berichtete der Konferenz.
- Antenne de Vienne in Wien.

11. Eine Änderung der Statuten zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Katholischen Zentren wurde einstimmig angenommen.

12. Für die Wahl zum neuen Präsidenten der Konferenz der OIC waren vorgeschlagen:

Amin FAHIM (BICE) — Ägypter

Geneviève GRANGY (AIC) — Französin

Gewählt wurde Amin FAHIM (16:13 Stimmen).

13. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen:

- FIDACA (Internationale Katholische Blindenvereinigung)
- OMAAEEC (Weltorganisation ehemaliger Studenten an katholischen Schulen/Universitäten)

Als assoziierte Mitglieder:

- JOCI (Internationale Katholische Arbeiterjugend)
- CIJOC (Internationale Katholische Arbeiterjugend).

Bestehende Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Organisationen über die Art der Vertretung der Arbeiterjugend sollen möglichst bald geklärt werden.

14. In den Ständigen Ausschuß wurden neu gewählt:

- FIMARC (Internationale Katholische Bauernbewegung)
- AIC (Internationale Katholische Gemeinschaft von Wohltätigkeitsorganisationen)
- UMEC (Internationale Vereinigung Katholischer Lehrer)
- MMTC (Weltbewegung Katholischer Arbeiter)
- CICS (Internationale Katholische Pfadfinderschaft)

Eine Bewerbung des AMI um Aufnahme in den Ständigen Ausschuß wurde im zweiten Wahlgang zugunsten CICS zurückgezogen.

15. Der Kassenbericht und der Haushalt 1990 wurden einstimmig angenommen. Es wird überlegt, ob der Beitrag angehoben werden sollte, um die Konferenz der OIC unabhängiger von Spenden zu machen.

16. Die Arbeitsgruppen „Internationalität“, „Menschenrechte“ und „Gesundheit“ wurden neu berufen.

17. Das AMI hat (über die GKS) angeboten, die OIC-Konferenz 1991 im September in Bad Honnef zu organisieren. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

18. Eine „Deklaration von Anncey“ wurde angenommen. Sie soll in allen OIC bekanntgemacht werden.

19. Nach der Verabschiedung der bisherigen Präsidentin Geneviève Riviere beendete der neue Präsident Amin Fahim die Konferenz.

Er war 40 Jahre Journalist und hat sich dann für die sozialen Belange (besonders seines Landes, Ägypten) eingesetzt. Er ist Präsident des Internationalen Katholischen Büros für das Kind (BICE).

Fahim wies auf die gute Atmosphäre der Konferenz hin und unterstrich die Bereitschaft zum Dialog, die die Voraussetzung für Fortschritte in der Welt sei.

Er denkt an die Schaffung einer besseren administrativen Infrastruktur der Konferenz und die Einsetzung eines Generalsekretärs.

Zum Schluß dankte er für die gute Zusammenarbeit während der Konferenz und für die Hilfe Gottes bei der Arbeit der OIC und bat um weitere engagierte Mitarbeit.

# Medien

## Jahrestagung und Mitgliederversammlung der GKP

*Die Gesellschaft Katholischer Publizisten (GKP) tagte vom 2.–4.11.1989 in Schwerte*

Willy Trost

Die Jahrestagung der GKP war dem Thema Fundamentalismus gewidmet. Es folgten dicht gedrängt drei Vorträge mit jeweils anschließender kurzer Diskussion.

Der erste Vortrag wurde gehalten von Privatdozent Dr. Thomas Meyer, Politikwissenschaftler, Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie und stellvertretender Leiter der SPD-Grundwerte-Kommission, zum Thema „Fundamentalismus, Dialektik der Moderne“.

Dr. Meyer folgte der Linie Weber-Habermas und führte aus, daß es zu jeder vorgeblichen Gewißheit eine begründete alternative Erkenntnis gibt. In der heutigen Zeit sei der Pluralismus von Erkenntnisansprüchen vorherrschend. Je „reifer“ die Wissenschaften würden, desto aufgefächerter würden die Wahrheitserkenntnisse. Der Redner erläuterte, daß die Menschenrechte heute zu verstehen seien als geschützter Raum der Verwirklichung individueller Vorstellungen. Die Auflösung der Gewißheitsansprüche kennzeichne die moderne Kultur. Dabei sei der Fundamentalismus der Versuch, die Gewißheiten und Wahrheitserkenntnisse wiederzugewinnen, die die moderne Kultur mit ihrem Pluralismus aufgehoben habe. Die Suche nach Sicherheit des Individuums als Auflösung der Unsicherheit sei ein fundamentales Streben. Bei der zunehmenden Verunsicherung durch das Fehlen von Wahrheiten erfolge eine Flucht in die Neurose, Sucht oder den Fundamentalismus. Dies sei die vorherrschende Regel, nur wenige Menschen halten, nach Dr. Meyer, das tiefe Unbehagen der Freiheit und Emanzipation der modernen Kultur aus. Geglaubt wurde, daß die Naturbeherrschung zur Versöhnung von Natur und Mensch führe. Aber Freiheit und Glück gingen heute nicht mehr zusammen. Die Moderne beginne zunehmend trostlos zu werden, und die Fortschrittsutopie als Apokalypse (z. B. Furcht vor dem nuklearen Holocaust, der biologischen Vernichtung der Menschheitsbasis) schrecke ab. Nach Dr. Meyer will sich der Fundamentalismus heute künstlich eine Welt der absoluten Gewißheiten schaffen — sowohl für sich selbst als auch für andere. Die Rückkehr des Absoluten in die Politik ist nach seiner Auffassung eine Gegenbewegung dazu, wie z. B. im Islam des Khomeini oder bei den Jugendsekten, als Suche zur Rückkehr zur Gewißheit. Dabei gebe es zunehmend elitäre Minderheiten, wie z. B. Teile der Grünen, die glauben, sich wegen ihrer Gewißheit über die Rechte anderer hinwegsetzen zu können. Nach Dr. Meyer gibt es jedoch heute feste Anhaltspunkte dadurch, daß Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus die moderne Kultur begründen, ohne jedoch einen Lebenssinn anzubieten, weil vom Einzelnen eine Selbstgestaltung erwartet wird. Dabei könne auch die Kirche hilfreich sein. Nach Dr. Meyer sind die unverzichtbaren Grundbedingungen der offenen Gesellschaft Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Gewißheitsansprüche moderner Fundamentalisten müßten gegebenenfalls auch

durch Konfrontation, Zwang oder Gewalt gebrochen werden, weil Fundamentalisten meist nicht zu einer Diskussion fähig oder willens sind. Nach Dr. Meyer sei es eine einseitige Festlegung und damit unzulässig, Religion und Moral in die Politik zurückbringen zu wollen. Wahrheit müsse angestrebt werden, sei jedoch nicht erreichbar. Wichtig sei in der Gesellschaft Konsens zu erzeugen, zumindest in den praktischen Dingen, im Handeln aber auch dann, wenn die Begründungen dafür verschieden sind. Pluralismus müsse als Duldung des anderen Wahrheitsanspruches erbracht werden.

In einem weiteren Vortrag sprach Prof. Dr. Khoury, Professor und katholischer Priester in Münster, zum Thema: „Was will der Islam? Fundamentalistische Tendenzen in einer Weltreligion.“ Der Redner führte aus, daß das Selbstverständnis des Islam sich ausdrückt in Schlüsselbegriffen wie Absolutheits-, Totalitäts- und Universalansprüchen. Der Absolutheitsanspruch des Islam ergebe sich daraus, daß der Islam sich als Schlußpunkt der religiösen Entwicklung dieser Welt versteht. Alle Propheten in allen Kulturen seien Vorläufer der Festlegung: „Es gibt keinen Gott außer ihm (Allah) und ihm sollst du dienen.“ Die großen Propheten wie Abraham — als Vater aller Gläubigen — Moses und Jesus Christus gelten als Vorläufer von Mohammed. Der Totalitätsanspruch des Islam bestehe darin, daß er jeden Bereich des Lebens gestalte. Grundregeln sind Frömmigkeit, moralische Normen, Familie, Staat und Gesellschaft. Aus diesen Gestaltungsrichtlinien ergeben sich fünf Pflichten der Gläubigen wie das Glaubensbekenntnis, fünf Gebete pro Tag, Fasten im Ramadan, Abgaben und als Ziel einmal im Leben eine Wallfahrt nach Mekka. Im moralisch-sittlichen Bereich werden die Beziehungen zu Gott und die Gebote festgelegt und vorgeschrieben. Die Familie ist gekennzeichnet durch archaische, patriarchalische Struktur. Dabei ist der Mann immer der, der die Initiative ergreift und bestimmend ist. Ein Mann darf mehrere Frauen haben und z. B. auch nicht moslemische Frauen heiraten. Der Mann kann einerseits die Ehe beenden, Gehorsam fordern und hat die Vollmacht, die Frau zu züchtigen. Die Frauen haben nur dann Ansprüche, wenn dies in einem Ehevertrag vorher festgelegt wurde. Die Gesellschaftsvorstellung des Islam ist durch Brüderlichkeit gekennzeichnet. Es gilt Frieden zu stiften, Arme zu unterstützen und Gutes zu tun. Gefordert wird Gerechtigkeit in der Gesellschaft, so müssen z. B. Verträge eingehalten werden. Die Gesellschaft ist nicht hierarchisch aufgebaut, Gruppen bestimmen ihre Sprecher und Leiter selbständig. Der islamisch geprägte Staat soll dem Gesetz Gottes verpflichtet sein. Dabei müssen alle staatlichen Maßnahmen bestimmt und geleitet sein vom Koran und seiner Überlieferung. Koranglehrte prüfen und genehmigen letzten Endes alle Gesetze und Verordnungen, bevor diese Rechtskraft erlangen können. Der Universalanspruch des Islam besteht darin, daß alle Menschen nach Gottes Geboten handeln und unter seinem Gesetz leben sollen. Es wird zur ständigen Bekehrung der Nicht-Gläubigen aufgerufen, und dazu ist auch Krieg zur Verbreitung und Übernahme des Glaubens durch andere Gesellschaften erlaubt. Nur die, die an Gott glauben, wie die Juden und die Christen, dürfen nicht vernichtet werden. Sie haben jedoch, obwohl toleriert, nicht die gleichen Rechte wie die Moslems, weil sie nur Teilgläubige sind. Solche Gesellschaften erhalten Schutzrechte und eine innere Glaubensfreiheit, aber keine politischen Rechte. Sie haben keinen Zugang zu Äm-

tern und dürfen nicht missionieren. Der islamische Fundamentalismus will das Modell Mohammeds und seiner Anhänger in Medina (620–622) wieder zur Geltung bringen, zur Findung der wahren Identität des Islam. Diese Lebensform ist dabei die Alternative in der heutigen Zeit, sie ist für die Mohammedaner Gottes Offenbarung. Im Islam sind die Menschenrechte nachrangig den göttlichen Gesetzen. Islamische Fundamentalisten „wissen“, daß der Islam richtiger und besser ist, weil sich z. B. das Christentum heute aus Staat und Gesellschaft zurückgezogen hat. Diese islamischen Fundamentalisten setzen nach Prof. Khoury eine geschichtsgebundene Lösung absolut und wollen sie in die neue Zeit retten. Dazu gehört auch die Wiedereinführung der alten, nur in der damaligen Zeit verständlichen, mohammedanischen Rechts- und Strafreregeln.

In einem dritten Vortragsteil sprach Prof. Dr. Keller SJ, München, über das Thema „Fundamentalismus oder — Säkularisierung als christlicher Auftrag“. Orthodoxer Marxismus sei als Extremfall des Fundamentalismus anzusehen. Er zeigte deutlich, wie — nach Auffassung des Vortragenden — der Fundamentalismus in der heutigen modernen Kultur scheitern muß. Nach Prof. Keller erfolgte zu Beginn des jetzigen Jahrhunderts ein Umbruch von der Epoche der Erfahrungswissenschaft und der Beobachtungswissenschaft. Aus der Natur wurde die Umwelt. Nicht die Anpassung an die Natur, sondern die angepaßte Natur und ihre Beherrschbarkeit und Machbarkeit in der Welt wird angenommen und damit — nach Auffassung Prof. Kellers — Gott entbehrlich: „Was berechnet werden kann, ist prinzipiell machbar.“ Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch mögliche objektive Widerspiegelung der Wirklichkeit in der Wissenschaft stimme nicht mehr. Nach seiner Auffassung ist die heutige Wissenschaft eine Prognose der Zukunft, also ungewiß. Die lückenlose Berechenbarkeit und Durchschaubarkeit des Lebens gelte nicht mehr, was z. B. der Marxismus beweise, den Glauben an den Fortschritt gebe es nicht mehr. Daher sei heute eine allgemeine Verunsicherung vorherrschend. Die Beobachtungswissenschaft wurde durch die Experimentalwissenschaft abgelöst. Heute geht die Theorie den Fakten voraus, nach dem Finden einer Theorie wird versucht und gemessen, ob sie stimmt. Nach Prof. Keller ist festzustellen, daß der alte Satz „An Gottes Segen ist alles gelegen“, sich gewandelt hat zu „Am guten Architekten ist alles gelegen“ aber heute gelte: weder — noch. Der Fundamentalismus ist nach Prof. Keller in seiner heutigen Bedeutung das Absolutsetzen von Grundsätzen. Der private Fundamentalismus werde zwar so nicht genannt (z. B. im Gesundheitswesen, im Tierschutz, bei den Karrieremachern), aber die private Überzeugung wird absolut gesetzt. Die zunehmende Orientierungslosigkeit führe zur Panik, diese zur selbstgemachten Wirklichkeit, die aber unlebbar, sei und dann erfolge die Erkenntnis der Ausweglosigkeit. Nach Prof. Keller könne ein Ausweg heute sein, „geheime“ Grundwerte wieder einzuführen oder aber als christlicher Weg; der einzige absolute Wert ist nicht von dieser Welt, er ist Gott. Zu ihm gibt es Grundbezüge und Grunderkenntnisse. Wird ein Wert heute absolut gesetzt (absolut, als von allem losgelöst), dann muß ihm alles andere geopfert werden. So der Ausspruch von Marx: „Ist ein ganzes Volk gegen den Kommunismus, dann gehört es ausgerottet.“ Nach Prof. Keller ist der Fundamentalismus heute die große Gefahr für diese Welt. Der Fundamentalismus ist nach ihm das große

„Verbrechen“. Zur Säkularisierung führte Prof. Keller aus: Sie war seit dem 30jährigen Krieg die Enteignung von Kirchengut, gemeint also der Entzug von Dingen aus dem kirchlichen Bereich, und ist heutzutage der Zustand der Mündigkeit des Gläubigen gegenüber der Kirche. Nach Prof. Keller hat Christus und die frühe Kirche ohne Fundamentalismus gelebt, dann begann zunehmender Fundamentalismus. In der heutigen Zeit ist eine Abkehr davon erkennbar. Glaube und Kirche und Staat sind heute völlig unabhängig voneinander. Nach Prof. Keller ist das Christentum kein Rezept für Staat oder Recht und setzt auch keine Normen für die Gesellschaft. Die Aufhebung von sakraler Absolutsetzung im Neuen Testament und bei Paulus z.B. sei also gegen den Fundamentalismus gerichtet gewesen. nach Prof. Keller wurden die Christen in Rom verfolgt, weil sie als gottlos galten, sie brachten keine Opfer dar, sie hatten keine Kirche und keine Priesterschaft. Der christliche Fundamentalismus kam dann später z.B. bei der Hexenverfolgung durch christliche Staaten und durch religiöse Erklärungen von wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Bei der Moral entsprechen sich Rechte und Pflichten. Nach Prof. Keller ergeben sich aus den 10 Geboten die Menschenrechte. Dem Verbot der Lüge steht das Recht auf Wahrheit, dem Verbot der Tötung das Recht des Lebens entgegen usw. Nach dem Vortragenden war Jesus kein Religionsstifter, sondern er wollte die Welt frei setzen und damit den Menschen. Christlicher Glaube könne kein wissenschaftliches Argument ersetzen, und er gebe keine Handlungsanweisung für das tägliche Leben.

Insbesondere zum Vortrag von Prof. Keller ergaben sich sehr lange und hart geführte Diskussionen. Einige Kernsätze von Prof. Keller daraus waren z.B.: Der Fundamentalismus ersetzt nicht das Denken, das Nachdenken und Entscheiden. Es ist nichts schwieriger, als frei zu sein, und Freiheit ist für den Menschen eine Überforderung. Eine Probe für den Christen sei die Frage: „Sag, was du wirklich glaubst, nicht, was du gelernt hast.“ Wer heutzutage das Recht absolut setze, tue unrecht. Recht sei nicht etwas, worüber sich die Menschen einigen, und die „Grundrechte“ können nicht mehr absolut gesetzt werden. Der Mensch ist frei und damit ein absoluter Wert. Wer also nicht frei ist, ist nicht Mensch. Für Prof. Keller hat der Mensch Vernunft und kennt z.B. Liebe als absoluten Wert. Nach ihm hat das Christentum keine Zukunftssicht und gibt auch keine innerweltlichen Rezepte, es diene dem Gottesverhältnis und helfe den weltlichen Fundamentalismus abzuwehren. Nach Prof. Keller ist es ein Verstoß gegen das 1. Gebot, das selbst gebildete eigene Gottesbild anzubeten. Es sei nur ein Bild für Gott, das auf keinen Fall für andere gelten dürfe. Nach Prof. Keller hat Gott die Welt in der Welt als Mensch erlöst. Da Gott alles geschaffen habe, repariere er nicht durch Wunder, Glaubenserfahrungen persönlicher Art gebe es nicht.

Nach Prof. Keller ist Christus der Fixpunkt für die Christen, er war kein Fundamentalist, und daher heiße christlich sein vor allem tolerant sein.

Die Mitgliederversammlung der GKP folgte der vorgelegten Tagesordnung. Der Mitgliederbestand hat sich auf 519 erhöht, und es gab einen etwas spektakulären Austritt von Dr.

Boventer, der sich vom Vorstand zensiert fühlte. In einer langen, trotz der emotionalen Betroffenheit vieler Sprecher doch sachlichen Diskussion wurde über das Selbstverständnis von Journalisten und der GKP diskutiert. Die Region Köln-Bonn beabsichtigt, den Führer der Republikaner, Herrn Schönhuber, zu einem Hintergrundgespräch einzuladen. Es gab sehr scharfe Stellungnahmen gegen die Republikaner und insbesondere Herrn Schönhuber und dabei auch den Hinweis darauf, daß eine Gesellschaft wie die GKP jeden Kontakt auch in dieser Form vermeiden müsse. Nach langen Diskussionen folgten Abstimmungen über eine Reihe von Anträgen zu diesem Thema, und es gab zum Schluß eine mit knapper Mehrheit angenommene Resolution, die sicherlich allen Beteiligten gerecht werden kann.

In ihr wird festgehalten, daß sich die GKP von den „Republikanern“ distanziert, insbesondere von ihrer Haltung zu den Asylanten, anderen ausländischen Mitbürgern, den Menschenrechten und zur Rolle der Frau. Auch der Versuch der Republikaner, nationalistische Emotionen zu schüren und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu verharmlosen, sei nicht tragbar und fordere alle Bürger zu deutlichem Widerspruch heraus. Die GKP wird sich trotz und gerade wegen ihres journalistischen Anspruches auf Information aus erster Hand sehr kritisch mit den Republikanern und ihren Positionen auseinandersetzen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Jahrestagung ein großer Erfolg war. Die angebotenen Vorträge waren sehr gut und informativ, sie regten stark zur weiteren Vertiefung des Themas an. Es ist zu bedauern, daß nur sehr wenige Mitglieder in Schwerte anwesend waren. Sicherlich lag das auch an der Terminfülle gerade für die Journalisten und Publizisten aus dem katholischen Bereich im Herbst dieses Jahres, in dem viele Tagungen in kurzem Abstand einander folgten.

Die Satelliten im All scheinen im Rudel aufzutreten. Noch ist es nicht so weit, daß die Sterne verdeckt werden, aber die Zahl der „Fremdkörper“ in der hohen Atmosphäre nimmt fast täglich zu. Für uns, die Normalverbraucher, bedeuten Satelliten mehr und besseren Rundfunk. Allein für den europäischen Bereich stehen 12 Satelliten zur Verfügung, die Fernsehprogramme ausstrahlen bzw. übertragen können. Es werden ständig mehr, wenn auch veraltete Satelliten nach und nach abgeschaltet werden.

Bisher waren die Satelliten vorwiegend für Fernmeldezwecke gedacht. Sie dienten vor allem der schnellen Datenübermittlung sowie der Übertragung von Ferngesprächen. Die Verteilung von Fernseh- und seit einiger Zeit auch Hörfunkprogrammen war dagegen nicht vorrangig. Zum Empfang der Sendungen von Satelliten älterer Bauart waren große Antennenanlagen von etwa 3 Meter Durchmesser erforderlich.

Die neuen Rundfunksatelliten sind dagegen vorwiegend zum Empfang durch jedermann gedacht. Es sind sogenannte Direktstrahler mit hoher Sendeleistung, die sich gegenüber den bisherigen Satelliten zumindest verdoppelt hat. Nunmehr kann jeder, der es wünscht, mit einer 60 cm Antennenanlage die Sendungen von Satelliten wie z. B. der Serie Kopernikus und Astra in sein Wohnzimmer holen. Derzeit werden zusätzlich alle Fernseh- und Rundfunksender der Satelliten in die Kabelnetze eingespeist.

Die Deutsche Bundespost ist bestrebt, jedem — zumindest jedoch der überwiegenden Zahl der Wohnungseinheiten — einen Kabelanschluß zur Verfügung zu stellen. In diesem Jahr haben bereits 12,6 Millionen Wohnungseinheiten die Möglichkeit, über das Kabelnetz bis zu 38 Fernsehprogramme, 30 UKW-Hörfunkprogramme und 16 digitale Hörfunkprogramme zu empfangen. Die Deutsche Bundespost beabsichtigt, bis zum Jahre 1995 80% aller Haushalte, also 20 Millionen, an das Breitbandverteilsnetz anzuschließen.

Für den direkten Empfang über Antennen gelten bestimmte Regeln. Der Standort von Parabol- oder Satellitenantennen für den Individualempfang muß so gewählt werden, daß eine direkte freie Sichtverbindung zum Satelliten möglich ist und auch so, daß störende Einflüsse durch andere Sender vermieden sind. Die Satelliten sind im Orbit an unterschiedlichen Positionen stationiert. Deshalb sollte die Antenne schwenkbar sein, wenn man sich nicht mit dem Empfang von durchschnittlich zwei Satelliten zufriedengeben will.

Nach den Auskünften der Anbieter bei der internationalen Funkausstellung in Berlin 1989 können die neuen direkt strahlenden Satelliten mit 60 cm Parabolantennen einwandfrei empfangen werden. Der derzeitige Komplettpreis — ohne Installation — beträgt ab ca. 1400 DM.

## *Der Konzert-logen-platz im Wohnzimmer*

Nachdem in vielfältiger Weise der Rundfunkempfang von Lang- über Mittelwelle zum qualitativ besseren UKW- und Stereoempfang verbessert wurde, erfolgt nun ein neuer

Qualitätssprung. Seit der Internationalen Funkausstellung in Berlin 1989 kann digitaler Hörfunk in Stereo über Satelliten und Kabelnetze empfangen werden.

Anstelle eines nicht dafür genutzten Fernsehkanals eines Satelliten können 16 digitale Hörfunksender betrieben werden. Digitaler Hörfunk ist Rundfunkempfang in der Technik und der Qualität der Compact Disk/CD. Er wird auch Digital-Satellite-Radio/DSR genannt. Das System wurde von vielen Ländern und verschiedenen Industrien zugleich entwickelt. Die Übertragungsqualität ist uneingeschränkt den Möglichkeiten der modernen Tonträger wie Compact Disk/CD und Digital Audio Tape/DAT vergleichbar und angepaßt. Rein technisch ist das Prinzip einfach: In den Studios werden digital die Programme aufgezeichnet, über einen Sender an den Satelliten, z.B. Kopernikus, geschickt und von dort mit hoher Energie, also verstärkt, über scharf bündelnde Antennen wieder zur Erde zurückgesendet. Auf der Erde können die Signale direkt für Einzelempfänger oder Sammelanlagen, über Antennenanlagen oder über das Breitbandverteilstrecknetz der Deutschen Bundespost aufgenommen werden.

Es ist wichtig zu wissen, daß ein bisher verwendetes Radio für den digitalen Hörfunk nicht genutzt werden kann. Dazu ist ein Hörfunkumsetzer, Empfänger bzw. Verstärker, in digitaler Technik notwendig.

Wer CD-Qualität kennt, weiß bereits, wie hochwertig die Wiedergabe des digitalen Hörfunks ist. Er ist systembedingt erheblich besser als UKW-Hörfunk und erreicht die Wiedergabequalität der CD. Digitaler Hörfunk bringt aber auch einen Bedienungskomfort mit sich, die sogenannte Programmartenkennung. International erfolgte eine Einigung auf 15 verschiedene Programmkennungen, die einzeln gewählt werden und dadurch den Empfang bestimmen.

Am digitalen Hörfunkempfänger kann man folgende Programme wählen:

- aus der Kategorie Information: Nachrichten, Politik, spezielle Wortprogramme, Sport
- aus der Kategorie Bildung: Lernen, Literatur, Kultur, Wissenschaft
- aus der Kategorie Unterhaltung: unterhaltendes Wort, Pop, Rock, Unterhaltungsmusik
- aus der Kategorie ernste Musik: leichte und ernste klassische Musik und spezielle Musikprogramme.

Mit einer zusätzlichen Taste kann außerhalb des festen Programmangebotes jeder Sender angesteuert und wie derzeit üblich gehört werden.

Weitere technische Zusatzmöglichkeiten ergeben sich beim digitalen Hörfunk durch die Möglichkeit, die Lautstärke von Sprache und Musik getrennt einzustellen, ein Konzert z.B. in Originallautstärke zu hören. Die digitalen Hörfunkempfänger werden hergestellt und können gekauft werden. Die Preise liegen zur Zeit von ca. 600 DM bis 1400 DM.

## Das Kauderwelsch oder die Bedeutung der Abkürzungen bei Funk und Fernsehen

*Damit der Leser ein wenig Einblick in die neuen Begriffe und Definitionen technischer Art gewinnt, die in fast allen Publikationen, aber auch in der Umgangssprache zumindest der jungen Leute Eingang gefunden haben, sind nachstehend einige wenige, häufig benutzte aufgelistet:*

Analog:	Übertragung von Tönen und Bildern in Form von Schwingungen
Bildseiten-Verhältnis:	Verhältnis von Höhe und Breite des Fernsehbildschirms
CD:	Compact Disk = digitale Schallplatte
CD-ROM:	Compact Disk als Daten-Festspeicher
CD-Video:	Compact Disk mit Videoteil, z. B. 12 cm Single mit 20 min Musik und 6 min Videoclip oder 20 cm Platte 2 Stunden Bild und Ton
Camcorder:	Videokamera und -recorder in einem Gerät
DAT:	Digital Audio Tape = digitales Tonband in Kassettenformat zur Selbstaufnahme
DBS:	Direct Broadcast Satellite = direkt strahlender Satellit
DFS:	Deutsches Fernmeldesatellitensystem
Digital:	Übertragung von Größen oder Sendungen in codierter Form durch schnell aufeinander folgende codierte Angaben, z. B. Zahlen
Digitaler Hörfunk:	Über Satellit ausgesendete Hörfunkprogramme in CD-Qualität
Digitaler Hörfunkempfänger:	Endgerät zum Empfang des digitalen Hörfunks
DSR:	Digital-Satellite-Radio = digitaler Satelliten-Hörfunk
D2-MAC:	Übertragungsstandard für Satellitenprogramme. Abweichend von Pal und Secam nach einem von Frankreich und der Bundesrepublik beschlossenen Standard, jetzt EG-Standard. D2 bedeutet, daß der Ton digital übertragen wird. Für den Empfang sind entsprechend ausgestattete Geräte notwendig.
ECS:	European Communications Satellite
HD-MAC:	Neues, zukünftiges Übertragungsformat für hochauflösendes Fernsehen (HDTV) mit 1250 Zeilen und Bildseitenverhältnis 16 zu 9
HDTV:	High Definitioned Television = hoch auflösendes Fernsehen verdoppelter Zeilenzahl und Vervierfachung der Zahl der Bildpunkte. Damit wird Kinoqualität erreicht.
High End:	Hifi-Geräte höchster Qualität
Hyperband:	Empfangs-Frequenzbereich für zusätzliche Kabelkanäle im Fernsehgerät

ISDN:	Integrated Services digital Network=neues Übertragungsverfahren für sämtliche Dienste wie Telefon, Telefax, Teletex, Btx usw. in digitaler Form
MAC:	Multiplexed Analogue Components=neues Fernsehübertragungsverfahren in verschiedenen Versionen
PAL:	Pace Alternation Line=derzeitige Fernsehnorm
Pay-TV:	Verschlüsseltes Programmangebot, das nur bei Aufhebung einer Sperre durch Bezahlung empfangen werden kann
RDS:	Radiodatensystem, neues System der deutschen Verkehrssender. Es verbessert den Empfang, macht ihn gleichmäßiger und zeigt den Sendernamen durch Klarschrift auf dem Display an
Satellitentuner:	Digitaler Hörfunkempfänger
Super-VRS:	Neues Videoaufnahmeverfahren mit deutlich verbesserter Qualität gegenüber dem herkömmlichen Verfahren
Terrestrisch:	Erdgebundene (Sendeanlagen)
TOP:	Table of Pages=Vereinfachung und Beschleunigung des Aufsuchens von Videotextseiten
VPS:	Video Programm Service=Ein Kennsignal zu Beginn der Sendung eines bestimmten Programms startet Videorecorder zur korrekten Anfangszeit.

# Aus der nahen und fernen Welt

## Santiago de Chile

Liebe Freunde!

Auch bei uns ist die Mauer gefallen! Wenn sie diesen Brief erhalten, werden sie schon die Ergebnisse der Wahlen in Chile kennen, weil die Presse viel schneller als die Post ist. Ich habe noch nicht die endgültigen Ergebnisse, aber ganz deutlich ist es schon, daß wir wieder ein demokratisches Land sind und einen gewählten Präsidenten haben: Patricio Aylwin 55,2%; Hernán Buechi 29,4%; Francisco Errázuriz 15,6%.

Die Wahlen waren besonders beispielhaft und alles verlief in Ruhe und Ordnung. Gestern in der Nacht erlebten wir einen Karneval, auch wenn Demonstrationen am Tag der Wahlen verboten sind. Die offizielle Feier ist darum heute abend.

Das Ergebnis war eigentlich keine Überraschung, und es hat sich fast genau das Ergebnis von der Volksbefragung vom letzten Jahr wiederholt. Es konnte ja nichts anders sein, weil Aylwin die Unterstützung von allen Parteien, die gegen Pinochet gestimmt hatten, behielt.

Die Christdemokraten sind und bleiben die stärkste und größte Partei, aber die Regierung von Präsident Aylwin (4 Jahre) wird es nicht leicht haben. Es verbinden sich so viele Erwartungen mit der Rückkehr zur Demokratie, die nicht sofort erfüllt werden können.

Aylwin wird sehr von der Solidarität und Hilfe vom Ausland abhängen und wird sehr schwierige Fragen in Chile lösen müssen.

Meines Erachtens das Schwierigste wird es sein, die Beziehungen mit den Streitkräften. Pinochet will als oberster Befehlshaber des Heeres bleiben, und das kann er nach der Verfassung. Viele Gruppen machen Druck, damit die Militärs vor Gericht kommen.

Wollen wir hoffen, daß alles ruhig und friedlich weiterverlaufen kann und daß endlich mal eine wirkliche Versöhnung möglich wird. Der Kirche wird in dieser Hinsicht eine sehr wichtige Rolle zufallen.

Ich weiß, liebe Freunde, daß eigentlich dieses Thema sich schlecht für einen Weihnachtsbrief eignet, aber ich weiß auch, daß Sie in diesen Tagen sehr viel für uns gebetet haben, und ich bin überzeugt, daß sie die Ereignisse hier aufmerksam verfolgt haben.

So ähnlich erging es mir, als ich die Entwicklungen in der DDR und überhaupt im Osten durch die Presse und Ihre Briefe verfolgte.

Wunder sind auch heute möglich!

Auch in meiner Familie durfte ich ein Wunder erleben. Meine Mutter war ernsthaft krank und dies hatte mich sehr mitgenommen. Man hatte einen Krebs festgestellt und sie mußte sehr schnell operiert werden. Ich habe ihr eine Reliquie von unserer ersten chilenischen Heiligen Teresita de los Andes gegeben. Als sie vor der Operation untersucht wurde, stell-

te der Arzt mit Erstaunen fest, daß sie nichts hatte. Man hat später mehrere Untersuchungen durchgeführt, fand jedoch vom Krebs keine Spur.

In der Pfarrei sind wir nun mächtig am Bauen. Wir bauen eine neue Kirche. Darüber werde ich in dem nächsten Brief berichten, weil die Bauarbeiten langsam vorangehen.

Mit den Kindern der Kinderspeisung werde ich wieder in diesem Jahr zur Küste fahren. Ich hatte Sorgen, daß vielleicht dies in diesen Ferien nicht möglich sein würde. Drei Gewerkschaften von großen Banken haben uns immer etwas geholfen, und sie haben in diesem Jahr diese Gelder an einige Kandidaten gegeben (wir hatten auch zusammen mit den Wahlen zum Präsidenten Parlamentswahlen). Aber Gott hat schon gesorgt.

Die Schwierigkeiten, die ich mit den Strickerinnen Marias am Anfang des Jahres hatte, haben sich auch schon gelöst. Ich bin auch sicher, daß die neue Regierung mehr Verständnis für diese Organisationen der Selbsthilfe haben wird. Im kommenden Jahr sollten sie ja die totale Unabhängigkeit von der Pfarrei erlangen. Wollen wir hoffen.

Das Jugendzentrum für die Rehabilitierung von Alkohol- und Drogenabhängigen hat sich auch positiv entwickelt. Auch dort mußten wir Fachleute anstellen.

Durch meine Arbeit in der Nationalkommission für Katechese mußte ich auch in diesem Jahr sehr viel unterwegs sein. Auch einmal in Brasilien und einmal in Argentinien. In Chile besuchte ich 5 Diözesen.

Sie können sich vorstellen, daß die Aktivitäten, die ich habe, oft so verschieden sind, daß es gar nicht einfach ist, sich dauernd und ständig zu verteilen. Vielleicht wird sich meine Arbeit im nächsten Jahr neu regeln müssen. Mein Vertrag bei der Bischofskonferenz im Dienste der Katechese ist gerade auf 3 weitere Jahre verlängert worden, so daß ich sicher bin, daß ich in Santiago bleibe.

Ich wünsche Ihnen allen ein gnadenreiches Weihnachtsfest und ein schönes und freudiges neues Jahr 1990.

Mit herzlichen Grüßen

P. Eduardo Cano

Estimados Benefactores Anonimos

Por la presente quisiera agradecerles de corazon por toda la ayuda que he recibido a travez del Padre Eduardo Cano

Mi nombre es Mauricio Seguel, tengo 22 años y vivo en la poblacion Villa Santa Maria. Termine mis estudios secundarios hace cuatro años y gracias a una beca que me dio el Padre Eduardo pude ingresar a Sonacap. a estudiar mecanica automotriz. Despues de 3 años de estudio y practica he terminado mi carrera lo que me tiene muy contento. Tengo 4 hermanos que han estudiado y mi familia no tiene medios. Ahora con mi trabajo los puedo ayudar.

Gracias por darme la oportunidad de aprender, de superarme y de ser una persona útil. Que Dios los bendiga a todos.

Mauricio Seguel. S

### Übersetzung

Liebe unbekannte Wohltäter!

Durch diesen Brief möchte ich mich von Herzen bedanken, für die Hilfe, die ich durch Pater Eduardo Cano erhalten habe.

Mein Name ist Mauricio Seguel, ich bin 22 Jahre alt und wohne in der Siedlung Villa Santa María in Santiago. Ich habe vor 4 Jahren meine Schulausbildung beendet und konnte danach dank eines Stipendiums, das mir Pater Eduardo vermittelte, eine Ausbildung als Auto-Mechaniker machen an einer technischen Hochschule. Nach 3 Jahren Studium und Praxis konnte ich die Ausbildung erfolgreich abschließen, was mich sehr froh macht.

Ich habe 4 Geschwister, die noch zur Schule gehen und meine Familie hat keine Mittel. Jetzt durch meine Arbeit kann ich sie unterstützen.

Vielen Dank, weil Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, daß ich studieren und lernen konnte, so daß ich eine dienliche Person werden konnte.

Gott segne Sie alle.

Mauricio Seguel

## Eine notwendige Erklärung

Eines der größten Probleme der Jugendlichen in unsere Pfarrei ist die Tatsache, daß sie nach dem Schulabschluß keine Möglichkeiten haben. Sie finden keine Arbeit, weil sie noch zu jung und ohne Erfahrung sind, andererseits können sie keine Ausbildung machen, weil die Eltern dies nicht finanzieren können. So beginnt für diese Jugendlichen ein schwerer Kreuzweg. Sie fühlen sich alleingelassen und haben das Gefühl, daß sie nicht wertvoll sind.

Es ist sehr schwierig, bei Institutionen eine Hilfe für diese Jugendlichen zu erhalten. Viele beginnen dann, aus Verzweiflung Alkohol und Drogen zu nehmen, weil sie sich auch mit anderen in der gleichen Situation zusammenschließen.

Ich helfe vielen Jugendlichen mit diesen Geldern, die einige von Ihnen mir ab und zu schicken und die nicht an einen bestimmten Zweck gebunden sind. Zum Beispiel, wenn Sie schreiben „für einen guten Zweck“ oder „nach Ihrem eigenen Ermessen“. Mauricio ist einer von diesen Jugendlichen. Seine Ausbildung kostete ca. DM 50 im Monat.

Als er die Ausbildung abgeschlossen hatte, war er strahlend und übergücklich und wollte sich unbedingt bei mir bedanken. Dann habe ich ihm gesagt, daß seine Ausbildung von vielen unbekanntem Freunden bezahlt wurde. Am nächsten Tag kam er mit diesem Brief.

# Ein Wechselspiel zwischen Grausamkeit und Milde

*Vor 90 Jahren begann der Burenkrieg*

Karl Breyer

Am 12. Oktober 1899 begann im südlichen Afrika Englands letzter imperialistischer Krieg: der ungleiche Kampf gegen die beiden Burenrepubliken Transvaal (offiziell Zuidafrikaanse Republik genannt) und Oranjerestaat. Die Buren hatten der britischen Kolonialmacht nach einem Ultimatum den Krieg erklärt. In Wirklichkeit wurde er jedoch von Männern wie Cecil Rhodes und Arthur Milner eingefädelt. Die Buren standen den Plänen der englischen Imperialisten im Wege. Sie blockierten den Weg nach Kairo und besaßen seit 1886 die größten Goldvorkommen der Welt. In jenem Jahr wurde in Transvaal Gold im Wert von 196000 £ gefördert. 1896 waren es bereits 4 Millionen £. Gold machte Oom Krugers „Südafrikanische Republik“ zur stärksten Nation in diesem Teil des Kontinents. Sie mußte beseitigt werden. Arthur Milner, erfahrener Diplomat und High Commissioner für die britischen Kolonien in Südafrika, erstrebte eine „Konsolidierung des britischen Imperiums“. Er wurde der Bundesgenosse von Cecil Rhodes.

Der Krieg mußte kommen! Die Briten erhielten — wie der englische Schriftsteller Rudyard Kipling es formulierte — eine „endlose Lektion“. Die Bürger daheim glaubten, daß die Auseinandersetzung Weihnachten zu Ende sein würde. Es wurde der längste (fast drei Jahre), der teuerste (mehr als 200 Millionen £), der blutigste (mindestens 20000 Engländer, 26000 Buren und 12000 Afrikaner wurden getötet) und der schändlichste Krieg Englands zwischen 1815 und 1914 (118000 Weiße und 43000 Farbige hungerten in den von England erfundenen Konzentrationslagern).

Afrika-Kenner Karl Breyer hat sich über Jahre hinweg und an Ort und Stelle intensiv mit der Geschichte des Burenkrieges befaßt. Er berichtet heute über den Verlauf dieser dramatischen Zeit.

## *Der Jameson-Raid und das Ultimatum*

Cecil Rhodes, der von der Tuberkulose heimgesuchte und frauenscheue Sohn eines englischen Geistlichen, war als Siebzehnjähriger nach Südafrika gekommen, um seine Krankheit auszuhelen. Er reiste wiederholt zwischen London und Kapstadt hin und her, und gründete um 1880 in Kimberley die „De Beers Mining Company“. Er entwickelte sich zum Finanzgenie und zum fanatischen Vorkämpfer eines britischen Imperiums, das von Kapstadt bis Kairo reichen sollte. Zeit seines Lebens sah er in (Oom) Paul Kruger seinen größten Gegner. Ein Jahr nach der Entdeckung von Gold am Witwatersrand gründete er bereits das Unternehmen „Gold Fields of South Africa“. Mit einer privaten berittenen Polizeitruppe der British South Africa Company eroberte er das später nach ihm benannte Rhodesien und schlug die dortigen Mashona- und Matabele-Stämme vernichtend. Als Königin Victoria ihn einmal fragte, was er in letzter Zeit gemacht habe, antwortete er lakonisch: „Ich habe dem Reich Ihrer Majestät zwei neue Provinzen hinzugefügt.“

1890 wurde der jetzt 37 Jahre alte Cecil Rhodes Ministerpräsident der England unterstellten Kap-Kolonie in Kapstadt. Von hier aus bereitete er den Sturz der Regierung Kruger vor. Der ihm ergebene Dr. Leander Starr Jameson sollte mit einigen hundert Mann der berittenen British South Africa Police und rebellierenden Ausländern Johannesburg erobern und die Macht übernehmen. Der Jameson-Raid schlug jedoch fehl, der Führer der Rebellion wurde gefangengenommen. Cecil Rhodes mußte zurücktreten. Es gab einen spektakulären Prozeß in Pretoria, und Deutschlands Kaiser Wilhelm schickte Präsident Kruger ein Glückwunschtelegramm, das in London viel böses Blut machte.

### *Die Isolierung der Burenrepublik*

Dennoch verloren die Briten ihr Ziel nie aus den Augen. In einer Reihe von diplomatischen Schachzügen wurde die Burenrepublik immer mehr isoliert. Den Höhepunkt bildete der Vertrag von 1898 mit dem deutschen Kaiserreich, der beinhaltete, daß Berlin auf seine Interessen im südlichen Afrika verzichtet. London hatte inzwischen Sir Alfred Milner zum Hochkommissar und Gouverneur der Kap-Kolonie ernannt. Er nutzte die Position der in Johannesburg lebenden Ausländer als Druckmittel gegen Kruger, der sich schließlich nach einem Treffen im Mai 1899 mit Milner zu Konzessionen bereit erklärte. Die Engländer fanden die Zugeständnisse nicht weitgehend genug. Die Ausländer, die zu einem Teil aus abenteuerlichen Goldsuchern aus aller Herren Länder bestanden, wurden der britischen und der Weltöffentlichkeit als unterdrückte und ausgebeutete Sklaven des Krugerregimes präsentiert.

Inzwischen konnten weitere britische Truppeneinheiten nach Südafrika verlegt werden, da die Niederschlagung des Aufstands im Sudan durch General Kitchener erfolgreich beendet worden war. Anfang Oktober 1899 standen 20000 Soldaten an den Grenzen Transvaals, und bei Ausbruch des Krieges war die Zahl auf 70000 gestiegen. Weitere diplomatische Intrigen von britischer Seite veranlaßten Oom Kruger, in einem scharfen Ultimatum den Abzug aller Soldaten an den Grenzen Transvaals und die Rückkehr weiterer Truppen zu fordern. Stattdessen landeten neue Verstärkungen in Durban. Im südlichen Afrika war es inzwischen Frühling geworden. In den Weiten des Landes sproß das Gras, entscheidende Versorgung für die Pferde der Burenkommandos. Die britische Regierung lehnte das Ultimatum der Buren ab. Der Oranjefreistaat schlug sich auf die Seite Krugers, und am 12. Oktober begannen die ersten Feindseligkeiten.

### *Der Kampf zwischen Buren und Briten*

Die beiden Republiken hatten kein stehendes Heer und verfügten nur über eine militärisch organisierte Polizei und über einige Artillerie-Einheiten. Kurz vor Beginn des Krieges wurde die Miliz einberufen, die jedoch zunächst keine Bedeutung hatte. Die taktische Einheit der Buren war das „Kommando“. Es bestand aus 100 bis 1500 Mann. Gegen Ende des Krieges zählten viele Kommandos nur noch 40 bis 60 Mann. Anfangs mußten die Engländer eine Reihe blutiger Niederlagen hinnehmen. Bei der Farm Magersfontein kam es zu einer schweren Auseinandersetzung, während der die Briten den befehlshabenden Gene-

ralmajor A.J. Wauchope und einen großen Teil der Highland Brigade verloren. 244 Engländer wurden getötet und 651 verwundet. Einige der hervorragendsten Führer der weißen Afrikaner waren der spätere Feldmarschall Jan Smuts, die begabten Generäle Louis Botha (später der erste Ministerpräsident der Union), General Pieter Arnoldus Cronjé und General Christiaan de Wet, die den Engländern zwei Jahre lang einen blutigen und verdrießlichen Guerillakrieg liefern sollten. Cronjé hatte aber wenig Fortune. In der Schlacht am Paardeberg (Pferdeberg) am 22. Februar 1900 wurden seine Kommandos von der überlegenen Artillerie des Generals Roberts zusammengeschossen. Er kapitulierte mit 4000 Mann und wurde als Gefangener zur Insel St. Helena gebracht.

Mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts kam — nach zähen Auseinandersetzungen — die Wende. Am 5. Juni 1900 zogen die Truppen Lord Roberts in Pretoria ein. Die Straßen waren menschenleer, viele Läden waren geschlossen, die Fenster verhangen. Die Regierung Kruger und die letzten Kommandos hatten die Stadt wenige Tage vorher geräumt. Auch Johannesburg fiel den Truppen des britischen Oberbefehlshabers kampflos in die Hände. Paul Kruger, 74 Jahre alt und krank, war kaum noch in der Lage, weiteren Widerstand zu leisten. Wenige Tage später begab er sich in Moçambique an Bord des holländischen Kriegsschiffes „Gelderland“. Er bettelte in Frankreich, den Niederlanden und in Berlin um Hilfe für die bedrängten Republiken, jedoch ohne Erfolg. Er starb schließlich am 10. Juli 1904 in der Schweiz.

Die britische Regierung benutzte zunächst die Peitsche. Am 28. Mai 1900 wurde der Oranje-Freistaat annektiert und in die „Orange River Colony“ umbenannt. Am 3. September 1900 widerfährt der südafrikanischen Republik Transvaal das gleiche Schicksal. Die beiden Burenrepubliken existieren nicht mehr. Dennoch lebten der Kampfgeist und der Freiheitswille weiter. General de Wet und General Smuts drangen mit ihren Kommandos in die Kap-Kolonie ein. Aus dem Sudan wurde der inzwischen zum Earl of Khartoum ernannte Lord Kitchener herbeigeholt, der mit ungekannter Härte den Guerillakrieg abwürgen wollte. Er löste Lord Roberts ab und gab den Befehl, alle Frauen und Kinder der kämpfenden Buren in Konzentrationslager einzusperren, wo fast 23000 der unschuldig Verschleppten starben. Die Farmen der noch im Feld stehenden Kommandos wurden geplündert und niedergebrannt.

Erst als die Burengenerale im Frieden von Vereeniging am 31. Mai 1902 bereit waren, die Waffen niederzulegen, zeigten die Engländer eine wohlkalkulierte Milde. Lord Kitchener und der bisherige Gouverneur, Sir Alfred Milner, erwiesen sich plötzlich als sanfte Regenten. Die Konzentrationslager verschwanden, die nach Helena und Ceylon verbannten Gefangenen kehrten zurück, den Farmern wurden Aufbauhilfen gewährt. Acht Jahre nach dem Ende des Krieges wurden die beiden ehemaligen Burenrepubliken mit den britischen Kolonien Natal und Cape-Colony zusammengefügt und als Union von Südafrika Teil des britischen Commonwealth. Rund fünfzig Jahre blieben die Buren ein fester Bestandteil des Staatenbundes. In zwei Weltkriegen kämpften Buren und Briten Schulter an Schulter gegen das Deutsche Kaiserreich und Hitlers Drittes Reich. Das Wechselspiel zwischen grausamer Härte und wohlüberlegter Milde hatte seine Wirkung nicht verfehlt.

Der Libanon, einst die Schweiz des Orients genannt, ist ein Land von  $\frac{2}{3}$  der Größe Schleswig-Holsteins. Es hat eine Einwohnerzahl von etwas mehr als 3 Millionen. Davon sind etwa 1,6 Mio. Christen und ca. 1,4 Mio. Moslems.

Die Christen gliedern sich in die katholischen Kirchen

– Maronitische Kirche	800 000
– Griech.-kath. Kirche	225 000
– Armenisch-kath. Kirche	25 000
– Syrisch-kath. Kirche	7 000
– Chaldäisch-kath. Kirche	6 000
– Römisch-kath. Kirche	24 000
	<hr/>
	1 087 000
	= ca. 35% der Gesamtbevölkerung

Weiterhin zählen zu den nichtkatholischen Kirchen:

– Griechisch-orthodoxe Kirche	300 000
– Armenisch-gregor. Kirche	170 000
– Syrisch-orthodoxe Kirche	20 000
– Nestorianische Kirche	15 000
– Evangelische Kirche	25 000
	<hr/>
	530 000
	= ca. 17% der Gesamtbevölkerung

Dieser Zahl der Christen stehen die muslimischen Gemeinschaften gegenüber

– Schiiten	700 000
– Sunniten	580 000
– Drusen	200 000
	<hr/>
	1 480 000
	= ca. 48% der Gesamtbevölkerung

Die Religionsgemeinschaften leben nun nicht in geschlossenen Siedlungsgebieten (s. Karte), sondern bilden Gruppierungen im Land. So gibt es christliche Mehrheiten, die vollständig von anderen religiösen Mehrheiten umgrenzt werden. In Zeiten der Ruhe war das kein Problem. Und das Land selbst reicht von einer prachtvollen Küste bis zu den Bergen, die im Winter den Skilauf ermöglichen — alles, was ein gesegneter Landstrich vorweisen kann. Die Handelsstraßen von Ost nach West liefen seit Jahrtausenden in gewohnten Bahnen. Politisch war die Lage jedoch immer brisant. Gehörte dieses Land zunächst zum Osmanischen Reich, dann zur Türkei, wurde es ab 1918 Mandatsgebiet der Franzosen. Sie trennten das syrische Reich in zwei relativ selbständige Gebiete, in den Libanon und in

den syrischen Staat. So gab es 1925 einen Drusenaufstand, und es gab Bestrebungen, Libanon und Syrien zu vereinen. 1936 gab es mit Syrien und der Libanonrepublik einen Vertrag, der die französischen Rechte einschränkte. Am 26. und 27. Februar 1945 erklärten Syrien und Libanon dem Deutschen Reich den Krieg.

März 1946 schließen sich u. a. Syrien und Libanon der Arabischen Liga in Kairo an.

Dem vorausgegangen war eine Erklärung der Unabhängigkeit des Libanon (26. 11. 1941) durch die Franzosen und Übergabe der vollziehenden Gewalt im Jahre 1943.

Nach Jahren relativer Ruhe entbrannte 1975 ein heftiger Bürgerkrieg, der vor allem durch palästinensische, islamisch-fundamentalistische und drusische Miliz getragen wurde. Aber auch auswärtige Gruppen und Mächte versuchten, ihre besonderen Interessen wahrzunehmen. Dieser Krieg hat nun 50 % der christlich besiedelten Gebiete zerstört. 700 000 christliche Libanesen sind seitdem Flüchtlinge im eigenen Land.

Von den einst blühenden christlichen Siedlungen existieren nur noch wenige. War ehemals die Verteilung der Bevölkerung über das Land in etwa ausgeglichen (Städte ausgenommen), also 50 %:50 %, leben nunmehr 70 % der christlichen Gesamtbevölkerung auf 18 % des libanesischen Territoriums.

Wie immer bei Bürgerkriegen steigert sich mit der Kriegslänge auch die Grausamkeit. Dabei ist das Ziel moslemischer Fanatiker immer wieder, vor allem die caritativen Einrichtungen — auch wenn sie Moslems zugute kommen — zu vernichten und ihre Leiter in bestialischer Weise zu foltern.

Politisches Ziel der Syrer ist es, wieder ein Groß-Syrien herzustellen. Dabei versucht eine Diktatur — die sich außerdem von der UdSSR gestützt und von den USA nicht zu sehr bedrängt fühlt —, ihre brutale Macht über ein ganzes Gebiet auszudehnen. Dieses Gebiet erfreute sich einer freiheitlichen Grundordnung. So entstehen heute die oft verwirrenden „Partnerschaften“. Wenn Drusen gegen Syrien antreten, dann um „etwas Freiheit“ zu behalten. Das schließt aber nicht aus, daß einige Zeit später dieselben Drusen mit Syrien paktieren, um einen örtlichen Vorteil zu erlangen. Die zeitweilige Einmischung der Arabischen Liga verwirrt das Kräftespiel noch mehr.

So stehen die Christen im Libanon vor einem totalen Existenzkampf. Die Westmächte sehen relativ tatenlos zu. Frankreich versucht, seinem ehemaligen Mandatsgebiet ein wenig beizustehen. Einzig der Papst hat mehrfach in letzter Zeit seine mahnende Stimme erhoben.

So ist auch nur der Kampf des Generals Aoun zu verstehen. Er sieht, daß die Christen nur eine Chance zum Überleben haben, wenn sie sich dem Druck Syriens entgegenstemmen.

Als Christen müssen wir uns hier aufgerufen fühlen. Wir dürfen die Christen im Libanon nicht alleinlassen.

### *Was tun?*

Zunächst sollten wir uns an die Waffe erinnern, die uns Christen immer zur Verfügung steht und die schon oft entscheidend geholfen hat: das *Gebet*. Raffen wir uns doch einmal auf, 14 Tage lang jeden Tag ein Gebet für die Not der Brüder im Libanon zu sprechen.

Dann aber sollten wir auch an die denken, die die Not am meisten trifft, an die Kinder, an die Alten, Kranken und Wehrlosen. Ihnen sollten wir als Zeichen unserer Anteilnahme ein Opfer zukommen lassen (Konto am Ende des Artikels).

Politisch aber sollten wir unseren Einfluß geltend machen, daß man Syrien deutlich macht, daß es mit Sanktionen zu rechnen hat, wenn es seine Armee nicht aus dem Libanon abzieht. Und mit ihnen müßten alle nicht-libanesischen Kräfte abziehen. UNO und EG könnten ihr Gewicht in die Waagschale werfen, daß die Kämpfenden zum Frieden gemahnt werden.

Eine UNO-Friedenstruppe würde sicherlich förderlich sein.

Schließlich muß bedacht werden, daß hier ein Volk, das an der Grenze zwischen westlicher und islamischer Welt eine Jahrtausende alte Kultur mit großen Künstlern, Dichtern, Musikern und Erziehern geschaffen hat, vom Völkermord bedroht ist.

In diesem Land der Zedern, der weiten Küsten und der schroffen Berge läßt es sich gut leben. Aber die von Menschen verursachte Not zwingt so viele zur Flucht. Vor allem aber ist es notwendig, denjenigen zu helfen, die das Land morgen wieder bewohnbar machen müssen, den Kindern.

Spenden Sie daher unter dem Stichwort „Kinderhilfe Libanon“ Kto. 4001800014 der Pax-Bank Mainz, BLZ 55160195.

Beachten Sie bitte die Karten auf den Seiten 144 und 145.

# Das verschlammte Paradies kämpft ums Überleben

Karl Breyer

## *Moçambique*

Ein Wiedersehen mit dem liebenswürdigen, aber verschlammten Paradies Moçambique läßt nur eine Schlußfolgerung zu: Die aggressiv marxistische Politik des Präsidenten Samora Machel ist ein einziger Fehlschlag geworden. Aus der ehemaligen portugiesischen Kolonie, die keineswegs im Wohlstand schwelgte, ist ein Land geworden, das am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs jongliert. Sozialistische Mißwirtschaft, Hungersnot und Dürre sowie die zusätzliche Plünderung durch die Bundesgenossen des Ostblocks, die die reichen Fanggründe vor der Küste mit ihren modernen Kuttern und Verarbeitungsschiffen leerfischen und die wichtigsten Produkte wie Cashew-Nüsse und Früchte in die DDR und in die UdSSR exportieren, haben das Land ausgelaugt. Ein blutiger Guerillakrieg, der die großen Städte, die Eisenbahnlinien und die Energieversorgung lahmlegt, läßt das gequälte Maçambique nicht zur Ruhe kommen. Innerhalb eines Jahres flüchteten mehr als 260 000 Menschen über die Grenze und durch den von Löwen gefährdeten Krügerpark nach Südafrika. Von den neun Millionen Rand, die der Südafrikanische Rat der Kirchen jetzt auf seinen Bankkonten verbucht hat, stellte er bisher umgerechnet 64 000 Mark für diese Flüchtlinge zur Verfügung. Stattdessen verbreitet das Sekretariat des Kirchenrates unkontrollierbare Horrorgeschichten über Folterungen, Vergewaltigungen und Mord durch die Guerillas der MNR an den Flüchtlingen.

Am 25. Juni 1975 hat die ehemalige portugiesische Kolonie Moçambique ihre Unabhängigkeit erklärt. Bereits einen Monat später verstaatlichte die marxistische Frelimo-Regierung der Volksrepublik ohne jeden Schadenersatz das gesamte Unterrichts- und Gesundheitswesen. Von dieser Maßnahme wurden an erster Stelle die Kirchen und Missionen betroffen. Es war der Auftakt zu einem Kirchenkampf, der auch heute noch nicht beendet ist. Die Taktik der Frelimo ist einfach: Die Kirchen sollen nicht blutig verfolgt werden, sondern langsam und schrittweise ausgehungert werden. Ihr Einfluß wurde radikal beschnitten. Rund 700 Missionare mußten das Land verlassen. Es waren vor allem portugiesische katholische Missionare und Vertreter der Niederländisch-Reformierten Kirche Südafrikas, die jahrelang fruchtbare Aufbauarbeit geleistet hatten. Feldmarschall Samora Machel ließ zahlreiche Kirchen schließen oder in Parteibüros der Frelimo umwandeln. Die Geheimpolizei und ein vom ostdeutschen Staatssicherheitsdienst aufgebauter Spitzeldienst beobachtet die Gläubigen und setzt sie im geeigneten Fall unter Druck. Fast ein Viertel der Bevölkerung bekennet sich zum Christentum, etwa zehn Prozent sind Moslems. Sie werden genau so drangsaliert wie die übrigen Religionsgemeinschaften. Daher halten sich bis heute die hartnäckigen Gerüchte, denen zufolge die MNR-Guerillas (MNR = Befreiungsbewegung Moçambiques) von arabischer Seite über die islamische Inselrepublik der Komoren mit Waffen versorgt werden. Gemunkelt wird, daß sich die Ölstaaten am Arabischen Golf rächen wollen für die Unterdrückung ihrer Glaubensgenossen.

Die marxistische Volksrepublik Moçambique befindet sich in einem Teufelskreis. Der deutsche Professor Andre Thomashausen, der an der Universität von Südafrika unterrichtet, machte erst kürzlich einige Zahlen bekannt, die bisher geheimgehalten wurden. So ging die Anzahl der Touristen in den Jahren 1975 bis 1985 von 291 574 auf 1 000 zurück. Die Produktion an Cashew-Nüssen fiel zwischen 1973 und 1983 von 216 000 Tonnen auf 5 800 Tonnen. Die Förderung an Kohle betrug 1975 noch 574 800 Tonnen. Sie war 1984 auf 100 000 Tonnen gefallen. 1975 wurden noch 3 446 Tonnen Kupfer gefördert. 1981 war die Produktion auf Null gefallen. 1972 belief sich die Bananenernte auf 280 000 Tonnen, 1983 nur auf 65 000 Tonnen. Im Jahre 1974 produzierte die Kolonie noch 285 581 Tonnen Zucker, 1982 waren es lediglich 120 000 Tonnen. Einer Untersuchung der Weltbank zufolge ging der internationale Transport auf den rund 3 000 km langen Eisenbahnen des Landes zwischen 1973 und 1983 um 80 Prozent zurück. Der Güterverkehr in den wichtigsten Häfen reduzierte sich um 70 Prozent, von 13,4 Millionen Tonnen im Jahre 1973 auf 3,6 Millionen Tonnen im Jahre 1983.

Der holländische Vizekonsul in Maputo, John Roosegaarde-Bisschop, bestätigte mir in einem Gespräch die Kritik der internationalen Schiffahrtsgesellschaften: „Sie (die internationalen Schiffe) wollen die Häfen Maputo, Beira und Ncala nicht mehr anlaufen, weil Sicherheit und Effizienz nicht mehr gewährleistet sind.“ Die Niederlande investierten bisher mehr als 130 Millionen Mark an Entwicklungshilfe für die Verbesserung des Hafens von Beira, der ja als der wichtigste Nachschubhafen für Zimbabwe gilt. Aber selbst die Geschäftsleute in Harare interessieren sich kaum dafür. Sie leiten ihren Handel einfach über Durban, Port Elizabeth und East London um.

Die fünfzehn Millionen Menschen in Moçambique hungern. Der Jubel nach der Unterzeichnung des sogenannten Friedensvertrags von Nkomati im März 1984 ist längst verklungen. Er hat dem mächtigen Nachbarn Südafrika den vom ANC verursachten „Revolutionskrieg“ ins Land und dem gequälten Moçambique nicht die Erlösung von den MNR-Rebellen gebracht. Im Gegenteil. Obwohl Pretoria behauptet, die Unterstützung eingestellt zu haben, operieren die Guerillas nun in vielen Teilen des Landes bis vor den Toren der Hauptstadt. Auf dem Volksmarkt in Maputo, der eine Stadt von 800 000 Menschen versorgen muß, gibt es kaum noch Gemüse und Obst, von anderen Lebensmitteln ganz zu schweigen. Die Produkte des Landes erreichen die Hauptstadt nur in den seltensten Fällen. Möhren kosten auf diesem Markt rund 120 Mark pro Kilo und Bananen umgerechnet 104 Mark pro Kilo. Ein Arbeiter in einer Fabrik verdient etwa 130 Mark pro Monat. Verschiedene ausländische Firmen zahlen ihren Werkträgern Zigaretten statt Meticais (der offiziellen Währung). Damit kann man mehr kaufen. Viele Produkte sind rationiert. Eine fünfköpfige Familie erhält pro Monat 10 kg Reis, 10 kg Mehl und 5 kg Zucker zugeteilt. Es gibt weder Öl noch Butter, noch Seife.

Ein Kollege, der auch den Norden des Landes unter großen Schwierigkeiten bereiste, erzählte später, daß er in drei Wochen nicht ein einziges Ei gesehen habe. Im Hotel in Nampula gab es Brot und Tee, aber keinen Zucker. Am nächsten Tag gab es Tee, aber kein Brot. In einem Supermarkt in Beira fand er ein halbes Regal mit Toilettenpapier und Ra-

sierpinsel, sonst nichts. Die offizielle Propaganda behauptet, daß die „MNR-Gangster“, die von Pretoria bezahlten Verbrecher und Wegelagerer, für die Misere verantwortlich zeichnen.

In der Tat machen die MNR-Guerillas dem Lande schwer zu schaffen. 5000 Soldaten aus Zimbabwe wurden jetzt eingesetzt, um zumindestens die Verbindungen mit dem Nachbarstaat und die Ölpipeline zu bewachen. Die einzigen mit Konvois befahrbaren Straßen führen nach Malawi und nach Zimbabwe. Nur die Eisenbahnverbindungen zwischen Beira und Zimbabwe sowie zwischen Maputo und Südafrika funktionieren. Die Straßen zur südafrikanischen Grenze und nach Swaziland können nur unter großem Risiko benutzt werden.

Der Kontakt mit Südafrika und die Tatsache, daß Pretoria jährlich rund 120 Millionen Mark an Löhnen für Arbeiter aus Moçambique an die Regierung in Maputo zahlt, ist ein letzter Halt für das Frelimo-Regime. Auch die 1,6 Millionen Tonnen Queer, die der kapitalistische Nachbar über Maputo verschifft, tragen mit dazu bei, daß die Wirtschaft des Landes noch nicht endgültig zusammengebrochen ist. Trotzdem meinen Diplomaten in Maputo, daß die marxistische Bürokratie, eine fehlende Organisation und auch eine wachsende Korruption zu der katastrophalen Situation im Lande beigetragen haben. Für die Bevölkerung des Landes würden Sanktionen gegen Südafrika das Leiden kaum verbessern, aber in jedem Fall verlängern.

Einen gewichtigen Einschnitt in Polens Armee verursachte das am 23. Mai 1989 im polnischen Gesetzblatt veröffentlichte Kirchengesetz 154. Es erlaubt den Feldgeistlichen wieder den Zugang zu den Kasernen, nicht nur zu den Wehrpflichtigen, sondern auch zu den Berufssoldaten und zu deren Familien. Ein Soldat darf sich wieder die Kette mit dem Kreuz um den Hals legen, den Rosenkranz im Waffenrock tragen. Man darf in voller Uniform zum Gottesdienst gehen, sich trauen, die Kinder ohne Nachteil taufen und zur Hl. Kommunion gehen lassen. Wer Dienst an Sonn- und Feiertagen hat, darf den Gottesdienst — falls er nicht am Kasernentor Dienst tut — am Radio- oder Fernsehapparat auf der Stube mitfeiern. Ganz abgesehen davon, erlaubt die Armee, daß der Rekrut sich jetzt auch das Konterfei seiner Auserkorenen in den Spind stecken darf.

Die Amtskirche hat wieder — wie einst gehabt — ein Mitspracherecht bei der Benennung von Feldgeistlichen und des Generaldekans bekommen. Damit werden die Feldgeistlichen das Odium regimetreuer Priester verlieren, die Nähe zur Amtskirche wieder hergestellt werden. Die Feldgeistlichen unterstehen nicht mehr der „Politischen Hauptverwaltung“ der Armee, sondern der Generalquartiermeisterei und bilden nun eine eigene Gruppe unter den Berufsoffizieren (ihr Dienstgrad beginnt beim Hauptmann und endet beim Oberst, aber jetzt soll ihnen auch der Rang eines Brigadegenerals) zustehen. Zudem ist ein publizistisches Organ für die Feldgeistlichen geplant sowie überhaupt an eine Kirchenpublikation, die sich an die Truppe wenden wird.

In letzter Zeit wird das Wort „Volksarmee“ immer weniger angewandt, und es sieht danach aus, daß das Wort „Armee“ immer mehr Einzug hält.

Verschwinden sollen auch die Polit-Offiziere und somit auch deren Befehlszentrale, die „Politische Hauptverwaltung“. Der einstige Verteidigungsminister und heutige Oberbefehlshaber der Armee, Staatspräsident Armeegeneral Wojciech Witold Jaruzelski, hat indessen vorgesorgt: Sämtliche Politoffiziere mußten sich unter seiner Ägide gleichzeitig als Linienoffiziere ausbilden lassen, so daß es wohl keine arbeitslosen Offiziere geben wird.

Schon zur Jahresmitte kündigte die „Politische Hauptverwaltung“ an, daß nicht mehr nur die kommunistische „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ unter den Berufssoldaten zugelassen sein wird, der ca. 85 Prozent des Offizierscorps angehörten. Damals gab es nur einen einzigen Offizier, der einer anderen Partei angehört hatte und deswegen auch schikaniert wurde: der damaligen Satellitenpartei „Demokratische Partei“, die heute nicht mehr die Führungsrolle der Kommunisten anerkennt. Da in letzter Zeit in Polen auch eine christdemokratische Partei entstand, die großen Zulauf hat, wird es auch sicherlich bald Berufssoldaten geben, die deren Parteiausweis tragen.

Die Armeeführung gab auch bekannt, daß die Entideologisierung der Truppe bereits begonnen hat und daß es ab sofort kein Feindbild mehr geben werde, wozu an erster Stelle die Bundeswehr gehörte.

# Aus GKS und PGR

Donauwörth

Kurt Unglert

*Bonifatius, Apostel der Deutschen*

„Bonifatius (eigentlich Wynfried oder Winfried), angelsächsischer Benidiktinermönch und Missionar, geboren um 675 — gestorben 754; wurde 722 zum Missionsbischof geweiht und arbeitete in Thüringen, Hessen und Friesland (Apostel der Deutschen). 722 Erzbischof, organisierte er die Kirche in Bayern und Mitteldeutschland, gründete zahlreiche Klöster und Bistümer, erlitt auf einer Missionsreise den Märtyrertod.“

So wird Bonifatius im Lexikon beschrieben. Dem GKS-Kreis Donauwörth war das zu wenig.

Also machte sich eine Gruppe von fünfzig Personen auf, um die Stadt zu besuchen, in der der heilige Bonifatius begraben ist. Mit der Bundesbahn geht es über Würzburg nach Fulda. Die Bahnfahrt bietet auch denen, die sich noch nicht so gut kennen, Gelegenheit zu Gesprächen. Für die Kinder, bei nicht wenigen war es die erste Reise mit der Bahn, ist es eine Fahrt, bei der man herumlaufen, spielen und andere Familien in ihrem Abteil besuchen kann.

Fulda ist glücklich erreicht, und mit dem städtischen Bus geht es zum schön gelegenen Bonifatiushaus, dem Bildungshaus der Diözese Fulda.

Nicht eingeplant, aber als ein glücklicher Zufall zu bezeichnen ist, daß am ersten Abend des Aufenthaltes Pater Phil Bosmans, bekannt als moderner Franziskus, eine Abendplauderei abhält. Alle, die daran teilnehmen, sind begeistert. Am Samstag beginnt dann das eigentliche Bonifatiusseminar mit dem einführenden Vortrag von Domkapitular Dr. Werner Kathrein. Umfassend ist die Information über Abstammung, Kindheit und Jugend von Bonifatius, seine ersten Missionierungsversuche — schließlich das breite Feld der Tätigkeit als Missionsbischof und Organisator der katholischen Kirche im germanisch-fränkischen Gebiet.

Die Zuhörer sind gebannt von soviel Detailwissen über die kirchenpolitische und weltliche Situation im Missionsgebiet von Bonifatius. Wer Dr. Kathrein kennt, weiß außerdem, daß er ein Referent ist, der mit fünf Stichpunkten auf einem kleinen Zettel, zweieinhalb Stunden fesselnde Information vermittelt. Der Nachmittag dient der praktischen Vertiefung des vorher Gehörten.

Das Dom-Museum mit der Reliquie des Heiligen und vielen Zeugnissen der erzbischöflichen Herrschaft in Fulda — die Michaeliskirche, erste Kirche in Deutschland, sowie Stadtschloß — Altstadt — Orangerie und vieles mehr, gehört zu einem Besuch in der ehrwürdigen Bischofsstadt. Der gemeinsame Gottesdienst, von Militärfarrer Georg Kestel zelebriert, beschließt am Sonntag das Familien- und Informationswochenende.

Die Rückreise führt mit dem Intercity über ein Stück der neuen Schnellfahrstrecke bis Nürnberg und beschaulich weiter nach Donauwörth.

Nach der Ankunft ist für alle Teilnehmer ein interessantes und informatives Wochenende vorüber.

## **Freyung**

*Gemeinschaft Katholischer Soldaten informierte*

Heinrich Vierlinger

Wie schon in den Jahren 1983 und 1987 für Pfarrer, Kapläne, Religionslehrer und Pastoralassistenten aus den Dekanaten Freyung, Grafenau und Waldkirchen hatte die GKS diesmal die Freyunger und Kreuzberger kirchlichen Vereine und Verbände, also die „Laien“ in der Kirche geladen, um sie über

- Auftrag und Möglichkeiten der Militärseelsorge in der Bundeswehr sowie über
- Absichten und Ziele der GKS

zu informieren.

Knapp 80 Damen und Herren, angefangen vom kath. Militärfarrer Alfred Hable über das kath. Kreisbildungswerk, den Pfarrgemeinderat Freyung und Kreuzberg, den Orts Caritasverband Freyung, den kath. Frauenbund Freyung und Kreuzberg, Kolping Freyung mit einigen Jugendlichen, der KAB Freyung und Kreuzberg bis zu dem kirchlichen Jugendbüro Freyung, konnte der Leiter der Veranstaltung, der 1. Vorsitzende der GKS Freyung Heinrich Vierlinger, begrüßen.

Der Militärfarrer übernahm den 1. Teil des Programmes, nämlich die Vorstellung der Militärseelsorge in der Bundeswehr. Kaum jemand unter den Anwesenden, außer den schon Gedienten, hatte davon schon mehr gehört, als daß es auch bei der Bundeswehr einen Pfarrer gibt. Hable sprach über die Rechtsstellung der Militärseelsorge, über die Wirkungsmöglichkeiten und über ihre Organisationsform in der Bundeswehr. Seine wichtigsten Aussagen waren wohl, daß der Militärfarrer nicht in den „Befehlsstrang“ eingebunden ist, er also im Gegensatz zu früher, und auch im Gegensatz zu anderen Streitkräften, auch denen der NATO, kein Soldat ist. Weiterhin hat ein Militärseelsorger in der Bundeswehr eine gute Chance, an die Wehrpflichtigen heranzukommen, weil Lebenskundlicher Unterricht in den Kompanien auf dem Dienstplan steht und damit die Teilnahme Pflicht ist.

Im 2. Teil stellte der GKS-Sprecher die gemeinschaft Katholischer Soldaten vor. Er erläuterte dabei, daß die GKS die Laienorganisation der katholischen Soldaten in der Bundeswehr ist und somit mit kirchlichen Verbänden wie KAB oder Kolping vergleichbar sei. In einem Schaubild verdeutlichte er die Struktur des GKS-Kreises auf Standortebene bis zum Bundesvorsitzenden.

Mitglieder könnten sein

- Berufssoldaten
- Zeitsoldaten
- Wehrpflichtige
- Reservisten/Pensionäre
- Zivilbedienstete der Bundeswehr
- Familienangehörige dieser Gruppen.

Mit der Vorstellung der 9 Leitsätze der GKS endete dieser Abschnitt. Der 3. Teil der Veranstaltung war der Information über Gliederung, Ausrüstung und Bewaffnung des Freyunger Bataillons gewidmet. Nach einem kurzen theoretischen Überblick konnte dann hautnah der Kampfpanzer Leopard, der Spähpanzer Luchs, der Transportpanzer Fuchs mit der Panzerabwehrrakete Milan, der Bataillonsgefechtsstand sowie die „Nachschubnervenzentrale“, die EDV-Anlage beim Materialnachweis, besichtigt werden. Die Besucher zeigten sich dabei sehr interessiert, und so mancher, wie auch Herr Thimm vom kath. Kreisbildungswerk, sah das erstmal in seinem Leben einen Panzer von innen.

Der 4. Teil war für ein Gespräch über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Bundeswehr vorgesehen.

Der Veranstaltungsleiter gab hier zunächst einen kurzen Überblick darüber, wo die GKS, aber auch alle Soldaten zur Zeit „der Schuh“ drückt. Es sind dies

- die teilweise intoleranten Stellungnahmen zur Bundeswehr aus Teilen der katholischen Laiengruppierungen, wie BDKJ und KJG, aber auch Pax Christi, die letztlich im Auf Ruf zur „Totalverweigerung“ aller Dienste in unserem Staat gipfeln,
- die immer wieder zu vernehmenden diffamierenden Äußerungen einzelner (siehe Frankfurter „Mörderurteil“)
- und vor allem auch die abnehmende Einsicht über die Notwendigkeit von ausreichenden Streitkräften für eine Politik der Sicherheit und Entspannung.

Schnell entwickelte sich um diese Punkte eine Diskussion, wobei Zustimmung darüber herrschte, daß man für Aufrufe zur Totalverweigerung oder für das Mörderurteil kein Verständnis habe. Breiten Raum nahm das Gespräch über die „schlechten Noten“ ein, die die ausscheidenden Soldaten der Bundeswehr „verpassen“. Der Gesprächsleiter machte dabei deutlich, daß dies für die Bundeswehr eine ernste Sache sei, und man sich sehr bemühe, alle Ursachen zu ergründen sowie diese Mängel abzustellen. Es meldeten sich auch anwesende Wehrpflichtige zu Wort, die dabei für die Bundeswehr ein gutes Wort einlegten und dazu aufriefen, nicht alles pauschal sowie unterschiedslos schlecht zu machen. Besorgnis wurde auch über „mangelnde Flexibilität der NATO“ im derzeitigen Abrüstungsprozeß geäußert. Der Westen honoriere die Politik Gorbatschows auf diesem Gebiet zu wenig. Der GKS-Sprecher widerlegte dies an Hand einer Zeittafel über eingereichte Abrüstungsvorschläge. Zudem verwies er darauf, daß erst seit wenigen Jahren der Osten seine eigene riesige konventielle Überlegenheit zugibt. Die Nichtanerkennung dieser war bisher der größte Hemmschuh für erfolgversprechende Verhandlungen.

Am Veranstaltungsende sprach der KAB-Vorsitzene Franz Jakob der GKS und dem Militärpfarrer im Namen aller Lob und Dank für einige interessante Stunden aus.

## Flensburg

*Kloster auf Zeit für katholische Frauen von Soldaten*

Hiltrud Thye

Unter Leitung von Militärdekan Theis und Herrn Heinz vom Katholischen Militärbi-schofsamt trafen sich 12 katholische Frauen von Soldaten zu einem Begegnungswochen-ende im Pentagon von Angermund, dem Dominikanerinnenkloster St. Katharina von Siena. Die Frauen kamen aus dem ganzen Bundesgebiet von Sonthofen bis Flensburg.

Die Schwestern des Klosters nahmen uns ganz selbstverständlich in ihre Gemeinschaft auf, ließen uns darüber hinaus Raum zur eigenen Gottesdienstgestaltung und unterstützten unsere Wünsche und Vorstellungen. Wir halfen gerne bei den täglich anfallenden Arbeiten wie Geschirrwaschen, Tische ein- bzw. abdecken.

Das Thema „Glauben — damit das Leben gelinge“ wurde nicht in Vorträgen oder Referaten, sondern im Gespräch und Austausch miteinander behandelt.

Als Einstieg befaßten wir uns mit dem Gebet „Was ich nicht bete — glaube ich nicht“. Es wurde über das Gebet in der Kindheit und heute gesprochen. Unterschiedliche Praktiken wurden aufgezeigt. Hier wurde deutlich, daß der Austausch von „persönlichen“ Glaubenserfahrungen und Glaubensmitteilung schwer fällt. Die Teilnahme an den festen Gebetszeiten der Schwestern war sehr hilfreich für die Gruppe und zeigte, Gemeinschaft trägt beim Gebet.

In den weiteren Gesprächsrunden wurden Gottesbilder aus dem alten Testament angerissen und später bezogen auf das Wort Gottes, das in Jesus Christus sichtbar wurde. Verdeutlicht wurden unterschiedliche Gottesbilder durch das Vorstellen von Kinderzeichnungen. Das Kindheits- und Erwachsenengottesbild hat sich vielfach geändert. Jeder muß für sich sein eigenes Gottesbild finden.

Wir sprachen darüber, ob „mein Glaube Hilfe oder Hindernis im Alltag“ ist. Eine Antwort, die wir auf die Frage, die als Leitfaden durch das Wochenende führte: „Glauben — damit das Leben gelingt?“ lautet: Gottes Wort hören, lesen, wahrnehmen und deuten für mein Leben, um auch dann glaubwürdig für andere Gott darstellen zu können.

Es zeigte sich, daß die Zeit für dieses Thema viel zu kurz war und wir unbedingt daran weiterarbeiten müssen.

Es war ein Wochenende, von dem wir zehren können. Das Thema wurde ergänzt durch die Atmosphäre und Stille des Klosters und hat zum Gelingen beigetragen.

## Poing

### *Aufbruch zur Rettung der Welt*

Arthur Schopf

Im Rahmen des Kreisbildungswerkes Ebersberg hielt die Münchner Bezirksrätin und Diözesanratsvorsitzende Hanna Stütze im Poinger katholischen Pfarrheim ein ausführliches Referat über ein profundes Thema unter dem Titel „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“.

Bereits 1934 — noch während des 3. Reiches — forderte Dietrich Bonhoeffer ein ökumenisches Friedenskonzil, aber erst 1983 hat der „Ökumenische Rat der Kirchen“ in Vancouver vorgeschlagen, daß 1990 bei der Weltversammlung der Kirchen in Seoul das Thema „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung des Friedens“ behandelt werden solle. 1985 griff Friedensforscher Professor Carl-Friedrich Weizsäcker auf dem deutschen Evangelischen Kirchentag dieses Thema wieder auf, das sich seit damals in lebhafter Diskussion befindet. Es muß ein Prozeß in Gang gebracht werden, daß dieses Problem in einem „Miteinander aller christlichen Kirchen“ angegangen wird. Ein wichtiger Markstein wurde 1986 bei dem

Treffen aller christlichen und nichtchristlichen Religionen festgelegt, zu dem Papst Johannes Paul II. nach Assisi eingeladen hatte. Die deutsche Bischofskonferenz hat auf ihrer Frühjahrsvollversammlung 1987 in Stapelfeld beschlossen, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen.

Das letzte große Treffen aller dieser religiösen Verbände fand vom 15.–21. Mai 1989 in Basel statt, da dort bereits vor 500 Jahren ein ähnliches Konzil stattgefunden hatte. 700 Delegierte aus 23 Ländern von 120 Kirchen der „Konferenz europäischer Kirchen (KEK)“ und des „Rates der Bischofskonferenzen Europas (ECCEE)“ kamen dort mit 230 Delegierten aus den Ostblockländern zusammen. Der äußere Rahmen reichte von Island bis Malta und vom Atlantik bis zum Ural. Hier war das Hauptthema „Brücken schlagen zwischen den Völkern und den Religionen“. Das Ergebnis wurde in einem Dokument der europäischen Versammlung zu Basel von der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben. Das Dokument, das unter dem Gesichtspunkt „sehen, nützen, handeln“ verfaßt wurde, gab zu heftigen Diskussionen Anlaß, z.B. über den Schutz des ungeborenen Kindes mit der Gruppe evangelischer Frauen aus Italien.

Alle Delegierten verpflichteten sich, in Kirche und Gesellschaft für Gerechtigkeit (für Arme, Frauen und Ausländer), Friede (gegen Massenvernichtungsmittel, Waffenhandel etc.) und Bewahrung der Schöpfung (aus Energie, Sparmaßnahmen, Abfallbeseitigung, Genforschung) zu kämpfen.

Mit dem Aufruf „Helfen Sie mit, die Anliegen von Basel weiterzutragen und damit zu einer Bewußtseinsänderung zu kommen, um ein Stück der imponierenden und aufrüttelnden Botschaft von Basel zu verwirklichen“ beendete Bezirksrätin Hanna Stützle, die als einzige Delegierte von Bayern in Basel teilgenommen hatte, unter starkem Beifall ihr Referat.

## **Donauwörth**

### *Völkerverständigung als Lösung des Palästinenserproblems*

Kurt Unglert

Täglich blutet Palästina, die Lage ist gespannter denn je. Im Heiligen Land herrschen unheilige Zustände.

Um Hintergründe aufzuzeigen, hatte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Donauwörth Dr. Asher Eder, Religions- und Geschichtswissenschaftler sowie Schriftsteller (Star of David) und Reiseleiter aus Jerusalem, zu einem Vortrags- und Diskussionsabend eingeladen.

Dr. Asher Eder befindet sich zur Zeit auf einer Vortragsreise durch Deutschland, um über die drückenden Fragen der israelischen Palästina-Politik zu berichten.

„Das Problem fällt nicht aus heiterem Himmel, sondern wächst allmählich an“, beginnt Dr. Eder mit der Darstellung der Problematik, wobei er Bezug auf die geographische Lage nimmt. Israel an der Nahtstelle von drei Kontinenten liegend, sei als Landbrücke, wie geschichtlich bewiesen, schon immer von größtem politischen Interesse gewesen. Auch das Interesse der beiden großen Weltreligionen Christentum und Islam am heutigen Staatsge-

biet von Israel und insbesondere an Jerusalem wirkte sich für das jüdische Volk nachteilig aus.

Hatten sich die Juden in der Frühgeschichte des Islam nicht am Feldzug gegen Mekka beteiligt und sollte schon damals darum Arabien judenfrei gemacht werden, so fordert jetzt die PLO dazu auf, die Israeli ins Meer zu treiben. Nach jahrhundertelanger Diaspora in der ganzen Welt und ohne Assimilierung in den Gastländern begann mit der Balfour-Deklaration im Jahre 1917 eine neue Phase der jüdischen Geschichte.

Es sollten jedoch noch dreißig Jahre und mit der Zeit von 1933 bis 1945 die bitterste der Geschichte des jüdischen Volkes vergehen, bis nach der UN-Debatte 1947 eine Aufteilung des Gebietes von Palästina an Juden und Araber erfolgt.

Was hat stattgefunden?

Ein Staat ist so gegründet worden, wie immer — durch Landnahme.

Aber nicht in grauer Vorzeit, nicht in menschenleerem Gebiet, nicht nach Vertreibung der Einheimischen. 650 000 Juden und 1,3 Millionen Araber wohnen am Ende des zweiten Weltkrieges in Palästina, beide Volksgruppen wollen nicht miteinander leben. Die Geheimorganisationen beider Seiten bekämpfen sich erbittert. Vier Kriege werden geführt, mit Ausnahme von Ägypten herrscht nur Waffenstillstand — kein Friede.

Worum geht es außer um Land?

Da ist als erstes Jerusalem — Heilige Stadt für Juden, Muslime und Christen. Jerusalem muß in israelischem Besitz bleiben, meint Dr. Eder. Das ist die für die Juden endlich erreichte Heimstatt des Volkes Gottes, das sich — bei allem bis ins Grundsätzliche gehenden Streit — in einem einig ist: Nie wieder wird jemand dieses Volk zur Schlachtbank führen — nicht in Auschwitz und auch nicht auf der Westbank.

Zusätzlich würde die Teilung des Staates Israel eine ausreichende Wasserversorgung der Bevölkerung in Frage stellen. In einem Land wie Israel ein sehr gewichtiger Grund.

Das nächste Problem ist die Bevölkerungsexplosion unter den auf dem von Israel beanspruchten Gebiet lebenden Arabern. 750 000 leben hier bereits. In den Kriegen konnten wir euch nicht besiegen, aber mit unseren Kindern werden wir euch bezwingen, sagte ein Araber einmal zu Dr. Eder. Kinderreichtum ist für arabische Familien selbstverständlich, und bald wird es in Palästina weitaus mehr Araber als Juden geben. Welche Schwierigkeiten ein Staat, in dem religiöse Gerichte alle Personenstandsangelegenheiten entscheiden und in dem Vorschriften der jüdischen Religion in alle Teilbereiche des Alltags eingreifen, mit so einer für orthodoxe Juden Überfremdung bekommen wird, bleibt abzuwarten.

Innerhalb des israelischen Volkes gibt es daher sogar Strömungen, die sich auf das ursprüngliche kleine Staatsgebiet für den Vorteil der völkischen und religiösen Integrität beschränken würden. Mit einer Ausnahme — Jerusalem muß ungeteilte Hauptstadt bleiben.

Was zieht Dr. Asher Eder als Schlußfolgerung?

Grenzverschiebungen nutzen nichts, nur Toleranz zwischen den Volksgruppen unter Führung der Religionen, mit gleichzeitiger Beachtung der Menschenrechte für alle Bewohner von Palästina, führt zur Völkerverständigung und Lösung des Palästinenserproblems.

## Anzing

### *Brüderlichkeit und Bruderhilfe*

Arthur Schopf

„Brüderlichkeit und Bruderhilfe sind die herausragendene Eigenschaften einer Brücke des christlichen Glaubens zwischen den Ländern Ecuador und Bayern. Dies unterstrich Bischof Vicente Cisneros aus Ambato in Ecuador bei einer Predigt anlässlich eines Festgottesdienstes in der Anzinger Pfarrkirche Maria Geburt. Der hohe kirchliche Würdenträger aus Südamerika feierte das Meßopfer zusammen mit den beiden Anzinger Pfarrern Korbinian Lehrberger und Reinhold Fischer.

Seit einer Woche weilten 20 Bischöfe aus Ecuador in München. Sie erwidern damit einen Besuch von Kardinal Wetter 1987 in Südamerika, ehe sie zum 5jährigen Ad Limina nach Rom weiterreisen. Vincente Cisneros (55) wurde am 7. Januar 1968 durch Erzbischof Echeverrite zum Bischof geweiht. Er ist christliches Oberhaupt der 4000 qm großen Erzdiözese Ambato, in der 400000 Menschen leben. Sie werden von 42 Pfarreien betreut.

Seit 25 Jahren besteht eine Partnerschaft zwischen Ambato und München. Für 1990 ist die Gründung einer Kolpingfamilie in Quito geplant, der Hauptstadt Ecuadors. Nach dem Gottesdienst war die Anzinger Pfarrfamilie in das Pfarrheim eingeladen. Hier bedankte sich Bischof Cisneros für die Unterstützung seiner Heimat-Diözese durch die Christen der Erzdiözese München-Freising. Er bat gleichzeitig um weitere brüderliche Hilfe „seines armen Landes durch das reiche Bayern“.

Besonderen Dank sprach der Gast aus Ecuador dem Anzinger Theologiestudenten Georg Rieger aus, der sich seit zwei Jahren um die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehr verdient gemacht hat.

Von August 1988 bis Mai 1989 hatte Rieger Ecuador bereist und sich an Ort und Stelle über die wirtschaftlichen und seelsorgerischen Probleme in Lateinamerika informiert. Er weilte zunächst in der Hauptstadt Quito mit ihren 1,5 Millionen Einwohnern. Dann hielt er sich im Süden des Landes, in der Provinz Loja, auf, danach in Latazinga, der Hauptstadt der Provinz Cotopaxi. Zuletzt besuchte er die Küstenregion Esmeraldos.

Rieger war dabei als Mitarbeiter in den verschiedenen Pfarreien tätig und knüpfte hier Kontakte mit Seminaristen aus dem ganzen Land. Auf seine Initiative hin wurde im letzten Jahr als weiteres Bindeglied zwischen Ecuador und Bayern eine Patenschaft gegründet mit der reinen Indiogemeinde Salasaca, in der 5000 Menschen wohnen. Dort betreuen die Lauritas (Schwestern) eine Missionsstation, eine Elementar- und eine Mittelschule sowie einen Kindergarten.

Diese Missionsstation erhofft sich nun auch Hilfe von der neuen Schwesterngemeinde Anzing. Während seiner Tätigkeit in Ecuador lernte Georg Rieger auch Bischof Vicente Cisneros kennen.

## Köln

### *Klausurtagung des Pfarrgemeinderates der Kath. Militärpfarrgemeinde*

Hans-Dieter Vogels

Am 18.11.1989 führte der Pfarrgemeinderat der Kath. Militärpfarrgemeinde Köln seine schon zum festen Bestandteil gewordene jährliche Klausurtagung im Dechant-Berger-Haus in Bensberg durch.

Dieses Zusammentreffen dient zum einen dem Gedankenaustausch innerhalb des Pfarrgemeinderates zu den verschiedensten Themen, die das Arbeiten und Leben in der Militärpfarrgemeinde betreffen, und zum anderen, um die im kommenden Jahr anstehenden Aufgaben/Tätigkeiten terminlich abzustimmen bzw. womöglich schon entsprechende Maßnahmen/Absprachen vorzubereiten bzw. zu treffen.

Der Gedankenaustausch in einer ruhigen, ungestörten Atmosphäre, ohne Hektik und „fast“ ohne Zeitdruck ist, wie der PGR es immer wieder feststellt, die gewinnbringendste Art, um evtl. vorhandene Mißstände/Unstimmigkeiten anzusprechen, Änderungen oder neue Gedanken/Vorschläge aufzunehmen, aufzuarbeiten und später dann in die Tat umzusetzen.

Die Festlegung von Terminen/Zeiträumen für die Vorhaben für das jeweils kommende Jahr ist eine zwingende Notwendigkeit, um einen geordneten Arbeitsablauf in der Militärpfarrgemeinde über das ganze Jahr hinaus zu gewährleisten. Bei dieser Klausurtagung wurden festgelegt die Termine für:

die Gottesdienste in der Militärpfarrkirche, Feier der Osternachtliturgie, Feier der Christmette, internationaler Soldatengottesdienst im Kölner Dom, Teilnahme an der Fronleichnamsprozession in Köln, Patronatsfestgottesdienst in St. Gereon, Gottesdienste mit jungen Soldaten anlässlich der Gelöbnisfeier, Pfarrversammlung, Familienwochenenden, Familienwerkwoche, Wallfahrten, Einkehrtage, Damenkaffee der Frauengemeinschaft und nicht zuletzt die Termine für die Pfarrgemeinderatssitzungen.

Natürlich „begleitete“ uns an diesem Tage auch unser Militärpfarrer Jürgen Erdmann. Neben seiner tatkräftigen Mitarbeit teilte er den anwesenden in einem Vortrag in hervorragender Art seine Gedanken zum „gemeinsamen Weg auf Gott hin“ mit.

Die Klausurtagung endete mit einem Gottesdienst, der von Pfarrer Erdmann unter Unterstützung unseres Diakon OTL Balzer in der Kirche St. Nikolaus in Bensberg zelebriert wurde.

Die o. g. Feststellung sei nochmals gestattet:

Zur Vorbereitung und Durchführung der Arbeiten im Pfarrgemeinderat ist diese gewinnbringende, fruchtbare Klausurtagung nicht mehr wegzudenken.

## Donauwörth/Neuburg

### *Militärpfarrgemeinderat neu gewählt*

*(pm) Über 4000 katholische Soldaten und ihre Familien der Bundeswehrstandorte Donauwörth/Neuburg waren aufgerufen, den Pfarrgemeinderat beim katholischen Standortpfarrer neu zu wählen. Eine hohe Wahlbeteiligung zeigte das Interesse der Soldaten an dem Laiengremium der katholischen Militärseelsorge.*

Kurt Unglert

30 Frauen und Männer hatten sich in den Bundeswehrstandorten Donauwörth und Neuburg/Donau bereiterklärt, für den Pfarrgemeinderat der katholischen Militärseelsorge zu kandidieren.

Den Abschluß der Wahl bildete nun die konstituierende Sitzung des 18 Personen umfassenden Gremiums, mit Wahl der Vorstandschaft und des Vorsitzenden, im Unteroffizierheim der Alfred-Delp-Kaserne in Donauwörth. Die Begrüßungsrede hielt noch einmal der Vorsitzende des alten Pfarrgemeinderates, Herr Hauptmann Wilhelm Schmid vom Fernmeldebataillon 220 aus Donauwörth. Er hatte nicht mehr kandidiert, da er noch in diesem Jahr in den Ruhestand tritt.

Der von ihm gegebene Rückblick führte den Anwesenden die Aktivitäten der Militärseelsorge Donauwörth/Neuburg in den letzten vier Jahren vor Augen. Dabei betonte er, daß Veranstaltungen wie religiöse Wochenenden für Soldatenfamilien, Vorträge, aber auch Pfarrfest und Familienwandertag bei einer reinen Personalgemeinde ohne kirchliches Zentrum notwendig sind, um ein Zugehörigkeitsgefühl zur Standortpfarre zu schaffen. Allen, die ihn dabei unterstützt haben, voran dem Leiter der Pfarrdienststelle in Neuburg, Pfarrhelfer Erwin Schmid, galt sein Dank.

Anschließend würdigte Standortpfarrer Georg Kestel das Engagement und die umsichtige Arbeit von Hauptmann Schmid als Vorsitzender des Pfarrgemeinderates der Militärgemeinde.

„Ein Team zu bilden und trotz des in einer Militärpfarrgemeinde stetigen Wechsels von Mitarbeitern (12 Mitglieder des Pfarrgemeinderates schieden durch Versetzung aus) zu solch guten Ergebnissen zu führen ist ihnen gelungen.“

Nach der Wahl der Vorstandschaft durch den neuen Pfarrgemeinderat, sie besteht aus jeweils zwei Soldaten und zwei Frauen der beiden Bundeswehrstandorte, wählte der neue Militärpfarrgemeinderat seinen neuen Vorsitzenden.

Vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurde Hauptfeldwebel Kurt Unglert vom Fernmeldebataillon 220 in Donauwörth. Als Schwerpunkt für seine künftige Amtszeit nannte er: „Zusammenarbeit mit den Ortspfarreien — halten der Verbindung zu den in den nächsten Jahren in den Ruhestand tretenden Soldaten, — Information- und Bildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit katholischen Verbänden.“

Militärpfarrer Georg Kestel verabschiedete dann die ausscheidenden Pfarrgemeinderatsmitglieder und überreichte die Dankesurkunde des Militärbischofs und ein Buch.

## Stuttgart

Zum gegenseitigen Kennenlernen trafen sich im Pfarrhaus von St. Maria in Stuttgart, der Diözesanvorstand von Pax Christi, Pfarrer Peter Arnold, Vorsitzender Karl-Heinz Wiest, Geschäftsführer Michael Junge und Jürgen Scheiffele mit den Beauftragten der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich V, Oberstleutnant Hans-Peter Bott und Oberstleutnant Georg Graf von Schönburg.

Ziel des Gesprächs war es, auf der Grundlage des Glaubensverständnisses, Gemeinsamkeiten in der aktiven Friedensarbeit zu finden.

Nach persönlicher Vorstellung und Offenlegung der Beweggründe für die Mitgliedschaft in den jeweiligen Verbänden wurde ein grober Rahmen für mögliche gemeinsame Aktivitäten abgesteckt.

Zum intensiveren Verständnis der zum Teil gegensätzlichen Positionen und zur Aufarbeitung der Vergangenheit, wurde zunächst ein Schriftenaustausch vereinbart, auf dessen Grundlage ein weiteres Treffen im Mai vorgesehen ist.

Hans-Peter Bott

# Information aus Kirche und Welt

Bericht über den Fachkongreß  
„Neue Wohnformen im Alter“

Willy Trost

Am 6. November 1989 fand im Konrad-Adenauer-Haus Bonn ein Fachkongreß zum Thema „Wie wollen ältere und alte Menschen wohnen? — Neue Wohnformen im Alter“ statt. Die Ergebnisse werden in ausführlicher Form veröffentlicht werden, daher erfolgt hier ein Kurzbericht über die wesentlichen Ergebnisse.

1. Nach einer kurzen Einführung in die Tagesordnung und den Zweck des Kongresses durch G. Braun MdB sprach zum Bereich „Familienpolitische Überlegungen zu Wohnformen im Alter“ Frau Bundesminister Prof. Dr. Ursula Lehr.

1988 lebten 96% der über 65jährigen in einem Privathaushalt, nur 3,7% in einem Altenwohnheim, Altenheim oder Pflegeheim. Die Anzahl der Alleinlebenden nimmt nach BM Lehr mit dem Alter zu. Von den 60–65jährigen leben 20,7%, von den 65–70jährigen schon 47% in einem Einpersonenhaushalt. Das sind überwiegend Frauen. Von den über 65jährigen Männern wohnen nur 16% allein, von den Frauen dagegen 53%. Bei den über 75jährigen Frauen leben über 89% in einem Einpersonenhaushalt. Die Zahl der alleinlebenden Älteren wird in Zukunft zunehmen, ebenso wie der Anteil der in Heimen lebenden.

Als besonders wichtig sieht Prof. Dr. Lehr an, daß die Älteren möglichst in ihrer Wohnung bleiben. Diese werde als Teil der „eigenen Geschichte“ angesehen. Deshalb würden auch objektiv schlechte Wohnsituationen als subjektiv befriedigend erlebt, weil damit ureigenste positive Lebenserfahrungen verbunden sind. Deshalb sei Verständnis gefordert dafür, daß ältere Menschen nur sehr ungern umziehen, ihre Wohnung wesentlich verändern oder auch nur verkleinern. Insbesondere Eigenheimbesitz fördert zweifellos Nachbarschaftskontakte und Nachbarschaftshilfe. Der Siedlungstyp der 60er Jahre ist nicht „altengerecht“. Insbesondere Formen, die ein Treppensteigen verlangen, sind altenfeindlich. BM Lehr verlangt deshalb, daß schon die jungen Erwachsenen bei einer Hausplanung

den Blick in die Zukunft lenken und an das Alter denken.

Prof. Lehr wies darauf hin, daß der eigene Haushalt Selbständigkeit und selbstverantwortliche Lebensführung fördert und erhält. Die meisten älteren Menschen, die Kinder und Enkel haben, mit ihnen eng verbunden sind und an deren Leben intensiv Anteil nehmen, lehnen aber ein Zusammenwohnen mit ihnen strikt ab. Das Mehrgenerationen-Wohnen kann nur eine unter vielen Möglichkeiten des Wohnens im Alter sein. Nach BM Lehr wird vor allem die „pflegeleichte“ Wohnung gebraucht, die eine Aufrechterhaltung des eigenen Haushaltes auch noch bei eingeschränkter Beweglichkeit ermöglicht.

Kriterien dafür seien bereits hinreichend entwickelt. Hier gebe es eine neue konkrete Aufgabe spezifischer Wohnungsberatung, die vor Ort in der konkreten Situation nach Möglichkeiten sucht, die Wohnung so zu verändern, daß — auch bei Hilfsbedürftigkeit — ein Verbleiben in den eigenen Wänden möglich wird. Dabei gilt es z.B. auf hinreichende Beleuchtung zu achten, auf die Möblierung (Höhe des Bettes), aber auch Erreichbarkeit der Mülltonne, der Briefkästen usw.

Auch im Wohnumfeld muß nach BM Lehr auf die Wünsche der älteren Menschen eingegangen werden, die auch von sich aus für diese Änderungen eintreten müssen. Dazu gehören u.a.:

- breitere Bürgersteige, keine „Stolpersteine“ oder Kopfsteinpflaster;
- Beseitigung sogenannter „Schikanen“ in verkehrsberuhigten Zonen, die mehr Lärm verursachen und für Gehbehinderte schlecht zu überqueren sind;
- bessere Straßenbeleuchtung in Seitenstraßen;
- mehr Sitzgelegenheiten, Bänke in richtiger Sitzhöhe;
- ebenerdige Einstiege in U-Bahn und Straßenbahn;
- Rolltreppen für alle Stationen der U-Bahn;

— mehr Briefkästen, vor allem in der Nähe von Altenheim.

Stadt- und Dorfplanungen müssen nach Auffassung der Ministerin stärker auf die Interessen und Bedürfnisse der Älteren konzentriert werden. Auch eine auf Ältere zugehende Beratung und Dienstleistung sei notwendig. Ambulante Dienste, insbesondere Pflegedienste, Haushaltshilfedienste, Körperpflege- und therapeutische Dienste, die den Verbleib in der eigenen Wohnung sichern können, müssen verfügbar gemacht werden. Weiter seien Formen des betreuten Wohnens für relativ rüstige ältere Menschen und Angebote für das Wohnen von pflegebedürftigen alten Menschen notwendig und zu ermöglichen.

Zusammenfassend forderte die Ministerin Hilfe für die Helfenden. Die Wohnung müsse dem Ziel dienen, Pflegedürftigkeit zu vermeiden, ein anregendes und selbstgestaltetes Umfeld zu schaffen oder zu erhalten und Platz für persönliche Interessen zu haben.

2. In einer Reihe von Podiumsdiskussionen wurden die vielfachen Aspekte und Möglichkeiten diskutiert, die für die Senioren und ihre Lebensgestaltung Bedeutung haben. Einige der besonderen Feststellungen und Probleme waren dabei:

Bei einer Gesamtbevölkerung von über 61 Millionen Menschen ist der Anteil der über 60jährigen 1992 so groß wie der Anteil der unter 20jährigen. 50% der Seniorenhaushalte haben Eigenbesitz, davon sind 38% Substandard-Wohnungen.

Seniorenwohngemeinschaften sollen gefördert werden, den Altenwohneinrichtungen müssen Pflegeeinrichtungen beigelegt werden. „Alte“ sollen nicht nur mit „Alten“ zusammenwohnen. Junge Menschen und Familien brauchen die Senioren, wie diese das Zusammenleben mit den Jungen in den Wohnsiedlungen. Die Möglichkeit von gemischten Siedlungen für Studenten und Senioren wird erprobt.

In Berlin gibt es in großem Umfang die „Lebenshilfe“ e.V., eine Senioreneinrichtung, in der Alte Alten helfen. Dies wird besonders wichtig, wenn durch Scheidung oder Tod der andere Partner vereinsamt. Von Bedeutung ist das „be-

treute“ Wohnen. Bei voller Selbständigkeit wird auf „Knopfdruck“ betreut. Nach einer Rehabilitation muß die Möglichkeit der Rückkehr in die eigene Wohnung aufrechterhalten bleiben.

Für die Urlaubszeit muß eine weitere Betreuung ebenso wie bei einer zeitlichen Pflegebedürftigkeit sichergestellt werden. Dafür sind „Krankenhäuser“ geeignet und die Einrichtung von zentralen, automatischen Ansprechstellen mit Fernbedieneinrichtungen wie in Sankt Augustin.

95% der Senioren wohnen in eigener Wohnung. Das Durchschnittsalter der Bewohner von Altenheimen ist 82 Jahre. Derzeit schon sind die Senioren mehr als 30% der Wähler und werden schon deshalb mehr Beachtung erfahren. 9,3 Millionen Bundesbürger sind über 65 Jahre alt, davon haben 5,3% ein Einkommen von mehr als 3 000,— DM im Monat.

Ein Land wie Dänemark verzichtet völlig auf Altersheime und fördert, wie auch eine Caritasstelle in Norddeutschland, das „betreute“ Wohnen. Damit und durch den konsequenten Umbau und die Modernisierung zu altersgerechten Wohnungen ist ein Rückgang von 20% des Altersheimbedarfes zu erreichen. Der Aufwand für den altersgerechten Ausbau einer Wohnung wird durchschnittlich 3 000,— DM bis 15 000,— DM betragen. Über Finanzierungsmöglichkeiten dazu werden noch Überlegungen angestellt.

Der Kongreß brachte eine Fülle von Anregungen und zeigte insbesondere, wie wichtig schon für die mittlere Generation die Planung von Haus und Wohnung im Hinblick auf das Alter ist.

#### *Festakademie zur Eröffnung der Thomas-Morus-Akademie Bensberg*

Willy Trost

Die Thomas-Morus-Akademie wurde vor 41 Jahren gegründet. Nach einem Brand, bei dem zwei Feuerwehrleute ums Leben kamen, wurde nun nach fast 10 Jahren, mit einer Festakademie im Kardinal-Schulte-Haus die Akademiearbeit wieder aufgenommen.

In seiner Begrüßung beschrieb der jetzige Akademieleiter Dr. Isenberg die Entstehung der

Akademie und die Auswirkungen des Brandes vor 10 Jahren. Nach einer langen Renovierungsphase und einer Zwischenbelegung durch das „Collegium Albertinum“ steht nun ein modernes, großzügiges Tagungszentrum zur Verfügung. Die Lage am Rande der Kölner Bucht, mit dem großartigen Blick auf die Wohn- und Industrielandschaft wird von der Akademie und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen als Verpflichtung verstanden.

Darauf ging in seiner Ansprache auch der Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln, Thomas Nickel, ein. Er wies darauf hin, daß der Diözesanrat als eingetragener Verein der Rechtsträger der Akademie sei. Sein Dank für den Wiederaufbau galt dem Erzbischof, den Kirchensteuerzahlern und den Referenten des Generalvikariates. Er rief die Akademie dazu auf, dem Dialog verpflichtet zu bleiben und Orientierungspunkte in einer pluralistischen Gesellschaft zu setzen.

In seinem Festvortrag anlässlich der Eröffnung sprach Prof. Dr. Klaus Töpfer, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zum Thema: Unsere Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung. Er wies darauf hin, daß erst in jüngster Zeit die Schöpfung plötzlich zum Thema auch der Politik wurde. Im Jahre 1987 habe der Bundeskanzler das Wort der beiden Kirchen aufgenommen und in der Regierungserklärung erklärt, daß aus der Verantwortung für die Schöpfung der Staat Natur und Umwelt schütze. Die Natur sei eine Kultur- aufgabe, auch weil der Mensch immer weitere Einblicke in die Bausteine von Natur und Umwelt gewinne und damit erkenne, daß er die Verantwortung für die Bewahrung übernehmen müsse. Das Wort, der Mensch dürfe nicht alles, was er könne, gewinnt nach Prof. Töpfer immer mehr an Bedeutung. Die Erhaltung der Gesundheit, Sicherstellung der Ernährung und Energieversorgung für immer mehr Menschen — derzeit über 5 Milliarden — sei die Aufgabe aller. Daraus ergebe sich eine neue Sicherheitsstruktur: der verantwortliche Einsatz der Technik. Die Menschen müssen den verantwortlichen Umgang mit der Technik lernen und die erworbene Fähigkeit auch an die Länder und ihre Menschen weitergeben, deren Verwaltungsstrukturen noch zur Erfüllung dieser Aufgaben wachsen müssen.

Der Bundesminister wies nachdrücklich darauf hin, daß sich in unserer Gesellschaft die Verweigerung der Verantwortung immer wieder in vordergründiger Moralität zeige.

So werde die Abfallentsorgung im eigenen Bereich verhindert und der Nachbar damit belastet. Ein weiterer Qualitätssprung zeige sich bei der Gentechnik. Werde sie hier verhindert, dann werde sie umso intensiver denen überlassen, die weniger Kontrolle für notwendig halten.

Prof. Töpfer rief zu einer internationalen Umweltpartnerschaft auf, zu einer Risikogemeinschaft aller Menschen, die de facto ja auch bestehe. Dies müsse zuerst in Europa verwirklicht werden. Es sei auch wichtiger, erheblich mehr Schaden beim Nachbarn zu vermeiden, als bei gleichem Mitteleinsatz im eigenen Lande möglich sei. Daneben sei natürlich alles Machbare auch im eigenen Bereich zu tun.

Vordergründige Moral und damit falsch ist nach Meinung des Ministers auch jeder Boykott, der andere treffe und keine wirkliche Hilfe darstelle, so z.B. das Verbot des Importes von tropischen Hölzern. Dies schütze die Umwelt nicht, wenn nicht vor Ort entsprechende Hilfsmaßnahmen erfolgten. Die giftigste Substanz der Welt ist die Armut, so rief der Minister aus. Eine gute Umweltpolitik könne nicht sein, die Armut der Armen und den Reichtum der Reichen zu erhalten. Nicht der Wert einer Pflanze oder eines Tieres für den Menschen dürfe diese erhaltenswert machen, sondern ihr Dasein an sich.

Prof. Töpfer schloß mit der Mahnung, daß der ökologische Generationenvertrag eben auch Naturschutz mit Blick auf die Schöpfung sei und nicht mit dem Blick auf den Nutzen für den Menschen. Die Natur sei durch die Bevölkerung und den Wohlstand bedroht, aber eine Flucht vor den Problemen sei nicht die Lösung, sondern die bewußte Übernahme der Verantwortung für Natur und Umwelt anstelle des Ausstieges angesichts der Aufgaben.

Ein Grußwort von Joachim Kardinal Meisner, Erzbischof von Köln, schloß die Veranstaltung ab. Er erinnerte an Romano Guardini, den ersten kirchlichen Lehrstuhlinhaber an der Universität von Berlin. So wie Guardini sei auch er

der Überzeugung, daß die Botschaft sich nicht vor der Welt zu rechtfertigen habe, sondern die Frage an die Welt zu stellen sei, wie sie der Botschaft gerecht werde. Falsches Handeln beginne beim falschen Denken, rief der Kardinal aus. Deshalb müsse die Akademie Fragen an die Welt stellen, ob sie der Schöpfung Gottes, die ja diese Wirklichkeit ist, gerecht werde. Christlicher Glaube sei ja nicht der Überbau der Wirklichkeit, sondern eingestiftet in die Wirklichkeit. Gott allein sei der Wahre, die Wahrheit, die allein freimache, und Gott sei eben in allen Dingen zu finden. Nach Kardinal Meisner haben die Menschen, die den Glauben an das Gute in der Welt verloren haben, in Wahrheit den Glauben an das Gute, den gütigen Gott verloren. Die Menschen im Westen seien nicht froh, sie stünden immer an der Klagemauer, statt dankbar und froh zu sein. Es gebe viel mehr Gutes, als sich oberflächlich registrieren ließe, führte er aus. Der Schönheit Gottes könne nur in der Anbetung begegnet werden, deren Alltagsnahme Ehrfurcht sei.

Der Erzbischof schloß mit der Forderung, die Akademie solle eine Hochschule der Ehrfurcht sein. Der Mensch sei sich selbst als Maß zu klein und brauche deshalb den Gottmenschen Christus.

*Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 24. und 25. November 1989 in Bonn-Bad Godesberg*

Willy Trost

Die Präsidentin Rita Waschbüsch eröffnete die Tagung mit dem traditionellen Bericht zur Lage. Als erstes ging sie mit einigen Feststellungen auf die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa ein. Die Präsidentin erinnerte an die Autonomiebestrebungen in den baltischen Staaten und auch in anderen Teilen der Sowjetunion, die in immer stärkerem Maße neben dem Streben nach Freiheit und Demokratie aufbrechen. Geradezu atemberaubend seien die Entwicklungen in Ungarn. Darüber dürfe nicht vergessen werden, was vor allem Ungarn, aber auch Polen, gewagt und geleistet haben, um Zehntausenden von deutschen Landsleuten aus dem anderen Teil Deutschlands den Weg in die Freiheit zu

öffnen. Es sei ein ganz wichtiges Indiz für die Religionsfreiheit in der Sowjetunion — und damit für den Freiheitsprozeß dort —, ob den fünf Millionen Gläubigen der ukrainischen katholischen Kirche das volle Recht auf Religionsausübung und eine Wiedergutmachung für ihre Leiden und Verluste zugestanden wird.

Gerade an den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa zeige sich, nach Meinung von Frau Waschbüsch, daß das Bestreben nach Wahrheit und Freiheit auch nach jahrzehntelanger Unterdrückung nicht erloschen sei. Es zeige, wie richtig es war, nicht Anbiederung an die Zwangsherrscher zu betreiben, sondern die Macht der Freiheit zu stärken. Diese Politik habe die Kräfte der Freiheit ermutigt und die Machthaber im sowjetischen Herrschaftsbereich schließlich zum Einlenken und zu den Korrekturen gezwungen, die wir jetzt sehen.

Die aktuelle Entwicklung in Deutschland läßt sich an den Ereignissen der Nacht des 9. November festmachen, in der die Mauer zwischen den beiden Teilen Berlins und Deutschlands faktisch fiel. Lang Erhofftes geschah, und was wir dort erlebten, war tatsächlich ein historisches Ereignis. Beachtenswert sei, daß manche der prominenten Vertreter des Regimes in der DDR gerade so tun, als ob sie die Väter der Reformbewegung und die Erfinder des Dialoges seien. Die Präsidentin fuhr fort, daß wir Zeugen eines revolutionären Vorganges seien. 1948 machten die Berliner stellvertretend für Deutschland klar, daß sich die Deutschen nicht noch einmal unter eine totalitäre Herrschaft zwingen lassen wollten. Und wieder horcht die Welt auf. Die Deutschen haben dafür gesorgt, daß die deutsche Frage wieder auf die internationale Tagesordnung gekommen sei. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang die eigenartige Diskussion um die Wiedervereinigung, ob man sie eigentlich wollen dürfe und ob nicht schon die Rede über sie bei unseren Nachbarn Stirnrünzeln auslösen könne. Den Menschen in der DDR aber gehe es um Freiheit und Selbstbestimmung. Warum sollte es uns nicht gelingen, die Freiheit der Mecklenburger, Sachsen, Thüringer und Brandenburger und ihre Einheit mit uns für genauso wichtig zu halten wie die Selbstbestimmung anderer Völker, für die wir mit Recht eintreten? Die katholische Laienarbeit

solle mithelfen, die Verbundenheit zwischen den Menschen hüben und drüben noch stärker spürbar zu machen und wachsen zu lassen.

Wir Katholiken müßten, so die Präsidentin des ZdK, jede Chance, die sich uns neu eröffne, nutzen, um der Kirche in Ost- und Mitteleuropa zu helfen. Dazu hat das Präsidium des ZdK mit dem Deutschen Caritasverband beschlossen, der Vollversammlung vorzuschlagen, zu einer Lebensmittelhilfe für Kinder, Jugendliche und alte Menschen in Ost- und Südosteuropa, auch für Rumänien, aufzurufen. Die Vollversammlung hat diesen Aufruf einstimmig übernommen und empfiehlt allen Katholiken, unterstützend und helfend tätig zu werden, weil diese Hilfe jetzt besonders dringlich ist.

Die Präsidentin, Frau Rita Waschbüsch, wies in ihren weiteren Ausführungen auch darauf hin, daß Vertrauen und Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland nur solche Parteien verdienen, die die unerläßlichen Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie nach Anspruch und Stil ihres politischen Handelns zweifelsfrei erfüllen. Wie bereits mehrfach in den letzten Jahren vom ZdK festgestellt, erklärte sie erneut: Links- und rechtsextremistische Parteien seien eine Gefahr für unsere Demokratie und sollten von überzeugten Katholiken nicht gewählt werden. Auch die Erklärungen des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Essen wurden bekräftigt: „Durch ihre unverhüllte Ausländerfeindlichkeit, die Verharmlosung von Nazi-verbrechen und ihre sozialpolitischen Vorstellungen grenzen die Republikaner sich selbst von der Kirche, ihrer Lehre vom Menschen und von der Gesellschaft ab. Die Republikaner polarisieren in einer unerträglichen Weise und gefährden extrem den sozialen Konsens in der Gesellschaft.“

In ihren abschließenden Worten ging die Präsidentin in ihrem Lagebericht kurz auf den Besuch der deutschen Bischöfe in Rom ein. Sie äußerte dazu, daß die spontanen Reaktionen der heimkehrenden deutschen Bischöfe Dankbarkeit, Freude und Erleichterung bezeugen. Der Dialog habe die Kommunikation zwischen der Leitung der Weltkirche und unseren Bischöfen wesentlich gefördert. Wir als Katholiken sollten das Unsere tun, um dem Papst sichtbar zu machen, daß Lebendigkeit und Aufbruch, Wag-

nis und kritischer Mut, die er erwartet, auch und gerade das organisierte Laienapostolat in unserem Land beselen.

Die lange Diskussion zum Lagebericht wurde durch eine Ergänzung des Generalsekretärs Dr. Kronenberg zur aktuellen Lage in Mitteldeutschland eingeleitet. Er führte aus, daß die erkennbaren Initiativen zur Gründung eines ZdK der DDR sehr begrüßt würden und jede Unterstützung finden würden. Vertreter des Laienapostolats der DDR werden zum 23. Mai 1990, der Vollversammlung des ZdK in Berlin, am Vortag des Katholikentages, als Gäste eingeladen. Es ist geplant, einen Solidaritätsbeitrag der Teilnehmer des 90. Deutschen Katholikentages für die Katholiken der DDR zu erbitten. Der Generalsekretär wies darauf hin, daß die Teilnahme von Katholiken aus der DDR zwar immer geplant war, sich aber nun durch die neue Entwicklung erheblich vereinfacht habe. Er wies darauf hin, daß in Ostberlin nur Veranstaltungen anläßlich des Katholikentages, nicht jedoch des Katholikentages vorgesehen seien.

In der Diskussion erläuterte der Vorsitzende der Zentralen Versammlung in seinem Redebeitrag zum Punkt des Freiheitsdranges der Länder des Ostens, daß auch wir daraus lernen könnten: Mut zum persönlichen Einsatz, einfache klare Sprache und das ungeschminkte Aussprechen der Wahrheit. Menschenwürdiger Umgang miteinander, das Einbeziehen der Grundrechte in den Alltag und in das Leben solle unsere Lehre aus den Entwicklungen in Osteuropa sein.

In einem Tagesordnungspunkt wurde über das Thema „Polen und Deutsche — gemeinsam für die Zukunft Europas“ vorgetragen und diskutiert.

In das Thema führte die Präsidentin, Frau Rita Waschbüsch, ein. Sie erläuterte, daß dieses Thema im Zusammenhang mit der Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989 stehe. Wenn heute vor diesem Hintergrund der Erklärung über den gemeinsamen Weg von Polen und Deutschen gesprochen werde, dann erinnere sie sich gerne daran, daß am deutschen Ausgangspunkt dieses Weges schon vor Jahrzehnten der Verzicht der Vertriebenen auf Vergeltung stand. Sie hätten ihre Bereitschaft zur Versöhnung mit dem polnischen

Volk unter Opfern bekundet und hätten intensiv am Aufbau einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung in Europa mitgearbeitet, die nun auch für Ost- und Mitteleuropa mehr und mehr zum Maßstab werde.

Mieczyslaw Pszon, Chefredakteur aus Krakau, sprach zum Verhältnis der Polen und Deutschen und faßte es zusammen, indem er sagte: „Wir sind für eine tief verstandene Normalisierung, denn eben wir, Deutsche und Polen, wissen es besser als viele andere Völker, welchen Segen die Demokratie darstellt. Also laßt uns Partner sein, die diese Demokratie loyal und mit einem Gefühl für die Bedeutung der getroffenen Entscheidungen anstreben.“

Prof. Dr. Lobkowicz erinnert in seinen Ausführungen daran, daß die Sowjetunion sich fast eine Hälfte, genau 47% des Territoriums der polnischen Republik von 1918—1939 angeeignet habe. Dies geschah als Folge des Ribbentrop-Molotow-Paktes und damit als Schuld Hitlers, deren Folgen wir in Deutschland auf uns zu nehmen hätten. Prof. Lobkowicz sprach über die besonders von deutscher Seite vorliegende Schuld an dem unvorstellbaren Leid, das den Polen während des letzten Weltkrieges zugefügt wurde.

Die Ansprache von Prof. Lobkowicz war der Ausgangspunkt für kritische Bemerkungen in der nachfolgenden Diskussion. Es wurde erläutert, daß seine Ausführungen zur deutschen Schuld zu radikaler „Gegen-Stellungnahme“ führen könne. Auch der Wortlaut der Erklärung zum 1. September sei in der Grenzfrage zumindest unglücklich gefaßt, weil er nicht der Verfassung und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entspräche. Die teilweise mißverständlichen Äußerungen von Prof. Lobkowicz, daß Nichtunterzeichner der Erklärung gegen die Aussöhnung seien oder Verbandsinteressen verträten, wurde scharf zurückgewiesen. Andererseits wurde in der Diskussion auch klar, daß die Erklärung in der vorliegenden Form doch akzeptabel ist. Es darf nicht vergessen werden, daß schon die Sprachprobleme einer von Polen und Deutschen gemeinsam unterzeichneten Erklärung eine wörtliche Ausfeilung sehr schwierig machen. Die Erklärung war außerdem keine ZdK-Erklärung. Mißverständnisse entstanden durch die äußere Form insbesondere bei den

Medien. In der menschlich bewegenden, trotz aller Leidenschaftlichkeit sachlich geführten, langen Diskussion wurde über das Verhältnis Polen—Deutschland gesprochen. Auch die Rechtsprobleme der Grenzfrage wurden erörtert und letztendlich die Mißverständnisse angesprochen, die über Entstehung und Form der Veröffentlichung entstanden waren.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien führte ein in den Tagesordnungspunkt „schulischer Religionsunterricht in einer säkularen Gesellschaft“. Sie forderte, daß Schüler und Schülerinnen, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet hätten, die an ihm nicht teilnehmen wollten oder die nicht am Unterricht einer anderen Religionsgemeinschaft teilnähmen, verpflichtet würden, am Ethikunterricht teilzunehmen. Frau Laurien wies darauf hin, daß der Religionsunterricht eine wichtige Komponente staatsbürgerlicher Erziehung sei: Der junge Mensch lerne, seine eigene Überzeugung zu vertreten und zugleich Menschen, die andere Überzeugungen vertreten, anzuerkennen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Sie verwies darauf, daß das vom ZdK dann nach kurzer Diskussion verabschiedete Papier insgesamt verdeutlichen wolle: Religionsunterricht sei nicht der „Fels“, auf dem der Glaube ruhe, wohl aber ein wichtiger Stein im Haus des Glaubens und des Menschseins. Er weise den Menschen über sich selbst hinaus und trage so zu humaner und zukunftsorientierter Gestaltung unserer Welt bei.

Für ein ausgeschiedenes Mitglied des Zentralkomitees in der gemeinsamen Konferenz, für den Rest der Amtszeit, wurde ein Nachfolger gesucht. Dabei setzte sich im zweiten Wahlgang mit Mehrheit Prof. Dr. Gottfried Leder vom Diözesanrat Hildesheim durch.

Frau Gabriele Erpenbeck führte ein in den nach längerer Diskussion mit vielen Einzelabstimmungen verabschiedeten Entwurf einer Erklärung, die der ständige Arbeitskreis für Ausländerfragen der Vollversammlung zur Beschlüßfassung vorgelegt hatte. Diese Erklärung: „für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik“ ist ein Versuch, Wege aufzuzeigen, das Recht von Flüchtlingen auf Zuflucht mit den berechtigten Interessen und Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung in Einklang zu bringen. An erster Stelle steht in der Erklärung jedoch die Forde-

rung, in den Heimatländern mit den Instrumenten von Politik, Wirtschaft und personeller Hilfe menschenwürdige Voraussetzungen zu schaffen, so daß sich Menschen nicht gezwungen sehen müssen, ihre angestammte Heimat zu verlassen. In der Erklärung wird auch darauf hingewiesen, daß die Harmonisierung des Asylrechtes in Europa nicht auf dem jeweils niedrigsten Niveau erfolgen dürfe. Ziel müsse vielmehr eine Praxis sein, die den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention entspricht. Das europäische Parlament hat am 13. März 1987 eine Entscheidung zu Fragen des Asylrechtes verabschiedet, von der das Zentralkomitee der deutschen Katholiken erwartet, daß die dort gemachten Vorschläge von der Bundesregierung in den anstehenden Verhandlungen zur Grundlage der europäischen Flüchtlingspolitik gemacht werden.

Nach dem formellen Beschluß der Vollversammlung des ZdK, den 91. Deutschen Katholikentag 1992 in Karlsruhe durchzuführen, sprach der Vorsitzende des Diözesanrates Berlin und Vizepräsident des ZdK über den Stand der Vorbereitungen des 90. Deutschen Katholikentages in Berlin 1990. Dr. Jürgen Meyer-Wilmes führte aus, daß damit gerechnet werden dürfe, daß der Berliner Katholikentag ein Fest der Begegnung über die Mauer hinweg werde. Wir wüßten heute wenig, erwarteten aber viel, führte der Vizepräsident aus. Alles bekomme neue Akzente, und es müsse mit wesentlich mehr Besuchern, Teilnehmern und Mitwirkenden gerechnet werden als bisher. Der Anmeldeprospekt wird den Mitgliedern und Beratern des ZdK in der nächsten Zeit zugehen. Vorgesehener Anmelde-schluß ist vorläufig der 28. Februar 1990.

Der Katholikentag beginnt am Mittwoch, dem 23. Mai 1990, vor dem Berliner Schloß und wird danach zu einem Abend der Begegnung mit den Berlinern führen. An Christi Himmelfahrt wird vormittags der gemeinsame Gottesdienst im Olympiastadion gefeiert, der Nachmittag steht dann unter der Frage der Himmelfahrt. Der Freitag steht unter dem Thema „Die Zeichen der Zeit erkennen“. Danach wird sich der Katholikentag den Fragen der Gestaltung unserer Erde zuwenden. Am Samstagnachmittag soll die Hauptkundgebung allen Teilnehmern die neue Situation in Europa nahebrin-

gen: die Veränderungen, die Hoffnungen für das künftige Europa und wie wir uns als Christen den Herausforderungen stellen können. Der Samstagabend steht im Zeichen eines mit den Berlinern gemeinsam gefeierten Stadtfestes. Der Sonntag vereint noch einmal alle Teilnehmer in einem gemeinsamen Gottesdienst. Alle sind gespannt, führte Dr. Meyer-Wilmes aus, auf das gemeinsame Gespräch über die aktuellen Entwicklungen in Richtung auf ein Europa, in dem Selbstbestimmung und Freiheit nicht nur Wunschträume sind. Sicher dürften wir alle sein, daß die Berliner insgesamt zum Gelingen dieser ihren Beitrag leisten werden. Ein in diesem Zusammenhang entstandenes Problem besprach Dr. Meyer-Wilmes mit Oberstleutnant Havermann, Oberstleutnant i.G. Schulz und Oberstleutnant a.D. Trost. Es werden Wege gesucht, zusätzlich dringend benötigte Ordner zur Unterstützung des Kolpingwerkes in Berlin zu finden. Auch wir werden versuchen, unseren Teil zur Lösung dieses Problems, das durch die neue Lage in Deutschland entstanden ist, beizutragen.

Dr. Paul Becher berichtete über den Stand der Beratung im Zentralkomitee zum Thema „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Er führte aus, daß das Präsidium einen Appell an alle Verbände und Laienräte richte, mit den angesprochenen Themen zu arbeiten, weil diese sich überall stellen und für unsere Zukunft wichtig seien. Es verstehe sich von selbst, daß sich eine Reihe von Veranstaltungen des nächsten Katholikentages in Berlin mit Fragen im Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung befassen werden. Allein im Rahmen des Kernprogrammes sind rund 209 Foren und Vorträge darauf ausgerichtet. Weitere Veranstaltungen in den Zentren und Werkstätten kommen auch hinzu, führte Dr. Becher aus.

Es wurden eine Reihe von Anträgen behandelt. Angenommen wurde der Antrag des Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Essen, Dr. Paul Hoffacker, zu der Stellungnahme des Diözesanrates Essen. Diese wurde durch den Generalsekretär des ZdK, Dr. Friedrich Kronenberg, dahin ergänzt, daß der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK beauftragt wird, sich wie bisher mit dem Programm der

Republikaner und Aussagen ihrer führenden Vertreter zu befassen und dafür Sorge zu tragen, daß das ZdK wie bisher eindeutig Stellung zu rechts- und linksextremen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland bezieht.

Die nächste Vollversammlung des ZdK findet unmittelbar vor dem Katholikentag in Berlin statt.

*Pressemitteilung über ein Gespräch zwischen  
Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
und katholischen Soldaten*

Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion fordern ein stärkeres Eintreten für die christlichen Werte in der Politik. Bei einem Gespräch am 5. 12. 1989 auf Einladung des katholischen Militärgeneralvikars Dr. Ernst Niermann zwischen katholischen Soldaten und CDU/CSU-Politikern betonten diese, das im Grundgesetz vertretene christliche Menschenbild sei ständiger Auftrag für das politische Handeln. Die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik seien in der sozialen Marktwirtschaft umgesetzt worden. Gleichzeitig appellierten sie an alle Christen, auch in unserer pluralistischen Gesellschaft für die Werte des Christentums öffentlich einzustehen.

Hinsichtlich der Veränderungen in den Staaten des Warschauer Paktes sei auch ein Prüfstein die Verwirklichung der Religionsfreiheit.

Übereinstimmend wiesen die CDU/CSU-Vertreter darauf hin, daß trotz der Ereignisse im Warschauer Pakt und der Abrüstungsverhandlungen in Wien die Bundeswehr nicht abgeschafft werden könne. Sie sei auch ein Mittel der Selbstbehauptung gegen politische Erpressung von außen. Außerdem käme bei einem erheblichen Rückzug der Amerikaner erhöhte Verantwortung für ihre eigene Verteidigung auf die Europäer zu. Auch Einsätze zur Friedenssicherung im UNO-Rahmen seien denkbar. Dennoch machten die Abgeordneten darauf aufmerksam, daß ein erfolgreicher Abschluß der Wiener Abrüstungskonferenz Auswirkungen auf Arbeitsplätze und die Umfangszahlen der Bundeswehr haben würde. Dies müsse man den Wählern auch offen sagen.

Die Politiker riefen die Soldaten dazu auf, sich als Staatsbürger in ihren Wahlkreisen bei öffentlichen Veranstaltungen mit den Politikern in Verteidigungsfragen solidarisch zu zeigen. Dies werde häufig vermißt.

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion in Bonn stellten auch heraus, daß die Bundeswehr die erste deutsche Armee sei, die ihrem Auftrag — den Frieden in Freiheit zu wahren — seit fast 35 Jahren gerecht werde. Darauf sollten die Soldaten der Bundeswehr selbstbewußt stolz sein.

Bei diesem Gedankenaustausch über die ethische Meinungsbildung der Soldaten vertraten die CDU/CSU-Fraktion der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium Gröbl, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Biehle sowie die Abgeordneten Breuer, Gans, Sauter und Dr. Wittmann. Weitere Gespräche sind mit der F.D.P. und SPD vorgesehen.

*Weihnachten in Afrika*

Es gibt wohl kaum ein Land auf dem afrikanischen Kontinent, in dem nicht auch Deutsche arbeiten und leben, als Missionare und Entwicklungshelfer, als Berater und Vertreter von Organisationen und Unternehmen, im diplomatischen oder privaten Bereich, im staatlichen oder kirchlichen Dienst, im afrikanischen Busch oder in irgendeinem der Zentren, für längere oder für kürzere Zeit.

Doch zu keiner Zeit im Jahr gehen die Gedanken dieser Menschen mehr in die Heimat als in den Tage um Weihnachten. Seit vielen, vielen Jahren schon ist deshalb Prälat Alfons Mappes vor, über und nach Weihnachten unterwegs, um diese heimatliche Verbundenheit etwas zu verlebendigen. Es können allerdings immer nur wenige Länder sein, die besucht werden; und seitdem Prälat Mappes die Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz leitet, ist die zur Verfügung stehende Zeit noch knapper geworden.

In diesem Jahr wird Prälat Mappes in Addis Abeba/Äthiopien beginnen, wo er auch an der Vollversammlung der äthiopischen Bischofskonferenz teilnehmen und das von den Missionsärztlichen Schwestern geleitete Hospital in

Attat (250 km von Addis Abeba entfernt) besuchen wird. In Ruanda freut sich die deutschsprachige Kolonie auf den Besuch von Prälat Mappes und hat ein dichtes Programm vorbereitet, wobei auch Gespräche mit einer Reihe von ründischen Bischöfen und dem Apostolischen Nuntius vorgesehen sind.

In Niamey/Niger, wo die Katholiken nur einen ganz kleinen Bruchteil der einheimischen Bevölkerung darstellen, ist man besonders dankbar und froh über den Besuch nach dreijähriger Pause. Vor 19 Jahren, zu Weihnachten 1970, war Prälat Mappes zum 1. Mal in Niger. Was hat sich hier in all diesen Jahren ereignet?

Die eigentlichen Weihnachtstage wird Prälat Mappes in Bamako, der Hauptstadt von Mali, einem der ärmsten Länder Afrikas, verbringen, wo auch eine ganze Reihe deutschsprachiger Menschen und Familien die dort leben, wohnen und arbeiten, auf ihn warten.

Gleich nach Weihnachten fliegt Prälat Mappes dann weiter nach Brazzaville im Kongo, wo er auch schon längere Zeit nicht mehr gewesen ist, um dann zum Ende des Jahres überzusetzen an das andere Ufer des Kongo, nach Kinshasa in Zaire.

In Kinshasa wird sich am Neujahrsmorgen die ganze deutsche Kolonie zu einem katholischen Gottesdienst mit Prälat Mappes versammeln, bevor dieser am 2. Januar 1990 wieder die Heimreise antreten wird.

Zu diesem pastoralen Programm kommen eine Reihe von Besprechungen mit den Bischöfen und den kirchlichen Institutionen in den besuchten Ländern, die der Arbeit in der Weltkirche und für die Weltkirche dienen.

Bonn, den 8. 12. 1989

(Zentralstelle Weltkirche  
d. Deutschen Bischofskonferenz)

#### *ZdK-Präsidentin kritisiert SPD-Grundsatzprogramm*

Nach Ansicht der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, führen Beschlüsse des neuen SPD-Grundsatzprogramms zu einem weiteren Abbau eines wirksamen Schutzes für das ungeborene Kind.

Frau Waschbüsch betonte in ihrem Bericht zur Lage vor dem Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK am Freitag, dem 12. Januar, daß es betroffenen machen müsse, wie im SPD-Grundsatzprogramm das Lebensrecht des ungeborenen Kindes nur noch dem Selbstbestimmungsrecht der Frau überliefert werde. Sie bezeichnete das Denken, das sich hierin durchgesetzt hat, als menschenfeindlich. Die ZdK-Präsidentin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß hier eklatante Widersprüche aufträten zum Bemühen der SPD um einen wirksamen Embryonenschutz. Die programmatischen Vorstellungen der SPD verkennen, daß das ungeborene Leben auch mit den Mitteln des Rechts zu schützen ist. Das ZdK weist das Programm der SPD in diesem Punkt entschieden zurück.

(ZdK-1131-I-90-FS voraus)

#### *ZdK-Präsidentin zum Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes*

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, nahm in ihrem Bericht zur Lage vor dem Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK am Freitag, dem 12. Januar 1990, Stellung zu dem vorliegenden Entwurf der Bundesregierung für ein Embryonenschutzgesetz.

Sie begrüßte die Grundsatzentscheidung des Gesetzentwurfes, daß es sich beim Embryo vom Zeitpunkt der Befruchtung an um schutzwürdiges menschliches Leben handelt. Positiv bewertete Frau Waschbüsch auch, daß der Gesetzentwurf vorsieht, die sogenannte gespaltene Mutterschaft, also die Verwendung fremder Eizellen oder fremder Embryonen, und die Verwendung ehefremden Samens unter Strafe zu stellen. Das gleiche gelte, so die Präsidentin, für das Verbot der Ersatzmutterschaft, der gezielten Geschlechtswahl, der mißbrüchlichen Verwendung der Zeugungskraft und der Nutzung von Embryonen.

Schwerwiegende Bedenken meldete Frau Waschbüsch dagegen an, daß der Gesetzentwurf die Mehrlingsreduktion, die Tötung bei der Sterilitätsbehandlung entstandener überzähliger Embryonen, nicht von vornherein verhindere. Sie mißbilligte weiterhin die Entscheidung, daß der Gesetzentwurf die Anwendung der neuen

Zeugungstechniken nicht auf Ehepaare beschränkt. (ZdK-1132-I-90-FS voraus)

*Kirchenzeitung in Siebenbürgen erscheint wieder Kirche in Not verstärkt Hilfsaktion*

Königstein, 4. Januar 1990. — Für die Katholiken in Siebenbürgen erscheint ab 15. Januar 1990 wieder regelmäßig eine Kirchenzeitung. Dies teilte das internationale katholische Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe mit. Für den Druck der ersten drei Ausgaben mit einer Auflage von je 10000 Exemplaren stellt das Hilfswerk nach eigenen Angaben fünf Tonnen Umweltpapier zur Verfügung. Als Soforthilfe für die neue Redaktion, das Ordinariat und das Priesterseminar sowie den Oberhirten der griechisch-katholischen Gläubigen schickte Kirche in Not drei Kopiergeräte und fünf elektronische Schreibmaschinen in einem Gesamtwert von rund 50000 DM nach Alba Iulia.

Diese Maßnahmen sind eine erste Reaktion auf die Gespräche, die der Gründer des Werkes, Werenfried van Straaten o. praem., bei seinem viertägigen Besuch Ende Dezember in Rumänien mit Bischof Antal Jakab (Alba Iulia) führte. In einem Lastwagenkonvoi verließen Hilfsgüter in der Nacht zum Donnerstag die ungarische Hauptstadt Budapest. Außer Druckpapier und Bürogeräten hatte er religiöse Bücher im Wert von 170000 DM für die ungarische Minderheit geladen. Außerdem führte er 20 Tonnen Lebensmittel mit sich, die von Freunden des Hilfswerkes in den Niederlanden gespendet worden waren. Sie werden von kirchlichen Stellen in Alba Iulia an besonders bedürftige Familien verteilt. Die drei Lastzüge wurden von zwei Mitarbeitern des Hilfswerkes begleitet. Ab der rumänischen Grenze standen sie unter Militärschutz. (info 1/1990)

*Gorbatschow: Große Bedeutung der Kirchen für den Frieden in der UdSSR*

In einer Rede am 19. September, gerichtet an das Plenum des Zentralkomitees, sprach Michail Gorbatschow auch über die komplexe Beziehung zwischen Religion und Nationalismus in der UdSSR:

„Die Position und Rolle der Kirche in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten ist etwas, das die Frage berührt, die wir heute diskutieren. Es ist wohlbekannt, daß in der Vergangenheit Feindschaft und Konflikte zwischen verschiedenen Nationalitäten zum Großteil eine Konsequenz religiöser Intoleranz waren. Dieser Faktor ist auch heute noch spürbar. Wir schätzen die friedenschaffende Haltung der russisch-orthodoxen Kirche, des Islam und anderer religiöser Gruppen, und wir hoffen, daß sie ihren Einfluß und ihre Möglichkeiten nutzen werden, interethnische Konflikte abzuwenden und zu überwinden. Den Kirchen ist heute die Möglichkeit gegeben, ihre Aktivitäten unter normalen sozialen Bedingungen in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Verfassung zu verfolgen. Dies kann man sehr deutlich an dem Faktum beobachten, daß einige ihrer prominentesten Vertreter in den Kongreß der Volksvertretung gewählt worden sind. Ein Gesetz über die Freiheit des Gewissens, das derzeit entworfen wird, soll alle Probleme regulieren, die mit der Position und den Aktivitäten der kirchlichen Organisationen unter heutigen Bedingungen verbunden sind.“

(Keston News Service [KNS] — 335/1989  
— info 4—5/1989)

*Orthodoxe Pfarreien von ukrainischer katholischer Kirche übernommen*

In Erwartung der Legalisierung ihrer Kirche durch offizielle sowjetische Stellen fahren ukrainische Katholiken fort, Kirchen zu übernehmen. Am 9. Oktober verließ die zweitgrößte Pfarrei in Lemberg, die Gemeinde der Verklärung, die russisch-orthodoxe Kirche und erklärte sich öffentlich der ukrainischen katholischen Kirche zugehörig. Dies wurde perfekt, als Vater Yaroslaw während des Gottesdienstes seine Entscheidung bekanntgab, sich der ukrainischen katholischen Kirche anschließen zu wollen. Nur eine Handvoll Gemeindemitglieder folgte diesem Schritt nicht.

Einem Bericht der St. Sophia-Gemeinschaft aus Kanada zufolge protestierte ein älterer Priester vehement gegen die Initiative von Vater Yaroslaw. Es war jedoch unmöglich, so viele Gemeindemitglieder zusammenzubringen, um die

Kontrolle über die Kirche wiedergewinnen zu können. Die Wiederinbesitznahme der Kirche der Verklärung durch die ukrainischen Katholiken hat große symbolische Bedeutung. Es ist die frühere Gemeinde von Vater Hryhory Kostelnyk, einem der Initiatoren der „Räuber“-Synagoge von Lemberg im Jahre 1946, die die Liquidierung der ukrainischen katholischen Kirche beschloß. (KNS — 337/1989 — info 4—5/1989)

#### *Weißrussischer Bischof betrachtet Priesterseminar als vorrangig*

Der neue weißrussische katholische Bischof Tadeusz Kondrusiewicz erklärte in einem Interview mit der italienischen Zeitung *La stampa*, daß er die Einrichtung eines katholischen Priesterseminars in Weißrußland als eine vorrangige Aufgabe betrachte. Es bestehe ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der Kirchen in Weißrußland, ungefähr 140, und der Zahl der Priester, die derzeit 63 betrage. „Das Problem des Priestermangels muß gelöst und ein Priesterseminar eröffnet werden“, erklärte er und sagte, daß er über dieses Thema mit den Behörden in Weißrußland verhandeln müsse. Er äußerte sich optimistisch bezüglich des Ergebnisses der Gespräche. (KNS — 333/1989 — info 4—5/1989)

#### *Die SALEM-Herberge*

Mitte August erreichte uns ein Hilferuf. Flehentliche Bitte um Hilfe. Eine Schülerin schwanger. Im 5. Monat. Kann unmöglich im Heimatdorf bleiben. Man empfiehlt dringend und eiligst „Schwangerschaftsabbruch“. Das Mädchen: „Das ist aber doch Mord!“ Sie sieht jedoch keinen Ausweg, als den „Abbruch“ wie ihr von allen Seiten empfohlen wird, die ihr alle Bedenken ausreden.

Eine Freudin erfuhr von SALEM. Dort nimmt man gerne und liebevoll „Schwangere in Not“ auf. Kostenlos. Weil die hinterhältige Ermordung eines kleinen Menschen, der sich, im Mutterleib geborgen, ja nicht wehren kann, unter allen Umständen verhindert werden muß.

Also komm, du junge werdende Mutter! Du darfst dein Kindlein behalten! Gottes Sohn blickt freundlich zu dir herab. Er hat es so ge-

fügt, daß du zu freundlichen Herbergsleuten kommst und du nicht eine furchtbare Schuld auf dich zu laden brauchst. SALEM gibt dir Herberge. Sei glücklich, wenn man dann am Tage, da man die Geburt des Gottessohnes feiert, auch die Geburt deines Kindes feiern kann. (Salem-Hilfe)

#### *Die Pflicht der Nächstenliebe*

In früherer Zeit war es gebräuchlich, daß man sich auch um die Not der Armen kümmerte, ja sogar, daß man den Zehnten abgab, um zu verhindern, daß in einer Gemeinschaft vor allem Witwen und Waisenkinder ein armseliges Leben führen mußten. Schon die Bibel ordnet diesen Zehnten an, um keine Ungerechtigkeiten unter den Menschen entstehen zu lassen.

#### *Vergessen*

Allerdings ist diese gute Sitte weithin vergessen worden, an ihre Stelle ist der Sozialstaat getreten. Aber die Hilfe des Staates ist viel zu klein, zu sehr an Organisation gebunden und kann nicht sehen, was ein hilfsbereites Herz sieht. Ohne private Hilfe wäre auch in unserem Land eine schrecklich große Not, und wieviel mehr draußen, in den Ländern der 3. Welt, wo es keinen Sozialstaat gibt, beispielsweise in Uganda oder Namibia/Südwestafrika, wo Salem-Siedlungen gerade deshalb entstanden sind. Und wo Mütter und Kinder elend zugrunde gehen müßten, wenn nicht die liebevolle Hilfe deutscher Salem-Freunde eingegriffen, wirksam eingegriffen hätte.

#### *Mut!*

Nur Mut, liebe Salem-Freunde, in jedem Fall werden auch Sie den Lohn durch solches Tun haben. Denn es liegt ein großer Segen darauf, wenn wir mit offenen Augen und Herzen in die Welt schauen.

Schon meine Mutter hat mich gelehrt, daß sich niemand arm schenken kann. Ganz im Gegenteil! Ich habe es selbst ausprobiert, mein Vermögen an zwei Frauen in Not geschenkt — und so begonnen, das Salem-Hilfswerk aufzubauen. Heute gibt es rund 100 Salem-Häuser in der Welt, überall bin ich dort jederzeit wie zuhause angekommen.

Und die frohen Augen derer, die dort leben,  
sind mein größter irdischer Reichtum! Und Sie  
sollen daran teilhaben! Gottfried Müller

*In größter Not: Zur Salem-Uganda-Herberge!*

In Salem ist immer was los, wie eh und je. Kürzlich brachte uns der District-Medical Officer von Tororo ein ca. 3 Wochen altes Baby, es wurde in Tororo weinend in einer Ecke des leeren Bahnhofs gefunden — ausgesetzt, verlassen. Der Rücken ist rund, Klumpfüße, die Knie bewegten sich nach vorn anstatt nach hinten, die Ellenbogen können nicht gestreckt werden und die Hände sind verkrüppelt. Wir versuchen, dieses 2 kg schwere Würstchen im Babyhaus zu betreuen, nur als noch Keuchhusten hinzukam, mußte es doch in unser „Health-Center“, die Salem-Klinik.

Seit 2 Wochen genießt es jetzt „Intensivpflege“ im Wärmebettchen, eine Pflegeperson rund um die Uhr. Die Knie hat Dr. Tuunde schon richtiggestellt durch einen Gips. Jetzt sind die Klumpfüße in Gips und als nächstes soll der Rücken durch ein Korsett gerade werden. Ich denke, daß das kleine Mädchen durchkommen wird und mit Gottes und Dr. Tuundes Hilfe doch noch ein lebenswertes Leben leben kann.

Schwester Gertrud Schweizer

**Salem-Konten:**

Postgiro: Frankfurt/M. 2992 10-609,

BLZ 500 100 60

Volksbank Kulmbach 255 777, BLZ 771 900 00

*ZdK-Präsidentin zum Entwurf  
eines Embryonenschutzgesetzes*

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, nahm in ihrem Bericht zur Lage vor dem Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK am Freitag, dem 12. Januar 1990, Stellung zu dem vorliegenden Entwurf der Bundesregierung für ein Embryonenschutzgesetz.

Sie begrüßte die Grundsatzentscheidung des Gesetzentwurfes, daß es sich beim Embryo vom Zeitpunkt der Befruchtung an um schutzwürdiges menschliches Leben handelt. Positiv bewer-

tete Frau Waschbüsch auch, daß der Gesetzentwurf vorsieht, die sogenannte gespaltene Mutterschaft, also die Verwendung fremder Eizellen oder fremder Embryonen, und die Verwendung ehefremden Samens unter Strafe zu stellen. Das gleiche gelte, so die Präsidentin, für das Verbot der Ersatzmutterschaft, der gezielten Geschlechtswahl, der mißbräuchlichen Verwendung der Zeugungskraft und der Nutzung von Embryonen.

Schwerwiegende Bedenken meldete Frau Waschbüsch dagegen an, daß der Gesetzentwurf die Mehrlingsreduktion, die Tötung bei der Sterilitätsbehandlung entstandener überzähliger Embryonen, nicht von vornherein verhindere. Sie mißbilligte weiterhin die Entscheidung, daß der Gesetzentwurf die Anwendung der neuen Zeugungstechniken nicht auf Ehepaare beschränkt. (ZdK-1132-I-90-FS voraus)

*Report-Service*

*Geschäftsstelle*

*90. Deutscher Katholikentag Berlin 1990 e. V.*

Zur Durchführung der Organisation des 90. Deutschen Katholikentags wurde im ehemaligen Franziskaner-Kloster in Berlin-Tempelhof im Frühjahr 1988 eine Geschäftsstelle eingerichtet.

In der Geschäftsstelle stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung:

Geschäftsführer: Michael Muth  
Stellvertreter: Norbert Kuschla  
Sekretariat: Claudia Kerzmann

Bereichsleiter

Programm: Rolf Schumacher  
Sekretariat: Annegret Scharf

Bereichsleiter

Organisation: Wilhelm-Michael Konsek  
Sekretariat: Nicole Franke

Quartierbüro: Christa Heldt

In den Räumen der Geschäftsstelle befindet sich ebenfalls die Pressestelle des Katholikentags:

Pressesprecher: Theodor Bolzenius  
Stellvertreter: Michael Schön  
Sekretariat: Barbara Heinschke

Geschäftsstelle:  
Götztstraße 65, 1000 Berlin 42  
Telefon 030/75 69 03-0  
Telefax 030/7 52 08 79  
Telex 183 549 ktb d  
Berliner Commerzbank  
(BLZ 100 400 00) Nr. 5 215 520  
Oder Solidaritätsbeitrag DDR  
Kto.: 3 226 222  
BLZ: 380 700 59  
Deutsche Bank Bonn  
z. Hd. Herrn Bringmann

### *Wenn Mauern brechen*

Packend war es zu erleben, daß in Berlin in den zurückliegenden Wochen die Mauer brüchig wurde. So fest schien sie zu stehen, so abweisend und menschenverachtend. Viel Leid hatte diese Mauer gebracht und sogar in ihrer unüberwindbaren Starrheit Menschenleben gekostet. Achtundzwanzig lange Jahre stand sie, und nun beginnt sie durchlässig zu werden.

Viel, viel länger bestand die Mauer, welche die Menschen von Gott trennte. Der Kontakt war auf ein Minimum beschränkt. Die Menschen wollten alles selbst regeln. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Menschen und Gott war vergessen, vergessen seine liebende Sorge und Güte. Ein irdisches Reich nach eigenem Geschmack, das war ihre Vorstellung, und so ein Reich mußte man „schützen“, auch gegen Gott.

Gott hat den Menschen ihr Verhalten nicht übergeben, er ließ sie gewähren, aber er hat sie nicht aus seiner Liebe entlassen. Sein Ziel war, die Mauer zu überwinden, sie zu beseitigen, oder doch wenigstens sie durchlässig zu machen. Und er hatte Geduld mit der dickköpfigen Starrheit der Menschen.

Um die Mauer ins Wanken zu bringen, ging Gott bis zum Äußersten: Er sandte seinen Sohn mitten in die Unfreiheit der Menschen, in der sie sich verbarrikadiert hatten, und er ließ in seiner Menschwerdung das hoffnungsvolle Licht der Befreiung und der Freiheit aufleuchten. Und dieses Licht zündete — wenigstens bei einigen Menschen.

Es wurde erkennbar, daß sie im Dunkeln lebten und leben, daß die Mauer nicht nur gegen Gott, sondern auch gegen die Mitmenschen errichtet

war und ist, die Mauer des Mißtrauens und der Angst, der Knechtschaft und der Ausbeutung, die Mauer, die arm und krank macht. Freilich, es haben noch nicht alle Menschen dies erkannt und erfahren.

Aber diejenigen, die durch die Mauer das Licht der Erlösung sehen, sie rufen den anderen zu: „Laßt uns unsere Mauer niederreißen, laßt uns offen werden für das Licht und die Kraft, die uns befreien können und zueinander und zu Gott führen!“

Wenn diese Bewegung stärker wird, wenn die Mauern brechen, dann kann die Wirklichkeit werden, was Gott uns in der Geburt seines Sohnes anbietet: „FRIEDE DEN MENSCHEN AUF ERDEN“.

P. Dietmar Weber OSC  
(Info d. Kamillianer)  
Dez. '89

### IMPRESSUM

Die **Informationen der Kamillianer** sind das Mitteilungsblatt der Deutschen Ordensprovinz der Kamillianer e. V. für die Freunde des Ordens. Erscheinungsweise vierteljährlich.

Redaktion und Gestaltung:  
P. Dietmar Weber OSC,  
P. Gerhard Huber OSC.

Versand, Anfragen, Bestellung durch:  
Missionsarbeitskreis St. Kamillus  
Heidhauser Str. 273, 4300 Essen 16

Freundlichst zugedachte Spenden zur Deckung der Unkosten (Druck, Versand) sind erbeten auf das Postgirokonto 26138-501, Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Provinzialat der Kamillianer Heidhauser Str. 273, 4300 Essen 16

Überschüsse kommen der kamillianischen Missionsarbeit zugute.

### *Bruder im Orden — ein weltfremder Beruf?*

Es gibt eine „Hit-Liste“ der Berufe, die besonderes Ansehen genießen. Der Beruf des Arztes, des Richters oder des Ingenieurs gehört dazu. Den Beruf des Ordensbruders wird man in dieser Liste vergeblich suchen. Ordensbrüder — sind das nicht etwas „einfältige Fromme“, bei denen es „halt zu einem Studium nicht gereicht hat“, aber die im Kloster immerhin gut versorgt sind?

Auch wenn diese Einschätzung weit verbreitet ist, tut sie den vielen Ordensbrüdern, die in Ge-

meinschaft, Gesellschaft und Beruf ihren Mann stehen, bitter unrecht. Gerade sie sind es, die oftmals an vorderster Front bescheiden, engagiert und qualifiziert Dienst tun, zum Beispiel etwa als Handwerksmeister, Lehrer und Krankenpfleger. Ohne sie wäre, wenn man etwa an die Dritte Welt denkt, die pastorale Arbeit der Priester gar nicht denkbar und möglich. Nicht selten sind sie den Menschen näher als die „Studierten“, geben lebendiges und alltägliches Zeugnis der Frohbotschaft ab.

Bruder zu werden in einer Ordensgemeinschaft setzt eine große innere Haltung und Entschiedenheit voraus. Mit dem, was einen Bruder auszeichnet, ließe sich „in der Welt“ vielfach Karriere machen. Der Meisterbrief, den viele erwerben, oder das Diplom können eine gute Basis für ein gesichertes Berufsleben abgeben. Dennoch nicht anordnen, sondern dienen, nicht verdienen, sondern sich in der Liebe zum Mitmenschen verausgaben wollen, setzt ein gehöriges Maß an Bescheidenheit voraus.

Solche Berufe sind heute nötiger denn je. Sie können mitten in der Welt deutlich machen, daß es außer dem Geldverdienenden andere wichtige Aspekte gibt, einen Beruf auszuüben und damit Lebensinn zu verwirklichen.

Im Kamillianerorden sind Brüder sehr gefragt. Nicht nur, daß der Ordensgründer Kamillus von Lellis vor allem Brüder für sein Werk suchte. In der Welt des Kranken in unserer Zeit ist es gerade den Brüdern möglich, den leidenden Menschen nahe zu sein. Beklagen wir nicht immer wieder die „Unmenschlichkeit unserer Krankenhäuser“? Und wäre es da nicht tröstlich, nach „dem Bruder“ rufen zu können, nicht als Konkurrenz zu den anderen Pflegenden und Helfenden, sondern Seite an Seite mit ihnen?

Neben der beruflichen Qualifikation als Pfleger, medizinisch-technischer Assistent oder gar als Arzt können sie dem Kranken Bruder sein, weil sie sich unter den Gelübden einzig an den jeweiligen Kranken und armen Menschen binden, in ihm, wie Kamillus es einmal gesagt hat, Christus sehen und ihm dienen wollen.

Für weltfremde Träumer ist der Beruf des Ordensbruders nichts. Er muß mit beiden Beinen mitten in der Welt stehen und mitunter dem Bedürftigen wirklich Bruder und Nächster sein.

Das setzt voraus, daß er sein „Handwerk“ gelernt hat und auszuüben weiß, daß er ein Auge hat für die leiblichen und seelischen Nöte des Menschen unserer Zeit und daß er bereit ist, auf diese Nöte zu antworten.

Eigentlich müßte der Ordensbruder ganz oben in der „Hit-Liste“ der Berufe rangieren, denn er kann alle seine Begabungen und Fähigkeiten verwirklichen. Die Nachfrage nach echten „Brüdern“ ist groß, und ihr zu antworten ist ein Lebensprogramm. „Weltfremd“ ist dieser Beruf nicht. Im Gegenteil: Sein Einsatzort ist die Welt, und zwar an vorderster Front!

PDW  
(Info der Kamillianer)  
Dez. '89

*Die Formulierung im SPD-Grundsatzprogramm, die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs habe „mehr zur Bedrohung und Demütigung von Frauen geführt als zum Schutz werdenden Lebens“, kritisiert Winfried Jestaedt im „Würzburger katholischen Sonntagsblatt“. Vergeblich suche man in dem SPD-Text nach einer klaren Aussage, daß jeder Mensch, auch das ungeborene Kind, ein unantastbares Recht auf Leben habe, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Fristenregelung bestätigt habe. Die SPD operiere mit der „Sprachhülle ‚werdendes Leben‘“. Wie unsinnig dieses Wortpaar sei, müsse jedem auffallen, der aus der Biologie und der Humanmedizin wisse, daß menschliches Leben bei der Verschmelzung von männlichem Spermium und weiblichem Ei beginne.*

(KNA-ID-Nr. 3/167)

*Ein Reuebekenntnis über mangelnden Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in ihrem Land legten die Bischöfe der rumänisch-orthodoxen Kirche ab. In seiner Erklärung bedauert der Heilige Synod, daß einige Bischöfe unter der Diktatur „nicht immer den Mut der Märtyrer“ gehabt hätten, „Leiden und Schmerz des rumänischen Volkes öffentlich anzuprangern“.*

(KNA-ID-Nr. 3/135)

*Als „Schandfleck der eigenen nationalen Ehre“ bedauerte der Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek die Vertreibung der Deutschen aus der CSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.*

ges. Tomasek stellte sich damit hinter die „persönliche Entschuldigung“ des neuen Staatspräsidenten Vaclav Havel, die dieser gegenüber all jenen aussprach, denen nach dem Krieg von tschechischer Seite „unverschuldetes Unrecht

und Leiden“ zugefügt worden sei. Tomasek würdigte Havels Äußerung als „bedeutungsvollen Schritt“ zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volk. (KNA-ID-Nr. 3 132)

## Buchhinweise

### *Ökumene katholischer Vorleistungen*

F.-W. Schilling v. Canstatt, Eos Verlag, Erzabtei St. Ottilien, 1989, 62 S., DM 4,80

Jedem Christen muß die Einheit der Kirchen ein Herzensanliegen sein, entspricht sie doch dem ausdrücklichen Willen des Herrn. Freilich läßt sich nicht übersehen, daß sich viele von Emotionen leiten lassen und meinen, mit ein wenig gutem Willen sei dieses Anliegen zu verwirklichen. Glücklicherweise läßt sich der Autor als ehemaliger aktiver Offizier im berühmten I. R. 9 und späterer Bankkaufmann nicht von Illusionen zu einem solchem Trugschluß verleiten, sondern behandelt diese Fragen mit staunenswerter Sachkenntnis. Es listet eine Fülle katholischer ökumenischer Vorleistungen auf, denen leider auf evangelischer Seite nichts Substantielles entspricht. Im Bemühen um die Einheit der Kirchen ging die katholische Kirche nach Meinung des Autors so weit, daß es in ihr zu einem „faktischen Protestantisierungsprozeß“ gekommen ist, der sie in Gefahr bringt, ihr ureigenes Profil zu verlieren. Manchem mag dieses Urteil überspitzt erscheinen. Aber kein Geringerer als der ökumenische Patriarch Athenagoras brauchte denselben Begriff. Und die Fakten, die v. Schilling anführt, sprechen eine deutliche Sprache.

Immer wieder wird in falsch verstandenem Ökumenismus auf die Abendmahlsgemeinschaft gedrängt, wobei sich die Wortführer allem Anschein nach nicht darüber klar sind, welch tiefgreifende Unterschiede im Eucharistie-/Abendmahlsverständnis zwischen den beiden Großkirchen bestehen. Während die Lehre der katholischen „Amtskirche“ eindeutig ist, verstehen evangelische Christen sehr Verschiedenes unter dem Abendmahl: „Sinnbild für Christus“, „Zeichen der Einheit“, „für den, der glaubt, Leib und Blut des Herrn“, „im Augenblick des Genusses“, „für den, der vorherbestimmt ist“ usw. Zu Recht weist v. Schilling darauf hin, daß die Interkommunion, die „Mittel und Hilfe auf dem Weg zur Einheit sein“ soll, eine „vom katholischen Standpunkt her unmögliche Konstruktion“ ist.

Der Autor zeigt aber dankenswerterweise eine Fülle von Möglichkeiten auf, wie das Verständnis der Konfessionen füreinander gefördert werden kann. Nicht die geringste wäre, daß endlich die in langjähriger gemeinsamer Arbeit erstellte ökumenische Einheitsübersetzung der Hl. Schrift in der evangelischen Kirche Heimatrecht erhielt. Als 1979 diese Arbeit vorgestellt wurde, erklärte der damalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Helmut Claß, in einem Schreiben an Kardinal Höffner:

„Die Tatsache, daß katholische und evangelische Christen nunmehr ein Neues Testament besitzen, das Exegeten beider Kirchen im offiziellen Auftrag übersetzt haben, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Mehr als einzelne gemeinsame Aktionen führt gemeinsames Hören auf das Wort der Schrift dazu, daß die getrennten Kirchen aufeinander zugehen, um einmal zusammenzufinden unter dem einen Herrn der Kirche, Jesus Christus. Die ökumenische Übersetzung des Neuen Testaments leistet dazu einen wichtigen Beitrag.“

Diesen klaren Worten ist nichts hinzuzufügen. Sie entsprechen voll katholischem Verständnis. Jedoch, während die ökumenische Einheitsübersetzung in den katholischen Diözesen für Liturgie und Bibelunterricht vorgeschrieben ist, erklärt die evangelische Kirche, die Gemeinschaft der lutherisch geprägten Christen und Kirchen benötige die Lutherübersetzung als Grundlage der Identifikation.

Statt der notwendigen ersten Schritte möchte man durch gemeinsame Eucharistiefeyer eine Einheit vortäuschen, die nicht vorhanden ist. Aber wer etwa Abendmahl und Eucharistie als gleich gültig erachtet, bahnt einer ohnehin schon ausgeprägten religiösen Gleichgültigkeit den Weg, der letztlich zur Selbstaufgabe der katholischen Kirche führen würde. Es gilt der Illusion zu wehren, wie auch Professor Scheffczyk in seinem Geleitwort betonte, daß „die Einheit auf Kosten der Wahrheit zu eringen wäre“.

L. G.

### *Strukturwandel*

Winfried Schlaffke (Hrsg.), Deutscher Instituts-Verlag, Postfach 510670, 5000 Köln 51, 128 Seiten

Der Wertewandel hat vieles verändert. Das Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, hat zwei Tagungen zu den ökonomischen, technischen, politischen und geistigen Grundlagen unseres Lebens veranstaltet. Prominente Vertreter aus Kirche, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft diskutierten, wie wieder mehr Verhaltenssicherheit, mehr Mut in die Zukunft zu erreichen ist. Ausführlich können Sie ihre Beiträge in diesem Buch lesen.

### *Großdruckbücher*

Großdruck hilft allen, die trotz Brille ein größeres Schriftbild wünschen oder brauchen. Zum zehnten Mal hat der Deutsche Caritasverband aus dem Angebot der Verlage in seiner jährlichen Liste wieder etwa 140 Bücher ausgewählt, überwiegend Erzählendes und Heiteres, aber auch Bücher zur Besinnung, Sachbücher und Kalender. Die Liste „Eine Auswahl Großdruckbücher 1989/90“ kann kostenlos angefordert werden beim Deutschen Caritasverband, Caritas-Korrespondenz, Postfach 420, 7800 Freiburg i. Br.

### *Bücher von Tatjana Goritschewa*

#### *Nadjeschda heißt Hoffnung*

— Russische Glaubenszeugen unseres Jahrhunderts — mit einem Vorwort von T. Goritschewa — 141 S.

#### *Ohnmächtig lebt der Glaube*

— Ein Athos-Mönch, Vater Mitrophan, erlebt Rußland. Ein Buch von außergewöhnlicher religiöser Tiefe mit einem Vorwort von Tatjana Goritschewa. 192 S.

#### *Briefe eines russischen Starzen an seine geistlichen Kinder*

von Igumen Nikon mit einem Vorwort von Tatjana Goritschewa. Igumen Nikon ist einer der bekanntesten Seelenführer der russisch-orthodoxen Kirche. 160 S.

#### *Leben und Lehre der Starzen*

von Igor Smolitsch. Die einzigartige umfassende Darstellung des russischen Starzentums. Ein spiritueller Klassiker über die Meister des Jesusgebets. 240 S.

#### *Das Väterbuch des Kiewer Höhlenklosters*

Erzählung von den heiligen Starzen und Mönchen, den Begründern des Höhlenklosters zu Kiew. Herausgegeben von Dietrich Freydank und Gottfried Sturm unter Mitarbeit von Jutta Harny. 390 S.

## Der Königsteiner Engel — 30 Jahre unser treuer Begleiter

In der Offenbarung des Johannes, auch Apokalypse genannt, geschrieben gegen Ende der Regierungszeit des römischen Kaisers Domitian (81 bis 96 n. Chr.), wird im 8. Kapitel von den sieben Engeln mit den sieben Posaunen berichtet. Jeder Posaunenton bringt Not und Elend. Der siebte Engel mit der siebten Posaune (11, 15–19) aber ist der Bote der Hoffnung.

So steht im Vers 15: „Der siebte Engel blies seine Posaune. Da ertönten laute Stimmen im Himmel, die riefen:

Nun gehört die Herrschaft der Welt  
unserem Herrn und Gesalbten;  
und sie werden herrschen in alle Ewigkeit.“

Dieser Engel mit der siebten Posaune, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt, hat den Künstler inspiriert. Er schuf in der schweren Zeit des Aufbaus nach dem Krieg am Haus der Begegnung in Königstein diesen Engel der Hoffnung.

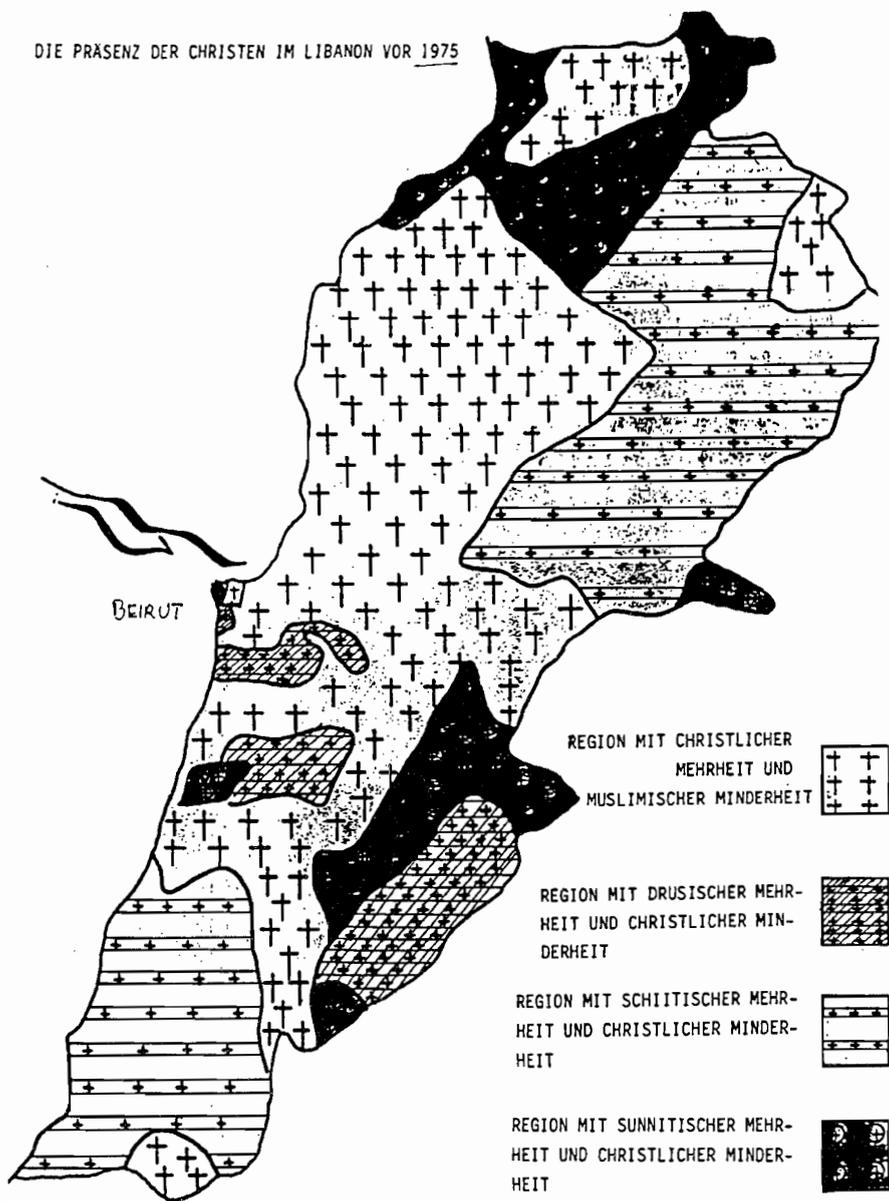
In Königstein begann 1960 die organisierte Laienarbeit katholischer Soldaten.

Der Königsteiner Offizierkreis übernahm diesen Engel, weil auch er sich mit dieser Hoffnung identifizierte. So wurde der Engel zum Zeichen des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und auf den Königsteiner Offizierbriefen. „auftrag“ übernahm das Hoffnungszeichen und die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ wählte es als ihr Symbol.

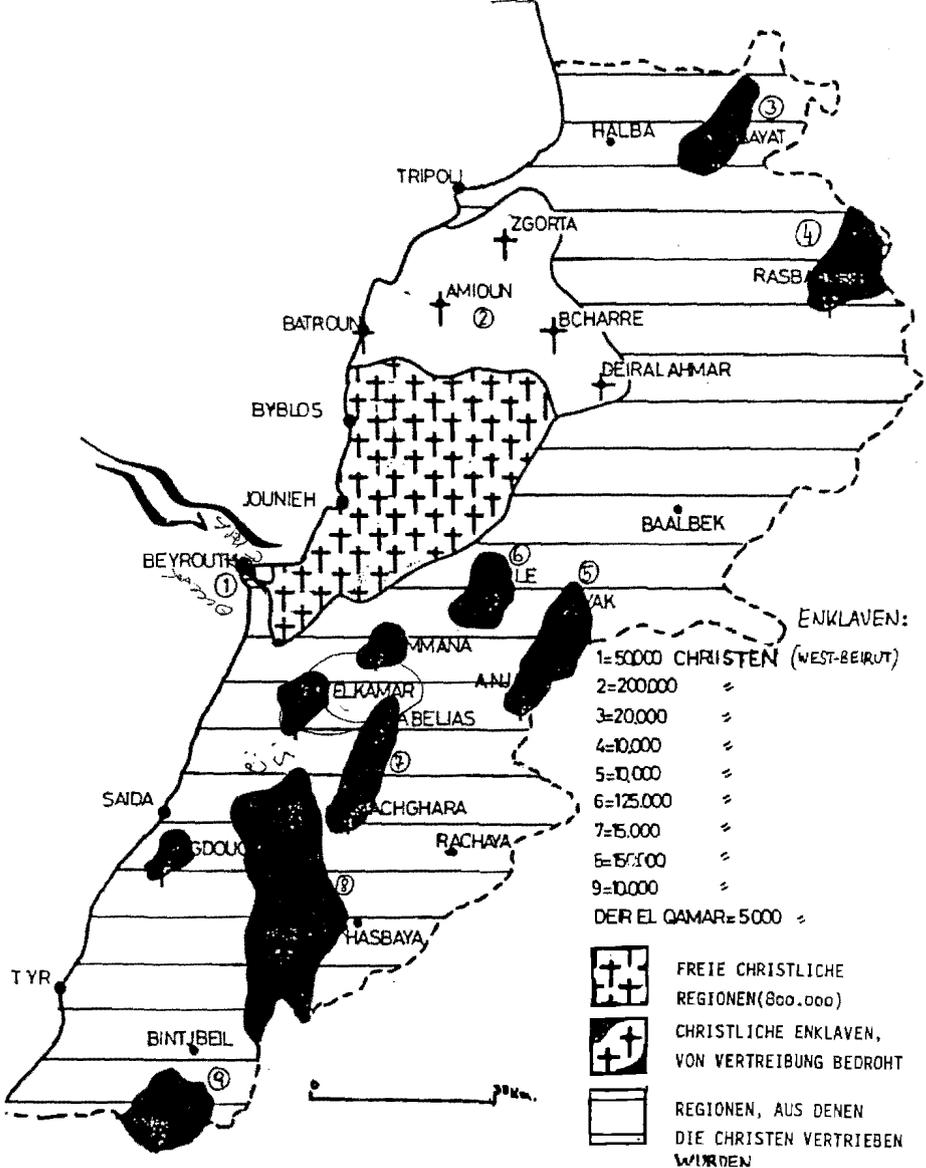
Der Engel der Hoffnung ist damit Begleiter und Symbol katholischer Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 30 Jahren.

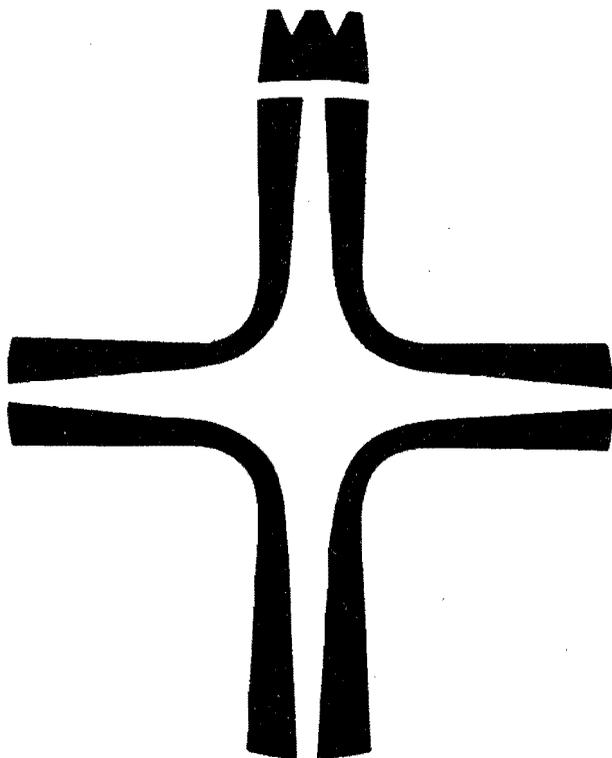


DIE PRÄSENZ DER CHRISTEN IM LIBANON VOR 1975



DIE PRÄSENZ DER CHRISTEN IM LIBANON AB JULI 1985





„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

**Herausgeber:** GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

**Redaktion:**

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Klaus Brandt, Oberstleutnant, stellv. Chefred.

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Gernot Belch, Major, z.b.V.

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

**Brief-Zuschriften:** auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

**Druck:** Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.

# Der Papst spricht zu Ihnen auf Deutsch

Durch seine deutschsprachige Zeitung, den OSSERVATORE ROMANO (Römischer Beobachter). Erleben Sie wöchentlich, was er uns zu sagen hat. Erleben Sie den Vatikan, Rom, die Weltkirche. Aus nächster Nähe.



Anfrage- und Bestelladresse:  
L'OSSERVATORE ROMANO  
in deutscher Sprache  
I-00120 Vatikanstadt



## L'OSSERVATORE ROMANO

Postfach 4280, 7302 Ostfildern 1

The left side of the advertisement features a black and white photograph of the dome of St. Peter's Basilica. Overlaid on this is the Radio Vatican logo, which consists of a stylized 'RV' inside a circle with a globe icon in the center.

**radio  
vatikan**

*deutsch*

täglich: 6.20 bis 6.40 Uhr  
20.20 bis 20.40 Uhr

MW: 1530  
KW: 6190/6210/7250/9645